

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2013/2014

Einzelplan 7

Behörde für Wirtschaft, Verkehr
und Innovation

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan **2013/2014**

Einzelplan 7

Behörde für Wirtschaft, Verkehr
und Innovation

(von der Bürgerschaft am 13.12.2012 beschlossener Haushaltsplan 2013/2014)

Inhaltsübersicht

Einzelplan 7

		Seite
Vorwort	(weißes Papier)	1 - 10
Produktinformationen	(gelbes Papier)	1 - 34
Zahlenwerk	(weißes Papier)	1 - 75
	Kontenrahmen für Dienstbezüge	76 - 79
	Kontenrahmen für Versorgung	80 - 83
	Kontenrahmen für Sachausgaben	84 - 88
Erläuterungen	(graues Papier)	1 - 94
	Erläuterungen zu den Kapiteln	
	Allgemeine Aussagen zu den Kapiteln	
	Titelerläuterungen	
	Kapitel 7000 - Zentralverwaltung -	
	Kapitel 7100 - Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus -	
	Kapitel 7200 - Verkehr und Straßenwesen -	
	Kapitel 7300 - Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen -	
	Kapitel 7350 - Hamburg Port Authority -	
	Kapitel 7400 - Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft -	
	Kapitel 7500 - Rechtsamt -	
Anlagen		
1	Stellenplan (blaues Papier)	1 - 54
2	Wirtschaftspläne (rosa Papier)	
	2.1 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer	1 - 30
	2.2 Landesbetrieb Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	31 - 50
3	Übersicht über Zuwendungen (weißes Papier)	
	3.1 Zuwendungen über 100.000 Euro	1 - 3
	3.2 Zuwendungen bis zu 100.000 Euro	4
4	Übersicht über Deckungskreise (weißes Papier)	1 - 14
5	Übersicht über Gutachten und Untersuchungen (weißes Papier)	1 - 2

Vorwort zum Einzelplan 7

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) will alle Chancen nutzen, um den Wirtschaftsstandort und die Wettbewerbsfähigkeit zugunsten der in Hamburg ansässigen Betriebe und ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken. Über die Zukunft von morgen entscheiden vor allem die Innovationskraft und die Kreativität unserer Unternehmen, in der Industrie ebenso wie im Dienstleistungssektor. Ziel des Senats ist es deshalb, durch Verbesserung der entsprechenden Rahmenbedingungen diese Wachstumschancen zu ermöglichen, z.B. durch Förderung und Optimierung staatlicher Aktivitäten im Bereich Forschung und Innovation, durch Clusterpolitik, durch die Bereitstellung der Flächeninfrastruktur und durch die Weiterentwicklung der Hafen- und Verkehrsinfrastruktur.

Die BWVI will den Ruf Hamburgs als **wirtschaftsfreundliche Stadt** festigen mit einer konsequenten Politik zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), die das Rückgrat der Hamburger Wirtschaft bilden. Dazu gehört eine optimale Beratung, Betreuung und Förderung zu allen unternehmerischen Fragen z.B. bei Existenzgründungen, Unternehmensan- und -umsiedlungen und Unternehmenserweiterungen sowie bei der Unternehmensfinanzierung. Wichtig ist ebenso die intensive Betreuung stadtwirtschaftlich wichtiger Investitionsvorhaben und der Einsatz für die Bereitstellung ausreichender gewerblicher Bauflächen. Hierbei wollen wir im Rahmen eines gesamtstädtischen strategischen Flächenmanagements ein aktives Gewerbeflächenmanagement betreiben, in dem neben der Neuausweisung von Flächen das Flächenrecycling, die Nutzungsintensivierung und die Brachflächenentwicklung ebenso eine Rolle spielen wie die Qualifizierung bestehender Gewerbeflächen.

Die Industrie ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Hamburger Wirtschaft. Sie zählt zu den wichtigsten Arbeit- und Auftragsgebern, steht für die Entwicklung und den Einsatz zukunftsweisender Innovationen und ist eine wesentliche Quelle des wirtschaftlichen Wohlstands am Standort Hamburg. Deshalb ist es das erklärte Ziel des Senats, die Industrie zu stärken und ihre Zukunftsfähigkeit am Standort Hamburg sicherzustellen. Mit dem **Masterplan Industrie** steht hierzu ein umfassendes Handlungskonzept zur Verfügung, das es fortzuentwickeln gilt.

Mit einem **Bündnis für den Mittelstand** sollen insbesondere die Standortbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen sowie deren Entwicklungsperspektiven verbessert werden. Deren Entwicklungsperspektiven im Wettbewerb und zu Wachstum am Standort Hamburg zu verbessern, ist wesentliche Aufgabe der Wirtschafts- und Strukturpolitik. Auf der Basis einer Mittelstandsvereinbarung formulieren die BWVI mit den Kammern und dem Verband Freier Berufe Rahmenbedingungen, die das Wachstums- und Innovationspotential kleiner und mittlerer Unternehmen erschließen helfen und die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit des Hamburger Mittelstands verbessern.

Mit der Handwerkskammer Hamburg wurde mit dem „**Masterplan Handwerk 2020**“ eine Strategie zur Stärkung des Handwerks ausgearbeitet und Vereinbarungen abgeschlossen, u.a. über die Bereiche Fachkräftesicherung und Qualifizierung, Handwerksförderung und Innovation, öffentliche Vergabe, Existenzgründung und Betriebsnachfolge. Im Zusammenhang mit einem ausreichenden und attraktiven Angebot an Gewerbeflächen stehen Gewerbe- und Handwerkerhöfe, die es Handwerksbetrieben erlauben, auch in der verdichteten Stadt ihre Dienste kundennah anzubieten.

Der **Hamburger Hafen** ist der größte deutsche Seehafen und einer der bedeutendsten Faktoren der Hamburger Wirtschaft. Um auch weiterhin vom langfristig steigenden Welthandelsvolumen zu profitieren ist ein zukunfts- und profilorientierter Ausbau der Hafeninfrastruktur notwendig. Die Hamburg Port Authority (HPA) übernimmt die dafür notwendigen Planungen und Umsetzungen von Maßnahmen im Bereich Straße, Schiene und Wasserstraße sowie Flächenbereitstellung. Für investive Zwecke stehen der HPA zunächst noch Erlöse aus dem Teilbörsengang der HHLA AG zur Verfügung, anschließend wird wie vorgesehen die Finanzierung aus dem Haushalt wieder aufgenommen. Über ihre Einnahmen im nutzerspezifischen Bereich sorgt die HPA zugleich für eine Beteiligung der Hafenunternehmen an der Hafenfinanzierung.

Die **Kreuzschifffahrt** in Hamburg befindet sich auf einem langfristigen Wachstumspfad. Neben den tourismuswirtschaftlichen Umsätzen für die Hamburger Wirtschaft birgt die Kreuzschifffahrt positive Beschäftigungseffekte für die vor- und nachgelagerten Unternehmen der Branche. Der Senat wird sich für die Stärkung und den Ausbau des Kreuzschifffahrtsstandortes Hamburg einsetzen, um die bestehenden Potenziale optimal zu nutzen.

Die **Weiterentwicklung der Clusterpolitik** bleibt gerade bei begrenzten öffentlichen Ressourcen ein wichtiges politisches Handlungsfeld. Die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in den etablierten Clusterinitiativen Luftfahrt, Logistik, IT & Medien sowie Life Sciences hat gezeigt, dass die Clusterpolitik in Hamburg ein erfolgreiches wirtschaftspolitisches Instrument ist um privatwirtschaftliche Politik mit städtischen Aktivitäten der Wirtschafts-, Struktur- und Innovationspolitik zu verknüpfen.

Für alle Cluster spielt die Sicherung des **Fachkräftepotenzials** durch erfolgreiche Qualifizierungsinitiativen in den Clustern und Ergänzung um clusterübergreifende und bedarfsorientierte Maßnahmen eine zunehmende Rolle. Die Ausbildung, Weiterbildung, Qualifizierung und Rekrutierung qualifizierter Fach- und Führungskräfte wird angesichts der demografischen Entwicklung, eines schärferen Wettbewerbs um „kluge Köpfe“ und eines vielfach prognostizierten Fachkräftemangels für die wissensbasierte Hamburger Wirtschaft zunehmend zum entscheidenden Standortfaktor. Für die Innovationsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Hamburg ist dabei eine Bildungssektoren-übergreifende Perspektive erforderlich, die von der frühkindlichen und schulischen Bildung über die Berufs- und Hochschulbildung bis hin zur Weiter- und Erwachsenenbildung reicht. Die BWVI entwickelt daher gemeinsam mit der Wirtschaft und anderen Akteuren zukunftsorientiert Perspektiven und Strategien in clusterbezogenen und clusterübergreifenden **Qualifizierungsinitiativen** insbesondere im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich.

Vorwort Einzelplan 7

Die Länder Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben aufgrund einer trilateralen Verwaltungsvereinbarung das gemeinsame Maritime Clustermanagement Norddeutschland bei der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein (WTSH) in Kiel mit Geschäftsstellen in Hamburg und Eisfleth gegründet. Ziel ist es, den Stellenwert der maritimen Industrie länderübergreifend insbesondere auch im internationalen Vergleich zu stärken. Durch das Aufsetzen eines maritimen Forschungsprogramms wird das **Maritime Cluster** zukünftig weiter gestärkt.

Das **Cluster Erneuerbare Energien** vernetzt und entwickelt die Potenziale der Branche am Standort Hamburg. Die Erneuerbare Energien Hamburg Clusteragentur GmbH als Kern der operativen Clusterarbeit ist vollständig implementiert.

Der Ausbau des **Luftfahrtstandortes Hamburg** wird basierend auf der von Senat und Bürgerschaft beschlossenen Ausrichtung auch künftig nachhaltig vorangetrieben. Das Cluster ist das deutsche Zentrum der zivilen Luftfahrtindustrie. Die im Rahmen der erfolgreichen Teilnahme am Spitzencluster-Wettbewerb des Bundes entwickelte Clusterstrategie verbindet als innovativer, integrierter Ansatz alle luftfahrtbezogenen Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung und Politik. Die Clusterakteure folgen der gemeinsamen Vision, den Luftfahrtstandort Hamburg zum Kompetenzzentrum für Neues Fliegen – ökonomischer, ökologischer, komfortabler, zuverlässiger und flexibler – auszubauen. Die Attraktivität des Standorts für vorhandene und neue Akteure soll weiter erhöht, die mittelständischen Unternehmen gestärkt und die internationale Spitzenstellung der Forschungsgemeinschaft ausgebaut werden.

Hamburg zählt heute zu den dynamischsten Logistik-Standorten in Europa. Hierzu hat die **Logistik-Initiative Hamburg** wesentlich beigetragen. Sie hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 2006 zum bundesweit größten Standortnetzwerk der Branche entwickelt. Sie verfolgt das Ziel von 2006 bis 2015 14.000 neue Arbeitsplätze in diesem Bereich zu schaffen. Die Standort-Kompetenzen werden weltweit vermarktet, die Logistik-Akteure am Standort weiter vernetzt, die Aus- und Weiterbildungsangebote verbessert, Innovationen sowie Forschungs- und Entwicklungsprojekte gefördert, Forschungsinfrastrukturen aufgebaut, der Informationsaustausch erleichtert, neue Unternehmen in Hamburg angesiedelt und für vorhandene und neue Logistikbetriebe werden Expansionsmöglichkeiten in Hamburg geschaffen. Für 2013 ist vorgesehen, Hamburg im Rahmen des Jahresthemas als Zentrum für Logistikinnovationen zu profilieren.

Hamburg ist einer der bedeutenden Finanzplätze Deutschlands. In der **Finanzplatzinitiative Hamburg**, dem Cluster im Bereich der Finanzwirtschaft, entwickelt die BWVI gemeinsam mit der Wirtschaft Perspektiven für den Ausbau des Finanzplatzes. Forschung, akademische und nichtakademische Ausbildung, Imageförderung sowie internationales Marketing stehen dabei im Fokus.

Neben der Clusterpolitik betreibt die Freie und Hansestadt Hamburg eine aktive Technologiepolitik. Dies zeigt sich nicht nur durch die Einrichtung der **Innovationsallianz Hamburg**, sondern auch durch das intensive Engagement im Bereich der Wasserstoff-/Brennstoffzellentechnologieanwendungen, welches durch konkrete Vorhaben im Bereich der brennstoffzellenbasierten Elektromobilität vorangetrieben wird. Ziel ist es, auch in diesem Bereich zur europäischen Spitze zu gehören.

Die ausgeprägte Internationalität Hamburgs ist ein maßgeblicher Standortfaktor. Hamburg befindet sich heute mit zahlreichen deutschen und europäischen Großstädten in starkem Wettbewerb um Investoren und qualifizierte Arbeitskräfte. Es ist deshalb wichtig, die einzigartige **Außenwirtschaftsstruktur** Hamburgs, zu der u.a. die konsularischen- und Handelsvertretungen sowie die Ländervereine, Unternehmen und (Fach-) Verbände gehören, zu pflegen und Hamburg als attraktiven Standort international weiter auszubauen. Mit Blick auf die Hamburger Unternehmen gilt es, sie bei der Erschließung der Märkte in den internationalen Wachstumsregionen sowie den traditionell wichtigen europäischen Märkten zu unterstützen.

Zu Hamburgs Charakter als „grüne Metropole“ gehören insbesondere Freiflächen der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft. Die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit einer **multifunktionalen Agrarwirtschaft**, die durch Garten- und Obstbau geprägt ist, sollen nachhaltig gestärkt werden, wobei der Verarbeitung und Vermarktung regional erzeugter Produkte besondere Bedeutung zukommt.

Im letzten Jahrzehnt hat sich der **Tourismus** zu einer der zentralen Leitökonomien mit stabil über der weltwirtschaftlichen Entwicklung liegenden Wachstumsraten entwickelt. Hamburg hat daran u.a. dank einer Steigerung der Übernachtungszahlen um fast 100 % seit 2001 erheblich profitiert. Inzwischen arbeiten in unserer Stadt weit über 100.000 Menschen in der ganz überwiegend mittelständisch geprägten Tourismusbranche, Tendenz weiter steigend. Die BWVI fördert diese Entwicklung über die städtische Hamburg Tourismus GmbH und den koordinierten Ausbau des touristischen Marketings aller städtischen und privaten Akteure. Sie unterstützt private Investoren bei Ausbau oder Neu-Ansiedlung ihrer touristischen Unternehmen, so stieg z.B. die Zahl der Hotelbetten in den letzten zwei Jahren um ca. 5.000 auf aktuell rund 47.700.

Für den Senat verfolgt die BWVI das Ziel, die nationale und internationale Bekanntheit sowie die Wahrnehmung der Standortattraktivität und Internationalität Hamburgs und der Metropolregion durch ein strategisches und koordiniertes **Standortmarketing** unter Beteiligung aller dafür relevanten Akteure zu steigern. Nachdem die Hamburg Marketing GmbH (HMG) zur Holdingmutter mit den Töchtern Hamburg Tourismus GmbH und HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung umgebaut wurde, gilt es nun gemeinsam mit der HMG und ihren Töchtern die Ziele des Restrukturierungsprozesses zu verfolgen und insbesondere die Funktion der HMG als zentrale Steuerungsinstanz für übergreifende Marketingaspekte der Außendarstellung Hamburgs und der Metropolregion sicherzustellen.

Im Rahmen der Regionalpolitik stimmt der Stabsbereich die **Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern** für die Freie und Hansestadt ab. Für die BWVI betrifft dies insbesondere die Küstenwirtschafts- und Verkehrsministerkonferenzen, Treffen mit den Industrie- und Handelskammern und dem Unternehmerverband Nord. Ebenso geht es um

die Prozesse und Projekte der Großräumigen Projektpartnerschaft Norddeutschland sowie die bi- und multilaterale Zusammenarbeit zwischen den Ländern Norddeutschlands.

Im Weiteren koordiniert der Stabsbereich für Hamburg Grundsatzfragen der Metropolenpolitik, die Mitarbeit in der **Metropolregion Hamburg** (MRH) und die Teilnahme an deren Gremiensitzungen. Ebenso erfolgt die Abstimmung mit den anderen Trägern der Metropolregion (Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie die dazugehörigen Kreise und kreisfreien Städte) sowie der Geschäftsstelle der MRH zu wesentlichen organisatorischen und inhaltlichen Fragen.

Die bilateralen **Förderfonds der Metropolregion Hamburg** - Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein, Hamburg/Niedersachsen und Hamburg/Mecklenburg-Vorpommern - sind das einzige Finanzierungsinstrument der regionalen Zusammenarbeit in der MRH. Gemeinsam mit den Förderfonds-Geschäftsstellen in Kiel, Lüneburg und Schwerin berät der Stabsbereich über die Förderung von beantragten Projekten der Kommunen und bereitet deren Beschlussfassung im Lenkungsausschuss der MRH vor. Auch Hamburger Behörden sind antragsberechtigt und werden bei der Antragstellung beraten.

Die Themen **Verkehr und Straßenwesen** sind für die Wirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg ebenso bedeutend wie für die Lebensqualität der Menschen, auch unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse mobilitätseingeschränkter Personen. Es besteht weiterhin das Erfordernis, eine moderne Infrastruktur bedarfsgerecht auf der Grundlage nachhaltiger Planung zu schaffen und zu erhalten. Dieses gilt nicht nur für die Straßen, sondern beispielsweise auch für den schienengebundenen Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV). Die Aufgabe der BWVI ist es u.a., diese notwendigen Ergänzungsmaßnahmen und Verbesserungen, aber auch die erforderlichen neuen Projekte unter Berücksichtigung der heutigen und künftigen Herausforderungen zu planen und zu realisieren und den sicheren Betrieb zu gewährleisten. Dabei sind die Erhaltung und die Weiterentwicklung Hamburgs zur leistungsfähigen Erschließung der Wohn-, Gewerbe- und Hafennutzungen und zur Stärkung der Verkehrsträger im Sinne eines Modal Split, der den großstädtischen Bedingungen gerecht wird, mit Schlüsselprojekten wie einer Hafenquerspange, dem Ausbau und der Überdeckung der A 7, Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße, Maßnahmen zur Busbeschleunigung und weiteren Umsetzung der Radverkehrsstrategie vorrangige Aufgaben.

Aufgabe der BWVI ist es auch, im Dialog mit der Bevölkerung, den Betroffenen und den Interessenträgern die Entwicklung der Infrastruktur zu vermitteln und den großen Informationsbedarf zu verkehrsbezogenen Themen zu befriedigen.

Im Einzelnen liegen die Schwerpunkte in folgenden Aufgabenfeldern:

- Verkehrsentwicklungsplanung einschl. ÖPNV und nicht motorisiertem Verkehr (Radverkehr, Fußverkehr), Verkehrsuntersuchungen für Projekte des Bundes und Hamburgs einschl. Verkehrsdatenerhebung und Auswertung, Telematik-Datengrundlagen, Prioritätsbildung bei Netzergänzungen und für bestimmte Bereiche (z.B. HafenCity). Veränderung des Modal Split, d.h. des Nutzungsverhältnisses der Verkehrsträger, zugunsten ÖPNV / Rad- und Fußverkehr.
- Entwicklung und Verbesserung der Verkehrsangebote und der Infrastruktur des ÖPNV (z.B. U 4, S 4, Busbeschleunigung) sowie der Leistungsvorgaben und Tarife einschl. der Finanzierung der Maßnahmen; Steuerung der öffentlichen Verkehrsunternehmen im Rahmen der Beteiligungsverwaltung; Überwachung des sicheren Betriebs der U-Bahn.
- Gezielte Förderung des Radverkehrs mit den Schwerpunkten Velorouten, markierte Radverkehrsführungen auf den Fahrbahnen, Stärkung des Radverkehrs in den Stadtteilen und Ausbau des StadtRad-Systems.
- Prüfung und Entwicklung von Projekten, Vorbereitung, Aufstellung und Weiterentwicklung der Bauprogramme einschl. Finanzierungssicherung für Maßnahmen und Verkehrsprojekte in der Zuständigkeit Hamburgs sowie in der Baulast des Bundes (Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen).
- Wahrnehmung zentraler kommunaler Aufgaben des Straßenwesens wie Erarbeitung von Grundlagen der Straßen- und Brückenbautechnik sowie der Verkehrstechnik, Abschluss von Eisenbahnkreuzungsvereinbarungen und Koordinierung von Baumaßnahmen auf Hauptverkehrsstraßen.
- Erstellung von Verkehrsprognosen für die einzelnen Verkehrszweige im Rahmen integrativer Betrachtung sowie stadtteilbezogene Verkehrsuntersuchungen.
- Absicherung der Mobilitätsbedürfnisse zukünftiger Generationen insbesondere durch Stärkung der Nahmobilität in der Stadtentwicklung im Rahmen der Formulierung und Vertretung der verkehrlichen Belange in der allgemeinen städtebaulichen Planung und speziell in der Bauleitplanung.
- Vertretung der Hamburger Interessen im Bereich Verkehrspolitik auf Bundes-, Ostsee-, Nordseerainer- und EU-Ebene.
- Wahrnehmung der Aufgaben des „Auftraggebers“ für projektbezogene Leistungen in Planung, Entwurf und Bau durchführung sowie für betriebliche Leistungen gegenüber dem „Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer“.

2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2012	2013	2014	+/- in %	
	in Tsd. Euro			2013:2012	2014:2013
Einnahmen	375.806	378.859	384.965	0,81	1,61
Davon:					
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	162.789	166.880	170.203	2,51	1,99
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	151.111	154.603	157.154	2,31	1,65
Investitionszuschüsse, etc. (Hgr. 3)	61.906	57.376	57.608	-7,32	0,40
Ausgaben	600.471	632.720	642.440	5,37	1,54
Davon:					
Personalausgaben	55.252	56.410	56.528	2,10	0,21
Sach- und Fachausgaben	296.462	306.161	305.252	3,27	-0,30
Sonstige Betriebsausgaben	8.637	8.604	5.238	-0,38	-39,12
Investitionen	240.120	261.545	275.422	8,92	5,31

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2013 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 7
Personalausgaben	24,8	8,9
Sach- und Fachausgaben	55,5	48,4
Investitionen	7,2	41,3

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2014 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 7
Personalausgaben	25,1	8,8
Sach- und Fachausgaben	56,0	47,5
Investitionen	7,2	42,9

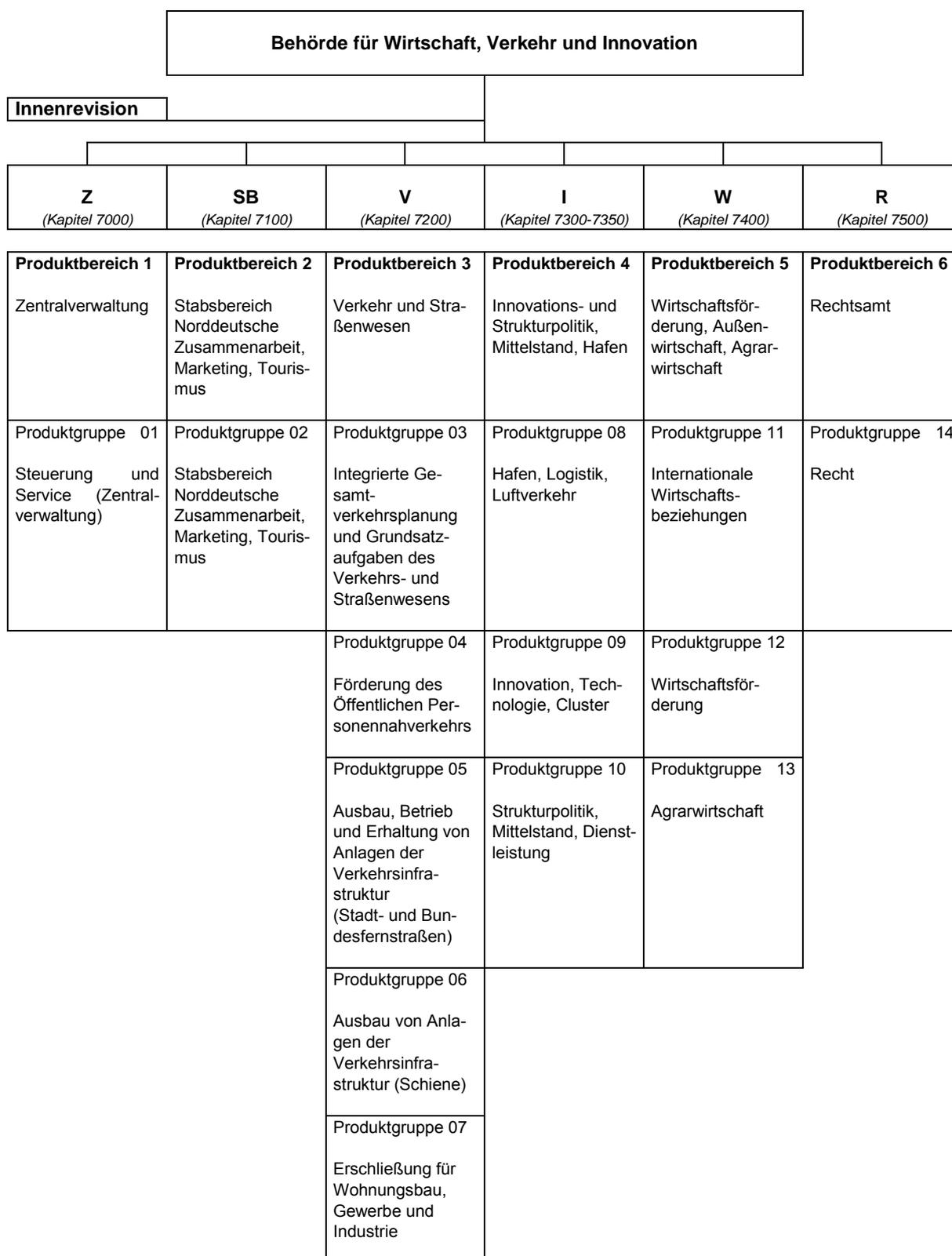
Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2010				2011			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2011 übertragene Reste		Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2012 übertragene Reste	
in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in %	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in %
821.946	297.863	520.065	63,3	741.219	239.007	460.579	62,1

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die nachfolgende Organisations- und Aufgabenstruktur der BWVI berücksichtigt die Änderungen auf Grund der Neustrukturierung der Behörden (Gesetz über Verwaltungsbehörden vom 19.04.2011) sowie die daraus resultierende interne Umorganisation.



4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD/NSM), Kontenrahmen für Versorgung (KRV) und Stellenplan

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD und den NSM-Titelgruppen des Einzelplans basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plan-Soll 2012, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2012;
- im Finanzplan 2010-2014 in den MAP-Raten 2013 und 2014 enthaltene Anpassungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten;
- Strukturelle Auswirkungen der Tarif- und Besoldungsanpassung zum 1. April 2011 und 1. Januar 2012 und der Anpassung der Sonderzahlungen im Beamtenbereich;
- Berücksichtigung einer Vorsorge für Tarif- und Besoldungsanpassungen ab 2013;
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2011 feststanden;
- Berücksichtigung der Jahreswerte von unterjährigen Mitteltransfers im Haushaltsjahr 2011, sofern dauerhaft fortwirkend.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.xx),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 438.xx) sowie
 - an den Beihilfen für aktive Beschäftigte (Titel 441.xx).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Kontenrahmen für Versorgung (KRV)

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRD, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen der netto-veranschlagten Einrichtungen, Landesbetriebe und Sondervermögen als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung und
- der Differenz, die nach Abzug der o.g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose verbleibt (veranschlagt in den Titeln 432.93 bzw. 438.93).

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger (446.93) im Kontenrahmen für Versorgung (KRV) veranschlagt. Die Kostenanteile an den Versorgungsbezügen (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRD; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 14,3 v. H. (2013) bzw. 14,4 v.H. (2014) der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sollen entsprechend der Regelung für die KRD mit Einwilligung der Finanzbehörde auch künftig einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig sein (Artikel 6 Nummer 1 des Haushaltsbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der Landesbetriebe gemäß § 26 Abs. 1 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2012) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014.

Die von der Bürgerschaft beschlossenen Planstellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für ggf. vorgesehene Stellenstreichungen (z.B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabenkritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft ggf. mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden - jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen - im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen - z.B. Stellen noch besetzt - im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Stellenplan 2013/2014 (einschl. Landesbetriebe gemäß § 26 Absatz 1 LHO)

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Kapitel	Stellenzahl)	Neue Stellen **)		Stellenhebungen **)		Umwandlungen **)	
		2013	2014	2013	2014	2013	2014
7000 Zentralverwaltung	144,30						
7100 Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus	21,40						
7200 Verkehr und Straßenwesen	134,30						
7300 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen	91,87						
7400 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft	114,65						
7500 Rechtsamt	55,50						
<u>ausgegliederte Bereiche:</u>							
7201 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer	582,54						
7401 Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	43,00						

*) Stellenbestand gemäß Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2012) für die Drucklegung des Haushaltsplans 2013/2014.

***) wie von der Bürgerschaft beschlossen.

5. Sachausgaben (KRS/Titelgruppen)

Die im Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS) zusammengefassten sächlichen Verwaltungsausgaben für den Dienstbetrieb der BWVI sind für 2013 mit 5.144 Tsd. Euro und 2014 mit 4.357 Tsd. Euro veranschlagt (2012: 4.534 Tsd. Euro).

6. Einzelplandeckungskreise

Die im Einzelplan 7 vorhandenen Deckungskreise sind auf dem Deckblatt zum Zahlenwerk dargestellt. Eine Übersicht der einbezogenen Titel findet sich in der Anlage 4 (weißer Teil).

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur BWVI gehören der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer sowie der Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen als Landesbetriebe nach § 26 LHO; die voraussichtlichen Jahresergebnisse der Einrichtungen sind wie folgt veranschlagt:

Einrichtung	Gesamtaufwand in Tsd. Euro		Zuführung (-) aus dem Haushalt Ablieferung (+) an den Haushalt in Tsd. Euro	
	2013	2014	2013	2014
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (§ 26 Abs. 1 LHO)	98.729	99.860	+1.098 -163	+1.098 -163
Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen (§ 26 Abs. 1 LHO)	20.012	20.182	+8	+8

Wirtschaftsplan, Lagebericht und Erläuterungen finden sich in den Anlage 2.1 und 2.2 (rosa Seiten).

8. Zuwendungen

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über den Anteil der Zuwendungen an den Sach- und Fachausgaben und den Investitionen in den Kapiteln 7000 bis 7500 in den Haushaltsjahren 2012 bis 2014.

	2012	2013	2014
	in Tsd. Euro		
<u>Sach- und Fachausgaben</u>			
Ansätze insgesamt	296.462	306.161	305.252
davon Zuwendungen	49.608	60.206	58.526
in v.H.	16,7	19,7	19,2
<u>Investitionen</u>			
Ansätze insgesamt	240.120	261.545	275.422
davon Zuwendungen	28.822	52.922	46.356
in v.H.	12,0	20,2	16,8

Die Erläuterungen zu den Kapiteln 7000 bis 7500 (grauer Teil) enthalten weitere Angaben insbesondere zu den Zuwendungsprogrammen der Behörde.

Organisation des Zuwendungsverfahrens

Das Zuwendungsverfahren ist in der BWVI durch Rundschreiben des Beauftragten für den Haushalt geregelt. Darin sind die Zuständigkeiten für die Bewilligung von Zuwendungen, die Überwachung der Verwendung, die Prüfung der Verwendungsnachweise und die Erfolgskontrolle festgelegt. Außerdem sind alle mit der Bearbeitung von Zuwendungen beauftragten Mitarbeiter mit einem Merkblatt „Zuwendungen“ ausgestattet worden, in denen die wesentlichen Bestimmungen des Zuwendungsrechts sowie ihre praktische Handhabung in komprimierter Form dargestellt sind. Die Zuwendungssachbearbeitung erfolgt mit der Software INEZ.

Zuwendungen zur institutionellen Förderung werden ab einer Höhe von 50.000 Euro im Einzelfall ausschließlich vom Beauftragten für den Haushalt bewilligt. Zuwendungen zur Projektförderung werden grundsätzlich von den fachlich zuständigen Ämtern bewilligt. Musterbescheide beim Beginn neuer Förderprogramme sowie nicht zu Förderprogrammen gehörende Einzelfälle mit Beträgen ab 50.000 Euro werden mit der Abteilung Finanzen und Controlling abgestimmt. Diese grundlegende Regelung gilt, soweit nicht durch besondere Verfügungen des Beauftragten für den Haushalt die Befugnis zur Bewilligung von Zuwendungen für besondere Bereiche auf die Ämter delegiert worden ist, wie z.B. für die Abwicklung von Finanzierungshilfen nach dem Gesetz über die Kreditkommission sowie für diverse Förderprogramme im Bereich der

Wirtschafts- und Technologieförderung sowie der Ernährungs- und Landwirtschaft. Der Inhalt der Zuwendungsbescheide ist aber auch in diesen Fällen mit der Abteilung Finanzen und Controlling abzustimmen.

Für Zuwendungen, die der Beauftragte für den Haushalt bewilligt hat, werden die zahlenmäßigen Nachweise der Verwendungsnachweise von der Abteilung Finanzen und Controlling, die Sachberichte von den zuständigen Fachämtern geprüft, die generell auch die Erfolgskontrollen durchzuführen haben. In allen anderen Fällen, in denen die Fachämter selbst die Zuwendungsbescheide erlassen, sind auch die zahlenmäßigen Nachweise von den Fachdienststellen zu prüfen. Im Rahmen der vorgeschriebenen Standardprüfung ist festzustellen, ob der Verwendungsnachweis den im Zuwendungsbescheid festgelegten Anforderungen entspricht, die Zuwendung zweckentsprechend verwendet wurde und ob Rückzahlungsansprüche geltend zu machen sind. Anhand der Sachberichte ist ferner zu prüfen, ob der mit der Zuwendung beabsichtigte Zweck erreicht wurde.

Die notwendigen weitergehenden Prüfungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Standardprüfung oder bei fortlaufenden Zuwendungen (insbesondere zur institutionellen Förderung) in einem angemessenen Prüfungsturnus werden in Form von Belegprüfungen vor Ort vom Betriebswirtschaftlichen Prüfdienst der Behörde durchgeführt.

Bei den meisten Zuwendungsempfängern werden die Jahresabschlüsse von Wirtschaftsprüfern geprüft und testiert. Ihre Berichte sind in diesen Fällen Bestandteil des Verwendungsnachweises. Sie können die Prüfung durch die Behörde auch dann nicht ersetzen, wenn der Auftrag für eine erweiterte Prüfung der zweckentsprechenden, wirtschaftlichen und sparsamen Verwendung der Zuwendung erteilt worden ist. Nach dem Zuwendungsrecht kann die Verantwortung für die Anerkennung des Verwendungsnachweises nicht auf den Wirtschaftsprüfer delegiert werden. Die erweiterte Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer hat ihre Bedeutung somit insbesondere in den Jahren, in denen die Behörde turnusmäßig (aus Gründen der Kostenersparnis) nur eine Standardprüfung der Verwendungsnachweise vornehmen kann.

9. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Die Produktinformationen für den Einzelplan 7 wurden auf der Grundlage des Produktplans (vgl. Nr. 3) erarbeitet. Den nachstehend aufgeführten Produktbereichen werden folgende Kapitel zugeordnet:

Produktbereich	Kapitel-Nr.	Kapitelbezeichnung
1 – Zentralverwaltung	7000	Zentralverwaltung
2 – Stabsbereich Norddeutsche Zusammenarbeit; Marketing, Tourismus	7100	Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus
3 – Verkehr und Straßenwesen	7200	Verkehr und Straßenwesen
4 – Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen	7300	Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen
	7350	Hamburg Port Authority
5 – Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft	7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft
6 – Rechtsamt	7500	Rechtsamt

In den nachstehenden Tabellen sind die in den Produktinformationen erfassten Beträge aus den Haushaltsansätzen für 2012 bis 2014 abgeleitet worden, um eine Vergleichbarkeit zwischen beiden Datenbeständen zumindest in den Gesamtansätzen zu ermöglichen.

Haushaltsplan 2012

	Gesamteinnahmen	Personalausgaben	Sach- und Fachausgaben*	Investitionen	Gesamtausgaben
Tsd. Euro					
Gesamtbetrag Einzelplan 7	375.806	55.252	305.099	240.120	600.471
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 1	885	10.740	2.309	2	13.051
Produktbereich 2	1.337	1.062	14.276		15.338
Produktbereich 3	342.048	14.517	239.738	205.213	459.468
Produktbereich 4	21.220	16.641	29.738	24.222	70.601
Produktbereich 5	9.776	10.936	17.200	8.483	36.619
Produktbereich 6	540	1.356	1.838	2.200	5.394

*) In dieser Summe sind die besonderen Finanzierungsausgaben enthalten.

**Vorwort
Einzelplan 7**

Haushaltsplan 2013

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben*	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Einzelplan 7	378.859	56.410	314.765	261.545	632.720
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 1	802	11.559	4.114		15.673
Produktbereich 2	1.556	1.048	14.417		15.465
Produktbereich 3	344.537	14.647	246.930	226.538	488.115
Produktbereich 4	21.273	16.447	29.529	24.250	70.226
Produktbereich 5	9.931	11.285	18.131	10.757	40.173
Produktbereich 6	760	1.424	1.644		3.068

*) In dieser Summe sind die besonderen Finanzierungsausgaben enthalten.

Haushaltsplan 2014

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben*	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Einzelplan 7	384.965	56.528	310.490	275.422	642.440
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 1	541	11.728	3.167		14.895
Produktbereich 2	1.481	1.063	14.478		15.541
Produktbereich 3	349.942	14.807	248.866	241.449	505.122
Produktbereich 4	21.273	16.214	29.159	24.250	69.623
Produktbereich 5	10.968	11.271	13.170	9.723	34.164
Produktbereich 6	760	1.445	1.650		3.095

*) In dieser Summe sind die besonderen Finanzierungsausgaben enthalten.

Produktinformationen

Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

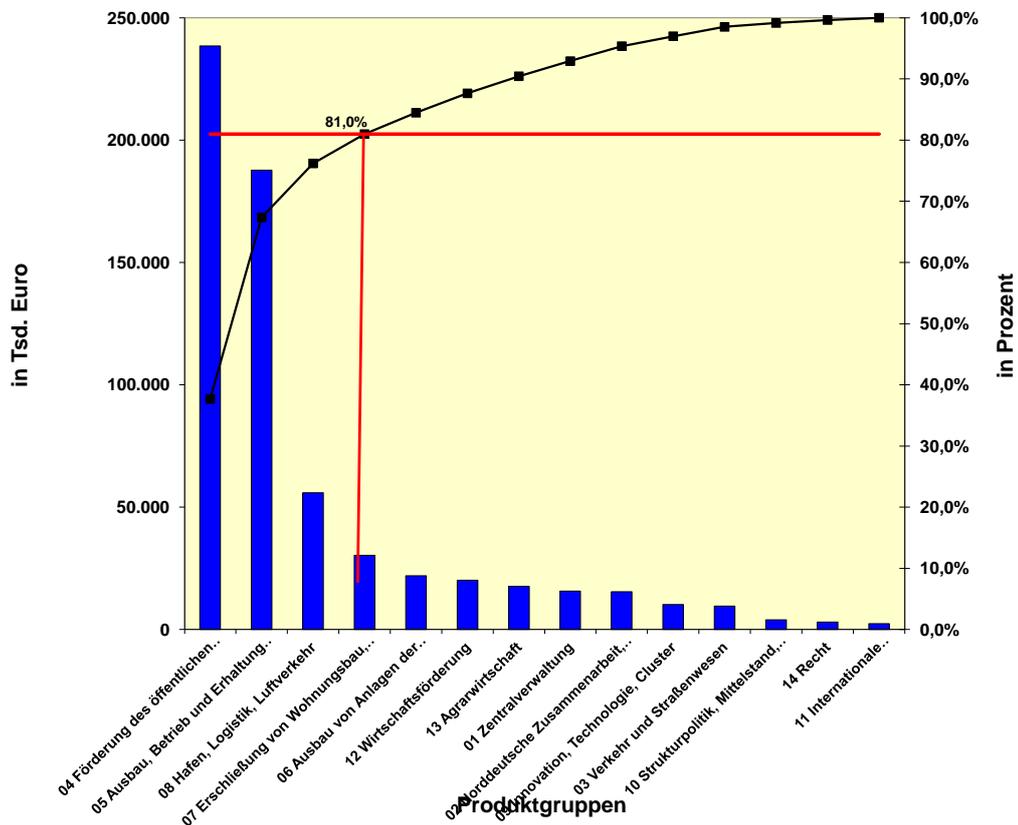
Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80/20-Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

Strukturdatenblatt
Einzelplan 7.0

Haushaltsjahr 2013: Einzelplan 7.0 - Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Tabelle 1								
1	2	3	gelbe Seiten		Differenz Sp. 5 - Sp. 4	Abgleich zum Zahlenwerk		
			PG	PB		Gesamtausgaben		
	in Tsd. EUR					Ansatz	Differenz PG Sp. 7 - Sp. 4	Differenz PB Sp. 7 - Sp. 5
	01 Zentralverwaltung	01	15.673					
	gesamt		15.673	15.673	0	15.673	0	0
	02 Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus	02	15.465					
	gesamt		15.465	15.465	0	15.465	0	0
	03 Verkehr und Straßenwesen	03	9.623					
	04 Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs	03	238.412					
	05 Ausbau, Betrieb und Erhaltung von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen)	03	187.677					
	06 Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Schiene)	03	22.033					
	07 Erschließung von Wohnungsbau, Gewerbe und Industrie	03	30.370					
	gesamt	03	488.115	488.115	0	488.115	0	0
	08 Hafen, Logistik, Luftverkehr	04	55.923					
	09 Innovation, Technologie, Cluster	04	10.275					
	10 Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstleistung	04	4.028					
	gesamt		70.226	70.226	0	70.226	0	0
	11 Internationale Wirtschaftsbeziehungen	05	2.407					
	12 Wirtschaftsförderung	05	20.104					
	13 Agrarwirtschaft	05	17.662					
	gesamt		40.173	40.173	0	40.173	0	0
	14 Recht	06	3.068					
	gesamt		3.068	3.068	0	3.068	0	0
	Summe		632.720	632.720	0	632.720	0	0

Tabelle 2							
Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert in %	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %			
1	04 Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs	03	238.412	37,7%	37,7%	4	1
2	05 Ausbau, Betrieb und Erhaltung von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen)	03	187.677	29,7%	67,3%	14	1
3	08 Hafen, Logistik, Luftverkehr	04	55.923	8,8%	76,2%	4	12
4	07 Erschließung von Wohnungsbau, Gewerbe und Industrie	03	30.370	4,8%	81,0%	7	12
5	06 Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Schiene)	03	22.033	3,5%	84,5%	5	1
6	12 Wirtschaftsförderung	05	20.104	3,2%	87,6%	4	19
7	13 Agrarwirtschaft	05	17.662	2,8%	90,4%	2	7
8	01 Zentralverwaltung	02	15.673	2,5%	92,9%	4	14
9	02 Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus	01	15.465	2,4%	95,4%	3	6
10	09 Innovation, Technologie, Cluster	03	10.275	1,6%	97,0%	2	17
11	03 Verkehr und Straßenwesen	04	9.623	1,5%	98,5%	7	1
12	10 Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstleistung	03	4.028	0,6%	99,1%	2	5
13	14 Recht	06	3.068	0,5%	99,6%	3	1
14	11 Internationale Wirtschaftsbeziehungen	05	2.407	0,4%	100,0%	4	3
Summe			632.720	100,0%		65	100

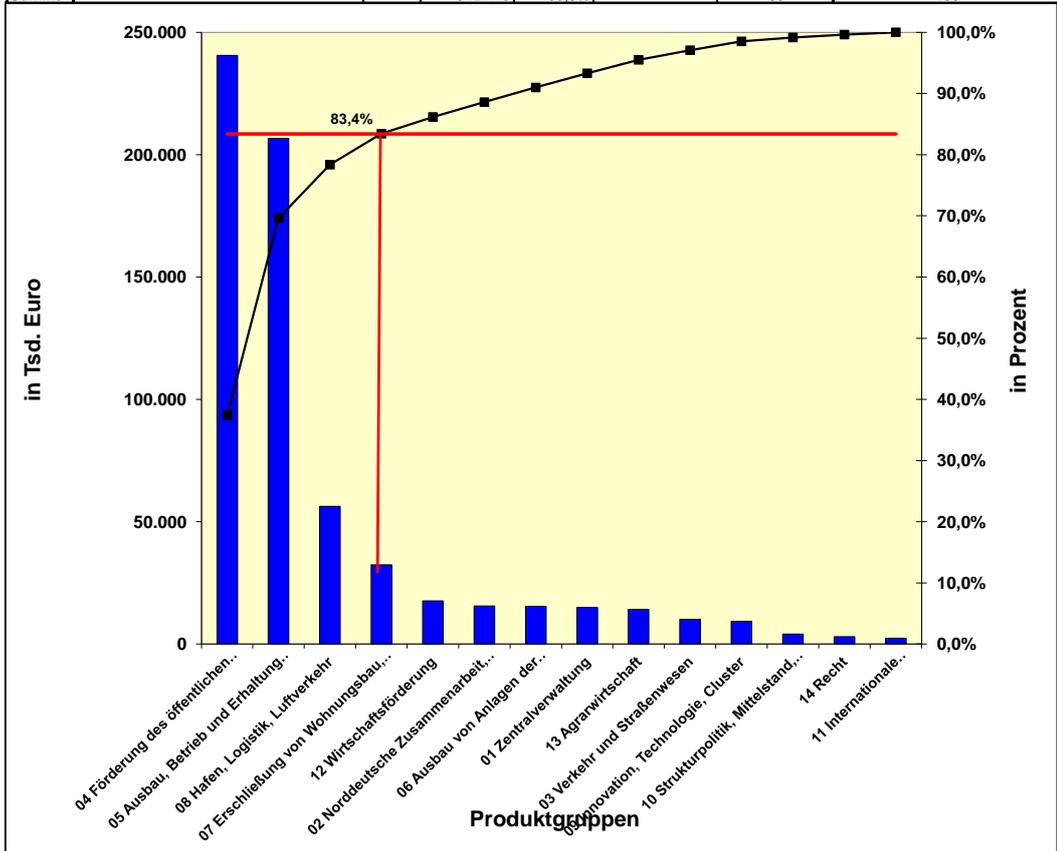


Strukturdatenblatt
Einzelplan 7.0

Haushaltsjahr 2014: Einzelplan 7.0 - Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Tabelle 1								
1	2	3	gelbe Seiten		Differenz Sp. 5 - Sp. 4	Abgleich zum Zahlenwerk		
			PG	PB		Gesamtausgaben		
						Ansatz	Differenz PG Sp. 7 - Sp. 4	Differenz PB Sp. 7 - Sp. 5
	01 Zentralverwaltung	01	14.895					
	gesamt		14.895	14895	0	14.895	0	0
	02 Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus	02	15.541					
	gesamt		15.541	15.541	0	15.541	0	0
	03 Verkehr und Straßenwesen	03	10.075					
	04 Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs	03	240.505					
	05 Ausbau, Betrieb und Erhaltung von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen)	03	206.650					
	06 Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Schiene)	03	15.420					
	07 Erschließung von Wohnungsbau, Gewerbe und Industrie	03	32.472					
	gesamt	03	505.122	505.122	0	505.122	0	0
	08 Hafen, Logistik, Luftverkehr	04	56.263					
	09 Innovation, Technologie, Cluster	04	9.320					
	10 Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstleistung	04	4.040					
	gesamt		69.623	69.623	0	69.623	0	0
	11 Internationale Wirtschaftsbeziehungen	05	2.402					
	12 Wirtschaftsförderung	05	17.659					
	13 Agrarwirtschaft	05	14.103					
	gesamt		34.164	34.164	0	34.164	0	0
	14 Recht	06	3.095					
	gesamt		3.095	3.095	0	3.095	0	0
	Summe		642.440	642.440	0	642.440	0	0

Tabelle 2							
1	2	3	Ressourcen		Ressourcen kumuliert in %	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %			
1	04 Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs	03	240.505	37,4%	37,4%	4	1
2	05 Ausbau, Betrieb und Erhaltung von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen)	03	206.650	32,2%	69,6%	14	1
3	08 Hafen, Logistik, Luftverkehr	04	56.263	8,8%	78,4%	4	12
4	07 Erschließung von Wohnungsbau, Gewerbe und Industrie	03	32.472	5,1%	83,4%	7	12
5	12 Wirtschaftsförderung	05	17.659	2,7%	86,2%	4	19
6	02 Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus	02	15.541	2,4%	88,6%	4	14
7	06 Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Schiene)	03	15.420	2,4%	91,0%	5	1
8	01 Zentralverwaltung	01	14.895	2,3%	93,3%	3	6
9	13 Agrarwirtschaft	05	14.103	2,2%	95,5%	2	7
10	03 Verkehr und Straßenwesen	04	10.075	1,6%	97,1%	7	1
11	09 Innovation, Technologie, Cluster	03	9.320	1,5%	98,5%	2	17
12	10 Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstleistung	03	4.040	0,6%	99,1%	2	5
13	14 Recht	06	3.095	0,5%	99,6%	3	1
14	11 Internationale Wirtschaftsbeziehungen	05	2.402	0,4%	100,0%	4	3
Summe			642.440	100,0%		65	100



Produktinformationen

Produktbereich 1: Zentralverwaltung

Kapitel 7000

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. Euro	971	781	885	802	541
• Betriebseinnahmen in Tsd. Euro	971	781	885	802	541
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. Euro	12.379	12.900	13.049	15.673	14.895
• Personalausgaben in Tsd. Euro	9.888	9.862	10.740	11.559	11.728
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. Euro	2.491	3.038	2.309	4.114	3.167
Investitionsausgaben in Tsd. Euro	282	252	2	0	0
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	135,2	132,9	124,8	130,7	128,7

<i>Ziele des Produktbereichs</i>
Z 1: Bereitstellung von Ressourcen sowie Unterstützung von Behördenleitung und Fachämtern
<i>Produktgruppen - Überblick</i>
PG 01:Steuerung und Service (Zentralverwaltung)

Produktgruppe 01: Steuerung und Service (Zentralverwaltung)

Kapitel 7000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Unterstützung eigener und fremder Fachaufgaben sowie der Behördenleitung
Z 2: Effiziente Steuerung der Ressourcen
Z 3: Beteiligungsverwaltung, Betriebswirtschaftlicher Prüf- und Beratungsdienst
<i>Produkte</i>
P 1: Personalmanagement, Haushalt und Organisation
P 2: Infrastruktur
P 3: Leitungsunterstützung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. Euro	971	781	885	802	541
• Betriebseinnahmen in Tsd. Euro	971	781	885	802	541
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. Euro	12.379	12.900	13.049	15.673	14.895
• Personalausgaben in Tsd. Euro	9.888	9.862	10.740	11.559	11.728
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. Euro	2.491	3.038	2.309	4.114	3.167
Investitionsausgaben in Tsd. Euro	282	252	2	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten überbehördlich (1,5 %) in Tsd. Euro	148	148	161	173	176

Produktbereich: 1
Zentralverwaltung

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Bei den Sach- und Fachausgaben handelt es sich im Wesentlichen um: - Erstattungen für Dienstleistungen von Dataport (2013 und 2014 jeweils 1.348 Tsd. Euro, Titel 7000.671.56).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	135,2	132,9	124,8	130,7	128,7

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Personalmanagement, Haushalt und Organisation:					
Anzahl der aktiven und passiven Beschäftigten ¹	581	636	632	630	624
Anteil der Personalausgaben der zentralen Intendanz an den gesamten Personalausgaben der Behörde in % ²	13,87	12,34	13,51	11,97	11,90
Durchschnittliche Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in Euro ³	1.027	1.024	978	1.047	1.057
Durchschnittliche Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in Euro	660	672	597	677	683
Durchschnittliche Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in Euro	367	352	381	370	374

¹ Die Schwankungen der Beschäftigtenzahlen sind auf organisatorische Veränderungen zurückzuführen (zwischenbehördliche Aufgabenverlagerungen). Die Planzahl 2012 berücksichtigt die neue Struktur als Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation. Der Landesbetrieb Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen, für den Intendanzleistungen erbracht werden, ist einbezogen. Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer verfügt über eine eigene Intendanz und ist daher nicht einbezogen.

² Die Intendanz der BWVI erbringt im Bereich des Gebäudemanagements auch Leistungen für fremde, im Gebäudekomplex Alter Steinweg/Wexstraße untergebrachte Dienststellen. Nicht alle Intendanzleistungen können linear der Entwicklung der Beschäftigtenzahl angepasst werden.

³ Die Kennzahlen umfassen die Personal- und Sachausgaben für die mit der Personalbetreuung, -verwaltung und -entwicklung verbundenen Leistungen und personalrechtlichen Tätigkeiten, bezogen auf die Anzahl der in der Behörde Beschäftigten. Schwankungen der Kostenwerte entstehen in erster Linie durch Veränderungen der Beschäftigtenzahlen.

Produktbereich 2: Stabsbereich Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus

Kapitel 7100

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. Euro	2.067	2.199	1.337	1.556	1.481
• Betriebseinnahmen in Tsd. Euro	2.067	2.199	1.337	1.556	1.481
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. Euro	17.017	15.200	15.338	15.465	15.541
• Personalausgaben in Tsd. Euro	-	-	1.062	1.048	1.063
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. Euro	17.017	15.200	14.276	14.417	14.478
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	11.924	9.425	8.492	8.825	8.926
Investitionsausgaben in Tsd. Euro	242	-	-	-	-
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	18,1	18,0	18,3	18,0	18,0

<i>Ziele des Produktbereichs</i>
Z 1: Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion Hamburg (MRH) und Verbesserung der Norddeutschen Zusammenarbeit
Z 2: Steigerung der nationalen und internationalen Bekanntheit Hamburgs sowie Erhöhung der Wahrnehmung der Standortattraktivität
Z 3: Betrieb und Weiterentwicklung des Stadtportals hamburg.de
Z 4: Entwicklung / Unterstützung von Aktivitäten zur Steigerung der Bekanntheit Hamburgs als Tourismusdestination
Z 5: Stärkung Hamburgs im Bereich zentraler Großveranstaltungen, insbesondere auf dem Heiligengeistfeld
<i>Produktgruppen - Überblick</i>
PG 02: Stabsbereich Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus

Produktgruppe 02: Stabsbereich Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus Kapitel 7100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der MRH und Verbesserung der Norddeutschen Zusammenarbeit
Z 2: Steigerung des nationalen und internationalen Bekanntheitsgrades Hamburgs sowie Erhöhung der Wahrnehmung der Standortattraktivität Hamburgs durch ein koordiniertes und profiliertes Hamburg-Marketing. Nach der Restrukturierung des Hamburg-Marketings (Drs. 19/6161) kommt insbesondere der Steuerung des übergreifenden Hamburg-Marketings besondere Bedeutung zu.
Z 3: Sicherstellung der Eigentumsrechte an der Domain www.hamburg.de, Sicherstellung der Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Betreibervertrag
Z 4: Entwicklung / Unterstützung von Aktivitäten zur Steigerung der Bekanntheit Hamburgs als Tourismusdestination um die Zahl der Übernachtungen aus dem In- und Ausland in Hamburg und den Tagesausflugsverkehr nach Hamburg stetig zu erhöhen.
Z 5: Förderung des Geschäftstourismus u.a. auch im Tagungs- und Kongresswesen in Kooperation mit der Hamburg Messe und Kongress GmbH (HMC)
Z 6: Durchführung der Domveranstaltungen und des Hafengeburtstag Hamburg, Erzielung von Einnahmen durch die Vermietung des Heiligengeistfeldes als zentrale Veranstaltungsfläche
<i>Produkte</i>
P 1: Kooperation mit den Partnern der MRH (Entwicklung und Umsetzung von Projekten), Entscheidung über die Unterstützung von Förderprojekten der MRH
P 2: Fachaufsicht über die Hamburg Marketing GmbH und Begleitung von Unternehmensprojekten von besonderer Schwierigkeit oder Bedeutung. Durchsetzung der Anforderungen des Hamburg Marketings ggü. der Hamburger Verwaltung, Wahrnehmung der Eigenwerberrrechte der FHH aus den Werberrverträgen, Fachaufsicht über die hamburg.de GmbH & Co. KG.
P 3: Branchenbetreuung der Tourismuswirtschaft sowie Koordinierung und Ergänzung der bestehenden touristischen Marketingaktivitäten der verschiedenen Träger
P 4: Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Volksfesten auf dem Heiligengeistfeld (Hamburger DOM) und des Hafengeburtstages Hamburg; ganzjährige Vermarktung und Bewirtschaftung des Heiligengeistfeldes als

Produktbereich: 2
Stabsbereich Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus

zentrale Veranstaltungsfläche; Fachaufsicht für bezirkliche Volksfeste und Wochenmärkte					
Haushaltsdaten	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. Euro	2.067	2.199	1.337	1.556	1.481
• Betriebseinnahmen in Tsd. Euro	2.067	2.199	1.337	1.556	1.481
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. Euro	17.017	15.200	15.338	15.465	15.541
• Personalausgaben in Tsd. Euro	-	-	1.062	1.048	1.063
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. Euro	17.017	15.200	14.276	14.417	14.478
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	11.924	9.425	8.492	8.825	8.926
Investitionsausgaben in Tsd. Euro	242	-	-	-	-

nachrichtlich:

Kostendaten	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten überbehördlich (1,5 %) in Tsd. Euro	-	-	16	16	16

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte
Bei den Einnahmen handelt es sich im Wesentlichen um - Platzgelder für die Volksfeste auf dem Heiligengeistfeld (2013 und 2014 jeweils 940 Tsd. Euro, Titel 7100.111.16), - Zweckgebundene Einnahmen für die Gemeinsame Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg (2013 und 2014 jeweils 286 Tsd. Euro, Titel 7100.232.01).
Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen - Zuschüsse an die HMG Holding und deren Tochterunternehmen (2013: 8.744 Tsd. Euro, 2014: 8.845 Tsd. Euro, Titel 7100.682.02) - Betrieb und Weiterentwicklung des Stadtportals www.hamburg.de (2013 und 2014 jeweils 200 Tsd. Euro, Titel 7100.535.57) - Miete für die vorübergehende Überlassung des Grundstücks Heiligengeistfeld (2013 und 2014 jeweils 2.221 Tsd. Euro, Titel 7100.518.01), - Förderfonds der Metropolregion Hamburg (2013 und 2014 jeweils 1.350 Tsd. Euro, Titel 7100.545.02), - Betriebsmittel für Veranstaltungen auf dem Heiligengeistfeld (2013 und 2014 jeweils 290 Tsd. Euro, Titel 7100.517.01).

Quantitätskennzahlen	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	18,1	18,0	18,3	18,0	18,0

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Kooperation mit den Partnern der MRH (Entwicklung und Umsetzung von Projekten), Entscheidung über die Unterstützung von Förderprojekten der MRH					
Anzahl der eingereichten Förderanträge im Rahmen der bilateralen Förderfonds	33	29	45	35	35
Beantragtes Fördervolumen in Mio. Euro	3,46	3,85	5,0	5,0	5,0
Fördervolumen der bewilligten Fördermaßnahmen in Mio. Euro gesamt (davon hamburgischer Anteil jeweils 50%)	2,37	2,51	3,0	2,7	2,7
Anteil der bewilligten Förderanträge an der Gesamtzahl der gestellten Anträge in %	82	69	67	67	67
Gesamtbetrag des durch die Förderung angeschobenen Investitionsvolumens in Mio. Euro	15,6	15,5	25	17	17
P 2: Fachaufsicht über die Hamburg Marketing GmbH und Begleitung von Unternehmensprojekten von besonderer Schwierigkeit oder Bedeutung. Durchsetzung der Anforderungen des Hamburg Marketings ggü. der Hamburger Verwaltung, Wahrnehmung der Eigenwerberrrechte der FHH aus den Werberechtsverträgen, Fachaufsicht über die hamburg.de GmbH & Co. KG.					

Produktbereich: 2
Stabsbereich Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Bearbeitungsfälle bei der Plakat-Werbung, Prüfung von Plakatvorhaben			250	250	250
P 3: Branchenbetreuung der Tourismuswirtschaft sowie Koordinierung und Ergänzung der bestehenden touristischen Marketingaktivitäten der verschiedenen Träger					
Anzahl der Übernachtungen in der Hamburger Hotellerie in Mio.	8,9	9,5	9,7	10,3	10,7
Ausgaben der gewerblichen Übernachtungsgäste in Hamburg (pro Tag rd. 209 Euro) in Mio. Euro		1.985,5	2.027	2.152,7	2.236,3
P4: Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Volksfesten auf dem Heiligengeistfeld (Hamburger DOM) und des Hafengeburtstages Hamburg; ganzjährige Vermarktung und Bewirtschaftung des Heiligengeistfeldes als zentrale Veranstaltungsfläche; Fachaufsicht für bezirkliche Volksfeste und Wochenmärkte					
Anzahl der Besucher des Hamburger DOM in Mio.	9	10	9	10	10
Anzahl der Geschäfte auf dem Hamburger DOM	763	748	763	750	750
Anzahl der Besucher auf dem Hafengeburtstag in Mio.	1,2	1,5	1,2	1,5	1,3
Anzahl der Geschäfte und Subveranstalter auf dem Hafengeburtstag	217	168	220	220	220
Anzahl der Veranstaltungen auf dem Heiligengeistfeld	15	16	14	15	15
Anzahl der Veranstaltungstage auf dem Heiligengeistfeld	125	218	100	130	130

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	366.610	356.533	342.048	344.537	349.943
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	278.290	297.915	304.898	311.887	317.293
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	88.320	58.618	37.150	32.650	32.650
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	238.271	236.653	254.255	261.577	263.672
• Personalausgaben in Tsd. EUR	20.157	19.442	14.517	14.647	14.807
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁴	218.114	217.211	239.738	246.930	248.865
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	11.165	11.647	24.110	23.788	24.100
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	37.273	38.927	38.100	38.100	38.100
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁵	228.165	216.719	205.213	226.538	241.450
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	93.861	70.027	24.335	50.745	44.406
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	127,6	123,4	122,9	123,6	123,6

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Entwicklung der verkehrspolitischen Grundsätze einschließlich klimaschutzpolitischer Belange
Z 2:	Vertretung hamburgischer Interessen in der Verkehrspolitik auf Bundes- und EU-Ebene
Z 3:	Konzeptionelle Verkehrsplanung
Z 4:	Förderung der Attraktivität des ÖPNV
Z 5:	Entwicklung der Infrastruktur für den ÖPNV auf Schiene und Straße
Z 6:	Gestaltung des Rechtsrahmens und der Vorgaben für den ÖPNV, Schienen- und Straßengüterverkehr (Grundsatzfragen, Tarife, Genehmigungen und Betrieb)
Z 7:	Erhaltung der Funktionsfähigkeit der vorhandenen öffentlichen Anlagen der Verkehrsinfrastruktur
Z 8:	Beseitigung von Engpässen und Entlastung bestehender Straßen mit hoher Wohndichte
Z 9:	Erhöhung der Verkehrssicherheit für Kraftfahrzeuge, Radfahrer und Fußgänger
Z 10:	Veränderung des Modal Split zu Gunsten des ÖPNV, des Radverkehrs und des Zu-Fuß-Gehens
Z 11:	Entwicklung und Schaffung der notwendigen Infrastruktur für die Stadtentwicklung durch Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 03	Integrierte Gesamtverkehrsplanung und Grundsatzaufgaben des Verkehr- und Straßenwesens
PG 04	Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs
PG 05	Ausbau, Betrieb und Erhaltung von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen)
PG 06	Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Schiene)
PG 07	Erschließungen für Wohnungsbau, Gewerbe und Industrie

Produktgruppe 03: Integrierte Gesamtverkehrsplanung und Grundsatzaufgaben des Verkehr- und Straßenwesens

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Sicherer, wirtschaftlicher, sozialverträglicher und umweltgerechter Personen- und Güterverkehr durch entsprechende Verkehrsuntersuchungen und -planungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene
Z 2:	Erhalt und Ausbau des Standortes Hamburg für die Belange von Wirtschaft, Einkauf, Handwerk, Dienstleistung, Wohnen, Arbeit, Tourismus und Erholung durch Gewährleistung angemessener verkehrlicher Infrastruktur
Z 3:	Umsetzung der klimaschutzpolitischen Ziele im Bereich des Verkehrs

⁴ Davon 13.264 Tsd. Euro (2010), 16.100 Tsd. Euro (2011) Ausgaben der Bezirksamter aus Rahmen-, Zweck-, Einzelzuweisungen

⁵ Davon 12.861 Tsd. Euro (2010), 12.055 Tsd. Euro (2011) Ausgaben der Bezirksamter aus Rahmen-, Zweck-, Einzelzuweisungen

Z 4:	Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Verwaltung der Verkehrswege
Z 5:	Erhalt und Anpassung einer sicheren und funktionsfähigen Verkehrsinfrastruktur in Hamburg durch zentrale Erarbeitung der technischen und rechtlichen Grundlagen für die Verkehrswegeplanung, Straßenbautechnik, den konstruktiven Ingenieurbau und den Bereich des Verdingungs- und Vertragswesens einschl. zunehmender europäischer Regelungen und ggf. Umsetzung über Globalrichtlinien
Z 6:	Sicherung der tiefbautechnischen und verkehrlichen Belange zur Entwicklung der gesamtstädtischen Verkehrsinfrastruktur in Bauleit- und Landschaftsplanung sowie Bauordnung
Z 7:	Sicherstellung der bestimmungsgemäßen Ausführung von Projekten durch Wahrnehmung der Aufgaben nach § 62 HBauO
Z 8:	Gewährleistung ordnungspolitischer Rahmenvorgaben für Zulassung und Betrieb von Eisenbahnunternehmen und Mitgestaltung bei der Fortschreibung dieser Vorgaben
<i>Produkte</i>	
P 1:	Vertretung Hamburger Interessen im Bereich Verkehrspolitik auf Bundes-, Ostseeanrainer-, Nordseeanrainer- und EU-Ebene, übergeordnete Projekte (z.B. transeuropäische Netze), Hinterlandverkehr
P 2:	Verkehrsentwicklungsplanung mit Planungsangelegenheiten des Bundes und der Nachbarländer, regionalem Entwicklungskonzept, Verkehrs- und Straßeninformationsdatenbank sowie Telematikanwendungen
P 3:	Verwaltung der Verkehrswege
P 4:	Erarbeitung, Fortschreibung und Einführung von Regelungen und Arbeitshilfen zur Straßenbautechnik sowie zum Bereich des konstruktiven Ingenieurbaus einschließlich Vertragsgrundlagen
P 5:	Grundsatzangelegenheiten des Eisenbahn- und Straßengüterverkehrs, Landeseisenbahnaufsicht
P 6:	Genehmigungsverfahren Schiene gemäß Allgemeinem Eisenbahngesetz und Landeseisenbahngesetz
P 7:	Mitwirkung bei der Bauleit- und Landschaftsplanung sowie bei Baugenehmigungsverfahren

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	152.338	145.092	156.227	160.238	163.549
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	151.452	145.072	156.463	160.238	163.549
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	886	20	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	10.087	11.082	8.213	8.813	9.359
• Personalausgaben in Tsd. EUR	8.151	7.862	5.866	5.913	5.978
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.936	3.220	2.347	2.900	3.381
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	273	1.927	1.100	1.100	1.100
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	2.672	413	2.133	810	717
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	2.545	20	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.253	1.088	890	797	801
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.131	970	792	708	711
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	122	118	88	89	90

Produktbereich: 3
Verkehr und Straßenwesen

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<p>Einnahmen Die Einnahmen in dieser Produktgruppe betreffen vor allem Konzessionsabgaben von Vattenfall, E.ON und den Hamburger Wasserwerken (P3; Titel 7200.122.01 bis 03: Ansätze 2013/14 rd. 128,1 bzw. 130,5 Mio. EUR). Den zweiten Einnahmen-Schwerpunkt dieser Produktgruppe bildet die Werbung im öffentlichen Raum (P3; 7200.122.10 und 11: Ansätze 2013 rd. 29,9 Mio. EUR und 2014 rd. 30,8 Mio. EUR).</p>
<p>Personalausgaben Personelle Schwerpunkte bilden insbesondere die Bereiche Verkehrsdaten, Wegedatenbank, Bundesverkehrswegeplanung, EU-Regionale Projekte (P 2).</p>
<p>Sach- und Fachausgaben Den wertmäßig größten Bereich dieser Produktgruppe bilden die Zahlungen konsumtiver Zuschüsse an Eisenbahnunternehmen, die nicht dem ÖPNV zu Gute kommen (Titel 7200.682.01 und 682.08 mit Ansätzen von zusammen 1,6 Mio. EUR in 2013 und 2,1 Mio. EUR in 2014). Darüber hinaus sind von Belang</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gutachten für Planungen und aktuelle Maßnahmen als Grundlage für verkehrspolitische Entscheidungen (P 2) und - die Durchführung von Verkehrszählungen und Aufbau einer Verkehrsdatenbank zur Schaffung von Basisdaten für das tägliche Verwaltungshandeln sowie zahlreiche verkehrstechnische und - politische Entscheidungen (Einzelprojekte, Bebauungsplanverfahren etc., P 2).
<p>Investitionen Ausgaben betreffen vor allem Gutachten und Untersuchungen im Rahmen von Verkehrsplanungen und vorhabenbezogene Planungen (P 2).</p>

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	51,6	49,9	49,7	49,9	49,9

Produktgruppe 04: Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs

Kapitel 7200

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Verbesserung der Leistungsangebote im ÖPNV, Lösung von Finanzierungsfragen
Z 2: Steigerung der Attraktivität und Wirtschaftlichkeit des ÖPNV
Z 3: Tarifgestaltung des HVV (z.B. Vorbereitung der Genehmigung der HVV-Tarife)
Z 4: Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern im Bedienungsraum des HVV
Z 5: Verbesserung der Sauberkeit und Sicherheit im HVV
<i>Produkte</i>
P 1: HVV-Verbundstruktur (Abstimmung aller HVV-Leistungen mit den Gebietskörperschaften im HVV-Bedienungsraum und den Verkehrsunternehmen)
P 2: Leistungsangebot und Finanzierung des ÖPNV (Angebotsstandards, Leistungsmerkmale, Betriebskosten- und Investitionsfinanzierung), Fahrplanangebot, Tarifgenehmigungen
P 3: Wahrung hamburgischer Interessen
P 4: Konzepte zum barrierefreien Zugang zu Einrichtungen und Verkehrsmitteln des ÖPNV

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	157.399	159.605	161.223	163.483	165.568
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	111.999	138.205	139.823	142.083	144.168
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	45.400	21.400	21.400	21.400	21.400
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	151.141	146.735	179.279	180.748	182.840
• Personalausgaben in Tsd. EUR	2.116	2.032	1.404	1.529	1.545
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	149.025	144.703	177.875	179.219	181.295

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	11.165	11.647	24.110	23.788	24.100
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	37.000	37.000	37.000	37.000	37.000
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	8.321	13.230	22.664	57.664	57.664
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	8.313	13.227	7.000	32.150	32.150

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	326	281	211	206	207
· innerbehördlich in Tsd. EUR	294	251	190	183	184
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	32	30	21	23	23

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<p>Einnahmen Die wesentlichen Einnahmequellen in dieser Produktgruppe sind</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz, - Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bzw. dem Entflechtungsgesetz und - Beteiligungen des Umlandes an den Kosten des Verkehrs im HVV-Verbundraum. <p>Sach- und Fachausgaben In diesem Bereich dominieren</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Zahlungen für bestellte Verkehre an die S-Bahn und andere Verkehrsunternehmen (P 2; enthalten in den Ansätzen von rd. 138,8 Mio. EUR für 2013 und rd. 140,9 Mio. EUR für 2014 beim Titel 7200.682.02: Bewirtschaftung beim Titel 7200.682.13), - die Gewährung von Zuwendungen an Verkehrsunternehmen (P2; ebenfalls im Ansatz von 7200.682.02 enthalten: Bewirtschaftung vor allem über 7200.682.15) und - Ausgleichszahlungen für Belastungen aus dem Ausbildungsverkehr (P 2; Titel 7200.682.03: Ansätze 2013/14 jeweils 37 Mio. EUR). <p>Investitionen Schwerpunkte werden bei Zuschüssen an die Verkehrsunternehmen für verschiedene Investitionsmaßnahmen (P2; Titel 7200.891.02: Ansätze 2013/14 jeweils 21,4 Mio. EUR) gesetzt. Die Bewirtschaftung erfolgt bei diversen Investitionstiteln des Kapitels 7200, auch produktgruppenübergreifend.</p>

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	13,4	12,9	11,9	12,9	12,9

Produktgruppe 05: Ausbau, Betrieb und Erhaltung von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen)

Kapitel 7200

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Erhaltung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur (Betrieb, Unterhaltung, Instandsetzung, Erneuerung und Grundinstandsetzung)
Z 2: Verbesserung der wirtschaftlichen Unterhaltung und Instandsetzung von Straßen unter Bedarfsgesichtspunkten und Finanzierungsmöglichkeiten
Z 3: Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit, der Standsicherheit und der Funktionalität der Brücken, Tunnel und sonstigen Ingenieurbauwerke (z.B. Lärmschutzwände, Stützwände, Tröge und Verkehrszeichenbrücken)
Z 4: Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen) im Bereich der globalen Programme, z.B. Erhöhung der Verkehrssicherheit, passiver Lärmschutz, Verbesserung des Verkehrsflusses und Entlastung bestehender Straßen mit hoher Wohndichte
Z 5: Förderung des ÖPNV auf der Straße, des Radverkehrs, des Zu-Fuß-Gehens u.a. aus Ausgleichsbeträgen gem. §

Produktbereich: 3
Verkehr und Straßenwesen

<p>49 Abs. 4 der Hamburgischen Bauordnung und aus dem Hamburgischen Klimaschutzprogramm</p> <p>Z 6: Entlastung Finkenwerders vom Durchgangsverkehr</p> <p>Z 7: Verbesserung des Lärmschutzes an Straßen, Umsetzung der EU-Richtlinie Umgebungslärmschutz (Verkehrslärm)</p> <p>Z 8: Entlastung der Elbinsel Wilhelmsburg vom Durchgangsverkehr (Verlegung Wilhelmsburger Reichsstraße / Hafenuferspange)</p> <p>Z 9: Wahrnehmung der zentralen Aufgaben der Auftragsverwaltung für den Bund (Oberste Landesstraßenbaubehörde)</p> <p>Z 10: Sicherstellung eines optimierten Verkehrsablaufs auf den für den Wirtschaftsverkehr und den ÖPNV wichtigen Hauptverkehrsstraßen in Hamburg durch Baustellenkoordinierung (im Wesentlichen bedingt durch Arbeiten der Leitungsverwaltungen)</p>
<i>Produkte</i>
<p>P 1: Zustandserfassung und -bewertung einschl. straßenbautechnischer Begutachtung</p> <p>P 2: Erhaltungsprogramme und Bereitstellung finanzieller Ressourcen für die Erhaltung von Straßen einschließlich konstruktiver Bauwerke, öffentlicher Beleuchtung, Lichtsignal- und Telematikeinrichtungen usw.</p> <p>P 3: Konkrete Verkehrsuntersuchungen und -konzepte Verkehrsinfrastruktur Straße (insbesondere vorhabenbezogene Verkehrsuntersuchungen, Park + Ride)</p> <p>P 4: Entwicklung von Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit</p> <p>P 5: Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Stadt- und Bundesfernstraßen einschl. konstruktiver Bauwerke, Lärmschutzmaßnahmen, Anlagen der Öffentlichen Beleuchtung, Lichtsignal- und Telematikeinrichtungen</p> <p>P 6: Neu-, Um- und Ausbau von Busbahnhöfen und Anlagen des ÖPNV auf der Straße</p> <p>P 7: Umsetzung von Projekten zur Förderung des Radverkehrs und des Zu-Fuß-Gehens</p> <p>P 8: Bau der Umgehung Finkenwerder</p> <p>P 9: Nachrüstprogramm für die ersten drei Röhren des Elbtunnels und Hamburgische Straßenverkehrstunnel (RABT)</p> <p>P 10 Vorbereitung des sechs- bis achtstreifigen Ausbaus der BAB A7 zwischen der Landesgrenze zu Schleswig-Holstein und der Anschlussstelle Othmarschen sowie zwischen dem Elbtunnel und dem geplanten Autobahndreieck BAB A7 / A26 einschließlich Überdeckung</p> <p>P 11 Vorbereitung der BAB A26 zwischen der BAB A7 und der Landesgrenze zu Niedersachsen</p> <p>P 12 Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße</p> <p>P 13 Vorbereitung der Hafenuferspange</p> <p>P 14 Wahrnehmung der Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	23.486	24.954	16.637	17.593	17.598
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	14.502	14.148	8.387	9.343	9.348
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	8.984	10.806	8.250	8.250	8.250
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	71.439	74.020	62.872	68.236	67.665
• Personalausgaben in Tsd. EUR	5.182	4.995	3.728	3.769	3.810
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁶	66.257	69.025	59.144	64.467	63.855
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁷	118.816	121.705	135.496	119.441	138.985
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	16.222	6.354	288	255	263

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	797	691	560	508	510
· innerbehördlich in Tsd. EUR	719	616	504	451	453
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	78	75	56	57	57

⁶ Davon 13.264 Tsd. Euro (2010), 16.100 Tsd. Euro (2011) Ausgaben der Bezirksamter aus Rahmen-, Zweck-, Einzelzuweisungen

⁷ Davon 12.861 Tsd. Euro (2010), 12.055 Tsd. Euro (2011) Ausgaben der Bezirksamter aus Rahmen-, Zweck-, Einzelzuweisungen

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<p>Einnahmen Die Einnahmen in dieser Produktgruppe werden hauptsächlich bestimmt von den Zuweisungen des Bundes gem. Entflechtungsgesetz (P4 bis P6; Titel 7200.331.02: Ansätze 2013/14 jeweils rd. 8,3 Mio. EUR). Nennenswert sind in dieser Produktgruppe noch die Erlöse aus dem Verkauf von nicht mehr benötigtem Straßengrund (P1; Titel 7200.131.91: Ansätze 2013/14 jeweils 2,0 Mio. EUR) und die Erstattungen des Bundes für die Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen einschließlich der Personalaufwendungen (P2; Titel 7200.231.01 und 231.04: Ansätze 2013/14 jeweils 6,0 Mio. EUR).</p> <p>Sach- und Fachausgaben Die Sach- und Fachausgaben werden dominiert durch die Ausgaben der öffentlichen Beleuchtung einschl. Lichtsignalanlagen für Betrieb, Unterhaltung und Instandsetzung (P2; Titel 7200.671.58 und 682.58: Ansätze 2013/14 jeweils rd. 24,8 Mio. EUR). Von großer Bedeutung ist außerdem die Bereitstellung der finanziellen Ressourcen für die Unterhaltung und Instandsetzung der öffentlichen Straßen, Wege, Brücken, Tunnel etc. (P2; Titel 7200.521.09 bis 521.82: Ansätze 2013/14 zusammen rd. 29,7 bzw. 28,9 Mio. EUR), die entsprechend der Zuständigkeit nach dem Hamburgischen Wegegesetz teilweise als Rahmenzuweisung an die Bezirke veranschlagt sind. Diese Mittel beinhalten 5 Mio. EUR in 2013/2014 für die Verstetigung des Sonderprogramms Winterschäden. Ferner sind noch die Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) für die Unterhaltung von Bundesfernstraßen (P15; Titel 7200.539.04 mit einem Ansatz von rd. 7,1 bzw. 7,3 Mio. EUR in 2013/14) sowie Maßnahmen zur Förderung des nicht motorisierten Verkehrs einschließlich des Fahrradleihsystems (P7; Titel 7200.531.01 mit einem Ansatz von 2 Mio. EUR in beiden Planjahren) zu nennen.</p> <p>Investitionen Die Substanzerhaltung der Verkehrsinfrastruktur erfordert regelmäßige Grundinstandsetzung oder Erneuerung der Anlagen. Für den Bereich der Straßen siehe dazu die Erläuterungen der Titel 7200.741.14, 741.17, 741.81 sowie 771.01 bis 771.20 (P5; Summe der Ansätze 2013 rd. 34,1 Mio. EUR und 2014 rd. 33,4 Mio. EUR). Diese Mittel beinhalten 7 bzw. 8 Mio. EUR in 2013/2014 für die Verstetigung des Sonderprogramms Winterschäden. Wertmäßig herausragend sind die Grundinstandsetzung der Meiendorfer Straße, des Unteren Landwegs sowie der Umbau des Knotenbereichs Bremer Str. / Friedhofstraße / Am Großen Dahlen / Ernst-Bergest-Weg. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Grundinstandsetzung der öffentlichen Brücken und Tunnel einschließlich der Planungs- und Ingenieurkosten, veranschlagt bei 7200.741.09 sowie 772.01 bis 772.05 (P5; Summe der Ansätze 2013 rd. 8,1 Mio. EUR und 2014 rd. 5,1 Mio. EUR). Finanziell bedeutsamste Brückenbaumaßnahmen in 2013/14 sind die Grundinstandsetzung der Brücken Deelböge und Hannoversche Straße. Weiterhin ist die Verbesserung der Sicherheitsausstattung mehrerer Tunnel mit einem Bauvolumen von jeweils rd. 4,5 Mio. EUR in 2013 sowie rd. 7,1 Mio. EUR in 2014 geplant (P10, Titel 7200.741.19).</p> <p>Neben den aus Globaltiteln finanzierten Straßenneu- und umbauprojekten (P4, P5 und P8; im Einzelnen vgl. Erläuterungen zu den Titeln 7200.741.02, 741.04, 741.06, 741.08, 741.10, 741.22, 741.23, 741.86 und 881.05 mit einem Gesamtvolumen von rd. 15,5 Mio. EUR in 2013 und rd. 12,3 Mio. EUR in 2014) sind zwei Einzelmaßnahmen veranschlagt: die Umgehung Finkenwerder (P9; Titel 7200.750.23 mit einem Ansatz 2013 von 1,5 Mio. EUR) und der Bau eines Geh- und Radwegs zwischen Oberhafen und Großmarkt (P7; Titel 7200.751.02 mit einem Ansatz 2013 0,15 Mio. EUR). Für Investitionsausgaben im Bereich der Öffentlichen Beleuchtung einschließlich der Lichtsignalanlagen sind in 2013 rd. 13,1 Mio. EUR und in 2014 rd. 11,1 Mio. EUR vorgesehen (P5; Titel 7200.884.58).</p>

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	32,8	31,7	31,6	31,8	31,8

Produktgruppe 06: Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Schiene)

Kapitel 7200

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z 1: Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek zur Erhöhung der Verkehrssicherheit</p> <p>Z 2: Realisierung der U-Bahn in die Hafencity</p> <p>Z 3: Sicherstellung der Errichtung von Anlagen für die U-Bahn nach den anerkannten Regeln der Technik und deren Betrieb als hoheitliche Aufgabe gem. BOStrab</p>
<i>Produkte</i>
<p>P 1: Großprojekt Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek</p> <p>P 2: Großprojekt U-Bahn in die Hafencity</p> <p>P 3: Schaffung barrierefreier Zugänge zu Schnellbahnhaltstellen</p>

Produktbereich: 3
Verkehr und Straßenwesen

P 4: Entwicklung von Projekten bei Maßnahmen an höhengleichen und -freien Bahnübergängen einschließlich vertraglicher Abwicklung mit den Projektträgern auf der Grundlage des Eisenbahnkreuzungsgesetzes
P 5: Technische Aufsicht Straßen- und U-Bahnen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	27.999	21.266	140	135	139
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	95	109	140	135	139
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	27.904	21.157	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.940	2.845	2.402	2.270	2.285
• Personalausgaben in Tsd. EUR	2.858	2.757	2.183	2.086	2.108
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	82	88	219	214	207
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	79.627	55.394	19.522	19.733	13.105
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	65.721	48.981	15.242	16.604	10.331

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	440	381	327	281	283
· innerbehördlich in Tsd. EUR	397	340	295	250	251
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	43	41	32	31	32

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen Gebühren für Abnahmen und Genehmigungen gem. BOStrab (P6; 7200.111.01 anteilig).
Investitionen Die veranschlagten Investitionsmittel decken den Finanzbedarf der Kostenanteile Hamburgs für - die Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek (P1: Titel 7200.891.20: Ansatz 2013 und 2014 rd. 2,1 Mio. EUR), - die Anbindung der Hafencity ans U-Bahn-Netz (P 2; Titel 7200.891.19: Ansatz 2013 5 Mio. EUR; 2014 0,93 Mio. EUR) und ferner fallen die Investitionszuschüsse an die Hochbahn gemäß dem U-Bahn-Verkehrswegevertrag mit rd. 2,2 Mio. EUR in 2013 sowie 0,23 Mio. EUR in 2014 (Titel 7200.891.05) ins Gewicht.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	18,1	17,5	18,5	17,6	17,6

Produktgruppe 07: Erschließungen für Wohnungsbau, Gewerbe und Industrie

Kapitel 7200

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Erschließungen für Wohnungsbau entsprechend den Zielen der Stadtentwicklung
Z 2: Stärkung des Wirtschaftsstandorts Hamburg durch Gewerbe- und Industrieerschließungen
Z 3: Verkehrliche Anbindung der Hafencity
Z 4: Herstellung der Abgabengerechtigkeit durch Schaffung der Voraussetzung für Erhebung von Erschließungsbeiträgen gem. den Vorschriften der §§ 127 ff BauGB
<i>Produkte</i>
P 1: Wohnungsbauerschließungen
P 2: Gewerbeerschließungen
P 3: Industrieerschließungen

P 4: HafenCity, Äußere Erschließung
P 5: Erstmalige endgültige Herstellung von Anliegerstraßen
P 6: Erschließung Bebauungsplan Jenfeld 23 (ehem. Lettow-Vorbeck-Kaserne)
P 7: Erschließung Neue Mitte Wilhelmsburg (Infrastrukturmaßnahme IBA/IGS)

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	5.389	5.616	7.585	3.088	3.090
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	243	381	85	88	90
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	5.146	5.235	7.500	3.000	3.000
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.663	1.970	1.489	1.480	1.492
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.848	1.796	1.334	1.349	1.365
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	815	174	155	131	127
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	18.729	25.977	25.398	28.890	30.980
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	1.060	1.445	1.806	1.735	1.663

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	284	249	200	182	183
· innerbehördlich in Tsd. EUR	256	222	180	162	163
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	28	27	20	20	20

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Einnahmen

Die Einnahmen in dieser Produktgruppe bestehen aus Kostenanteilen von Bauträgern für Wohnungsbau- und Gewerbeerschließungen (P1 und P2; Titel 7200.341.02: Ansätze 2013/14 jeweils 3,0 Mio. EUR).

Investitionen

Die im Aufgabenbereich Erschließungen veranschlagten Mittel dienen insbesondere dem Wohnungsbau, der Gewerbeerschließung und der Herrichtung von Anliegerstraßen (P1, P2 und P5; Titel 7200.788.01 bis 788.07 sowie 821.03: Ansätze 2013 rd. 25,2 Mio. EUR und 2014 rd. 24,5 Mio. EUR). Im Rahmen der Wirtschaftsförderung sind im Produktbereich 5 weitere Erschließungsmittel veranschlagt.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	11,7	11,4	11,3	11,4	11,4
Abgeschlossene Erschließungsbescheide und -verträge	8	6	15	15	15
Erschließungsvorhaben Gewerbe und Industrie	29	30	50	50	50
Durchschnittskosten Gewerbe und Industrie je ha in Tsd. EUR	410	410	410	410	410

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Wohnungsbauerschließungen:					
Erschließungsvorhaben	90	100	150	150	150
Durchschnittskosten der Erschließung (Wohnungsbau Großprojekte) / WE					
- Geschosswohnungsbau in Tsd. EUR	14	14	14	14	14
- Einfamilien- und Reihenhäuser in Tsd. EUR	26	26	26	26	26
- Mischbebauung in Tsd. EUR	16	16	16	16	16
Durchschnittskosten der Erschließung (Wohnungsbau Großprojekte) / ha					
- Geschosswohnungsbau in Tsd. EUR	410	410	410	410	410
- Einfamilien- und Reihenhäuser in Tsd. EUR	520	520	520	520	520

Produktbereich: 3
Verkehr und Straßenwesen

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
- Mischbebauung in Tsd. EUR	430	430	430	430	430
Im Bau befindliche Großprojekte	5	5	5	6	6

Produktbereich 4: Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

Kapitel 7300/7350

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. Euro	21.752	21.389	21.220	21.273	21.273
• Betriebseinnahmen in Tsd. Euro	789	426	257	310	310
• Investitionseinnahmen in Tsd. Euro	20.963	20.963	20.963	20.963	20.963
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. Euro	27.603	46.309	46.379	45.976	45.373
• Personalausgaben in Tsd. Euro	18.233	17.720	16.641	16.447	16.214
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. Euro	9.370	28.589	29.738	29.529	29.159
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	7.090	23.326	25.119	25.151	24.459
Investitionsausgaben in Tsd. Euro	40.433	28.592	24.222	24.250	24.250
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	2.942	1.177	134	125	125
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	80,8	79,1	75,5	79,2	79,2

<i>Ziele des Produktbereichs</i>
Z 1: Ausbau der clusterorientierten Wirtschaftspolitik
Z 2: Förderung von Wachstum, Beschäftigung und Einkommen in Hamburg durch Verbesserung der Standortbedingungen und der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft
Z 3: Clusterbezogene Entwicklung des Potentials an hochqualifizierten Fach- und Führungskräfte
Z 4: Ausbau und Modernisierung von Infrastrukturen sowie Verbesserung von Rahmenbedingungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion Hamburg insbesondere in den Bereichen Luftfahrt, Logistik, Hafen, Schifffahrt, Life Science, Erneuerbare Energien, Elektromobilität, Industrie, Mittelstand, Handwerk, Dienstleistung und Handel
<i>Produktgruppen - Überblick</i>
PG 08 Hafen, Logistik, Luftverkehr
PG 09 Innovation, Technologie, Cluster
PG 10 Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstleistung

Produktgruppe 08: Hafen, Logistik, Luftverkehr

Kapitel 7300/7350

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Sicherung von Umschlagwachstum und Beschäftigung im Hafen durch Ausbau und Ertüchtigung der Hafeninfrasturktur
Z 2: Wachstum und Internationalität am Hamburger Flughafen. Sicherheit am Flughafen Hamburg und anderen luftverkehrsrechtlichen Anlagen
Z 3: Schaffung von Arbeitsplätzen und Erhöhung der Wertschöpfung bei bestehenden Unternehmen und Neuansiedlungen aus den Bereichen Logistik und Schifffahrt.
<i>Produkte</i>
P 1: Hafen umfasst die hafenpolitische und hafenwirtschaftliche Interessenvertretung auf Bundes- und Landesebene. Ziel ist es, den Hafenunternehmen wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens zu stärken. Ständige Aufgabe der HPA ist die Bereitstellung einer leistungsfähigen Hafeninfrasturktur, also Ausbau und Unterhaltung von Straßen, Brücken, Schienen und Wasserstraßen im Hafengebiet sowie die Bereitstellung von Flächen. Zu den hoheitlichen Aufgaben der HPA zählt die Gewährleistung der Sicherheit des Schiffsverkehrs.
P 2: Luftverkehr zielt ab auf eine am verkehrlichen Bedarf orientierte, wirtschaftlich erfolgreiche und zugleich nachhaltige Entwicklung des Flugverkehrs und der Flughafeninfrastrukturen in der und für die Region Hamburg. Die bedeutenden Funktionen des Hamburg Airport für die gesamte norddeutsche Region sollen gefestigt und weiter entwickelt werden: für die Reisenden die Verkehrsfunktion als ‚Gateway des Nordens‘, aus der regionalwirtschaftlichen Perspektive die Funktion als Impulsgeber sowie Beschäftigungsmotor für die gesamte

Produktbereich: 4
Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

	Region. Zu den wesentlichen Zielen gehört darüber hinaus die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Sicherheit (Safety und Security) am Hamburg Airport und am Sonderlandeplatz Hamburg-Finkenwerder sowie die Wahrnehmung der Aufgaben der Luftaufsicht.
P 3:	Logistik umfasst ein breites Spektrum von Instrumenten, um günstige Standortbedingungen für Logistikunternehmen in Hamburg zu schaffen. Dies schließt insb. die LIHH ein mit ihren Handlungsfeldern Kompetenznetzwerk, Nachhaltigkeit, Innovation und Technologie (u. a. Aufbau des Fraunhofer Center for Maritime Logistics and Services), Standortprofilierung sowie Gewerbeflächen und Verkehr. Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung am Logistik-Standort Hamburg durch Gewährleistung eines wirtschaftspolitisch günstigen Ordnungs- und Wettbewerbsrahmens, dazu intensive Mitwirkung an relevanten Rechtsetzungen auf Landes- und Bundesebene, ggf. auch auf EU- und internationaler Ebene.
P4:	Schifffahrt umfasst vielfältige Aufgaben, um günstige Standortbedingungen für Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und Kreuzschifffahrt zu schaffen. Einen weiteren Schwerpunkt des Produkts bildet die Mitwirkung an für die Branche relevanten Rechtsetzungen im Hafenverkehrs- und Schifffahrtsrecht. Drittens werden Aufsichtsfunktionen wahrgenommen, u. a. gegenüber der Stiftung Elbefonds.

Haushaltsdaten	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. Euro	21.426	21.296	21.220	21.273	21.273
• Betriebseinnahmen in Tsd. Euro	463	333	257	310	310
• Investitionseinnahmen in Tsd. Euro	20.963	20.963	20.963	20.963	20.963
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. Euro	15.220	16.811	35.475	31.923	32.263
• Personalausgaben in Tsd. Euro	14.505	13.949	13.122	12.410	12.152
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. Euro	715	2.862	22.353	19.513	20.111
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	339	917	20.325	18.118	18.118
Investitionsausgaben in Tsd. Euro	34.479	26.471	24.000	24.000	24.000
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	-	-	-	-	-

nachrichtlich:

Kostendaten	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. Euro	2.229	1.931	1.970	1.672	1.628
· innerbehördlich in Tsd. Euro	2.012	1.721	1.773	1.485	1.446
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. Euro	218	209	197	186	182

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte
Bei den Einnahmen handelt es sich im Wesentlichen um - Zuweisungen des Bundes für Seehäfen (2013 und 2014 jeweils 20.963 Tsd. Euro, Titel 7350.331.01).
Bei den Sach- und Fachausgaben handelt es sich im Wesentlichen um - den Kostenanteil Hamburgs für den Ausbau der Oststrecke des Mittellandkanals 2013: 400 Tsd. Euro, 2014: 1.000 Tsd. Euro, Titel 7300.631.01).
Bei den Investitionen handelt es sich im Wesentlichen um - Kostenerstattung für Investitionen im Hafen (2013 und 2014 jeweils: 24.000 Tsd. Euro, Titel 7350.891.61).

Quantitätskennzahlen	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	38,9	36,6	38,6	36,6	36,6

Produktbereich: 4
Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Hafen⁸					
Hafenbeschäftigung der Metropolregion	155.500		158.000	164.000	167.000
Gesamtumschlag Hafen Hamburg in Mio. t	121	132	119	152	162
P 2: Luftverkehr⁹					
Anzahl der Flugpassagiere am Hamburg Airport	13.000.000	13.500.000	13.400.000	14.800.000	15.500.000
Anzahl der Destinationen vom Flughafen Hamburg	115	115	123	115	115
Gebühreneinnahmen aus Zuverlässigkeits - überprüfungen und aus Prüfungsabnahmen für Luftsicherheitskontrollkräfte nach LuftSiG in EUR.	351.000	240.000	170.000	200.000	200.000
Gebühreneinnahmen aus luftrechtlichen Genehmigungsverfahren, Erlaubnissen und Lizensierungen (u.a. nach LuftVG, LuftVZO, LuftPersV und JAR-FCL) in EUR.	130.000	150.000	60.000	110.000	110.000
P 3: Logistik¹⁰					
Logistikerwerbstätige in der Metropolregion Hamburg	329.620	338.000	333.855	335.000	336.000
Mitglieder der Logistik-Initiative in Hamburg	453	460	464	500	535
P 4: Schifffahrt¹¹					
Anläufe von Kreuzfahrtschiffen	104	118	167	180	200
An den Kreuzfahrtterminals abgefertigte Passagiere	245.761	314.494	400.000	433.000	466.000
Binnenschiffumschlag im Hafen Hamburg in Tsd. t	9.951	9.964	9.980	9.990	10.000

Produktgruppe 09: Innovation, Technologie, Cluster

Kapitel 7300

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z 1: Steigerung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im produzierenden Gewerbe und für wissensorientierte Dienstleister Zur Erreichung dieses Ziels kommen einerseits die verschiedenen FuE-Programme, andererseits die verschiedenen branchenbezogenen oder branchenübergreifenden Unterstützungsmaßnahmen wie Netzwerkveranstaltungen oder Messebeteiligungsunterstützungen zur Anwendung. Richtlinienfunktion entfalten zudem übergreifende Maßnahmen und Initiativen wie die Innovationsallianz für Hamburg und der Masterplan Industrie.</p> <p>Z 2: Erhöhung des Anteils der Wirtschaft an den Forschungs- und Entwicklungsausgaben durch Anreize zur weiteren Steigerung privater Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen Zur Erreichung dieses Ziels kommen die verschiedenen FuE-Programme zur Anwendung. Die Programme sind durchgängig so ausgestaltet, dass Unternehmen, die für Forschungsaktivitäten Förderung beanspruchen wollen, diese Forschungsprojekte mit unterschiedlichen Quoten privat mitfinanzieren müssen.</p>
<i>Produkte</i>
<p>P 1: Förderung wirtschaftlicher Netzwerke umfasst insbesondere: bedarfsgerechte, auch finanzielle Unterstützung der Netzworkebildung und -entwicklung, der Förderung von Innovationstätigkeit, der netzwerkinternen Kommunikation und Zusammenarbeit sowie der Markterschließung, u.a. durch Forschungsprogramme, Netzwerkveranstaltungen, Messförderung und Marketingmaßnahmen.</p> <p>P 2: Allgemeine Förderung Industrie und Technologie umfasst insbesondere: branchenspezifische, bedarfsgerechte Unterstützung der Unternehmens- und Strukturentwicklung, insbesondere mit Blick auf KMU durch spezifische Einzelmaßnahmen, Begleitung branchenrelevanter Gesetzgebung, Schaffung ansiedlungs- und technologiefreundlicher Standortbedingungen sowie Umsetzung des Masterplans Industrie.</p>

⁸ Die KnZ „Hafenbeschäftigung der Metropolregion“ wird jährlich ex post erhoben, nicht jedoch prognostiziert. Bei den hier gemachten Angaben handelt es sich daher lediglich um grobe Schätzungen. Die „Ist Zahl 2011“ ist Juli-September 2012 ermittelbar. Bei der KnZ „Gesamtumschlag Hafen Hamburg in Mio. t.“ wurden die Ergebnisse der in 2010 erstellten „Prognose des Umschlagpotenzials des Hamburger Hafens für die Jahre 2015, 2020 und 2025“ auf die hier ausgewiesenen Jahresscheiben umgelegt.

⁹ KnZ „Anzahl der Flugpassagiere am Hamburger Airport“ und „Anzahl der Destinationen vom Flughafen Hamburg“ basieren auf Angaben der Flughafen Hamburg GmbH.

¹⁰ KnZ „Logistikerwerbstätige in der Metropolregion Hamburg“ und „Mitglieder der Logistik-Initiative in Hamburg“: die Prognose der KnZ basiert auf Schätzungen, die mit der Logistik-Initiative-Hamburg (LIHH) abgestimmt sind.

¹¹ KnZ „Anzahl Schiffsanläufe Seeschiffe“, „Anzahl Schiffsanläufe Kreuzfahrtschiffe“, „Anzahl Schiffsanläufe Binnenschiffe“, „Umschlag Binnenschiffe“, „Abgefertigte Passagiere Kreuzfahrtterminals“; Prognosen zu den KnZ sind naturgemäß mit Unsicherheiten behaftet.

Produktbereich: 4
Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. Euro	290	15	-	-	-
• Betriebseinnahmen in Tsd. Euro	290	15	-	-	-
• Investitionseinnahmen in Tsd. Euro	-	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. Euro	7.855	25.836	8.067	10.275	9.320
• Personalausgaben in Tsd. Euro	1.744	1.797	2.108	1.938	1.950
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. Euro	6.111	24.039	5.959	8.337	7.370
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	5.498	21.782	4.235	6.473	5.781
Investitionsausgaben in Tsd. Euro	5.583	1.927	-	-	-
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	2.690	1.024	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. Euro	272	251	316	261	261
· innerbehördlich in Tsd. Euro	242	221	285	232	232
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. Euro	30	30	32	29	29

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Bei den Sach- und Fachausgaben handelt es sich im Wesentlichen um - die Innovations- und clusterorientierte Wirtschaftspolitik 2013: 2.691 Tsd. Euro, 2014: 1.570 Euro, Titel 7300.683.02), - Innovationsregion Hamburg 2013: 1.300 Tsd. Euro, 2014: 1.154 Tsd. Euro, Titel 7300.683.04), - das Luftfahrtcluster Hamburg 2013: 2.215 Tsd. Euro, 2014: 2.115 Tsd. Euro, Titel 7300.683.07).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	19,6	20,3	22,1	20,5	20,5

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Förderung wirtschaftlicher Netzwerke					
Volumen der eingesetzten FuE Fördermittel der BWVI in Tsd. Euro	4.786	8.024	5.118	6.035	4.668
Anzahl der durch alle Förderprogramme für innovative Forschungs- und Entwicklungsvorhaben induzierten direkten und indirekten Arbeitsplätze	350	572	376	430	370
FuE-Förderprogramm					
Bewilligungsvolumen: öffentliche Mittel in Tsd. Euro	1.480	2.000	1.100	1.300	1.154
induzierte direkte und indirekten Arbeitsplätze	81	109	60	70	62
Pro-Ideenfonds					
Bewilligungsvolumen: öffentliche Mittel in Tsd. Euro	0,91	0	0	0	0
Induzierte direkte und indirekte Arbeitsplätze	40	0	0	0	0
Luftfahrtforschungsprogramm					
Bewilligungsvolumen: öffentliche Mittel in Tsd. Euro	4.619	4.715	1.446	2.215	2.115
induzierte direkte und indirekten Arbeitsplätze	330	440	112	160	151
Luftfahrtnetzwerk					
Anzahl der Veranstaltungen	15	15	17	17	17
Mitglieder der Clusterinitiativen					
• Life-Science (Cluster gesamt /Förderverein Bay to Bio,)				500 / 180	500 / 180
• Erneuerbare Energien				195	220
Luftfahrtcluster Metropolregion Hamburg e.V.		60	65	70	75
P 2: Allgemeine Förderung Industrie und Technologie					
Volumen der eingesetzten FuE Fördermittel der BWVI in Tsd. Euro	4.786	8.024	5.118	6.035	4.668
Volumen der generierten privaten FuE Mittel in Tsd. Euro	1.584	2.656	1.695	1.990	1.540
Anzahl der durch alle Förderprogramme für innovative Forschungs- und Entwicklungsvorhaben induzierten direkten und indirekten Arbeitsplätze	350	572	376	430	370
FuE-Förderprogramm					
Bewilligungsvolumen: öffentliche Mittel in Tsd. Euro	1.480	2.000	1.100	1.300	1.154
Bewilligungsvolumen: private Mittel in Tsd. Euro	2.360	3.200	1.760	2.100	1.850
Luftfahrtforschungsprogramm					
Bewilligungsvolumen: private Mittel in Tsd. Euro	772	834	580	830	420

Produktgruppe 10: Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstleistungen

Kapitel 7300

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Hamburg und von Unternehmen durch Sicherung eines bedarfsgerechten Potentials an qualifizierten Fach- und Führungskräften insbesondere mithilfe von innovativen Modellvorhaben
Z 2: Aus- und Ausbau von clusterbezogenen Qualifizierungsinitiativen.
Z 3: Standortbezogene Sicherung von kleinen und mittelgroßen Unternehmen (KMU) <i>Kleine und mittelständische Unternehmen sollen durch ein Bündnis für den Mittelstand unterstützt werden. Eine Strategie zur Stärkung des Handwerks soll im Rahmen des Masterplans für das Handwerk fortgeschrieben werden.</i>
Z 4: Verbesserung des Gründerklimas und Etablierung einer Kultur der Selbstständigkeit
Z 5: Verbesserung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivität in den Bereichen Binnenhandel und Finanzdienstleistungen
<i>Produkte</i>
P 1: Sicherung des Fachkräftepotentials umfasst die Moderation und Koordination von Qualifizierungsprojekten im Verbund mit Unternehmen, Kammern und Verbänden sowie staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen bis hin zur Anschubfinanzierung.

Produktbereich: 4
Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

Es werden wirtschaftsnahe Projekte insbesondere in den Handlungsfeldern Ausbildung, Studium, Weiterbildung, Gewinnung von Fachkräften aus dem In- und Ausland, Internationalisierung der Fachkräfte und langfristige Nachwuchsgewinnung entwickelt und umgesetzt. Mit clusterspezifischen Maßnahmen werden die Qualifizierungsinitiativen in den Clustern auf- und ausgebaut. Darüber hinaus werden clusterübergreifende und beruflfeldorientierte Maßnahmen sowie innovative Projekte zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur initiiert und unterstützt.

P 2: Mittelstand, Handwerk, Handel und Dienstleistungen

Mittelstand und Handwerk umfasst insbesondere: Erarbeitung fachpolitischer Empfehlungen für die Behördenleitung und für die Position der BWVI in Rechtssetzungsverfahren auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene; Begleitung und ggf. Umsetzung europäischer Politikinitiativen wie „Gründung innerhalb einer Woche“, und „Small Business Act“. Bei Hamburg-spezifischen Maßnahmen liegt der Fokus neben grundsätzlichen mittelstands- und handwerkspolitischen Fragen wie solchen der Unternehmensnachfolge auf den Belangen von Existenzgründern allgemein und von spezifischen Gruppen wie migrantischen Unternehmen sowie von Frauen als Unternehmerinnen.

Handel und Dienstleistungen umfasst insbesondere: Fachpolitische Bewertung und ggf. Umsetzung und Umsetzungsbegleitung von Regulierungsmaßnahmen wie der EU-Dienstleistungsrichtlinie oder Fragen der Regulierung der Finanzmärkte; Aufsicht über die Wertpapierbörse Hamburg; Maßnahmen zur Förderung von Beschäftigung und Wertschöpfung der Unternehmen des Finanzplatzes Hamburg. Wahrnehmung der einzelhandelsbezogenen Interessen insbesondere bei interbehördlichen Aktivitäten zu City- und Zentrenprojekten, Anschubfinanzierung spezifischer Quartiersmanagements zum Ausgleich standortbedingter Nachteile gewachsener Einkaufsstandorte.

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. Euro	36	78	-	-	-
• Betriebseinnahmen in Tsd. Euro	36	78	-	-	-
• Investitionseinnahmen in Tsd. Euro	-	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. Euro	4.528	3.662	2.837	3.778	3.790
• Personalausgaben in Tsd. Euro	1.984	1.974	1.412	2.099	2.112
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. Euro	2.544	1.688	1.425	1.679	1.678
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	1.253	627	558	561	561
Investitionsausgaben in Tsd. Euro	371	194	222	250	250
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	252	154	134	125	125

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. Euro	305	273	212	283	283
· innerbehördlich in Tsd. Euro	275	243	191	251	251
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. Euro	30	30	21	31	32

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Bei den Sach- und Fachausgaben handelt es sich im Wesentlichen um - die Clusterorientierte Strukturpolitik 2013 und 2014 jeweils: 550 Tsd. Euro, Titel 7300.683.10) - Maßnahmen zur Förderung von Mittelstand und Handwerk (2013 und 2014 jeweils 460 Tsd. Euro, Titel 7300.535.01).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	22,2	22,3	14,8	22,2	22,2

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Sicherung des Fachkräftepotentials					
Anzahl der geförderten Projekte zur Fachkräftesicherung			10	10	10
P 2: Mittelstand, Handwerk, Handel und Dienstleistungen¹²					
Existenzgründungen nach Anzahl der Gewerbeanmeldungen (Angabe in 1000)*	24,6	24,5	22,6	20,6	20,6
Saldo der Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen (Angabe in 1000)*	8,2	6,9	6,5	3,0	3,0
Anzahl Erstberatungskontakte für Gründungsvorhaben und KMU (Angabe in 1000)	10,5	9,2	7,0	6,5	6,5
*Separate Erfassung der Branchenzuordnung datentechnisch derzeit nicht möglich.					

¹² Auf die Darstellung von Unternehmens- und Beschäftigtenzahlen wurde verzichtet, da hierfür weder gesicherte statistische Abgrenzungen existieren noch insoweit verlässliche Prognosen möglich sind. Die Kennzahl (KnZ) "Saldo der Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen (Angabe in 1000)" berücksichtigt die Fluktuationsrate und wird daher durch die gegebene Konjunkturlage zwar beeinflusst, indiziert aber auch die Rahmenbedingungen für Selbständigkeit und die Effizienz von Maßnahmen zur Unterstützung nachhaltiger Existenzgründungen. Bei der KnZ "Existenzgründung nach Anzahl der Gewerbeanzeigen (Angabe in 1000)" ist zu beachten, dass die Zahl der Gewerbeanmeldungen unabhängig von Bemühungen zur Gründungsunterstützung durch die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und beim Gründungszuschuss zurückgehen wird. Die KnZ "Anzahl Erstberatungskontakte für Gründungsvorhaben und KMU (Angabe in 1000)" berücksichtigt die Beratungskontakte der Hamburger Existenzgründungsinitiative, des Projektes Mittelstandsförderinstitut, der Hamburgischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und des Referates Handwerk und Mittelstand. In den Jahren 2008-2010 bestand aufgrund der Konjunkturkrise eine verstärkte Nachfrage.

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. Euro	4.997	9.745	9.776	9.931	10.968
• Betriebseinnahmen in Tsd. Euro	3.071	7.641	5.938	6.168	6.973
• Investitionseinnahmen in Tsd. Euro	1.926	2.104	3.793	3.763	3.995
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. Euro	21.905	28.746	28.136	29.416	24.441
• Personalausgaben in Tsd. Euro	13.295	16.621	10.935	11.285	11.271
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. Euro ¹³	8.454	12.014	8.464	9.426	7.852
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	1.048	1.810	1.887	2.442	1.041
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. Euro	2.900	2.643	2.643	2.520	2.545
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. Euro	156	111	8.737	8.705	5.318
Investitionsausgaben in Tsd. Euro ¹⁴	6.889	5.395	8.483	10.757	9.723
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	3.196	1.631	2.153	2.052	1.825
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ¹⁵	105,4	113,9	118,1	113,9	113,9

<i>Ziele des Produktbereichs</i>
Z 1: Förderung von Wachstum, Beschäftigung und Einkommen in Hamburg durch die Verbesserung der Standortbedingungen und der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft
Z 2: Sicherung und Stärkung der wirtschaftlichen sowie finanziellen Leistungskraft der Metropole Hamburg
Z 3: Sicherung wettbewerbsfähiger Unternehmen sowie Ansiedlung und Gründung von Unternehmen
Z 4: Verbesserung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten im Bereich Außenhandel und im Europäischen Binnenmarkt
Z 5: Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze in wettbewerbsfähigen Unternehmen, Sicherung wettbewerbsfähiger Unternehmen sowie Ansiedlung und Gründung von Unternehmen
Z 6: Nachhaltige Sicherung und Entwicklung einer multifunktionalen Land- und Forstwirtschaft, Stärkung der Verarbeitung und Vermarktung regional erzeugter Produkte sowie Bereitstellung effizienter Pflanzengesundheitsdienste für den sicheren Handel mit pflanzlichen Gütern
<i>Produktgruppen - Überblick</i>
PG 11: Internationale Wirtschaftsbeziehungen
PG 12: Wirtschaftsförderung
PG 13: Agrarwirtschaft

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Freien und Hansestadt Hamburg durch: <ol style="list-style-type: none"> 1. Unterstützung von Unternehmen auf dem Weg auf ausländische Märkte durch Beratung und Unterstützung auch mittels vielfältiger nationaler und internationaler Kontakte der Behörde und durch Mitfinanzierung internationaler Messeauftritte, 2. Sicherstellung EU-beihilferechtskonformer Vergabe staatlicher Mittel an Unternehmen, insbesondere im Auftrage anderer Fachbehörden, diesbezügliche zentrale Vertretung Hamburger Interessen gegenüber dem Bund und der Europäischen Union, z.B. im Rahmen der Notifizierung Hamburger Vorhaben bei der Europäischen Kommission, 3. optimale unternehmerische Nutzung der von der Bundeszollverwaltung durchgeführten Zolldienstleistungen durch Beratung und Information der Unternehmen in Zollangelegenheiten und im Rahmen der Aufhebung der Freizone.

¹³ Davon 725 Tsd. Euro (2010), 1.080 Tsd. Euro (2011) Ausgaben der Bezirksämter aus Rahmen-, Zweck-, Einzelzuweisungen

¹⁴ Davon 128 Tsd. Euro (2010), 131 Tsd. Euro (2011) Ausgaben der Bezirksämter aus Rahmen-, Zweck-, Einzelzuweisungen

¹⁵ Schwankungen der Beschäftigtenzahl ist auf die Neuorganisation der Behörde im Jahre 2011 zurückzuführen

Z 2: Einflussnahme auf die Umwelt- und Energiepolitik zwecks Verbesserung der Standortbedingungen und der Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Wirtschaft
<i>Produkte</i>
P 1: Außenwirtschaft
P 2: EU-Wirtschaftspolitik
P 3: Prüfung staatlicher Beihilfen
P 4: Umweltbezogene Wirtschaftspolitik

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. Euro	-	-	-	-	-
• Betriebseinnahmen in Tsd. Euro	-	-	-	-	-
• Investitionseinnahmen in Tsd. Euro	-	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. Euro	2.351	3.401	2.366	2.407	2.402
• Personalausgaben in Tsd. Euro	1.916	3.035	2.037	2.061	2.057
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. Euro	435	366	329	346	345
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	43	29	34	37	37
Investitionsausgaben in Tsd. Euro	-	-	-	-	-
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	-	-	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	295	421	306	278	276
· innerbehördlich in Tsd. EUR	266	375	275	247	245
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	29	46	31	31	31

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Bei den Sach- und Fachausgaben handelt es sich im Wesentlichen um - Maßnahmen zur Erschließung ausländischer Märkte (2013 und 2014 jeweils 100 Tsd. Euro, Titel 7400.537.01).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ¹⁶	15,2	20,8	22,0	20,8	20,8

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 2: EU-Wirtschaftspolitik					
Anzahl Unternehmensberatungen (Zoll- und sonstige EU Fragen)	83	450	450	150	50
P 3: Prüfung staatlicher Beihilfen					
Anzahl der Beihilfeprüfungen und Beratungen	260	250	260	170	260

Produktgruppe 12: Wirtschaftsförderung

Kapitel 7400

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Förderung und Entwicklung bestehender Unternehmen sowie Ansiedlung neuer Unternehmen in Hamburg

¹⁶ Neuorganisation der Abteilung mit erweitertem Zuständigkeitsbereich im Jahre 2011

Produktbereich: 5
Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

Zur Umsetzung dieses Zieles kommen einerseits die verschiedenen Formen der Finanzierungshilfen (Zuschüsse, Bürgschaften, Beteiligungen) zum Einsatz, andererseits aber auch die Betreuung und Beratung, insbesondere durch die HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (HWF).

Diese Instrumente kommen bei einzelnen Unternehmen auch einander ergänzend (komplementär) zum Einsatz, ohne dass einem einzelnen Instrument die entscheidende (kausale) Rolle zugewiesen werden könnte. Eine Addition der je Instrument ausgewiesenen Kennzahlen – auch mit entsprechenden Angaben anderer Produktgruppen und Aufgabebereiche – würde zu nicht vermeidbaren Doppelzählungen führen und ist daher nicht zulässig.

Während die programmhaften Bürgschaften der Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH sowie die Zuschussprogramme (z.B. Programm für Existenzgründung und Mittelstand) – abgesehen von konjunkturellen Auswirkungen - relativ gut planbar sind, sind Einzelfallmaßnahmen (Zuschüsse und Landesbürgschaften) gemäß dem Verfahren über das Gesetz der Kreditkommission schlecht planbar und in der Höhe im Zeitverlauf stark schwankend. In den Jahren 2013 und 2014 stehen im Haushalt nur geringe Ansätze für die sogenannten Kreditkommissionszuschüsse zur Verfügung. Da diese häufig eingesetzt werden, um Abwanderungen von Unternehmen zu verhindern, zeigt sich dies neben dem gesunkenen erwarteten Zuschussbewilligungsvolumen insbesondere in der gesunkenen erwarteten Anzahl der gesicherten Arbeitsplätze. Der Großteil des ausgewiesenen Bürgschaftsvolumens entfällt auf Landesbürgschaften, hier ist das Ermächtigungsvolumen für Landesbürgschaften für die Jahre 2013 und 2014 ausgewiesen. Dieses ist höher als in den Vorjahren der Finanz- und Wirtschaftskrise veranschlagt, da im Bereich der Werften/Schiffsfinanzierung die Bedarfe deutlich gestiegen sind. Inwieweit es hier tatsächlich zu den erwarteten Bürgschaftsbewilligungen kommt, hängt von der Entwicklung des Auftragsbestandes der Hamburger Werften sowie der jeweiligen Entscheidung der Kreditkommission im Einzelfall ab.

Die Gründung der Investitions- und Förderbank wäre mit einer Anpassung von Fördermaßnahmen im Bereich Finanzierungshilfen verbunden. Die Auswirkungen auf die Entwicklung der Kennzahlen können derzeit noch nicht sicher geschätzt werden.

Die Jahre 2010 und 2011 waren geprägt von den Auswirkungen der Finanzmarktkrise. Dies bedeutet sowohl einen Rückgang bei der Anzahl der von der HWF betreuten Unternehmen als auch eine Nichtrealisierung geplanter Arbeitsplatzzahlen. Die Konzentrierung auf die Sicherung von Arbeitsplätzen erwies sich hingegen als erfolgreich.

Die Prognosen ab 2012 sind mit einer großen Unsicherheit hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung behaftet. In 2012 und 2013 wird von einem konjunkturellen Einbruch ausgegangen. Die konjunkturelle Wiederbelebung in 2014 wirkt sich voraussichtlich wieder positiv auf die Ansiedlung von Unternehmen und Schaffung von Arbeitsplätzen aus.

Z 2: Bereitstellung von sofort verfügbaren Gewerbe- und Industrieflächen und anderen Arbeitsstättenflächen

Die Erlangung dieses Zieles setzt zunächst den Ausweis entsprechender Arbeitsstättenflächen im Flächennutzungsplan (Zuständigkeit der BSU) und den entsprechenden Bebauungsplänen (Zuständigkeit der Bezirke) voraus. Hieran wirkt die BWVI im Rahmen dieser Produktgruppe nur mit, daher wird hierfür keine eigene Kennzahl ausgewiesen.

Das Interesse der BWVI richtet sich dabei insbesondere auf Gewerbe- und Industrieflächen, da diese im Verhältnis zu anderen Flächennutzungsarten (auch anderen Arbeitsstättenflächen) einen relativ geringeren privatwirtschaftlichen Ertrag ausweisen und daher einem besonderen Druck durch Umnutzungswünsche in Richtung auf lukrativere Nutzungen wie Wohnungsbau oder Einzelhandel ausgesetzt sind.

Damit die Flächen „sofort verfügbar“ sind, müssen sie auch erschlossen sein. Die ausgewiesene Kennzahl bezieht sich dementsprechend auf die Erschließung größerer städtischer Gewerbe- und Industrieflächen, die aufbauend auf die planungsrechtlichen Festlegungen durch die BWVI gesteuert und finanziert wird.

Die Kennzahlen konnten nur zu ca. 60 % erreicht werden. Im Jahr 2010 lag dies daran, dass zur weiteren Erschließung des Logistikgebiets Obergeorgswerder benötigte private Flächen bisher von der FHH nicht angekauft werden konnten und die Erschließungsarbeiten entsprechend verschoben werden müssen. Im Jahre 2011 ist die ursprünglich geplante Erschließung einer ca. 2,0 ha großen Teilfläche des Industriegebiets am Curslackner Neuer Deich aus dem Senatsprogramm für die Erschließung städtischer Gewerbeflächen gestrichen worden, da dort nunmehr Wohnungsbau und Büronutzung entstehen und die Finanzierung der Erschließung aus dem allgemeinen Erschließungstitel erfolgen wird.

Z 3: Die vollständige Umsetzung der von der EU zur Verfügung gestellten Mittel aus dem EFRE.

Produkte

- P 1: Finanzierungshilfen für Unternehmen
umfasst insbesondere: Vergabe von Zuschüssen und Bürgschaften, Unterstützung und Betreuung der Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg mbH (BG) sowie der BTG Beteiligungsgesellschaft mbH
- P 2: Unternehmensansiedlung und -erweiterung
umfasst insbesondere: Fachaufsicht über die HWF und die HMC; Begleitung von Unternehmensprojekten von besonderer Schwierigkeit und/oder Bedeutung, Mitwirkung bei der Vergabe städtischer Arbeitsstättenflächen zur Optimierung der stadtwirtschaftlichen Effekte
- P 3: Arbeitsstättenflächen inkl. Erschließung
umfasst insbesondere: Mitwirkung an Planverfahren in der FHH und der Erschließung städtischer Liegenschaften mit Bezug zu Arbeitsstättenflächen, Steuerung und Finanzierung der Erschließung größerer städtischer Gewerbe-

und Industriegebiete
P4: Grundsatzfragen und Programmsteuerung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) umfasst die verantwortliche Verwaltung der Förderung aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gegenüber der EU-Kommission

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. Euro	1.411	6.245	5.050	5.150	5.955
• Betriebseinnahmen in Tsd. Euro	1.411	6.245	5.050	5.150	5.955
• Investitionseinnahmen in Tsd. Euro	-	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. Euro	3.596	4.862	9.149	10.602	9.198
• Personalausgaben in Tsd. Euro	3.125	3.940	2.509	2.675	2.673
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. Euro	471	922	1.605	2.791	1.287
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	14	476	1.093	1.611	242
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. Euro	-	-	5.035	5.136	5.238
Investitionsausgaben in Tsd. Euro	5.089	3.239	7.326	9.502	8.461
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	1.879	700	1.574	1.377	1.175

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. Euro	480	545	377	360	358
· innerbehördlich in Tsd. Euro	433	486	339	320	318
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. Euro	47	59	38	40	40

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Bei den Einnahmen handelt es sich im Wesentlichen um

- die Mittel der EU für Maßnahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (2013: 5.100 Tsd. Euro, 2014: 5.200 Tsd. Euro, Titel 7400.272.04).

Bei den Sach- und Fachausgaben handelt es sich im Wesentlichen um

- Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft (2013: 1.006 Tsd. Euro, 2014: 966 Tsd. Euro, Titel 7400.683.07),
- den Zuschuss an die Wachstumsinitiative Süderelbe AG (2013 und 2014 jeweils 80 Tsd. Euro, Titel 7400.686.03).

Bei den Investitionen handelt es sich im Wesentlichen um

- das Programm zur Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen (2013: 6.812 Tsd. Euro, 2014: 6.371 Tsd. Euro, Titel 7400.742.03, 2013: 1.283 Tsd. Euro, 2014 883 Tsd. Euro, Titel 7400.821.03, 2013 und 2014 jeweils 200 Tsd. Euro, Titel 7400.861.01),
- Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft (2013: 1.107 Tsd. Euro, 2014: 1.007 Tsd. Euro, Titel 7400.892.09).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ¹⁷	24,8	27,0	27,1	27,0	27,0

¹⁷ Neuorganisation der Abteilung Wirtschaftsförderung mit erweitertem Zuständigkeitsbereich im Jahre 2011

Produktbereich: 5
Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Finanzierungshilfen für Unternehmen umfasst insbesondere: Vergabe von Zuschüssen und Bürgschaften, Unterstützung und Betreuung der BG sowie der BTG					
Zuschüsse					
davon a) Bewilligungsvolumen in Tsd. Euro	2.185	633	1.940	1.200	1.100
dadurch b) geschaffene Arbeitsplätze	758	179	545	1.940	400
dadurch c) gesicherte Arbeitsplätze	932	199	660	200	200
Bürgschaften des Landes und der BG an Unternehmen davon a) Bewilligtes Bürgschaftsvolumen in Tsd. Euro	111.015	98.161	272.000	274.000	275.000
dadurch b) geschaffene Arbeitsplätze	2.343	1.218	1.200	1.700	1.700
dadurch c) gesicherte Arbeitsplätze	9.974	7.449	5.400	10.500	10.600
Beteiligung der BTG					
davon a) neue Beteiligungen in Tsd. Euro	3.640	550	1.400	3.000	3.000
dadurch b) geschaffene Arbeitsplätze	164	15	80	150	150
dadurch c) gesicherte Arbeitsplätze	479	88	200	400	400
Darlehen an Unternehmen ¹⁸					
davon a) bewilligte Darlehen in Tsd. Euro				1.300	1.300
davon b) geschaffene Arbeitsplätze				k.A.	k.A.
davon c) gesicherte Arbeitsplätze				k.A.	k.A.
P 2: Unternehmensansiedlung und -erweiterung umfasst insbesondere: Fachaufsicht über die HWF und HMC; Begleitung von Unternehmensprojekten von besonderer Schwierigkeit und/oder Bedeutung, Mitwirkung bei der Vergabe städtischer Arbeitsstättenflächen zur Optimierung der stadtwirtschaftlichen Effekte					
Betreuung von Unternehmensansiedlungen, -umsiedlungen und -erweiterungen durch die HWF					
a) Anzahl der Unternehmen	114	96	120	83	86
dadurch b) geschaffene Arbeitsplätze	1.527	935	1.750	852	882
dadurch c) gesicherte Arbeitsplätze	4.700	3.440	2.250	2.391	2.475
P 3: Arbeitsstättenflächen inkl. Erschließung umfasst insbesondere: Mitwirkung an Planverfahren in der FHH und der Erschließung städtischer Liegenschaften mit Bezug zu Arbeitsstättenflächen, Steuerung und Finanzierung der Erschließung größerer städtischer Gewerbe- und Industriegebiete					
Im Bezugsjahr neu erschlossene städtische Industrie- und Gewerbeflächen in ha (netto)	4,6	2,3	6,6	9,3	9,1
P 4: Die vollständige Umsetzung der von der EU zur Verfügung gestellten Mittel aus dem EFRE					
Anzahl der im Bezugsjahr begonnenen Vorhaben, die aus dem EFRE gefördert werden					
zur nachhaltigen Stadtentwicklung				2	0
zur Innovation und Forschung				2	2

¹⁸ Darlehen an Unternehmen werden nach derzeitigen Planungen ab 2013 in einem mit einem Zuschuss kombinierten Programm (Meistergründerdarlehen) vergeben. Die Zuschüsse werden in Abhängigkeit von der Arbeitsplatzschaffung gezahlt, daher werden die geschaffenen/gesicherten Arbeitsplätze zur Vermeidung einer Doppelzählung nur unter dem Punkt „Zuschüsse“ mit ausgewiesen.

Produktgruppe 13: Agrarwirtschaft

Kapitel 7400

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Wettbewerbsfähige Unternehmen erhalten und sichern
Z 2:	Ländliche Räume entwickeln und erhalten
Z 3:	Den Hamburger Wald unter den Bedingungen des Klimawandels nachhaltig stabilisieren
<i>Produkte</i>	
P 1:	Entwicklung des Waldes und der ländlichen Räume
P 2:	Kontrollen, Zertifikate, Service und Beratung der Agrar- und Hafenwirtschaft

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. Euro	3.586	3.500	4.726	4.781	5.013
• Betriebseinnahmen in Tsd. Euro	1.660	1.396	933	1.018	1.018
• Investitionseinnahmen in Tsd. Euro	1.926	2.104	3.793	3.763	3.995
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. Euro	15.958	20.483	16.621	16.407	12.841
• Personalausgaben in Tsd. Euro	8.254	9.646	6.389	6.549	6.541
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. Euro ¹⁹	7.548	10.726	6.530	6.289	6.220
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	992	1.305	759	794	762
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. Euro	2.900	2.643	2.643	2.520	2.545
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. Euro	156	111	3.702	3.569	80
Investitionsausgaben in Tsd. Euro ²⁰	1.800	2.156	1.157	1.255	1.262
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	1.317	931	579	675	650

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. Euro	1.269	1.335	959	882	876
· innerbehördlich in Tsd. Euro	1.145	1.190	863	784	778
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. Euro	124	145	96	98	98

¹⁹ Davon 725 Tsd. Euro (2010), 1.080 Tsd. Euro (2011) Ausgaben der Bezirksämter aus Rahmen-, Zweck-, Einzelzuweisungen

²⁰ Davon 128 Tsd. Euro (2010), 131 Tsd. Euro (2011) Ausgaben der Bezirksämter aus Rahmen-, Zweck-, Einzelzuweisungen

Produktbereich: 5
Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Bei den Einnahmen handelt es sich im Wesentlichen um <ul style="list-style-type: none"> - Gebühreinnahmen Pflanzenschutzamt (2013 und 2014 jeweils: 300 Tsd. Euro, Titel 7400.111.02), - Zuweisungen des Bundes für verschiedene Fördermaßnahmen bzw. Investitionen (2013 und 2014 jeweils: 375 Tsd. Euro, Titel 7400.231.30 2013 und 2014 jeweils: 295 Tsd. Euro, Titel 7400.331.30), - Zuweisung aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (2013: 3.468 Tsd. Euro, 2014: 3.700 Tsd. Euro, Titel 7400.346.11).
Bei den Sach- und Fachausgaben handelt es sich im Wesentlichen um <ul style="list-style-type: none"> - Rahmenzuweisung an die Bezirke für Betriebsausgaben der Forstverwaltung (2013 und 2014 jeweils: 435 Tsd. Euro, Titel 7400.521.81), - Sach- und Fachausgaben des Pflanzenschutzamtes (2013 und 2014 jeweils: 131 Tsd. Euro, Titel 7400.547.01) - Erstattungen an die Landwirtschaftskammer Hamburg (2013: 600 Tsd. Euro, 2014: 625 Tsd. Euro, Titel 7400.671.01) als gesetzliche Leistung, - Überleitung des Bildungs- und Informationszentrums des Gartenbaus Hamburg (BIG) in die Landwirtschaftskammer Hamburg (2013: 86 Tsd. Euro, 2014: 76 Tsd. Euro, Titel 7400.685.02) als Verpflichtung aus BüDrs. 19/1285 - Förderung der Landwirtschaft, insbesondere der regionalen Agrarproduktion (2013 und 2014 jeweils: 300 Tsd. Euro, Titel 7400.685.01).
Bei den Investitionen handelt es sich im Wesentlichen um <ul style="list-style-type: none"> - Rahmenzuweisung an die Bezirke für Investitionen der Forstverwaltung (2013 und 2014 jeweils: 147 Tsd. Euro, Titel 7400.741.81), - den Grunderwerb für Wald (2013 und 2014 jeweils: 160 Tsd. Euro, Titel 7400.821.01).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	65,5	66,1	69,0	66,1	66,1

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Entwicklung des Waldes und der ländlichen Räume					
Mit öffentlichen Mitteln gefördertes Investitionsvolumen im ländlichen Raum in Tsd. Euro	6.000	7.000	6.000	6.500	6.000
Wald i. S. des Landeswaldgesetzes in Hektar	4.410	4.410	4.405	4.412	4.412
P 2: Kontrollen, Zertifikate, Service und Beratung der Agrar- und Hafenwirtschaft					
Anzahl der über die EU-Einlassstelle Hamburg phytosanitär abgefertigten Importsendungen (Pflanzen, Pflanzenprodukte, Verpackungsholz)	37.600	50.000	35.000	45.000	45.000
Anzahl der von der Einlassstelle Hamburg durchgeführten phytosanitäre Exportkontrollen und ausgestellten Pflanzengesundheitszeugnisse	5.740	4.800	4.500	4.800	4.800
Anzahl der Pflanzenschutzmittelkontrollen	1.301	1.263	1.400	1.400	1.400
Anzahl der durchgeführten Pflanzenschutzberatungen	2.985	2.368	4.350	3.700	3.700

Produktbereich 6: Rechtsamt

Kapitel 7500

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. Euro	-	63	540	760	760
• Betriebseinnahmen in Tsd. Euro	-	63	540	760	760
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. Euro	198	205	3.194	3.068	3.095
• Personalausgaben in Tsd. Euro	-	-	1.356	1.424	1.445
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. Euro	198	205	1.838	1.644	1.650
Investitionsausgaben in Tsd. Euro	-	235	2.200	-	-
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	-	235	2.200	-	-
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ²¹	k.A.	53,1	28,0	53,8	53,8

<i>Ziele des Produktbereichs</i>
Z 1: Gewährleistung der Rechtmäßigkeit des Handels im Rahmen des Aufgabenbereichs der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
<i>Produktgruppen - Überblick</i>
PG 14: Recht

Produktgruppe 14: Recht

Kapitel 7500

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Rechtssichere Durchführung von Zulassungsverfahren nach den einschlägigen Fachgesetzen sowie von wettbewerbsrechtlichen Verfahren
<i>Produkte</i>
P 1: Recht (inkl. Planfeststellungs- und Kartellverfahren)
P 2: Ordnungsrechtliche Aufgaben (Betriebsgenehmigungen für Straßengüterverkehr, Omnibusse und Taxen, einschließlich Überwachung und Ordnungswidrigkeiten)
P 3: Gewerberecht, Wirtschaftsprüferrecht umfasst insbesondere Beiträge zur für die Wirtschaftsakteure passgenauen Gestaltung des öffentlich-rechtlichen Rechtsrahmens auf Bundes- (insbes. Gewerbeordnung, Handwerksordnung, Schwarzarbeitsgesetz, Rechtsgrundlagen des Mess- und Eichwesens) und Landesebene (z.B. Ladenschlussregelungen); Aufsichtsaufgaben (gegenüber Genossenschaftlichen Prüfungsverbänden, Eichdirektion Nord, Handelskammer Hamburg und Handwerkskammer Hamburg) und eigene Vollzugsaufgaben; Unterstützung der bezirklichen Stellen bei der Durchführung der gewerberechtlichen Aufgaben sowie Fortentwicklung der Gebührenordnung für die Wirtschaftsverwaltung mit Blick auf Kostendeckung und Abbau von Standorthemmnissen.

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. Euro	-	63	540	760	760
• Betriebseinnahmen in Tsd. Euro	-	63	540	760	760
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. Euro	198	205	3.194	3.068	3.095
• Personalausgaben in Tsd. Euro	-	-	1.356	1.424	1.445
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. Euro	198	205	1.838	1.644	1.650
Investitionsausgaben in Tsd. Euro	-	235	2.200	-	-
- darunter Zuwendungen in Tsd. Euro	-	235	2.200	-	-

²¹ Das Rechtsamt wurde erst im Jahre 2011 errichtet. Der angegebene VZÄ-Wert „Plan 2012“ stammt aus dem Haushaltsplan 2011/2012. Zum Zeitpunkt der damaligen VZÄ-Erhebung war der endgültige Zuschnitt des Rechtsamtes noch nicht bekannt.

Produktbereich: 6
Rechtsamt

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten überbehördlich (1,5 %) in Tsd. Euro	-	-	20	21	22

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Bei den Sach- und Fachausgaben handelt es sich im Wesentlichen um: - Kosten der Planfeststellung (2013 und 2014 jeweils 900 Tsd. Euro, Titel 7500.526.01).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	k.A.	53,1	28,0	53,8	53,8

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2013 / 2014

Einzelplan 07.0

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Deckungskreise
Deckungskreis im Einzelplan 07.0

01 Sach- und Fachausgaben (Kapitel 7000 bis 7500)

02 Investitionen (Kapitel 7000 bis 7400)

03 Bauunterhaltung

04 temporäre Schwerpunktinvestitionen
(Kapitel 7000 bis 7500)

Deckungskreis im Kapitel 7400

05 Arbeitsmarktpolitik

06 Gemeinschaftsaufgabe (Art 91a GG) Agrarstruktur
und Küstenschutz - Sach- und Fachausgaben

07 Gemeinschaftsaufgabe (Art 91a GG) Agrarstruktur
und Küstenschutz - Investitionen

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09			Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014	2012	2013	2014
		1	2	3	4	5	6
7000	Zentralverwaltung	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	99	29	29
7100	Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus	-	-	-	967 G	955 G	955 G
		- A	- A	- A	170	230	230
7200	Verkehr und Straßenwesen	-	-	-	1.020 G	2.761 G	2.786 G
		- A	- A	- A	159.095	161.142	164.440
7300	Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen	-	-	-	257 G	310 G	310 G
		- A	- A	- A	-	-	-
7350	Hamburg Port Authority	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft	-	-	-	318 G	320 G	320 G
		- A	- A	- A	323	373	373
7500	Rechtsamt	-	-	-	500 G	650 G	650 G
		- A	- A	- A	40	110	110
	Gesamteinnahmen 2012 / 2013 / 2014	-	-	-	3.062 G	4.996 G	5.021 G
		- A	- A	- A	159.727	161.884	165.182
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		-	-		1.934+G	1.959+G
			- A	- A		2.157+	5.455+

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2012	2013	2014	2012	2013	2014	2012	2013	2014	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
786	773	512	-	-	-	-	-	-	7000
			- Z	- Z	- Z				
200	371	296	-	-	-	-	-	-	7100
			- Z	- Z	- Z				
144.783	147.984	150.066	-	-	-	-	-	-	7200
			37.150 Z	32.650 Z	32.650 Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	7300
			- Z	- Z	- Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	7350
			20.963 Z	20.963 Z	20.963 Z				
5.342	5.475	6.280	-	-	-	-	-	-	7400
			3.793 Z	3.763 Z	3.995 Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	7500
			- Z	- Z	- Z				
151.111	154.603	157.154	-	-	-	-	-	-	Ges. einn.
			61.906 Z	57.376 Z	57.608 Z				
	3.492 +	6.043 +		-	-		-	-	+/-
				4.530-Z	4.298-Z				

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014
		16	17	18
7000	Zentralverwaltung	885	802	541
7100	Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus	1.337	1.556	1.481
7200	Verkehr und Straßenwesen	342.048	344.537	349.942
7300	Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen	257	310	310
7350	Hamburg Port Authority	20.963	20.963	20.963
7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft	9.776	9.931	10.968
7500	Rechtsamt	540	760	760
	Gesamteinnahmen 2012 / 2013 / 2014	375.806	378.859	384.965
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		3.053+	9.159+

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014	2012	2013	2014
		1	2	3	4	5	6
7000	Zentralverwaltung	10.740	11.559	11.728	1.384	2.716	1.769
		-	-	-	-	-	-
7100	Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus	1.062	1.048	1.063	5.866	5.673	5.633
		-	-	-	1.300	1.450	1.650
7200	Verkehr und Straßenwesen	14.517	14.647	14.807	35.564	41.392	40.746
		-	-	-	79.566	68.757	49.490
7300	Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen	7.201	7.498	7.544	1.210	1.694	1.691
		-	-	-	150	279	250
7350	Hamburg Port Authority	9.440	8.949	8.670	250	250	250
		-	-	-	-	-	-
7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft	10.936	11.285	11.271	2.759	2.578	2.550
		-	-	-	742	623	623
7500	Rechtsamt	1.356	1.424	1.445	1.480	1.386	1.392
		-	-	-	600	600	600
	Gesamtausgaben 2012 / 2013 / 2014	55.252	56.410	56.528	48.513	55.689	54.031
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		1.158 +	1.276 +		7.176 +	5.518 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	82.358	71.709	52.613
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		-	-		10.649-	29.745-

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2012	2013	2014	2012	2013	2014	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
925	1.398	1.398	-	-	-	7000
-	-	-	-	-	-	
8.410	8.744	8.845	-	-	-	7100
511	511	511	-	-	-	
204.174	205.538	208.120	-	-	-	7200
198.794	201.866	203.979	-	-	-	
8.278	10.035	9.668	-	-	-	7300
6.294	7.404	7.650	-	-	-	
20.000	17.550	17.550	-	-	-	7350
-	-	-	-	-	-	
5.704	6.848	5.302	100	101	80	7400
4.187	2.304	2.264	-	-	-	
358	258	258	-	-	-	7500
-	-	-	-	-	-	
247.849	250.371	251.141	-	-	-	Ges. Aus.
			100 H	101 H	80 H	
	2.522 +	3.292 +		-	-	+/-
				1 + H	20-- H	
209.786	212.085	214.404	-	-	-	Ges. VE
			- H	- H	- H	
	2.299 +	4.618 +		-	-	+/-
				- H	- H	

KAPITEL		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014	2012	2013	2014
		13	14	15	16	17	18
7000	Zentralverwaltung	-	-	-	13.049	15.673	14.895
7100	Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus	-	-	-	-	-	-
7200	Verkehr und Straßenwesen	-	-	-	15.338	15.465	15.541
7300	Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen	-	-	-	1.811	1.961	2.161
7350	Hamburg Port Authority	-	-	-	254.255	261.577	263.673
7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft	-	-	-	278.360	270.623	253.469
7500	Rechtsamt	-	-	-	16.689	19.227	18.903
		-	-	-	6.444	7.683	7.900
		-	-	-	29.690	26.749	26.470
		-	-	-	-	-	-
		8.637	8.604	5.238	28.136	29.416	24.441
		16.000	-	10.000	20.929	2.927	12.887
		-	-	-	3.194	3.068	3.095
		-	-	-	600	600	600
	Gesamtausgaben 2012 / 2013 / 2014	8.637	8.604	5.238	360.351	371.175	367.018
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		33-	3.399-		10.824 +	6.667 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	16.000	-	10.000	308.144	283.794	277.017
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		16.000-	6.000-		24.350-	31.127-

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2012	2013	2014	2012	2013	2014	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
2	-	-	13.051	15.673	14.895	7000
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	15.338	15.465	15.541	7100
-	-	-	1.811	1.961	2.161	
205.213	226.538	241.449	459.468	488.115	505.122	7200
395.882	410.221	358.211	674.242	680.844	611.680	
222	250	250	16.911	19.477	19.153	7300
259	250	250	6.703	7.933	8.150	
24.000	24.000	24.000	53.690	50.749	50.470	7350
-	-	200.000	-	-	200.000	
8.483	10.757	9.723	36.619	40.173	34.164	7400
17.926	32.116	32.116	38.855	35.043	45.003	
2.200	-	-	5.394	3.068	3.095	7500
-	-	-	600	600	600	
163.862 B	159.800 B	182.466 B	600.471	632.720	642.440	Ges. Aus.
76.258	101.745	92.956				
	4.062-B	18.604 +B		32.249 +	41.969 +	+/-
	25.487 +	16.698 +				
323.784 B	384.581 B	336.847 B	722.211	726.381	867.594	Ges. VE
90.283	58.006	253.730				
	60.797 +B	13.063 +B		4.170+	145.383+	+/-
	32.277--	163.447 +				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

7000	Zentralverwaltung				
(012)	-----				
	EINNAHMEN				
119.92 (610)	Schadenersatzleistungen	6 0	3	-	-
119.95 (610)	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	2 4	0	-	-
119.98 (610)	Vermischte Einnahmen	278 141	0	-	-
124.91 (610)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	349 283	81	29	29
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften	0 0	15		
	(Weggefallener Ansatz)				
261.01 (610)	Einnahmen aus Erstattungen anderer Behörden (§ 61 LHO)	293 272	292	281	20
261.02 (610)	Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten der Landesbetriebe	43 42	494	492	492
261.03 (610)	Einnahmen aus Erstattungen von juristischen Personen öffentlichen Rechts (ohne Kernverwaltung) gemäß § 61 LHO	0 0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		885	802	541
	AUSGABEN				
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	1.431 1.571 41 R	1.589	2.431	1.536
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	8.587 8.728 134 R	9.725	10.774	10.935
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	82 43	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	1 0	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	1.205 1.078	1.000	773	781

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7000 -----					
412.01 (610)	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw Übertragbar	13 13 15 R	15	12	12
461.01 (610)	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 7 Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 07.0.7300.272.05. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7300.111.08. Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungengebundenen Personalausgaben im KR- Bereich des Einzelplans	0 0	0	-	-
519.01 (610)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-03.	111 49 132 R	45	36	38
525.91 (610)	Aus- und Fortbildung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 07.0.7000.525.92. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	61 67 18 R	68	67	67
525.92 (610)	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 07.0.7000.525.91.	35 26 10 R	45	43	43
531.01 (610)	Öffentlichkeitsarbeit Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	13 16 63 R	68	25	25
532.01 (610)	Kraftfahrzeugsteuer Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 6	6	6	6

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7000 -----					
534.02	Betriebliche Gesundheitsförderung	0 0	1	-	-
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.				
535.56 (610)	Laufende Aufwendungen für IT-Verfahren	128 114 112 R	71	108	54
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 07.0.7000.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 07.0.7000.535.56 07.0.7100.535.56 07.0.7200.535.56 07.0.7300.535.56 07.0.7400.535.56 07.0.7500.535.56 .				
549.01 (880)	Globale Minderausgabe durch Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung	0 0	509-		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
671.53 (610)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme zentraler IT-Administration von Dataport	228 0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
671.55 (610)	Erstattung der Kosten für den behördeninternen Telefonverkehr	112 0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
671.56 (610)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport	345 1.155	874	1.348	1.348
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 07.0.7000.511.99 07.0.7000.535.56 07.0.7100.511.99 07.0.7100.535.56 07.0.7200.511.99 07.0.7200.535.56 07.0.7300.511.99 07.0.7300.535.56 07.0.7400.511.99 07.0.7400.535.56 07.0.7500.511.99 07.0.7500.535.56.				
682.27 (750)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10); fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 7000: FHG	0 0	0	-	-
682.28 (750)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10); fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 7000: HGL	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7000 -----					
685.91 (610)	Mitgliedsbeiträge Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	27 34 7 R	51	50	50
701.01 (610)	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0	0	-	-
701.56	Baumaßnahmen für Informationstechnik (IT) Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0	2	-	-
790.01 (880)	Globale Minderausgabe im investiven Bereich Übertragbar	0 0	0	-	-
812.54 (610)	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 07.0.7000.812.56.	22 35 4 R	0	-	-
812.56 (610)	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informationstechnik in der Behörde für Wirtschaft und Arbeit Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 07.0.7000.812.54.	260 217 169 R	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		13.051	15.673	14.895
7100 (652)	Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus ----- EINNAHMEN				
111.01 (610)	Verwaltungsgebühren (Gebühren für Schank- erlaubnisse)	16 15	27	15	15
111.16 (430)	Platzgelder für die Volksfeste auf dem Heiligengeistfeld	950 869	940	940	940

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7100 -----					
119.01 (430)	Einnahmen von den Bezirken im Zusammenhang mit dem BgA Marktveranstaltungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7100.532.01	0 0	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	0 0	0	-	-
124.91 (610)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	0 0	170	230	230
231.01 (610)	Einnahmen vom Bund für die Projektpartnerschaft Nord	0 0	0	-	-
232.01 (422)	Zweckgebundene Einnahmen für die Gemeinsame Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 07.0.7100.526.02.	217 260	200	286	286
232.02 (011)	Einnahmen für Fördermaßnahmen von überregionaler Bedeutung innerhalb Norddeutschlands Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7100.545.01 07.0.7100.545.02.	30 179	0	-	-
232.03 (610)	Einnahmen von den Ländern für die Projektpartnerschaft Nord Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7100.547.01	0 80	0	75	
281.01 (430)	Erstattung von Auslagen für Veranstaltungen auf dem Heiligengeistfeld Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7100.517.01.	206 236	0	-	-
281.02 (860)	Anteile des Unternehmensbereichs sowie des steuerpflichtigen Hoheitsbereichs der FHH an der Umsatzsteuer	0 39	0	-	-
282.01 (529)	Kostenbeiträge Dritter für Maßnahmen der Hamburg-Werbung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7100.535.01.	3 28	0	10	10
282.03	Kostenbeiträge Dritter für Maßnahmen des Hamburg-Tourismus Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7100.682.02.	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7100 -----					
282.04 (610)	Kostenbeiträge Dritter zur Finanzierung des Hafengeburtstages Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7100.535.02. Gesamteinnahmen AUSGABEN	645 532	0	-	-
			1.337	1.556	1.481
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	0 0	287	161	201
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	0 0	1.268	1.243	1.261
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	0 0	206-	195-	198-
517.01 (430)	Betriebsmittel für Veranstaltungen auf dem Heiligengeistfeld Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7100.281.01.	631 523 32 R	290	290	290
518.01 (430)	Miete für die vorübergehende Überlassung des Grundstücks Heiligengeistfeld Übertragbar	2.221 2.221	2.221	2.221	2.221
519.01 (610)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-03.	0 0	11	4	5
519.02 (610)	Unterhaltungsmaßnahmen auf dem Heiligengeistfeld Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 74 591 R	150	150	150
526.02 (423)	Gemeinsame Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg Übertragbar	203 310 370 R	251	337	337
	GB 2013 GB 2014	51 51			
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7100.232.01.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7100 -----					
532.01 (430)	Steuerzahlungen im Zusammenhang mit dem BgA Marktveranstaltungen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7100.119.01	0 0	307	-	-
533.01 (610)	Ausgaben im Zusammenhang mit der Buchführungs- pflicht des BgA Marktveranstaltungen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 0	100	100 100 VE	100 300 VE
535.01	Allgemeine Aufgaben der Hamburg-Werbung Übertragbar Zuwendungsanteil 30% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7100.282.01.	74 75 174 R	188	188	188
535.02 (610)	Maßnahmen zur Finanzierung des Hafengeburtstages Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7100.282.04.	792 703 12 R	90	340	340
535.56 (610)	Laufende Aufwendungen für IT-Verfahren Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 07.0.7000.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 07.0.7000.535.56 07.0.7100.535.56 07.0.7200.535.56 07.0.7300.535.56 07.0.7400.535.56 07.0.7500.535.56 .	0 0	12	12	6
535.57 (771)	Betrieb und Weiterentwicklung des Stadtportals www.hamburg.de Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 09.2.9800.536.56. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Die einseitige Deckungsfähigkeit darf bis zur Höhe von insgesamt 300 Tsd. EUR in Anspruch genommen werden.	425 432	200	200	200

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7100 -----					
545.01 (651)	Fördermaßnahmen innerhalb Norddeutschlands einschließlich überregionaler Partnerschaften mit norddeutschem Bezug Übertragbar Zuwendungsanteil 10% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 07.0.7100.232.02.	13 30 392 R	259	245	245
545.02 (651)	Förderfonds der Metropolregion Hamburg Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 07.0.7100.232.02.	756 1.430 4.015 R	1.500 1.300 VE	1.350 1.350 VE	1.350 1.350 VE
547.01 (610)	Ausgaben für die Projektpartnerschaft Nord Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7100.232.03	0 0 95 R	0	75	
682.02	Zuschüsse an die HMG Holding und deren Tochterunternehmen Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7100.282.03.	11.902 9.402 496 R	8.410 511 VE	8.744 511 VE	8.845 511 VE
741.02 (430)	Baumaßnahmen auf dem Heiligengeistfeld Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	(0) (0)	0		
892.07 (610)	Einrichtung eines innovativen Marktplatzes für touristische Leistungen der Destination Hamburg Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	242 0 8 R	0		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		15.338 1.811 VE	15.465 1.961 VE	15.541 2.161 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200	Verkehr und Straßenwesen				
(725)	----- EINNAHMEN				
111.01 (790)	Verwaltungsgebühren	672 771	930	951	973
111.05 (742)	Verwaltungsgebühren zur Weiterleitung an das Eisenbahnbundesamt	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7200.546.05				
111.11	Benutzungsgebühren	101 107	90	110	113
111.12	Sondernutzungsgebühr für Wärmeleitungen	0 0	0	1.700	1.700
119.06	Ersatzleistungen für Schäden an Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken	0 258	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7200.521.09.				
119.07	Schadenersatzleistungen für Wegebeschädigungen und Schäden an Wegezubehör	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7200.521.14.				
121.02 (729)	Gewinnbeteiligung bei Garagenbauten	435 443	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7200.893.02				
121.58	Einnahmen aus Abführungen des Wirtschaftsplans Straßen, Brücken und Gewässer	0 1.098	1.098	1.098	1.098
122.01 (643)	Konzessionsabgabe Vattenfall Europe Hamburg AG	93.558 85.708	90.800	92.000	92.900
122.02 (649)	Konzessionsabgabe E.ON Hanse AG	6.223 7.092	3.750	5.400	5.900
122.03 (644)	Konzessionsabgabe Hamburger Wasserwerke GmbH	28.495 29.356	29.300	30.700	31.700

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
122.10 (729)	Einnahmen im Zusammenhang mit Werbung im öffentlichen Raum	16.312 21.911	28.647	29.944	30.842
122.11 (729)	Einnahmen im Zusammenhang mit Werbung im öffentlichen Raum (Großwerbeträger Bezirke) (Weggefallener Ansatz)	6.491 0	3.500		
124.09	Einnahmen aus Vermietung von Fahrzeugen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7200.521.09.	0 263	0	-	-
131.91	Verkauf von Grundstücken	6.105 4.847	2.000	2.000	2.000
231.01 (721)	Erstattung des Bundes für die Auftragsverwaltung von Bundesfernstraßen sowie Prüfung von Bauwerken in der Unterhaltslast des Bundes	2.129 2.304	1.500	2.000	2.000
231.03 (741)	Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungs- gesetz Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 07.0.7200.682.02.	108.721 134.712	136.733	138.784	140.866
231.04 (721)	Erstattung des Bundes für Personalaufwendungen im Bereich des Autobahn- und Tunnelbetriebs Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 07.0.7200.539.04.	4.544 4.662	3.550	4.000	4.000
231.05 (721)	Zuweisungen des Bundes gem. Autobahnmautgesetz für schwere Nutzfahrzeuge (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
231.06 (741)	Zuweisungen des Bundes für Ausgleichszahlungen nach § 16 Allgemeines Eisenbahngesetz Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7200.682.08.	0 0	0	-	-
233.01 (741)	Beteiligung des Umlandes an den Kosten des Verkehrs im HVV-Verbundraum	3.113 3.251	3.000	3.200	3.200
233.14 (741)	Einnahmen auf Grund von Verkehrsverträgen mit Gebietskörperschaften im Hamburger Umland Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7200.682.14	17 110	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
261.02	Verwaltungskostenentgelte für die Planung und Durchführung von Bauaufträgen etc.	39 23	0	-	-
272.06 (729)	Verkehrs- und Mobilitätsmanagement, Easyway	0 586	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7200.526.04.				
281.01	Erstattung von Rohrnetz- und Baukostenzuschüssen durch Dritte	142 287 2.176 R	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7200.517.01				
281.02	Erstattungen Dritter für Unterhaltungskosten	1.058 75	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7200.521.09 07.0.7200.521.14 07.0.7200.521.81.				
281.03 (726)	Erstattungen Dritter für Betriebskosten der Öffentlichen Beleuchtung einschließlich Lichtsignalanlagen (Weggefallener Ansatz)	58 0	0		
281.15 (741)	Rückflüsse von Umsatzsteuern im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung von Bahnhofstoiletten	77 51	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7200.682.15.				
331.02 (741)	Zuweisungen des Bundes gem. § 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz für Maßnahmen Hamburgs	8.250 8.250	8.250	8.250	8.250
331.03 (741)	Zuweisungen des Bundes gem. § 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz für Maßnahmen Dritter	21.400 21.400	21.400	21.400	21.400
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 07.0.7200.891.02.				
331.06 (741)	Zuweisungen des Bundes für vorfinanzierte Baumaßnahmen des Bundesfernstraßenbaus	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7200.881.05.				
331.08 (741)	Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungsgesetz für Investitionen	24.000 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7200.891.08				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
331.09 (741)	Zuweisungen des Bundes gem. dem GVFG-Bundesprogramm Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7200.891.09	25.918 19.957	0	-	-
331.10 (741)	Kostenbeiträge zu Maßnahmen gem. Eisenbahnkreuzungsgesetz Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7200.891.10.	122- 0	0	-	-
331.11 (741)	Kostenbeiträge des Bundes und der DB AG für die Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7200.891.20.	2.108 1.200	0	-	-
341.01 (610)	Kostenbeteiligung an Erschließungsmaßnahmen von Industrie- und Gewerbeflächen (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
341.02	Einnahmen von Bauträgern bei Erschließungsmaßnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 07.0.7200.788.01 07.0.7200.789.01.	1.833 2.140	3.000	3.000	3.000
341.03	Einnahmen von Bauträgern für Grunderwerb bei Erschließungsmaßnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7200.821.03.	0 0	0	-	-
341.05	Beiträge Dritter zum Neu-, Um- und Ausbau von Straßen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7200.741.10.	0 711	0	-	-
341.06	Einnahmen von Bauträgern für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
341.09	Beiträge Dritter zur Grundinstandsetzung von Brücken Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7200.741.09.	15 0	0	-	-
341.11 (422)	Beteiligung Dritter an den Kosten für die Flächenentwicklung Bahnflächen Altona Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7200.893.10.	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
341.12 (741)	Einnahmen für den Bau eines P+R-Hauses in Poppen- büttel Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7200.742.12 07.0.7200.891.48	0 0	0	-	-
341.13	Beiträge Dritter zur Grundinstandsetzung der Mahatma-Ghandi-Brücke Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7200.788.04	0 0	0	-	-
341.14	Beiträge Dritter zur Grundinstandsetzung von Straßen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7200.741.14.	16 21	0	-	-
341.20	Kostenbeiträge Dritter zur Umgestaltung Hamburger Plätze (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7200.741.20.	0 805	0		
341.31	Allgemeine Wegebaubeiträge (Weggefallener Ansatz) 5.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6700.891.02.	3.313 686	2.000		
341.32	Wegebaubeiträge im Zusammenhang mit der erstmaligen Herstellung von Anliegerstraßen (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 07.0.7200.788.03.	0 2.409	2.500		
342.03 (729)	Ausgleichsbeträge zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7200.893.02	703 109	0	-	-
342.04 (742)	Beiträge Dritter zu freiwilligen Schallschutzmaß- nahmen an der Güterumgebungsbahn Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7200.893.04	886 20	0	-	-
342.06	Einnahmen im Zusammenhang mit der Grundinstand- setzung der Ericusbrücke Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7200.772.06.	0 910	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
356.01	Entnahme aus dem Grundstock für Grunderwerb zur teilweisen Finanzierung des Umbaus des ZOB Bergedorf (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
	Gesamteinnahmen		342.048	344.537	349.942
	AUSGABEN				
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	54 59 23 R	892	678	694
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	8.638 8.429 1.263 R	7.923	8.437	8.565
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	93 50	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	1 0	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	11.425 10.963	6.594	6.210	6.242
517.01	Zahlung von Rohrnetz- und Baukostenzuschüssen bei der Erschließung stadteigener Gewerbeflächen und Einzelbauplätze Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.281.01	762 116	0	-	-
519.01 (610)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-03.	0 0	21	12	13
519.02 (610)	Unterhaltungsaufwand für das Verwaltungsvermögen Schnellbahnbau Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 0	0	30	30
521.01 (729)	Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten einschließlich Zubehör Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	573 443 99 R	525 1.575 VE	555 1.575 VE	555 1.575 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
521.09	Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben für Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 07.0.7200.281.02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.119.06 07.0.7200.124.09.	6.149 7.875 2.287 R	8.200 24.600 VE	8.280 16.400 VE	8.280 8.200 VE
521.14	Aufwendungen für öffentliche Straßen und Wege Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 07.0.7200.281.02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.119.07.	6.517 5.717 215 R	2.833 2.883 VE	5.350 4.850 VE	4.550 2.383 VE
521.16	Unterhaltung von Straßenbegleitgrün an Hauptverkehrsstraßen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 0	0	933 933 VE	933 933 VE
521.17	Betriebsausgaben Sonderprogramm Winterschäden Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	3.675 2.913 176 R	5.000 5.000 VE	5.000 5.000 VE	5.000 5.000 VE
521.81	Betriebsausgaben für öffentliche Straßen und Wege, Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke Rahmenzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 07.0.7200.281.02.	(8.498) (10.331) 28R	8.522 8.022VE	8.246 8.246VE	8.246 8.246VE
521.82	Unterhaltung von Straßenbegleitgrün - Rahmenzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	(0) (0)	0	1.867 1.867VE	1.867 1.867VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
526.04 (729)	Verkehrs- und Mobilitätsmanagement, Easyway Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.272.06.	220 108 1.787 R	0	500 1.000 VE	500 1.000 VE
531.01 (729)	Einrichtung und Betrieb eines öffentlichen Fahrradleihsystems sowie Maßnahmen zur Förderung des nicht motorisierten Verkehrs Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	1.888 1.270 907 R	2.000 14.000 VE	2.000 12.000 VE	2.000 10.000 VE
535.56 (610)	Laufende Aufwendungen für IT-Verfahren Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 07.0.7000.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 07.0.7000.535.56 07.0.7100.535.56 07.0.7200.535.56 07.0.7300.535.56 07.0.7400.535.56 07.0.7500.535.56 .	0 0	75	125	62
539.04 (721)	Betriebs- und Unterhaltungsmaßnahmen, Honorare und Entgelte des Landesbetriebs Straßen, Brücken u. Gewässer (Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen) Übertragbar GB 2013 3.050 GB 2014 3.250 Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.231.04.	7.886 9.229	6.800 21.000 VE	7.050 14.400 VE	7.250 7.800 VE
546.05 (742)	Zahlungen an das Eisenbahnbundesamt Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.111.05	0 0	0	-	-
546.86	Beseitigung unbefugt abgestellter Kfz sowie Arbeiten für fremde Rechnung, Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	(4.388) (5.381)	0 2.000VE	- 2.000VE	- 2.000VE
546.87 (012)	Erstattungen für Leistungen des Landesbetriebes Geoinformation und Vermessung, Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	(378) (388)	210	210	210

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
547.04	Finanzierung begleitender Maßnahmen im öffentlichen Raum Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 0	0	70	70
547.22 (790)	Sächliche Verwaltungsausgaben - Öffentliche Verkehrswirtschaft und -politik, Verkehrs- und Mobilitätsmanagement, Easyway Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	524 565 149 R	486 486 VE	486 486 VE	486 486 VE
633.01 (741)	Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und kommunalen Gebietskörperschaften auf dem Gebiet des ÖPNV Übertragbar	998 2.552	0	-	-
671.01 (741)	Erstattung von Unterhaltungskosten im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 0	0 10 VE		
671.02 (012)	Erstattungen an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 0	0	23	23
671.55 (726)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs, -Sondernetz- (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	2.453 0	0		
671.58 (726)	Betriebsausgaben für Öffentliche Beleuchtung und Lichtsignalanlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	23.837 24.203 202 R	24.803 60.000 VE	24.653 60.000 VE	24.653 60.000 VE
681.86 (012)	Ersatzvornahmen sowie Schadenersatzleistungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	(0) (0)	12	12	12

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
681.92 (012)	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden) Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 0	3	3	3
682.01 (742)	Zuschuss an nichtbundeseigene Eisenbahnen zur Abdeckung von Verlusten aus dem Güterverkehr Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	831 545 1.218 R	450	500 1.000 VE	1.000 1.000 VE
682.02 (741)	Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungs- gesetz Übertragbar GB 2013 0 GB 2014 0 Zuwendungsanteil 15% Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.231.03. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 39.037 R	136.733 138.784 VE	138.784 140.866 VE	140.866 142.979 VE
682.03 (741)	Ausgleichszahlungen nach dem Personenbeförderungs- und dem Allgemeinen Eisenbahngesetz für Belastun- gen aus dem Ausbildungsverkehr Übertragbar	37.000 37.000	37.000	37.000	37.000
682.08 (742)	Ausgleichszahlung nach § 16 Allgemeines Eisenbahn- gesetz für betriebsfremde Aufwendungen der nicht- bundeseigenen Eisenbahnen Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.231.06.	273 1.927 230 R	1.100	1.100	1.100
682.10 (741)	Zuschuss an die Hamburger Hochbahn AG für den Betrieb von Fahrgastunterständen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
682.12 (741)	Tarifauffüllender Zuschuss an die HVV GmbH für die Abgabe vergünstigter Zeitkarten Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	2.428 286	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
682.13 (741)	Zahlungen für Leistungen im Schienenpersonennahverkehr Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 07.0.7200.682.13 07.0.7200.682.15 .	95.973 90.968	0	-	-
682.14 (741)	Zahlungen für Leistungen im ÖPNV mit Bussen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.233.14	159 891 100 R	0	-	-
682.15 (741)	Betriebskosten- und sonstige Zuschüsse für den ÖPNV Übertragbar Zuwendungsanteil 90% Gegenseitig deckungsfähig sind 07.0.7200.682.13 07.0.7200.682.15 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.281.15.	12.406 12.941 13 R	4.000	3.300	3.300
682.21 (741)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 7200: Verlustausgleich HHA Zuwendungsanteil 100%	0 0	0	-	-
682.22 (680)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 7200: Verlustausgleich P+R Zuwendungsanteil 100%	0 0	0	-	-
682.23 (741)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kap. 7200: Verlustausgleich VHH/PVG Zuwendungsanteil 100%	0 0	0	-	-
682.24 (790)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpol. Zustän- digkeit im Kapitel 7200: Verlustausgleich HADAG Zuwendungsanteil 100%	0 0	0	-	-
682.58	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Straßen, Brücken und Gewässer Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	244 1.503	73	163	163

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
741.02 (729)	Förderung des Radverkehrs Übertragbar Zuwendungsanteil 05% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	2.438 1.716 3.572 R	3.250 2.757 VE	2.607 3.758 VE	2.758 3.758 VE
741.03 (729)	Förderung des Radverkehrs aus Ausgleichsbeträgen gemäß § 49 (4) HBauO Übertragbar Zuwendungsanteil 05%	181 195 468 R	0	-	-
741.04 (741)	Förderung des ÖPNV auf der Straße Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	1.973 1.484 3.446 R	2.281 1.315 VE	1.315 1.315 VE	1.322 1.322 VE
741.05 (741)	Förderung des ÖPNV auf der Straße aus Ausgleichs- beträgen gemäß § 49 (4) HBauO Übertragbar	348 13- 213 R	0	-	-
741.06	Umsetzung der EU-Richtlinie Umgebungslärmschutz (Verkehrslärm) Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0 1.000 R	500 500 VE	500 500 VE	500 500 VE
741.08	Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm der Bundesfernstraßen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0 268 R	131 134 VE	134 134 VE	135 135 VE
741.09	Neu- und Umbau, Erweiterung sowie Grundinstand- setzung von Brücken, Tunneln und sonstigen Inge- nieurbauwerken Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.341.09. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	1.338 561 2.053 R	4.098 15.000 VE	4.258 6.200 VE	5.138 10.858 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
741.10	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.341.05. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	3.431 1.400 7.262 R	9.014 8.288 VE	4.332 3.156 VE	2.656 4.156 VE
741.14	Grundinstandsetzung von Hauptverkehrsstraßen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.341.14. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	5.129 6.393 1.536 R	6.486 16.000 VE	5.957 9.992 VE	9.492 6.692 VE
741.16	Verbesserung des Verkehrsflusses einschl. Bau von Kreisverkehren, Einrichtung verkehrsadaptiver Netzsteuerung sowie Projekten Shared Space Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0	0		
741.17	Investitionsausgaben Sonderprogramm Winterschäden Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	6.677 6.722 758 R	5.000 5.000 VE	7.000 5.000 VE	8.000 5.000 VE
741.19	RABT - Sicherheitstechnische Nachrüstung von städtischen Verkehrstunneln Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-04.	180 145 6.990 R	4.450 10.375 VE	4.450 13.725 VE	7.095 6.592 VE
741.20	Umgestaltung Hamburger Plätze Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.341.20.	956 1.367 4.250 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
741.21	Verbesserung des Verkehrsflusses Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
741.22	Verbesserung des Verkehrsflusses durch Bau von Kreisverkehren Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	1.714 1.434 1.098 R	500		
741.23	Verbesserung des Verkehrsflusses an Knotenpunkten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	613 496 3.903 R	2.000 1.000 VE	1.619	
741.24	Einrichtung von Gemeinschaftsstraßen (Shared Space) Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	54 5 219 R	0		
741.25 (741)	Maßnahmen zur Nutzung des ehemaligen Hafenbahntun- nels durch den ÖPNV Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0 944 R	0		
741.81	Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Straßen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20	(11.586) (10.813)	11.819 20.000VE	10.319 20.000VE	10.319 20.000VE
741.86 (729)	Förderung des Radverkehrs (Radwegeprogramm), Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Zuwendungsanteil 05% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	(1.075) (1.106)	1.500 1.500VE	1.500 1.500VE	1.500 1.500VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
742.02 (741)	Rückstellung für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs	0 0 1.085 R	1.260 1.260 VE	1.260 1.260 VE	1.260 1.260 VE
	Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
742.03 (741)	Bau, Erweiterung und Grundinstandsetzung von öffentlichen P+R-Anlagen	1.470 654 452 R	0	-	-
	Übertragbar Zuwendungsanteil 05%				
742.09 (741)	Busbeschleunigung Linie 25	0 0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
742.12 (741)	Planerische Vorleistungen für den Bau eines P+R-Hauses in Poppenbüttel	35 0 432 R	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 07.0.7200.341.12				
750.01	Neugestaltung des Spielbudenplatzes	0 73 36 R	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.				
750.16	Neubau der Fußgängerbrücke am S-Bahnhof Wilhelms- burg	1.044 4.081 201 R	0	-	-
	Übertragbar				
750.23	Umgehung Finkenwerder	10.006 11.901 12.992 R	8.500 1.500 VE	1.500	
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-04.				
751.02 (729)	Bau eines Geh- und Radwegs am Oberhafen entlang des Großmarktgeländes	0 0 3.000 R	697	150	
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
752.15 (721)	Ergänzung Deckel A7 in Bahrenfeld/Othmarschen und Schnelsen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-04.	0 0	0	1.000 149.000 VE	20.000 129.000 VE
760.23	Ausbau der Straße "Am Stadtrand" Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
760.24	Ausbau des Ölmühlenwegs Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
761.01	Umbau Bürgerweide/Wallstraße/Steinhauerdamm zur Verbesserung des Verkehrsflusses Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	2.529 539 316 R	0		
761.47 (741)	Umbau des ZOB Barmbek einschl. ergänzender Maßnah- men Übertragbar	1.309 650 2.142 R	0	-	-
761.49 (741)	Barrierefreie Umgestaltung der Verkehrsanlage Poppenbüttel Übertragbar	470 112 3.725 R	0	-	-
770.01 (741)	Busbeschleunigungsprogramm Übertragbar Zuwendungsanteil 20% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-04. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	18.000 35.000 VE	30.000 30.000 VE	30.000 30.000 VE
771.01	Sicherung der Verkehrsinfrastruktur - Straßen einschließlich Radwege - Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 1.664 R	2.718 6.000 VE	2.678 6.500 VE	3.117 8.600 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
771.07	Grundinstandsetzung und Umbau des Horner Kreisels Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	24- 0	0		
771.08	Grundinstandsetzung und Umbau der Sengelmanstraße zw. Dorothea-Kasten-Straße und Hebebrandstraße Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	148 2 560 R	0		
771.10	Grundinstandsetzung der Billhorner Brückenstraße - Ost- und Westfahrbahn einschl. Brücken Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	2.241 4.508 1.151 R	2.921		
771.12	Grundinstandsetzung Glashütter Landstraße Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	649 182 3.709 R	0		
771.13	Grundinstandsetzung der Wentorfer Straße Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	5 6 217 R	0		
771.14	Grundinstandsetzung Schäferkampsallee - Schröder- stiftstraße von Schröderstiftweg bis Hohe Weide / Weidenallee Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	1.810 264 1.281 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
771.15	Grundinstandsetzung der Meiendorfer Straße Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0 3.000 R	3.000 1.764 VE	1.764	
771.16	Grundinstandsetzung Johannes-Brahms-Platz / Holstenwall / Gorch-Fock-Wall einschl. Anschluss- bereiche Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	836 99 185 R	0		
771.19	Grundinstandsetzung des Unteren Landwegs Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0 804 R	3.500 7.046 VE	5.996 1.050 VE	1.050
771.20	Grundinstandsetzung und Umbau Knotenbereich Bremer Str. / Friedhofstraße / Am Großen Dahlen / Ernst-Bergest-Weg Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0 450 R	2.100 397 VE	397	1.433
771.22	Grundinstandsetzung Fuhlsbüttler Straße Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0	0	2.700 VE	2.700
771.23	Umbau Großer Burstah / Große Johannesstraße (BID Nicolaiquartier) Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0	0	1.500 1.500 VE	1.500
771.24	Grundinstandsetzung Borsigstraße / Grusonstraße Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0	0	1.365 5.200 VE	3.700 2.200 VE
771.25	Grundinstandsetzung Straßburger Straße Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0	0	1.400 5.840 VE	3.900 1.940 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
772.01	Grundinstandsetzung der Wandbereiterbrücke Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	817 52	0		
772.03	Grundinstandsetzung der Brücke Deelböge Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 1.234 766 R	4.500 1.748 VE	1.748	
772.05	Grundinstandsetzung der Brücke Hannoversche Straße Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0 2.500 R	5.000 2.046 VE	2.046	
772.06	Grundinstandsetzung der Ericusbrücke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.342.06.	0 1.516 1.680 R	500	2.710 3.015 VE	3.015
773.23	Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	114 13- 86 R	0		
780.23	Neugestaltung des Jungfernstiegs Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 8	0		
785.07	Grundinstandsetzung der Wiesendammbrücke Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	4- 0 7 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
785.08	Grundinstandsetzung der Hoheluftbrücke Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	1.959 35 417 R	0		
788.01	Allgemeine Erschließungen Übertragbar Zuwendungsanteil 10% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 07.0.7200.341.02. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.2.1241.341.02. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.3.1341.341.02. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.4.1441.341.02. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.5.1541.341.02. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.6.1641.341.02. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.7.1741.341.02. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.8.1841.341.02. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	10.604 14.448 11.175 R	18.055 40.000 VE	17.351 40.000 VE	16.625 40.000 VE
	GB 2013 14.351 GB 2014 13.625				
788.02	Erschließung Hafency Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	265 1.345 16.764 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
788.03	Erstmalige Herstellung von Anliegerstraßen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.341.32. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 2.977 R	4.218 4.218 VE		
788.04	Äußere Erschließung Hafencity Westliche Anbindung Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7200.788.04	1 3.164 4.309 R	0	4.750 4.000 VE	4.750 2.000 VE
788.05	Erschließung der Fläche B-Plan Jenfeld 23 (ehem. Lettow-Vorbeck-Kaserne) Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	386 635 6.688 R	0		
788.06	Äußere Erschließung Hafencity Bei St. Annen / Brandstwierte Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	2.033 101- 127 R	0	-	-
788.07	Äußere Erschließung Hafencity Brandstwierte/Bergstraße Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 2.178	0	-	-
788.17	Erschließung Wilhelmsburg-Mitte (IBA/IGS-Infrastrukturmaßnahme) Übertragbar	2.167 3.125 1.283 R	0	-	-
789.05	Rückstellung für die Erschließung der Fläche B-Plan Jenfeld 23 (ehem. Lettow-Vorbeck-Kaserne) Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0 32.291 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
799.01 (790)	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen,-architek- ten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige u.dgl. sowie sächliche Bauaufsichtskosten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	3.966 1.399 4.526 R	2.000 5.000 VE	2.000 5.000 VE	2.000 5.000 VE
799.02	Planungsmittel für Erschließungsmaßnahmen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	215- 47 555 R	0	-	-
799.03	Planungsmittel Erschließung Hafencity Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	655 716 1.222 R	0	250	250
799.04 (721)	Honorare, Ingenieur- und sonstige Dienstleistungen für Investitionsprojekte in der Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	24.468 27.658 11.157 R	25.000 115.000 VE	27.000 30.000 VE	30.000 21.298 VE
799.16 (790)	Planungsmittel für Projekte im Rahmen der IBA/IGS in Wilhelmsburg Mitte Übertragbar	0 0	0	-	-
799.17	Planungsmittel für die Erschließung im Rahmen von IBA/IGS-Infrastrukturmaßnahmen Übertragbar	521 6	0	-	-
799.22 (790)	Vergütungen für Ingenieurleistungen u. dgl. (nicht aktivierbar im Anlagevermögen) Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 926 1.484 R	5.503 6.000 VE	1.985 4.200 VE	1.733 5.000 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
799.29 (741)	Planung und Systemvorbereitung für die Einführung einer Niederflurstadtbahn Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 105 2.265 R	0		
811.04 (790)	Beschaffung von Fahrzeugen und Großgeräten für den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0	0	-	-
811.86 (790)	Investitionsmaßnahmen für Betriebsplätze, Hochbau- maßnahmen sowie Beschaffungen von Fahrzeugen, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	(200) (136) 35R	200 200VE	1.000 1.000VE	500 200VE
812.06 (729)	Beschaffung von Kameras zur Verkehrslageerfassung Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	35 0	0		
821.02	Grunderwerb und Entschädigungen bei Maßnahmen des Straßenbaus Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	750 1.881 98 R	1.500 1.400 VE	2.300 5.000 VE	400 5.000 VE
821.03	Grunderwerb und Entschädigungen bei Erschließungsmaßnahmen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.341.03.	2.312 414 3.055 R	3.125 6.250 VE	3.125 6.250 VE	3.125 6.250 VE
821.06 (741)	Grunderwerb und Entschädigungen bei Maßnahmen des Schnellbahnbaus inkl. P+R-Anlagen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	11 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
821.09 (741)	Gründerwerb und Entschädigungen im Zusammenhang mit Schnellbahnmaßnahmen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 43	100 200 VE	100 100 VE	100 100 VE
862.01	Darlehen an Dritte zum Ausgleich von Nachteilen bei Erschließungsmaßnahmen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0 420 R	0 70 VE	70 70 VE	70 70 VE
881.05 (721)	Kostenanteile Hamburgs zum Um-, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen sowie zur Vorfinanzierung von Baumaßnahmen des Bundesfernstraßenbaus Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.331.06.	439 127 4.069 R	3.466	3.466 3.466 VE	3.466 5.000 VE
884.58 (726)	Investitionsausgaben für die Öffentliche Beleuchtung und Lichtsignalanlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	9.733 13.844 5.366 R	14.857 16.000 VE	13.136 16.000 VE	11.136 16.000 VE
891.02 (741)	Zuweisungen des Bundes gem. § 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz Übertragbar GB 2013 GB 2014 Zuwendungsanteil 100% Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.331.03. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 44.288 R 0 0	3.400	21.400	21.400
891.04 (741)	Zuwendungen an Verkehrsunternehmen für den behindertengerechten Ausbau von Schnellbahnhaltstellen Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-04.	670 2.330 3.740 R	0	9.600 9.200 VE	9.200 5.300 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
891.05 (741)	Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG gemäß U-Bahn-Verkehrswegevertrag Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-04.	11.226 10.226	10.226	2.226	226
891.06 (729)	Vekehrs- und Mobilitätsmanagement in Hamburg Übertragbar Zuwendungsanteil 10% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	126 100 1.827 R	500 2.000 VE	500 2.000 VE	500 2.000 VE
891.08 (741)	Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungs- gesetz für Investitionen Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.331.08 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	859 1.299 22.231 R	0	-	-
891.09 (741)	Zuweisungen des Bundes gem. dem GVFG-Bundespro- gramm Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.331.09 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0	-	-
891.10 (741)	Kostenbeiträge zu verschiedenen Baumaßnahmen der Verkehrsunternehmen gem. Eisenbahnkreuzungs- gesetz etc. Übertragbar Zuwendungsanteil 05% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.331.10.	127 950 3.456 R	1.523 2.984 VE	563 2.000 VE	421 2.000 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
891.15 (741)	Allgemeine Investitionszuschüsse an Verkehrsunter- nehmen (§ 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz) Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	8.313 13.227 2.695 R	0	-	-
891.18 (741)	Kostenanteil Hamburgs am Bau der Schnellbahn- anbindung Flughafen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-04.	4.945 631 15.347 R	0		
891.19 (741)	Kostenanteil Hamburgs am Bau der U-Bahn HafenCity Übertragbar Zuwendungsanteil 95% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-04.	52.237 36.483 36.621 R	5.200 5.930 VE	5.000 930 VE	930
891.20 (741)	Kostenanteil Hamburgs an der Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-04. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.331.11.	5.359 1.548 5.333 R	2.115 50.000 VE	2.115 3.000 VE	2.115 1.500 VE
891.21 (741)	Kostenanteil Hamburgs am Ausbau der AKN in Eidelstedt Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0 2.638 R	0		
891.23	Zuführungen an den Treuhand Süderelbefonds Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	0 10.139 16.226 R	0		
891.25 (741)	Zuwendung für die Planung und Systemvorbereitung einer Niederflurstadtbahn Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	4.193 1.719 933 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
891.26 (741)	Kostenanteil Hamburgs an der Verlängerung der U4 bis zu den Elbbrücken Übertragbar Zuwendungsanteil 95% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-04.	0 0	0	5.000	5.000
891.27	Zuwendungen zum Umbau des ZOB Bergedorf Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	12.933 3.747 14.370 R	0	-	-
891.47 (741)	Zuwendungen an die Hamburger Hochbahn für die Anpassung des Bahnhofs Barmbek im Zusammenhang mit dem Umbau des ZOB Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	2.500 1.730 5.664 R	0	-	-
891.48 (741)	Zuwendung für den Bau eines P+R-Hauses in Poppenbüttel Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 07.0.7200.341.12	0 0 11.470 R	0	-	-
891.56 (711)	Erstattungen von Dataportleistungen an den Landes- betrieb Straßen, Brücken und Gewässer Übertragbar	0 0	0	252	252
892.15 (692)	Aktivierung von Gewerbebranchen/Herrichtung von Industrieanlagen für neue gewerbliche Nutzung Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 95%	0 0	0		
893.01	Erstattungen für Maßnahmen zum Schutz gegen Straßenlärm (passiver Lärmschutz bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen) Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	137 31 975 R	500 2.000 VE	500 500 VE	500 500 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
893.02 (729)	Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Absatz 4 der Hamburgischen Bau- ordnung Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.2.1241.342.03 01.3.1341.342.03 01.4.1441.342.03 01.5.1541.342.03 01.6.1641.342.03 01.7.1741.342.03 01.8.1841.342.03 07.0.7200.121.02 07.0.7200.342.03 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 11.075 R	0	-	-
893.03	Zuwendungen zum Bau von Anlagen für den ruhenden Verkehr Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	592 116 4.856 R	0	-	-
893.04 (742)	Kostenbeteiligung Hamburgs zu freiwilligen Schall- schutzmaßnahmen an der Güterumgehungsbahn Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.342.04	2.545 20 951 R	0		
893.10 (422)	Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Flächenentwicklung Bahnflächen Altona -Investitionsausgaben- Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7200.341.11. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0	3.344 6.160 VE	6.160 7.480 VE
893.47 (741)	Zuwendungen an die Deutsche Bahn für die Anpassung des Bahnhofs Barmbek im Zusammenhang mit dem Umbau des ZOB Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	0 600 8.700 R	0	-	-
971.06 (711)	Zentral veranschlagte Mittel zur Umsetzung des Sonderprogramms Winterschäden Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7200 -----					
971.50 (790)	Zuweisungen für EU-Komplementärmittel Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		459.468 674.242 VE	488.115 680.844 VE	505.122 611.680 VE
7300 (610)	Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen ----- EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	28 32	0	-	-
111.03 (750)	Gebühren für Erlaubnisse nach den Vorschriften des Luftverkehrsgesetzes und des Luftsicherheits- gesetzes	460 333	257	310	310
111.08 (750)	Gebühren für die Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7000.461.01.				
119.02	Einnahmen aus der Nichterfüllung einer Standortgarantie (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
119.94	Rückzahlung nicht verbrauchter Zuschüsse	21 61	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	3 0	0	-	-
182.01 (731)	Rückflüsse aus maritimen Projekten (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
182.02 (693)	Rückflüsse aus FuE-Projekten (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7300.892.29.	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7300 -----					
232.01	Zuweisung des Landes Niedersachsen zur Erstellung eines Gutachtens zur maritimen Wirtschaft in der Metropolregion Hamburg (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
232.03	Zuweisung Bremens für das Gutachten 'Kooperationspotentiale bremenports-HPA' Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7300.526.01.	0 48	0		
271.01 (692)	Zuweisungen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die "Innovationsoffensive Mittelstand" (Weggefallener Ansatz)	228 0	0		
272.01	Zuweisung der Europäischen Union für CluNet (Weggefallener Ansatz)	49 0	0		
272.05 (635)	Zuweisung der EU für das INTERREG-Projekt "Balt Food" Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7000.461.01 07.0.7300.527.99 07.0.7300.535.01.	0 3	0		
	Gesamteinnahmen		257	310	310
	AUSGABEN				
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	614 597 35 R	583	754	768
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	5.151 5.037 196 R	5.450	5.620	5.649
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	29 53	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	1 0	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	2.008 1.920	1.751	1.878	1.895
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-03.	7 7 94 R	17	19	20

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7300 -----					
521.01	Unterhaltung und Betrieb für die Kohärenz- sicherungsmaßnahme "Borghorster Elbwiesen"	0 0	0	14	14
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.				
526.01	Externe Beratungsleistungen auf den Gebieten der Logistik, Dienstleistungen und Wirtschaftsinfra- struktur sowie Vorbereitung innovativer Projekte	101 176 311 R	125	224 129 VE	224 100 VE
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7300.232.03.				
534.01 (693)	Flankierende Maßnahmen zur Unterstützung der Strukturpolitik	46 28 31 R	50 50 VE	50 50 VE	50 50 VE
	Übertragbar Zuwendungsanteil 10% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.				
535.01 (635)	Maßnahmen zur Förderung von Mittelstand und Handwerk	530 469 254 R	400 100 VE	460 100 VE	460 100 VE
	Übertragbar Zuwendungsanteil 20% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 07.0.7300.272.05.				
535.56	Laufende Aufwendungen für IT-Verfahren	60 48	35	36	18
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 07.0.7000.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 07.0.7000.535.56 07.0.7100.535.56 07.0.7200.535.56 07.0.7300.535.56 07.0.7400.535.56 07.0.7500.535.56 .				
539.01 (750)	Kostenerstattung an die FHG i.R. der Beleihung von Beauftragten zur Luftaufsicht	0 0	0	137	137
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7300 -----					
631.01	Kostenanteil Hamburgs für den Ausbau der Oststrecke des Mittellandkanals Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 1.500 1.521 R	1.300	400	1.000
632.01	Verwaltungskostenerstattung an das Land Niedersachsen für die Tätigkeit der Bergbehörden Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	38 42 103 R	64	64	64
682.02 (332)	Betriebszuschuss an das Clustermanagement erneuerbare Energien Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	330 702 132 R	800 500 VE	600	600
683.02	Innovations- und Clusterorientierte Wirtschaftspolitik Übertragbar Zuwendungsanteil 80% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	426 515 1.257 R	1.194 1.690 VE	2.691 1.950 VE	1.570 1.500 VE
683.04 (693)	Innovationsregion Hamburg Übertragbar Zuwendungsanteil 70% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	1.179 1.729 6.667 R	1.100 1.100 VE	1.300 1.154 VE	1.154 1.500 VE
683.05	Cluster Logistik Übertragbar Zuwendungsanteil 75% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	200 208 1.405 R	300 350 VE	470 200 VE	470 200 VE
683.07 (634)	Luftfahrtcluster Hamburg Übertragbar Zuwendungsanteil 93% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	3.170 3.849 10.937 R	1.516 1.104 VE	2.215 2.000 VE	2.115 2.000 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7300 -----					
683.08 (693)	Forschungseinrichtung Seefracht-Technologien (CML) Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	139 756 4.605 R	100	200	200
683.09 (693)	Maritimes Cluster Hamburg / Schleswig-Holstein Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 4.150 3.649 R	100 500 VE	300 300 VE	300 300 VE
683.10 (253)	Clusterorientierte Strukturpolitik Übertragbar Zuwendungsanteil 50% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	1.674 875 891 R	550 750 VE	550 550 VE	550 550 VE
683.11 (693)	Maßnahmen innovativer Strukturpolitik Übertragbar Zuwendungsanteil 50% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 68 536 R	196 250 VE	250 250 VE	250 250 VE
683.12 (693)	Internationale Cluster-Trainingszentren Übertragbar Zuwendungsanteil 50% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 0	0	-	-
683.14 (693)	Weiterentwicklung der Elektromobilität in Hamburg Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 0	0	450 450 VE	850 800 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7300 -----					
685.02 (719)	Cluster Life Sciences Hamburg/Schleswig-Holstein Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 0 967 R	863	450 500 VE	450 500 VE
685.03 (790)	Zuschuss an den Verein zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 15	15	15	15
686.02 (693)	Technologieorientierte Frühphasenfinanzierung und innovative Existenzgründungen Übertragbar Zuwendungsanteil 90% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	778 12.839 300 R	100	-	-
686.04 (635)	Mittelstandsorientierte überbetriebliche Förderung im Handels- und Dienstleistungsbereich Übertragbar Zuwendungsanteil 80% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	78 15 113 R	80 50 VE	80 50 VE	80 50 VE
812.01	Beschaffung eines Messfernglases zur Ermittlung von Höhen Übertragbar	14 3	0	-	-
831.02 (165)	Hamburgische Beteiligung am Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	1.100 0	0		
881.01 (731)	Kostenanteil Hamburgs für den Ausbau der Oststrecke des Mittellandkanals Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	1.336 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7300 -----					
881.02 (731)	Kostenanteil Hamburgs für den Bau des Elbe-Seiten- kanals Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	364 0	0		
892.05 (693)	Internationale Cluster-Trainingszentren Übertragbar Zuwendungsanteil 50% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	3.672 1.807 1.235 R	0	-	-
892.06 (693)	Errichtung und Förderung eines Kompetenzzentrums Medizintechnik Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 68%	0 0	0		
892.12 (165)	Förderung der Luftfahrtforschung und - technologie Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 73% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	160- 0 162 R	0		
892.17 (635)	Projektförderung für Modernisierung von Kleingewerbe an problematischen Standorten Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	107 105 222 R	27 9 VE		
892.18 (693)	Maßnahmen innovativer Strukturpolitik Übertragbar Zuwendungsanteil 50% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	264 89 59 R	195 250 VE	250 250 VE	250 250 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7300 -----					
892.27 (634)	Modernisierung Schlepptank der Hamburger Schiffsbauversuchsanstalt Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	670 120 50 R	0		
892.29 (693)	Förderprogramm für innovative Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Hamburger Industrie Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7300.182.02.	301 0	0		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		16.911 6.703 VE	19.477 7.933 VE	19.153 8.150 VE
7350 (731)	Hamburg Port Authority EINNAHMEN				
331.01	Zuweisung des Bundes für Seehäfen	20.963 20.963	20.963	20.963	20.963
342.01	Abführung der HPA an den Hamburger Haushalt	0 0	0		
	Gesamteinnahmen		20.963	20.963	20.963
	AUSGABEN				
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	11.044 10.710	9.440	8.949	8.670
547.01 (290)	Betreuung von Seeleuten Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 07.0.7350.547.01 07.0.7350.682.02 .	0 0 250 R	250	250	250

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7350 -----					
682.02	Zuschuss an die Hamburg Port Authority für hafenfremde und nicht erwirtschaftete Leistungen	0 0 8.784 R	20.000	17.550	17.550
	Übertragbar Zuwendungsanteil 100%				
	Gegenseitig deckungsfähig sind 07.0.7350.547.01 07.0.7350.682.02 .				
821.01	Grunderwerb	0 0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
831.01	Stiftung zur Verbesserung der ökologischen Situation der Elbe	6.633 0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
891.42	Neubau der Trinkwasserleitung nach Neuwerk	1.280 0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
891.56	Investitionen für den Einsatz von IT-Technik bei Hamburg Port Authority	852 2.468	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
891.61	Kostenerstattung für Investitionen im Hafen im Zusammenhang mit den Zuweisungen für Seehäfen	24.000 24.000	24.000	24.000	24.000
	Übertragbar				
891.62	Investitionen in die allgemeine Hafeninfrastruktur	0 0	0	-	- 200.000 VE
	Übertragbar Zuwendungsanteil 100%				
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-04. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		53.690	50.749	50.470 200.000 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft				
(680)	----- EINNAHMEN				
111.01 (610)	Verwaltungsgebühren	20 18	18	20	20
111.02 (511)	Gebühreneinnahmen Pflanzenschutzamt	829 739	300	300	300
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.547.01.				
111.03 (610)	Einnahmen aus Vergütungen für Landesbürgschaften	0 198	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.683.07.				
119.02 (511)	Rückzahlung von ELER-Mitteln aufgrund missbräuchlicher Verwendung (Anteil Hamburgs)	1 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7400.631.02				
119.05 (610)	Rückzahlung nicht verbrauchter EFF-Mittel Förderperiode 2007-2013	0 0	0		
	(Weggefallener Ansatz)				
119.06 (610)	Rückzahlung nicht verbrauchter ELER-Mittel Förderperiode 2007 - 2013	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.971.06.				
119.07 (692)	Rückzahlung nicht verbrauchter EFRE-Mittel Förderperiode 2007 - 2013	0 5	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.971.08.				
119.08 (692)	Rückzahlung nicht verbrauchter EFRE-Mittel (Förderperiode 2007-2013)	25 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7400.971.09				
119.09 (692)	Rückzahlung nicht verbrauchter EFRE-Mittel (Förderperiode 2014-2020)	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.971.11.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400 -----					
119.92 (531)	Schadenersatzleistungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.547.01.	0 0	0	-	-
119.94 (610)	Rückzahlung nicht verbrauchter Zuschüsse	0 0	0	1	1
119.98 (610)	Vermischte Einnahmen	26 88	1	50	50
124.91 (512)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	392 218	230	230	230
124.92 (512)	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften	13 13	12	13	13
125.04 (511)	Arbeiten für Dritte; Gutachten des Pflanzenschutzamtes Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.547.01.	32 18	20	20	20
131.01 (512)	Erlöse insbesondere aus der Veräußerung von Waldflächen 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.821.01.	64 0	0	-	-
131.91 (511)	Verkauf von Grundstücken	0 0	0	-	-
132.91 (531)	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.811.02.	0 1	0	-	-
162.30 (521)	Zinseinnahmen aus Darlehen der Landwirtschaft (hamburgischer Anteil)	5 4	0	-	-
181.01 (610)	Rückflüsse von Darlehen an Öffentliche Unternehmen	0 426	50	50	50
182.30 (521)	Tilgungseinnahmen aus Darlehen der Landwirtschaft (hamburgischer Anteil)	77 50	10	9	9
231.05 (511)	Zuschüsse zu Pflanzenschutzmittelprüfungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.547.01.	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400 -----					
231.30 (521)	Zuweisungen des Bundes f. verschiedene Förderungs- maßnahmen der Landwirtschaft - ohne Investitionen	201 194	342	375	375
232.02 (512)	Zuweisung der BIS aus dem anteiligen Gebührenauf- kommen für Jagdscheine	0 53	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7400.686.11				
261.03 (610)	Erstattungen anderer Behörden für Wirtschafts- veranstaltungen und Hamburg-Präsentationen	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.535.02.				
271.02 (522)	Erstattungen der EU für Maßnahmen zur Verbesserung der Vermarktung von Honig	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.685.01.				
272.03 (610)	Zuschüsse der EU für Infrastrukturmaßnahmen des Pflanzenschutzamtes	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.547.01.				
272.04 (692)	Zuweisungen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) Förderperiode 2007 - 2013	1.386 5.616	5.000	5.100	5.200
272.05 (692)	Zuweisungen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) Förderperiode 2014 - 2020	0 0	0		705
281.03 (531)	Erstattung von Kostenanteilen Dritter	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.547.01.				
282.02 (610)	Beiträge Dritter für Maßnahmen der Kampagne "Aus der Region - für die Region"	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.685.01.				
282.04 (511)	Spenden zur Förderung der Anwendung der Methoden des ökologischen Landbaus	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.685.01.				
282.06 (610)	Erstattungen der Landwirtschaftskammer Hamburg für Bewirtschaftungskosten des Kompetenz- und Beratungszentrums Gartenbau und Landwirtschaft	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400 -----					
282.07 (610)	Beiträge Dritter zur Durchführung von Wirtschafts- veranstaltungen und Veranstaltungen im Rahmen der Hamburg-Präsentation Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.535.02.	0 0	0	-	-
331.30 (521)	Zuweisungen des Bundes für Investitionen der Landwirtschaft	356 286	293	295	295
332.02 (610)	Erstattungen Schleswig-Holsteins für das Kompetenz- und Beratungszentrum Gartenbau und Landwirtschaft (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
341.01 (610)	Kostenbeteiligung an Erschließungsmaßnahmen von Industrie- und Gewerbeflächen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.742.03.	0 0	0	-	-
346.10 (521)	Zuweisung aus dem Europäischen Landwirtschafts- fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
346.11 (521)	Zuweisung aus dem Europäischen Landwirtschafts- fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) Förderperiode 2007 - 2013	1.570 1.958	3.500	3.468	3.700
346.12 (532)	Zuweisung aus dem Europäischen Fischereifonds (EFF) Förderperiode 2007 - 2013	0 140-	0	-	-
346.32 (532)	Zuschüsse der EU zur Förderung von Strukturmaßnahmen der Fischwirtschaft (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
	Gesamteinnahmen		9.776	9.931	10.968
	AUSGABEN				
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	1.096 1.081 76 R	698	714	737
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	13.312 16.912	5.562	6.010	6.101
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	47 19	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	1 1	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400 -----					
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	65- 311-	5.374	5.275	5.170
519.01 (511)	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Horner Rennbahn Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	60 51 10 R	60 50 VE	60 60 VE	60 60 VE
519.02 (610)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-03.	19 14 206 R	24	17	18
519.03 (511)	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	475 64 188 R	80 80 VE	80 80 VE	80 80 VE
519.04 (511)	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	73 41 20 R	45 45 VE	45 45 VE	45 45 VE
521.01 (531)	Betriebsausgaben für die Waldbewirtschaftung Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 01.8.1841.125.07. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.8.1841.119.14 01.8.1841.125.06 01.8.1841.125.08 01.8.1841.281.08.	169 198 75 R	72 25 VE	75 25 VE	75 25 VE
521.81 (531)	Betriebsausgaben der Forstverwaltung, Rahmenezuweisungen an die Bezirke Übertragbar	(725) (1.080)	435 113VE	435 113VE	435 113VE
526.01 (610)	Kosten für die Evaluierung für das EFRE-Programm Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	5 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400 -----					
526.03 (165)	Externe Beratungsleistungen, insbesondere Aufträge an wissenschaftliche Forschungsinstitute, externe Beratungseinrichtungen und Gutachter Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	90 3 80 R	84 134 VE	5 5 VE	5 5 VE
533.30 (511)	Technische Hilfe zur Vorbereitung und pro- grammbegleitenden Umsetzung von Entwicklungs- maßnahmen n. d. VO (EG) Nr. 1698/2005 (ELER) Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-070-7400-06 .	249 66 17 R	121 125 VE	50 125 VE	50 125 VE
535.01 (511)	Erstattungen von Gebühren im Bereich des Kataster- und Vermessungswesens sowie Beschaffung von Kartenmaterial und drucktechnischen Arbeiten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	16 16 15 R	10 20 VE	30 20 VE	30 20 VE
535.02 (610)	Wirtschaftsveranstaltungen, Hamburg-Präsentationen und Hamburg-Netzwerke Übertragbar Zuwendungsanteil 25% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7400.261.03 07.0.7400.282.07.	37 49 34 R	37	49	49
535.56 (610)	Laufende Aufwendungen für IT-Verfahren Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 07.0.7000.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 07.0.7000.535.56 07.0.7100.535.56 07.0.7200.535.56 07.0.7300.535.56 07.0.7400.535.56 07.0.7500.535.56 .	177 89	41	75	38
537.01 (651)	Maßnahmen zur Erschließung ausländischer Märkte Übertragbar Zuwendungsanteil 25% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	134 68 47 R	100 100 VE	100 100 VE	100 100 VE
546.02 (511)	Leistungsentgelt 1 für das Kompetenz- und Beratungszentrum Gartenbau und Landwirtschaft (Zinsanteil) Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 07.0.7400.546.02 07.0.7400.547.02 .	0 0 521 R	461	531	433

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400 -----					
546.03 (332)	Maßnahmen zur Förderung der Hamburger Wälder einschl. der Vernetzung von Biotopen Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.8.1841.282.06.	0 0	0	-	-
547.01 (511)	Sach- und Fachausgaben des Pflanzenschutzamtes Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 07.0.7400.111.02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7400.119.92 07.0.7400.125.04 07.0.7400.231.05 07.0.7400.272.03 07.0.7400.281.03.	294 340 420 R	141 50 VE	131 50 VE	131 50 VE
547.02 (511)	Leistungsentgelt 2 für das Kompetenz- und Beratungszentrum Gartenbau und Landwirtschaft (Betrieb) Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 07.0.7400.546.02 07.0.7400.547.02 .	0 0	350	181	214
547.03 (610)	Technische Hilfe für das EFRE-Programm Förderperiode 2007 - 2013 Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 50 111 R	0	-	-
547.07 (610)	Technische Hilfe für das EFRE-Programm Förderperiode 2014 - 2020 Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 0	0		50
631.01 (165)	Erstattung von Bewirtschaftungs- und Bauunter- haltungskosten sowie Zuweisung an die Bundesforschungsanstalt für Fischerei Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	98 98	98 100 VE	98 100 VE	98 100 VE
631.02 (511)	Rückzahlung von Mitteln der Landwirtschaft aus Anlastungen der Europäischen Union Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7400.119.02	61 3 4 R	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400 -----					
632.01 (610)	Verwaltungskostenerstattung an das Land Schleswig-Holstein für die Abwicklung von EG- Direktbeihilfen an landwirtschaftliche Betriebe Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	150 150	150	150	150
662.30 (521)	Zinsverbilligungszuschüsse für Kapitalmarktdar- lehen zur Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft (Gemeinschaftsaufg. Art. 91a GG) Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	0 0	0		
662.40 (521)	Zuweisung zur Verbilligung von Zinsen i. R. d. Agrarförderungsprogramms (AFP) ab 01.01.1995 (Gemeinschaftsaufgabe Art. 91 a GG) Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-070-7400-06 .	154 110 126 R	93	100	80
662.41 (521)	Zuweisungen zur Verbilligung v. Zinsen für einzel- betriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung bis 31.12.1994 (Gemeinschaftsaufgabe Art. 91a GG) Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-070-7400-06 .	2 1 6 R	7	1	
671.01 (523)	Kostenerstattung an die Landwirtschaftskammer Einseitig deckungsfähig zugunsten 07.0.7400.685.02.	645 516	542	600	625
671.02 (511)	Pflanzenschutzrechtlich erforderliche Kontroll- untersuchungen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	11 8 6 R	20 5 VE	20 10 VE	20 10 VE
671.03 (511)	Erstattung von Geläufpflegekosten an den Hamburger Renn-Club e. V. Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	90 90	90 90 VE	90 90 VE	90 90 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400 -----					
671.04 (651)	Kostenerstattung an die Ländervereine zur Durchführung von Aufgaben im Interesse der FHH Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	78 33 76 R	50	50	50
682.03 (430)	Zuschuss zur Aufstockung der Ausbildungsplatz- kapazität i.R. der Hamburger Konjunkturoffensive 09/10 an den Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
682.04 (430)	Zuschuss an den Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen für Grundinstandsetzungen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 3.500	0	-	-
682.21	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 7400: Verlustausgleich HMC	0 0	0	-	-
682.37 (253)	Betriebszuschuss an die Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft mbH Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-070-7400-05 .	0 0	0		
683.03 (512)	Förderung und Schutz der Lebensräume wild lebender Tierarten Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	0 0 3 R	0		
683.04 (610)	Zuschüsse für Vorhaben des EFRE-Programms im Fördergebiet St. Pauli Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 70%	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400 -----					
683.07 (610)	Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft (soweit nicht anderweitig veranschlagt) Übertragbar Zuwendungsanteil 25% Einseitig deckungsfähig zugunsten 07.0.7400.892.09. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7400.111.03.	0 544 1.700 R	1.277 1.377 VE	1.006 1.006 VE	966 966 VE
683.30 (521)	Zuschüsse für verschiedene Förderungsmaßnahmen in der Landwirtschaft (Gemeinschaftsaufgabe Art. 91a GG) Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 95%	0 0	0		
683.40 (521)	Förderung integrierter Entwicklungskonzepte und Regionalmanagement (Gemeinschaftsaufgabe Art. 91 a GG) Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-070-7400-06 .	64 65	60 44 VE	65 30 VE	65 30 VE
683.41 (521)	Zuschüsse zur Förderung des freiwilligen Landtauschs Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 95% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-070-7400-06 .	0 0 66 R	40 31 VE		
683.42 (521)	Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung (MSL) (Gemeinschaftsaufgabe Art. 91 a GG) Übertragbar Zuwendungsanteil 95% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-070-7400-06 .	406 455 61 R	359 258 VE	350 258 VE	350 258 VE
683.43 (521)	Förderung der Leistungsprüfungen im Tierzucht- bereich Übertragbar Zuwendungsanteil 95% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-070-7400-06 .	12 9 3 R	12 7 VE	12	12

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400 -----					
683.44 (521)	Zuschüsse zur Förderung einer markt- und standort- angepassten Landbewirtschaftung (MSL) im Rahmen der fakultativen Modulation Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-070-7400-06 .	0 0	0	-	-
684.02 (253)	Innovative und flankierende Maßnahmen der Arbeits- marktpolitik Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 50%	459 0	0		
684.04 (511)	Sicherung der "Leistungsprüfungen für Pferdezucht" Übertragbar	345 354 156 R	500 500 VE	500 500 VE	500 500 VE
684.28 (253)	Zuwendung an die Entwicklungspartnerschaft Elb- insel im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	0 0	0		
685.01 (523)	Förderung der Landwirtschaft, insbesondere der regionalen Agrarproduktion Übertragbar Zuwendungsanteil 91% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7400.271.02 07.0.7400.282.02 07.0.7400.282.04. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	400 733 389 R	220 110 VE	300 150 VE	300 150 VE
685.02 (153)	Überleitung des Bildungs- und Informationszentrums des Gartenbaus Hamburg (BIG) in die Landwirt- schaftskammer Hamburg Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 07.0.7400.671.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	111 0 96 R	84	86	76

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400 -----					
685.03 (693)	Kongressförderung Übertragbar Zuwendungsanteil 90% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	15 15 116 R	10 1.510 VE	1.510	
686.02 (511)	Regionale Kofinanzierung der Gemeinde Hamburg zur Arbeit der Lokalen Aktionsgruppe (LEADER-Regionalmanagement) Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	14 24	11	11	
686.03 (693)	Zuschuss an die Wachstumsinitiative Süderelbe AG Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	80 80	80	80	80
686.10 (532)	Verwendung zweckgebundener Einnahmen aus der Fischereiabgabe zur Förderung der Fischerei Übertragbar Zuwendungsanteil 75% Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 90.00 % der Einnahmen bei 01.2.1241.111.21 01.3.1341.111.21 01.4.1441.111.21 01.5.1541.111.21 01.6.1641.111.21 01.7.1741.111.21 01.8.1841.111.21.	150 224 235 R	0 80 VE	160 VE	160 VE
686.11 (512)	Verwendung zweckgebundener Einnahmen aus Jagd- scheingebühren zur Förderung von Jagd und Hege Übertragbar Zuwendungsanteil 75% Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7400.232.02	80 73 508 R	181 75 VE	-	-
686.14 (523)	Anteil der Hamburger Rennvereine an der Totalisatorsteuer Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 96.00 % der Einnahmen bei 09.2.9900.055.01 09.2.9900.055.02.	2.025 1.830 12 R	1.920	1.920	1.920

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400 -----					
701.01 (332)	Kleine Neu-,Um- und Erweiterungsbauten auf städtischen Pachthöfen aufgrund der JGS-Verordnung Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
741.81 (531)	Investitionen der Forstverwaltung, Rahmenzuweisungen an die Bezirke Übertragbar	(108) (127)	149 36VE	147 36VE	147 36VE
741.86 (610)	Zweckzuweisung an die Bezirke für Aufforstungsmaßnahmen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	(20) (4) 7R	0	-	-
742.03 (692)	Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen (Bauwerk) Übertragbar Zuwendungsanteil 05% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-04. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7400.341.01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	2.589 1.192 8.287 R	5.210 14.900 VE	6.812 30.000 VE	6.371 30.000 VE
811.01 (531)	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen im Forstbetrieb Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.8.1841.132.04.	20 23 11 R	18 18 VE	18 18 VE	18 18 VE
811.02 (511)	Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für das Pflanzenschutzamt Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7400.132.91.	0 66 34 R	24 20 VE	24 30 VE	24 30 VE
821.01 (512)	Grunderwerb für Wald Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 07.0.7400.131.01.	181 307-	160 50 VE	160 50 VE	160 50 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400 -----					
821.02 (511)	Grunderwerb für das Kompetenz- und Beratungszentrum Gartenbau und Landwirtschaft Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	1 704	0		
821.03 (692)	Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen (Grunderwerb) Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-04.	481 1.245	383 256 VE	1.283 256 VE	883 256 VE
823.01 (511)	Leistungsentgelt 1 für das Kompetenz- und Beratungszentrum Gartenbau und Landwirtschaft Gartenbau Übertragbar	0 180	227	231	263
831.03 (651)	Hamburgische Beteiligung an der Hamburg Marketing GmbH Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 25	0		
861.01 (692)	Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen (Darlehen für die Vorfinanzierung von Leitungsverlegungen) Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-04.	0 37 1.359 R	200 256 VE	200 256 VE	200 256 VE
862.03 (246)	Darlehen für die Eingliederung der aus der Landwirtschaft stammenden Vertriebenen und Flüchtlinge Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
892.02 (523)	Zuschüsse für innovative Investitionsmaßnahmen zur Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien in der Landwirtschaft Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	147 0 192 R	90 58 VE	90 58 VE	90 58 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400 -----					
892.04 (511)	Schaffung eines Kompetenz- und Beratungszentrums für Landwirtschaft und Gartenbau Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	153 428	0		
892.07 (692)	Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen (Kostenerstattung an Dritte) Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 0	0	-	-
892.09 (691)	Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft (soweit nicht anderweitig veranschlagt) Übertragbar Zuwendungsanteil 85% Einseitig deckungsfähig zulasten 07.0.7400.683.07. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	1.684 622 4.305 R	1.433 1.433 VE	1.107 1.007 VE	1.007 1.007 VE
892.10 (512)	Entwicklung touristischer Infrastruktur im ländl. Raum u.a. Zuschüsse für die Anlage von Reit-, Wander- und Erlebnispfaden, Marketinginstrumente Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	0 0	0		
892.11 (634)	Gründungsprämie Handwerk! (Meistergründungsprämie) Übertragbar Zuwendungsanteil 95% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-04.	170 43 622 R	100	100	
892.12 (651)	Zuschüsse und Darlehen zur Erhöhung der Sicherheit der zur Personenbeförderung zugelassenen Barkassen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 95% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	165 75 205 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400 -----					
892.30 (521)	Zuschüsse zur Förderung von Investitionen in der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft (Gemeinschaftsaufgabe Art. 91a GG) Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-070-7400-07 .	0 0 96 R	0		
892.40 (521)	Förderung der Dorferneuerung und -entwicklung (Gemeinschaftsaufgabe Art. 91a GG) Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-070-7400-07 .	0 0	5 25 VE	-	-
892.41 (521)	Förderung Infrastruktur und Schutzpflanzung (Gemeinschaftsaufgabe Art. 91a GG) Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-070-7400-07 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	5 5 189 R	100 143 VE	160 135 VE	160 135 VE
892.42 (521)	Förderung der Neuordnung ländlichen Grundbesitzes (Gemeinschaftsaufgabe Art. 91a GG) Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-070-7400-07 .	0 0	10 45 VE	-	-
892.43 (521)	Förderung von Kooperationen zur Einkommens- diversifizierung und Gebäudeumnutzung (Gemeinschaftsaufgabe Art. 91a GG) Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-070-7400-07 .	25 38 2 R	50 131 VE	100	100
892.44 (521)	Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen inkl. Diversifizierung (Gemeinschaftsaufgabe Art. 91a GG) Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-070-7400-07 .	1.100 852 165 R	210 287 VE	200 150 VE	200 150 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400 -----					
892.45 (521)	Zuweisungen zur Förderung von Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-070-7400-07 .	40 35 14 R	70 148 VE	100 120 VE	100 120 VE
892.46 (521)	Zuschüsse z. Förderung von Investitionen z. Markt- strukturverbesserung sowie der Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen der Fischwirtschaft Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-070-7400-07 .	0 1 101 R	44 120 VE	25	
971.01 (521)	Förderung der Entwicklung des Ländlichen Raums aus Mitteln des ELER - Abteilung Garantie Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0		
971.06 (521)	Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums aus Mitteln des ELER Förderperiode 2007 - 2013 Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7400.119.06. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 13.543 R	3.600 6.000 VE	3.468	
971.07 (532)	Förderung der Fischwirtschaft aus Mitteln des EFF Förderperiode 2007 - 2013 Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	2		
971.08 (692)	Förderung aus Mitteln der Europäischen Strukturfonds (EFRE-Programm) Förderperiode 2007 - 2013 Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 07.0.7400.971.08 07.0.7400.971.11 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7400.119.07. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 5.056 R	5.035 10.000 VE	5.136	5.238

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7400 -----					
971.09 (692)	Förderung des Stadtteils St. Pauli aus Mitteln der Europäischen Strukturfonds (EFRE-Programm) Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7400.119.08 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0		
971.10 (692)	Global veranschlagte Ausgaben zur Kofinanzierung von EU-Vorhaben im Stadtteil St. Pauli (EFRE-Programm) Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0		
971.11 (692)	Förderung aus Mitteln der Europäischen Strukturfonds (EFRE-Programm) Förderperiode 2014 - 2020 Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 07.0.7400.971.08 07.0.7400.971.11 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7400.119.09. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0	-	- 10.000 VE
972.03 (692)	Globale Minderausgaben zum Ausgleich der Komple- mentärmittel für EU-Vorhaben im Stadtteil St.Pauli (EFRE-Programm) (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		36.619 38.855 VE	40.173 35.043 VE	34.164 45.003 VE
7500 (012)	Rechtsamt ----- EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	0 57	500	650	650
112.01	Zwangs- und Bußgelder	0 6	40	110	110

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7500 -----					
119.92 (610)	Schadenersatzleistungen	0 0	0	-	-
119.98 (610)	Vermischte Einnahmen	0 0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		540	760	760
	AUSGABEN				
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	0 0	485	406	421
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	0 0	1.666	1.750	1.777
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	0 0	310-	326-	332-
519.01 (610)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0 0	15	10	11
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-03.				
526.01 (610)	Kosten der Planfeststellung	128 132 4.060 R	900 600 VE	900 600 VE	900 600 VE
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.				
526.02	Gutachten über die wirtschaftliche Lage der Taxenunternehmen in Hamburg und Einführung von Fiskaltaxametern	58 41 171 R	50	50	50
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.				
535.56 (610)	Laufende Aufwendungen für IT-Verfahren	0 0	30	20	10
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 07.0.7000.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 07.0.7000.535.56 07.0.7100.535.56 07.0.7200.535.56 07.0.7300.535.56 07.0.7400.535.56 07.0.7500.535.56 .				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
7500 -----					
685.01 (610)	Erstattung von Aufwendungen für den Betrieb der Geschäftsstellen nach dem HmbEAG Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	1 21 430 R	280	180	180
685.04 (610)	Zuschuss zum Verlustausgleich an die Eichdirektion Nord AöR Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-01.	11 11 81 R	78	78	78
791.20 (610)	Sammeltitel für Plafondmaßnahmen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0 175 R	0		
892.11 (741)	Förderung von Projekten zur Einführung von Fiskal- taxametern Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02.	0 235 2.663 R	2.200		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		5.394 600 VE	3.068 600 VE	3.095 600 VE

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
7000	Zentralverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	10.774	---	3.873
7100	Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.243	---	491
7200	Verkehr und Straßenwesen -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.437	---	3.668
7300	Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.620	---	2.140
7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	6.010	---	1.625
7500	Rechtsamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.750	---	959
	Summe Gesamtansatz 2013	33.834	---	12.756
	Summe Vergleichszahl 2012	31.594	---	11.928
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	39.106	---	12.279
	Summe Rest 2011	1.593 R	---	284 R

07.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Ritel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
7000	---	5.122	1.163	461	155
7100	---	537	147	48	20
7200	3	3.226	1.102	291	147
7300	---	2.522	643	228	87
7400	---	3.513	489	316	67
7500	---	426	288	38	39
	3	15.346	3.832	1.382	515
	3	14.315	3.581	1.289	478
	---	20.785	3.682	1.868	491
	6 R	1.117 R	78 R	96 R	12 R

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
7000	Zentralverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	10.935	---	3.930
7100	Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.261	---	498
7200	Verkehr und Straßenwesen -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.565	---	3.723
7300	Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.649	---	2.128
7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	6.101	---	1.649
7500	Rechtsamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.777	---	973
	Summe Gesamtansatz 2014	34.288	---	12.901
	Summe Vergleichszahl 2013	33.834	---	12.756
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	39.106	---	12.279
	Summe Rest 2011	1.593 R	---	284 R

07.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Ritel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäftigungsentgelte Aufwendungen für nebenamtlich u. nebenberuflich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
7000	---	5.198	1.180	468	159
7100	---	545	149	49	20
7200	3	3.274	1.119	296	150
7300	---	2.562	640	232	87
7400	---	3.564	497	322	69
7500	---	432	293	39	40
	3	15.575	3.878	1.406	525
	3	15.346	3.832	1.382	515
	---	20.785	3.682	1.868	491
	6 R	1.117 R	78 R	96 R	12 R

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)
 07.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
7000	Zentralverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	773	---	355
7100	Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	195-	---	147-
7200	Verkehr und Straßenwesen -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	6.210	---	4.429
7300	Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.878	---	913
7350	Hamburg Port Authority -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.949	---	3.124
7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.275	---	3.415
7500	Rechtsamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	326-	---	288-
	Summe Gesamtansatz 2013	22.564	---	11.801
	Summe Vergleichszahl 2012	23.643	---	12.306
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	24.359	---	12.285
	Summe Rest 2011	---	---	---

07.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
7000	200	218
7100	48-	---
7200	704	1.077
7300	742	223
7350	5.378	447
7400	1.301	559
7500	38-	---
	8.239	2.524
	8.823	2.514
	9.469	2.605
	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

07.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
7000	Zentralverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	781	---	369
7100	Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	198-	---	149-
7200	Verkehr und Straßenwesen -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	6.242	---	4.509
7300	Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.895	---	951
7350	Hamburg Port Authority -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.670	---	3.031
7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.170	---	3.360
7500	Rechtsamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	332-	---	293-
	Summe Gesamtansatz 2014	22.228	---	11.778
	Summe Vergleichszahl 2013	22.564	---	11.801
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	24.359	---	12.285
	Summe Rest 2011	---	---	---

07.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungsbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheitsfällen u.a. für Versorgungsempfängerinnen, Versorgungsempfänger
6	7	8
7000	188	224
7100	49-	---
7200	634	1.099
7300	714	230
7350	5.202	437
7400	1.254	556
7500	39-	---
	7.904	2.546
	8.239	2.524
	9.469	2.605
	---	---

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	511.99 Geschäftsbe- darf, Kommu- nikation, Ge- räte u. Aus- stattungsge- genstände	514.99 Haltung von Fahrzeugen, Dienst- u. Schutzklei- dung
1	2	3	4	5
7000	Zentralverwaltung Behörde f. Wirtschaft, Verkehr, Innovation	2.431	112	30
7100	Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus Behörde f. Wirtschaft, Verkehr, Innovation	161	20	---
7200	Verkehr und Straßenwesen Behörde f. Wirtschaft, Verkehr, Innovation Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	678 ---	68 ---	10 ---
7300	Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen Behörde f. Wirtschaft, Verkehr, Innovation	754	55	5
7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft Behörde f. Wirtschaft, Verkehr, Innovation	714	60	2
7500	Rechtsamt Behörde f. Wirtschaft, Verkehr, Innovation	406	28	---
	Summe Gesamtansatz 2013	5.144	343	47
	Summe Vergleichszahl 2012	4.534	271	46
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	3.308	295	32
	Summe Rest 2011	9 R	9 R	---

07.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

<u>Titel</u>	517.99	518.99	526.99	527.99	539.99
Kap. Nr.	Bewirtschaf- tung der Grundstücke	Mieten u. Pachten	Sachverstän- dige, Ge- richts- u. andere Kosten	Dienstreisen	Vermischte Verwaltungs- ausgaben
6	7	8	9	10	11
7000	491	1.695	22	64	17
7100	35	92	1	5	8
7200	160 ---	333 ---	42 ---	49 ---	16 ---
7300	160	491	7	31	5
7400	147	461	2	37	5
7500	86	271	11	5	5
	1.079	3.343	85	191	56
	843	3.099	85	113	77
	614	2.108	57	116	86
	---	---	---	---	---

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	511.99 Geschäftsbe- darf, Kommu- nikation, Ge- räte u. Aus- stattungsge- genstände	514.99 Haltung von Fahrzeugen, Dienst- u. Schutzklei- dung
1	2	3	4	5
7000	Zentralverwaltung <i>Behörde f. Wirtschaft, Verkehr, Innovation</i>	1.536	113	30
7100	Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus <i>Behörde f. Wirtschaft, Verkehr, Innovation</i>	201	20	---
7200	Verkehr und Straßenwesen <i>Behörde f. Wirtschaft, Verkehr, Innovation</i> <i>Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt</i>	694 ---	68 ---	10 ---
7300	Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen <i>Behörde f. Wirtschaft, Verkehr, Innovation</i>	768	45	5
7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft <i>Behörde f. Wirtschaft, Verkehr, Innovation</i>	737	60	2
7500	Rechtsamt <i>Behörde f. Wirtschaft, Verkehr, Innovation</i>	421	29	---
	Summe Gesamtansatz 2014	4.357	335	47
	Summe Vergleichszahl 2013	5.144	343	47
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	3.308	295	32
	Summe Rest 2011	9 R	9 R	---

07.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

<u>Titel</u>	517.99	518.99	526.99	527.99	539.99
Kap. Nr.	Bewirtschaf- tung der Grundstücke	Mieten u. Pachten	Sachverstän- dige, Ge- richts- u. andere Kosten	Dienstreisen	Vermischte Verwaltungs- ausgaben
6	7	8	9	10	11
7000	278	1.012	22	64	17
7100	39	128	1	5	8
7200	160 ---	349 ---	42 ---	49 ---	16 ---
7300	160	515	7	31	5
7400	147	484	2	37	5
7500	86	285	11	5	5
	870	2.773	85	191	56
	1.079	3.343	85	191	56
	614	2.108	57	116	86
	---	---	---	---	---

Erläuterungen zu den Kapiteln

7000 Zentralverwaltung

1. Allgemeines

Die Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung sowie die Mittel- und Stellenbedarfe sind der Produktinformation zu entnehmen.

2. Zuwendungen

Keine.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 7.

Sach- und Fachausgaben

Im Kapitel 7000 sind - neben den sächlichen Ausgaben der Zentralverwaltung - die Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport, die Mitgliedsbeiträge, die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Öffentlichkeitsarbeit für die Ämter der BWVI zentral veranschlagt.

682.27 - Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10); fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 7000: FHG -

Um die fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 7000 für die Beteiligung an der Flughafen Hamburg GmbH (FHG) zu dokumentieren, ist der Leertitel ausgebracht.

Flughafen Hamburg GmbH

FHG

(mit der Flughafen Hamburg Konsortial- und Service GmbH & Co. oHG besteht ein Beherrschungs- und ein Gewinnabführungsvertrag)

	Ergebnis GJ 2011 TEUR	Erfolgsplan GJ 2012 TEUR	Vorschau GJ 2013 TEUR	Vorschau GJ 2014 TEUR
1	2	3	4	5
1. Erträge				
1.1 Verkehrsabhängige Erlöse	175.376	183.291	190.788	199.405
1.2 Nicht verkehrsabhängige Erlöse	77.901	76.395	78.557	80.864
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	11.566	2.760	2.760	2.760
Summe der Erträge	264.843	262.446	272.105	283.029
2. Aufwendungen				
2.1 Materialaufwand				
2.1.1 Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe	5.688	6.083	6.284	6.548
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	96.226	99.513	101.091	105.277
2.2 Personalaufwand				
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	34.372	36.450	37.059	37.797
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	392	2.050	1.788	1.880
2.3 Abschreibungen	28.952	28.702	29.539	28.917
2.4 Mieten und Pachten	12.781	12.549	12.549	12.879
2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen	18.200	17.735	18.095	18.444
Summe der Aufwendungen	196.611	203.082	206.405	211.742
3. Beteiligungsergebnis	2.753	1.525	1.741	1.741
4. Zinsergebnis (inkl. Aufzinsung Pensionsrückstellungen BilMoG)	-19.904	-14.693	-14.646	-16.345
5. Außerordentliches Ergebnis				
6. Steuern v. Einkommen u. v. Ertrag (Vorjahre)	17			
7. Sonstige Steuern	-1.887	-1.897	-1.917	-1.955
8. Unternehmensergebnis	49.213	44.298	50.880	54.729
9. HGV-Anteil an der Gewinnabführung ¹⁾	11.746	9.536	12.901	15.937

¹⁾ Unter Berücksichtigung u.a. dem operativen Ergebnis, Zinsen auf Gesellschafterdarlehen und dem Gewerbesteueraufwand der FHK. (Grundsätzlich würde die HGV 51% des FHG Ergebnisses erhalten. Dieses wird jedoch vollständig an die FHK abgeführt)

FGH

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2012 (haushaltswirksam 2012) gegenüber 2011
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

Das erfolgreiche Geschäftsjahr 2011 der FGH war durch ungeplante Erträge (u.a. Auflösung von Rückstellungen und Wertaufholung auf die Grundstücke in Kaltenkirchen) und Aufwendungen (Abschreibung auf Finanzanlagen) positiv beeinflusst. Saldiert ergab sich aus diesen Effekten ein neutrales Ergebnis i.H.v. +4.664 Tsd. EUR, das für 2012 nicht zu erwarten ist. Dieser Basiseffekt ist ursächlich für den Großteil des Ergebnisrückgangs (8.) im Vergleich zum Jahr 2011. Hinsichtlich des Passagierwachstums wurde in der Planung ein Anstieg um +3,7% auf 14,1 Mio. Passagiere unterstellt. Dies spiegelt sich auch im Anstieg der verkehrsabhängigen Erlöse (1.1) wider, die sich voraussichtlich von 175,4 Mio. EUR in 2011 auf 183,3 Mio. EUR (+4,5%) im Jahr 2012 erhöhen werden. Einen noch stärkeren Erlösanstieg verhindert der sinkende Marktanteil im Bereich der Bodenverkehrsdienste. Nach einigen erfolgreichen Akquisitionen des lokalen Wettbewerbers wird dieser von 94,9% im Jahr 2011 voraussichtlich auf 91,8% in 2012 sinken. Innerhalb der betrieblichen Aufwendungen wird ein Rückgang bei den bezogenen Fremdleistungen von den Bodenverkehrsdienstbeteiligungen (gesunkener Marktanteil) durch die um rund 4,9 Mio. EUR höheren Instandhaltungsaufwendungen überkompensiert. U.a. ist eine Instandsetzung der Start- und Landebahnen für 2,5 Mio. EUR erforderlich. Der Anstieg der Personalaufwendungen begründet sich aus der erwarteten Tarifierhöhung im TVöD ab dem 01. März 2012 in Verbindung mit der Einstellung neuer Mitarbeiter. Zum kleineren Teil handelt es bei den Stellenmehrungen jedoch um konzerninterne Versetzungen, die sich durch geringere bezogene Fremdleistungen wieder ausgleichen.

Für 2012 sind Investitionen im Volumen von rund 40 Mio. EUR vorgesehen, die zu einem leichten Rückgang der Abschreibungen (2.3) führen, da gleichzeitig bestehende Anlagegüter in größerem Umfang das Ende ihrer handelsrechtlichen Nutzungsdauer erreichen. Der deutliche Rückgang im Zinsergebnis (4.) ist auf dem Basiseffekt einer einmaligen Abschreibung auf Finanzanlagen (4,2 Mio. EUR im Zusammenhang mit einer Beteiligungsgesellschaft) im Jahr 2012 begründet. Seit der Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) im Jahr 2010 werden Teile der Altersversorgung (Aufzinsung der Pensionsrückstellungen) nicht mehr im Personalaufwand (2.2.1) sondern im Zinsergebnis (4.) ausgewiesen. Die exakten Beträge werden jährlich durch finanzmathematische Gutachten ermittelt. In der Planung kann weder die absolute Höhe noch die exakte Verteilung der Aufwendungen (zwischen 2.2.1 und 4.) für die betriebliche Altersversorgung genau prognostiziert werden. Dies erschwert den Vergleich der Ist-Werte 2011 mit den Planwerten 2012 bei den beiden Aufwandspositionen.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2013 (haushaltswirksam 2013) gegenüber 2012
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

Die bestehende Mittelfristplanung der FGH (Stand. Dez. 2011) sieht für das Jahr 2013 im Vergleich zu 2012 ein weiteres, starkes Passagierwachstum um +5,0% auf 14,8 Mio. Passagiere vor. Gleichzeitig wird der Marktanteil im Bereich Bodenverkehrsdienste unverändert zur Planung 2012 i.H.v. 91,8% erwartet. Diese Planungsannahmen führen folgerichtig zu stark steigenden verkehrsbezogenen Erlösen, die sich in der Planung um 7,5 Mio. EUR (+4,1%) auf 190,8 Mio. EUR erhöhen. Gleichzeitig wird unterstellt, dass sich die nicht verkehrsabhängigen Erlöse (insb. die Einnahmen aus Einzelhandel, Gastronomie und Werbung) um 2,2 Mio. EUR (+2,8) erhöhen, während die Summe der betrieblichen Aufwendungen nur moderat um +3,3 Mio. EUR (+1,6%) steigt. Saldiert wird das Ergebnis (8.) i.H.v. 50,9 Mio. EUR und damit um +6,6 Mio. EUR (+14,9%) über dem geplanten Ergebnis 2012 erwartet.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2014 (haushaltswirksam 2014) gegenüber 2013
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

Die bestehende Mittelfristplanung der FGH (Stand. Dez. 2011) sieht für das Jahr 2014 im Vergleich zu 2013 ein weiteres, starkes Passagierwachstum um +5,0% auf 15,5 Mio. Passagiere vor. Gleichzeitig wird der Marktanteil im Bereich Bodenverkehrsdienste unverändert zur Planung 2012 und 2013 i.H.v. 91,8% erwartet. Diese Planungsannahmen führen folgerichtig zu stark steigenden verkehrsbezogenen Erlösen, die sich in der Planung um 8,6 Mio. EUR (+4,5%) auf 199,4 Mio. EUR erhöhen. Gleichzeitig wird unterstellt, dass sich die nicht verkehrsabhängigen Erlöse (insb. die Einnahmen aus Einzelhandel, Gastronomie und Werbung) um weitere 2,3 Mio. EUR (+2,9) erhöhen, während die Summe der betrieblichen Aufwendungen nur moderat um +5,3 Mio. EUR (+2,6%) steigt. Im Zinsergebnis (4.0) ist eine Verschlechterung von -14,6 Mio. EUR in 2013 auf -16,3 Mio. EUR in 2014 geplant, da für die Investitionen in den weiteren, bedarfsgerechten Flughafenbau neue Darlehen aufgenommen werden müssen.

7000

682.28 - Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10); fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 7000: HGL -

Um die fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 7000 für die Beteiligung an der Hamburger Gesellschaft für Luftverkehrsanlagen mbH (HGL) zu dokumentieren, ist der Titel 7000.682.28 als Leertitel ausgebracht.

Erfolgsplan

HGL Hamburger Gesellschaft für Luftverkehrsanlagen mbH

HGL

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Ergebnis GJ 2011 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2012 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2013 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2014 Tsd. Euro
1	2	3	4	5
1. Erträge				
1.1 Umsatzerlöse	2.468	2.468	2.468	2.468
1.2 Sonstige Umsatzerlöse				
1.3 Sonstige betriebliche Erträge				
Summe der Erträge	2.468	2.468	2.468	2.468
2. Aufwendungen				
2.1 Materialaufwand				
2.1.1 Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe				
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen				
2.2 Personalaufwand				
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand				
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen				
2.3 Abschreibungen	971	971	971	970
2.4 Mieten und Pachten				
2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen *)	789	796	790	790
Summe der Aufwendungen	1.760	1.767	1.761	1.760
3. Beteiligungsergebnis				
4. Finanzergebnis	-778	-710	-633	-580
5. Außerordentliches Ergebnis				
6. Ergebnisübernahme durch die HGV	-70	-9	74	128

*) inkl. 110 Tsd. Euro Grundsteuern pro Jahr

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2012 (haushaltswirksam 2012) gegenüber 2011
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

Die Umsatzerlöse resultieren ausschließlich aus den beiden in 2010 angepassten Mietverträgen mit Airbus Operations GmbH (vormals Airbus Deutschland GmbH) und bleiben 2012 ggü. 2011 konstant. Unverändert bleiben auch die Abschreibungen, während bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ein leichter, einmaliger Anstieg um 7 Tsd. EUR (Einführung der E-Bilanz) erwartet wird. Die planmäßige Tilgung der bestehenden Darlehen ist ursächlich für ein verbessertes Finanzergebnis. Insgesamt wird für 2012 letztmalig ein leichter Fehlbetrag (-9 Tsd. EUR) erwartet, der durch die HGV auszugleichen ist.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2013 (haushaltswirksam 2013) gegenüber 2012
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

Die Umsatzerlöse mit Airbus bleiben 2013 ggü. 2012 konstant. Unverändert bleiben auch die Abschreibungen, während sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen etwas verringern. Die planmäßige Tilgung der bestehenden Darlehen ist ursächlich für das verbesserte Finanzergebnis. Insgesamt wird für 2013 ein positives Ergebnis i.H.v. 74 Tsd. EUR erwartet, das durch die HGV vereinnahmt wird.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2014 (haushaltswirksam 2014) gegenüber 2013
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

Die Umsatzerlöse mit Airbus bleiben 2014 ggü. 2013 konstant. Unverändert bleiben auch die Abschreibungen und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Die planmäßige Tilgung der bestehenden Darlehen ist ursächlich für das verbesserte Finanzergebnis. Insgesamt wird für 2014 ein positives Ergebnis i.H.v. 128 Tsd. EUR erwartet, das durch die HGV vereinnahmt wird.

7100 Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus**1. Allgemeines**

Die Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung sowie die Mittel und Stellenbedarfe sind den Produktinformationen zu entnehmen.

2. Zuwendungen

Das Amt gewährt Zuwendungen zur institutionellen Förderung an Zuwendungsempfänger (siehe Anlage 3.1).

Im Übrigen wird auf die Titel-Erläuterungen zu den Sach- und Fachausgaben und den Investitionen hingewiesen.

3. Erläuterung der Ausgaben**Einnahmen****Ausgaben***Personalausgaben*

Siehe Vorwort zum Einzelplan 7.

Sach- und Fachausgaben

Hier sind u.a. die Ausgaben der Geschäftsstelle Metropolregion Hamburg und des Stabsbereichs Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus veranschlagt.

517.01 - Betriebsmittel für Veranstaltungen auf dem Heiligengeistfeld -

Bewirtschaftet und unterhalten werden muss die Veranstaltungsfläche auf dem Heiligengeistfeld insbesondere für die drei Volksfeste (Frühlingsmarkt, Hummelfest und Dommarkt), die von der BWVI veranstaltet werden. Die von den Nutzern zu leistenden Erstattungen - insbesondere für die Strom- und Wasserversorgung sowie für die Abwasserbeseitigung - sind beim Titel 7100.281.01 veranschlagt.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils

290.000 EUR

518.01 - Miete für die vorübergehende Überlassung des Grundstücks Heiligengeistfeld -

Aufgrund der VV zu § 61 LHO besteht eine interne Erstattungspflicht u.a. bei der Abgabe von Vermögensgegenständen innerhalb der Verwaltung. Diese Erstattungspflicht erstreckt sich auch auf die Veranstaltungsfläche Heiligengeistfeld, die als Grundstück zum allgemeinen Grundvermögen zählt. Es ist daher ein jährliches Entgelt (ortsüblicher Miet- bzw. Pachtzins) an Das Immobilienmanagement der Finanzbehörde nach dortiger Festsetzung zu zahlen.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils

2.221.000 EUR

519.02 - Unterhaltungsmaßnahmen auf dem Heiligengeistfeld -

Das gesamte Gelände des Heiligengeistfeldes (160.000 qm) wird als größte städtische Veranstaltungsfläche gegen Benutzungsgebühr (Domveranstaltungen) bzw. Nutzungsentgelt (andere Veranstaltungen) intensiv für Großveranstaltungen mit überregionaler Bedeutung genutzt. Vor dem Hintergrund der Ausrichtung der FHH zur „Event-City“ nimmt die Zahl der Nutzungstage zu. Aktuell wird das Gelände an rd. 300 Tagen im Jahr (inkl. Auf- und Abbautage) genutzt. Dabei handelt es sich i.d.R. um sehr publikumsintensive Veranstaltungen. Das Besucheraufkommen liegt pro Jahr – auch unter Berücksichtigung der jährlich drei Domveranstaltungen – bei deutlich über 10 Mio. Besucherinnen und Besuchern. Zwischen den Veranstaltungen wird das Heiligengeistfeld als Parkfläche (u.a. auch für Messebesucher) genutzt.

Die intensive Nutzung des Geländes sowie das damit einhergehende ständige Befahren mit schwerem Gerät führt zu einer starken Beanspruchung insbesondere der Oberflächen, aber durch Versackungen auch der darunter liegenden Leitungen. Im Ergebnis „leidet“ insbesondere das ohnehin marode, durch zum Teil umfangreiche Frostschäden strapazierte Abwassersystem. Hier sind dringend sukzessive Erneuerungen in der Oberflä-

chenbefestigung von Teilflächen sowie am Abwassersystem vorzunehmen, um die Nutzbarkeit auch in den Folgejahren zu erhalten und Einnahmeverluste durch nicht nutzbare Flächen zu vermeiden. Es handelt sich dabei um laufende Unterhaltungsmaßnahmen, die in erster Linie der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherungspflicht dienen.

Darüber hinaus mussten im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht in den vergangenen Jahren umfangreiche Fällungen wg. des problematischen Baumbewuchses mit Pappeln (Astbruch) vorgenommen werden. Hierfür sind in den Folgejahren nach einem bis Mitte dieses Jahres mit dem Bezirksamt Hamburg-Mitte / Naturschutzreferat abzustimmenden Grünkonzept zahlreiche Ersatzpflanzungen vorzunehmen.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 150.000 EUR

526.02 - Gemeinsame Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg -

Die Mittel dienen zum Betrieb der Gemeinsamen Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg

Im Ansatz werden die gemeinsam von den Trägern der Metropolregion Hamburg bereitgestellten Verfügungsmittel der Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg (MRH) zusammengefügt. Der Hamburger Anteil beträgt lediglich 51.000 Euro. Der Rest (286.000 EUR) wird über den Einnahmetitel 7100.232.01 durch die Vertragspartner der MRH aufgebracht.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 337.000 EUR

532.01 - Steuerzahlungen im Zusammenhang mit dem BgA Marktveranstaltungen -

Die Überprüfung des Betriebes gewerblicher Art (BgA) Marktveranstaltung durch das zuständige Finanzamt hat ergeben, dass die BWVI steuerpflichtig ist. Unter der Grundannahme des Finanzamtes, dass mit dem BgA Marktveranstaltung ein jährlicher Überschuss in Höhe von 950 Tsd. EUR erzielt wird, ergeben sich folgende Zahlungsverpflichtungen:

Gewerbesteuer:	156,0 Tsd. EUR
Kapitalertragssteuer:	142,5 Tsd. EUR
Solidaritätszuschlag:	<u>7,9 Tsd. EUR</u>
Gesamt:	<u>306,4 Tsd. EUR</u>

533.01 - Ausgaben im Zusammenhang mit der Buchführungspflicht des BgA Marktveranstaltungen -

Im Zuge der Überprüfung des Betriebes gewerblicher Art (BgA) Marktveranstaltung wurde der BWVI ab 2012 die Buchführungspflicht auferlegt. Die Buchführung soll per Vertrag an einen Dritten übergeben werden.

Die Verpflichtungsermächtigung ist erforderlich, um die Aufgabe für mehrere Jahre vergeben zu können.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 100.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind
 In 2013 zu Lasten des Folgejahres 100.000 EUR
 In 2014 zu Lasten der Folgejahre 300.000 EUR
 veranschlagt.

535.01 - Allgemeine Aufgaben der Hamburg-Werbung -

Die Mittel werden insbesondere benötigt zur Stärkung der touristischen Anziehungskraft über Marketingmaßnahmen im In- und Ausland, zur Bearbeitung besonders lohnender Zielgruppen und touristischer Quellmärkte, zur Förderung / zum Anschub einzelner touristischer Maßnahmen und Projekte, zur Unterstützung bei der Erstellung tourismusrelevanter Veröffentlichungen sowie für Werbemaßnahmen für touristisch wirksame Großveranstaltungen.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 188.000 EUR

535.02 - Maßnahmen zur Finanzierung des Hafengeburtstages -

Veranschlagt sind Kosten für die Durchführung des Hafengeburtstages. Die von den teilnehmenden Schaustellern zu leistenden Werbekostenbeiträge zur Finanzierung des Hafengeburtstages sowie Sponsorengelder werden beim Titel 7100.282.04 vereinnahmt.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 340.000 EUR

535.57 - Betrieb und Weiterentwicklung des Stadtportals www.hamburg.de -

Die veranschlagten Haushaltsmittel sind für die Sicherstellung des Betriebs und die Weiterentwicklung des Stadtportals unter www.hamburg.de vorgesehen. Für weitere Zahlungsverpflichtungen bis zur Höhe von 300

7100

Tsd. Euro nach Maßgabe des Betreibervertrages entstehen Zahlungsverpflichtungen der FHH, die aus dem Titel 9800.536.56 gedeckt werden.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 200.000 EUR

545.01 - Fördermaßnahmen innerhalb Norddeutschlands einschließlich überregionaler Partnerschaften mit norddeutschem Bezug -

Der Ansatz dient der Finanzierung von gemeinsamen Projekten innerhalb Norddeutschlands einschließlich überregionaler Partnerschaften mit norddeutschem Bezug.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 245.000 EUR

545.02 - Förderfonds der Metropolregion Hamburg -

Der Ansatz dient der Mitfinanzierung von Maßnahmen im schleswig-holsteinischen, niedersächsischen, mecklenburg-vorpommerschen und hamburgischen Teil der Metropolregion, die zur Verbesserung der Struktur und zur Entwicklung der Metropolregion Hamburg beitragen.

Das Volumen des Förderfonds der Metropolregion Hamburg beträgt insgesamt jährlich rd. 2.700 Tsd. Euro. Der Hamburger Anteil beläuft sich auf 50%, rd. 1.350 Tsd. Euro.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 1.350.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils veranschlagt. 1.350.000 EUR

682.02 - Zuschüsse an die HMG Holding und deren Tochterunternehmen -

Bezuschusst werden die Hamburg Marketing GmbH (HMG), die Hamburg Tourismus GmbH (HHT) und die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (HWF).

Ansatz 2013 8.744.000 EUR

Ansatz 2014 8.845.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres veranschlagt. 511.000 EUR

7200 Verkehr und Straßenwesen

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Vgl. Produktinformation, Produktbereich 03: – Verkehr und Straßenwesen – und Darstellung im Finanzbericht „ausgewählte Aufgabenfelder“.

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden gewährt für die Projektförderung, u.a. an Verkehrsunternehmen und als Darlehen und Zuschüsse für Sammeleinstellplätze.

Die Zuwendungen an die Verkehrsunternehmen unterliegen einer Erfolgskontrolle insbesondere im Rahmen der Unternehmenssteuerung, über die mit den Teilnehmungsberichten informiert wird. Planung, Zielvereinbarung und Erfolgskontrolle gehören zu den ständigen Aufgaben.

Daneben werden einzelne Projekte durch Darlehen und Zuschüsse gefördert. Richtlinien, in denen Standards, Wirtschaftlichkeit, Eigenfinanzierungen usw. festgelegt sind, werden angewendet, so dass ein effizienter Mitteleinsatz gewährleistet ist. Erfolgskontrollen werden sachgerecht auf die jeweiligen Einzelfälle bezogen durchgeführt. Weitere Erläuterungen sind bei den nachfolgenden Einzeltiteln aufgeführt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen sind insbesondere geprägt durch:

- Konzessionsabgaben der hamburgischen Versorgungsunternehmen Vattenfall Europe Hamburg AG, E.ON Hanse AG und Hamburger Wasserwerke GmbH sowie die Fernwärmegebühren (Titel 122.01, 122.02, 122.03 und 111.12),
- Einnahmen im Zusammenhang mit Werbung im öffentlichen Raum (Titel 122.10),
- Erstattungen des Bundes u. a. für die Planung und Durchführungen von Bauvorhaben (Titel 231.01),
- Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz (Titel 231.03 und 331.08),
- Beteiligung des Umlandes an den Kosten des Verkehrs im HVV-Verbundraum (Titel 233.01),
- Zuweisungen des Bundes nach dem Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz – EntflechtG) vom 05.09.2006 (BGBl. I S. 2098) (Titel 331.02 und 331.03),
- Einnahmen von Bauträgern bei Erschließungsmaßnahmen (Titel 341.02),
- Allgemeine Wegebaubeiträge gemäß Baugesetzbuch und Hamburgischem Wegegesetz (Titel 341.31).

Nachstehende Titel werden im Einzelnen erläutert:

111.01 – Verwaltungsgebühren –

Veranschlagt sind im Wesentlichen Verwaltungsgebühren

- nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) vom 27.12.1993 (BGBl. I 1993 S. 2378, 2396, 1994 S. 2439), zuletzt geändert am 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542),
- nach dem Landeseisenbahngesetz (LEG) vom 04.11.1963 (HmbGVBl. S.205), zuletzt geändert am 22.09.1987 (HmbGVBl. S. 177),
- nach der Gebührenordnung für die Verkehrsverwaltung vom 09.03.1965 (HmbGVBl S. 51), zuletzt geändert am 15.12.2009 (HmbGVBl S. 453, 464),
- nach dem Gebührenverzeichnis der Kostenverordnung für Amtshandlungen im entgeltlichen oder geschäftsmäßigen Personenverkehr mit Kraftfahrzeugen (PBefGKostV) vom 15.08.2001 (BGBl. I S. 2168), zuletzt geändert am 08.11.2007 (BGBl. I S. 2569),
- nach dem Telekommunikationsgesetz vom 22.06.2004 (BGBl. I S. 1190), zuletzt geändert am 17.02.2010 (BGBl. I S. 78) sowie
- für öffentlich-rechtliche Verträge i. S. d. §§ 11 und 124 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2004, 2414), zuletzt geändert am 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585).

7200

Die Einnahmen für Verwaltungsgebühren unterlagen in den vergangenen Jahren wiederholt starken Schwankungen. Die Einnahmen werden aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre veranschlagt.

Ansatz 2013	951.000 EUR
Ansatz 2014	973.000 EUR

111.05 – Verwaltungsgebühren zur Weiterleitung an das Eisenbahnbundesamt –

(vgl. die Erläuterungen zu dem Titel 546.05).

111.11 – Benutzungsgebühren –

Bei diesem Titel werden Einnahmen aus der Sondernutzung von Wegeflächen sowie darunter liegenden Leitungen und Rohren durch Unternehmen aus den Branchen Telekommunikation, Logistik sowie Ver- und Entsorgung ausgewiesen. Die Einnahmen sind abhängig von Art, Umfang und Dauer der Sondernutzung. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse 2010 und 2011 wird eine Einnahme in Höhe von 110 Tsd. Euro für 2013 und 113 Tsd. EUR für 2014 veranschlagt.

111.12 – Sondernutzungsgebühr für Wärmeleitungen –

Für die Benutzung öffentlicher Flächen durch Leitungen, die der allgemeinen Versorgung mit Wärme dienen, werden Benutzungsgebühren erhoben.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils	1.700.000 EUR
------------------------------	---------------

119.06 – Ersatzleistungen für Schäden an Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken –

Veranschlagt sind Schadenersatzleistungen für Schäden an öffentlichen Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken, soweit die Verursacher feststellbar sind und zu Leistungen herangezogen werden können. Es handelt sich nur um Einzelfälle, die von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation abzuwickeln sind. Aus diesem Grund wird wie in den Vorjahren ein Leertitel veranschlagt. Die entsprechenden Ausgaben werden über den Titel 521.09 finanziert.

119.07 – Schadenersatzleistungen für Wegebeschädigungen und Schäden an Wegezubehör –

Veranschlagt sind Schadenersatzleistungen für Schäden an öffentlichen Wegen und Wegezubehör, soweit die Verursacher feststellbar sind und zu Leistungen herangezogen werden können. In der Regel werden diese Schadenersatzleistungen von den Bezirken abgewickelt. Für die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation handelt es sich nur um Einzelfälle. Aus diesem Grund wird wie in den Vorjahren ein Leertitel veranschlagt. Die entsprechenden Ausgaben werden über den Titel 521.14 finanziert.

121.02 – Gewinnbeteiligung bei Garagenbauten –

(vgl. die Erläuterungen zu dem Titel 893.02).

121.58 – Einnahmen aus Abführungen des Wirtschaftsplans Straßen, Brücken und Gewässer –

Bei diesem Titel werden die Einsparungen des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer u.a. aus der Kürzung der Sonderzuwendung für die dort beschäftigten Beamtinnen und Beamten vereinnahmt.

122.01 – Konzessionsabgabe Vattenfall Europe Hamburg AG –

Gemäß dem Konzessionsvertrag zwischen Vattenfall Europe Hamburg AG und der FHH vom 01.01.1995 ist als Gegenleistung für die Benutzung der öffentlichen Wege eine jährliche Abgabe an die FHH entsprechend der Höchstbeträge gemäß der Verordnung über Konzessionsabgaben für Strom und Gas (KAV) vom 09.01.1992 zu zahlen. Die voraussichtliche Höhe der Konzessionsabgabe wurde aufgrund der bisherigen Entwicklung geschätzt.

Ansatz 2013	92.000.000 EUR
Ansatz 2014	92.900.000 EUR

122.02 – Konzessionsabgabe E.ON Hanse AG –

Grundlage für die Zahlung sind die in der Verordnung über Konzessionsabgaben für Strom und Gas (KAV) vom 09.01.1992 festgelegten Höchstbeträge. Als Gegenleistung für die Benutzung von öffentlichen Wegen hat die E.ON Hanse AG gemäß dem Wegenutzungsvertrag vom 15.02.2008 eine jährliche Abgabe an die FHH zu zahlen. Die voraussichtliche Höhe der Konzessionsabgabe wird aufgrund der bisherigen Entwicklung geschätzt.

Ansatz 2013	5.400.000 EUR
Ansatz 2014	5.900.000 EUR

122.03 – Konzessionsabgabe Hamburger Wasserwerke GmbH –

Veranschlagt ist die Konzessionsabgabe der Hamburger Wasserwerke GmbH an die FHH, wie sie voraussichtlich für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 geleistet werden wird. Sie unter Berücksichtigung des Ergebnisses für das Jahr 2011 fortgeschrieben.

Ansatz 2013	30.700.000 EUR
Ansatz 2014	31.700.000 EUR

122.10 – Einnahmen im Zusammenhang mit Werbung im öffentlichen Raum –

Veranschlagt sind die nach den Werberechtsverträgen zu leistenden Garantiebeträge. In den Folgejahren erhöhen sich die Ansätze vertragsgemäß um jeweils 3%. In Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Erfolg der Werberechtsinhaber können sich die tatsächlichen Einnahmen gegenüber den veranschlagten Garantiebeträgen ggf. erhöhen.

Ansatz 2013	29.944.000 EUR
Ansatz 2014	30.842.000 EUR

131.91 – Verkauf von Grundstücken –

Nicht mehr benötigter Straßengrund wird z.B. nach städtebaulicher Neuordnung durch die Finanzbehörde – Immobilienmanagement – verkauft. Der Ansatz kann nur geschätzt werden, da außergewöhnliche Verkäufe nicht absehbar sind. Die zu erwartenden Einnahmen in Höhe von 2 Mio. Euro orientieren sich an dem Grundumsatz der letzten Jahre.

231.01 – Erstattungen des Bundes für die Auftragsverwaltung von Bundesfernstraßen sowie Prüfung von Bauwerken in der Unterhaltungslast des Bundes –

Veranschlagt sind die Erstattungen des Bundes für die Planung und Durchführung von Bauvorhaben einschließlich Lärmschutz an Bundesstraßen und Bundesautobahnen sowie die Prüfung von Bauwerken in der Unterhaltungslast des Bundes.

Die Mittel für die Planung und Durchführung von Bauvorhaben in der Auftragsverwaltung des Bundes werden vom Bund im Rahmen der so genannten UA III-Pauschale (3 % der Baukosten) erstattet. Die Ansätze für 2013 und 2014 orientieren sich an dem Durchschnitt der Einnahmen in den Vorjahren.

231.03 – Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungsgesetz –

Den Ländern stehen nach § 5 des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (Regionalisierungsgesetz) vom 27.12.1993 (BGBl. I S. 2378, 2395), zuletzt geändert am 12.12.2007 (BGBl. I S. 2871) Mittel für den Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes zu. Die Mittel werden jährlich vom Bund für Maßnahmen des ÖPNV insbesondere des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) gezahlt, können aber, soweit sie nicht verbraucht werden, über Jahre hinaus angespart und im Rahmen des gesetzlichen Verwendungszwecks verwandt werden.

Aus diesem Titel werden sowohl Zuschüsse für Betriebskosten als auch für Investitionen finanziert. Mittel für Investitionen werden zunächst auf den investiven Einnahmetitel 331.08 umgebucht, um sie von dort dem korrespondierenden Ausgabetitel 891.08 zuzuführen. Die im Betriebshaushalt verplanten Mittel werden vollständig dem Zentraltitel 682.02 „Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungsgesetz“ zugeführt. Von dort werden die Mittel bedarfsgerecht per Sollübertragung auf fachlich zutreffende Leertitel oder ggf. auch außerplanmäßig eingerichtete Titel weitergeleitet.

Die Hamburg in den Jahren 2008 bis 2014 zustehenden Beträge wurden durch Gesetzesänderung vom 12. Dezember 2007 bestimmt. Der hamburgische Anteil beträgt jeweils 1,93% des Gesamtvolumens, das 2008 6,675 Mrd. Euro umfasst und sich jährlich um 1,5% erhöht. Daraus resultieren in den Jahren 2013 und 2014 Beträge in Höhe von 138,784 Mio. Euro bzw. 140,866 Mio. Euro.

231.04 – Erstattung des Bundes für Personalaufwendungen im Bereich des Autobahn- und Tunnelbetriebs –

Veranschlagt sind die Personalkostenerstattungen einschließlich Rufbereitschaftsentschädigungen, Überstundenvergütungen und personalbezogenen Sachkosten. Darüber hinaus werden für die vom Autobahn- und Tunnelbetrieb im Zusammenhang mit der Auftragsverwaltung erbrachten investiven Bauleistungen Mittel im Rahmen der so genannten UA III-Pauschale erstattet (vgl. Titel 231.01). Die Erstattung des Bundes berechnet sich nach den tatsächlichen Ist-Kosten und berücksichtigt keine Versorgungslasten, die von Hamburg zu tragen sind. Entsprechend den Ansätzen der Vorjahre und unter Berücksichtigung des Ergebnisses 2011 sind für die Jahre 2013 und 2014 Einnahmen in gleicher Höhe von 4 Mio. Euro veranschlagt.

231.06 – Zuweisungen des Bundes für Ausgleichszahlungen nach § 16 Allgemeines Eisenbahngesetz –

Veranschlagt sind die Ausgleichsbeträge des Bundes nach § 16 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) zu den Aufwendungen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen (NE) für die Erhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstraßen mit Eisenbahnstrecken. Bis 2005 hatte der Bund die Ausgleichsbeträge direkt an den damals einzigen Empfänger in Hamburg, die AKN Eisenbahn AG, ausgezahlt. Seit Aufhebung dieser Ausnahmeregelung wird ein Leertitel veranschlagt. Die Einnahmen wachsen dem Titel 682.08 zu und werden dort an die Eisenbahnunternehmen ausgezahlt.

233.01 – Beteiligung des Umlandes an den Kosten des Verkehrs im HVV-Verbundraum –

In den Verhandlungen über die Neuorganisation des ÖPNV ist vereinbart worden, dass die Aufgabenträger Schleswig-Holsteins (ab 1996) und Niedersachsens (ab 1997) die Defizite für Nahverkehrsleistungen auf ihren Gebieten tragen.

Mit Schleswig-Holstein wurde am 22.03.1999 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen, nach der die Aufgabenträger ihre Anteile an Hamburg leisten. Ab dem Jahr 2001 haben die Aufgabenträger des Umlands die Option, die Verkehre in einem 5-Jahreszeitraum in Teilnetzen anderweitig zu vergeben. Dies ist bis Mitte 2005 erfolgt. Die Ausgleichszahlungen an Hamburg reduzieren sich in dem Umfang, in dem Verkehrsleistungen von Aufgabenträgern im Umland direkt an Hamburger Verkehrsunternehmen vergeben werden. Der für Schleswig-Holstein ausgewiesene Kostenanteil betrifft im Wesentlichen die U-Bahn, für die bislang keine Vergabe vorgesehen ist.

Mit dem Landkreis Harburg ist für den Bereich Niedersachsen am 07.04./02.05.2000 eine entsprechende Vereinbarung geschlossen worden. Der Landkreis Harburg hat von der Option der Vergabe von Verkehrsleistungen bisher keinen Gebrauch gemacht.

Veranschlagt ist der von der HVV GmbH für 2013 und 2014 geschätzte Kostenbeitrag (in Tsd. EUR):

Ansatz 2013 und 2014 jeweils	3.200.000 EUR
------------------------------	---------------

Der Ansatz steht unter dem Vorbehalt der endgültigen Abrechnung, insbesondere aufgrund der tatsächlich erbrachten Verkehrsleistungen (u.a. in Abhängigkeit von den auf der Grundlage von Verträgen erbrachten Verkehrsleistungsanteilen) sowie der Abrechnung der Einnahmen im HVV.

261.02 – Verwaltungskostenentgelte für die Planung und Durchführung von Bauaufträgen –

Veranschlagt ist die Erstattung der Gemeinkosten bei Aufträgen durch Dritte aus öffentlich-rechtlichen Verträgen, und zwar im Wesentlichen im Zusammenhang mit Erschließungsmaßnahmen. Da die Höhe der Einnahmen stark schwankt und somit nicht kalkulierbar ist, wird ein Leertitel ausgewiesen.

272.06 – Verkehrs- und Mobilitätsmanagement, Easyway –

(vgl. die Erläuterungen zu dem Titel 526.04)

281.01 – Erstattung von Rohrnetz- und Baukostenzuschüssen durch Dritte –

Veranschlagt sind Einnahmen aus der Erstattung der von Hamburg verauslagten Baukostenzuschüsse durch die Käufer bzw. Erbbauberechtigten der erschlossenen Grundstücke. Da der Zeitpunkt und die Anzahl der Verkäufe bzw. Bestellungen von Erbbaurechten nicht vorhersehbar sind, wird ein Leertitel ausgewiesen. Im Übrigen siehe die Erläuterungen zu dem Titel 517.01.

281.02 – Erstattung Dritter für Unterhaltungskosten –

Veranschlagt sind Erstattungen für Unterhaltungskosten privater Interessenten. Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 521.14. Wie in den Vorjahren wird ein Leertitel ausgebracht, da die Einnahmen von konkreten privaten Baumaßnahmen abhängen und in der Regel in Form einmaliger Ablösebeträge einge-
hen.

- 331.02 – Zuweisungen des Bundes gemäß § 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz für Maßnahmen Hamburgs –
 331.03 – Zuweisungen des Bundes gemäß § 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz für Maßnahmen Dritter –

Der Bund gewährte den Ländern bis einschließlich 2006 Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), und zwar für den „Kommunalen Straßenbau“ und den „Öffentlichen Personennahverkehr“ (ÖPNV). Im Zuge der Föderalismusreform ist diese Förderung ab 2007 auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt worden. Die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder ist in dem neu eingefügten Artikel 104 b des Grundgesetzes (GG) festgelegt; Bestimmungen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden enthalten die ebenfalls neu eingefügten Artikel 125 c und 143 c GG. Der Förderzeitraum ist als Übergangsregelung auf die Jahre 2007 bis 2019 begrenzt. Einzelheiten sind durch das Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz) vom 05.09.2006 (BGBl. I S. 2098, 2102) geregelt.

Nach § 3 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 4 Abs. 3 Entflechtungsgesetz stehen Hamburg in den Jahren 2007 bis 2013 jeweils rd. 2,2 % des Volumens von 1,3355 Mrd. Euro zu. Für 2014 wird vorbehaltlich der erforderlichen Neufestsetzung von unveränderten Beträgen ausgegangen. Daraus ergeben sich jährliche Einnahmen in Höhe von 29,65 Mio. Euro. Es ist vorgesehen, etwa ein Viertel der Förderquote für Vorhaben des kommunalen Straßenbaus und etwa drei Viertel der Förderquote für Vorhaben des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) einzusetzen.

Die Einnahmen für den kommunalen Straßenbau sowie für Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV auf der Straße werden bei dem Titel 331.02 veranschlagt, jedoch bei dem Titel 331.03 eingenommen und dann auf den Titel 331.02 verrechnet. Hierbei handelt es sich um einen Betrag von 8,25 Mio. Euro jährlich, der dem allgemeinen Haushalt zufließt. Die verbleibenden Mittel für den ÖPNV (21,4 Mio. Euro jährlich) werden auf den Zentraltitel 891.02 übertragen, um sie von dort im Wege der Sollübertragung an fachlich zutreffende Leertitel bzw. außerplanmäßig eingerichtete Titel weiterzuleiten.

Daneben besteht nach § 3 Abs. 1 Satz 2 Entflechtungsgesetz noch bis 2019 die Möglichkeit der Fortführung des bisher im GVFG geregelten Bundesprogramms. Einnahmen in diesem Bereich sind abhängig von entsprechenden Bewilligungen sowie dem Baufortschritt einzelner Maßnahmen und können deshalb nicht veranschlagt werden. Zurzeit erhält Hamburg Mittel nach dem ehemaligen GVFG-Bundesprogramm für den Bau der U 4 in die Hafencity. Die Mittel werden von dem Titel 331.03 auf den neu eingerichteten Titel 331.09 verrechnet und von dort über den Zentraltitel 891.09 an den fachlich zuständigen Titel – im Fall der U 4 der Titel 891.19 – weitergeleitet.

- 331.06 – Zuweisungen des Bundes für vorfinanzierte Baumaßnahmen des Bundesfernstraßenbaus –

Die Einnahmen sind zweckgebunden für die Finanzierung der über den Ansatz hinausgehenden Ausgaben beim Titel 7200.881.05. Jeweils am Jahresende werden zugeteilte, jedoch nicht verbrauchte Haushaltsmittel für die Durchführung von Baumaßnahmen am Bundesfernstraßennetz in der Auftragsverwaltung der Länder umverteilt. Zusätzliche Mittel können Länder jedoch nur dann erhalten, wenn sie entsprechende Straßenbauvorhaben bereits ausgabewirksam vorbereitet haben. Dies soll durch Vorfinanzierung von Baumaßnahmen des Bundes im Bundesfernstraßenbau durch den Landeshaushalt ermöglicht werden (vgl. die Erläuterungen zu dem Titel 881.05).

- 331.08 – Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungsgesetz für Investitionen –

(vgl. die Erläuterungen zu dem Titel 891.08)

- 331.09 – Zuweisungen des Bundes gem. dem GVFG-Bundesprogramm –

(vgl. die Erläuterungen zu dem Titel 331.02)

- 341.02 – Einnahmen von Bauträgern bei Erschließungsmaßnahmen –

- 341.03 – Einnahmen von Bauträgern für Grunderwerb bei Erschließungsmaßnahmen –

Bei diesen Titeln sind die Einnahmen von Bauträgern einschließlich für Maßnahmen der Hamburger Stadtentwässerung im Zusammenhang mit Erschließungen veranschlagt. Außerdem sind die Einnahmen der Bezirke für diesen Zweck in dem Ansatz berücksichtigt. (vgl. die Erläuterungen zu den Titeln 788.01 und 821.03).

- 341.09 – Beiträge Dritter zur Grundinstandsetzung von Brücken –

Bei diesem Leertitel werden die Einnahmen verbucht, die sich im Zusammenhang mit der Grundinstandsetzung von Brücken auf Grund von Beitragspflichten oder freiwilligen Zahlungen Dritter im Einzelfall ergeben können. (vgl. die Erläuterungen zu dem Titel 741.09)

- 341.14 – Beiträge Dritter zur Grundinstandsetzung von Straßen –

Bei diesem Leertitel werden die Einnahmen verbucht, die sich im Zusammenhang mit der Grundinstandsetzung von Straßen auf Grund von Beitragspflichten oder freiwilligen Zahlungen Dritter im Einzelfall ergeben können. (vgl. die Erläuterungen zu dem Titel 741.14)

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 7.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben sind im Wesentlichen für folgende Aufgabenbereiche bestimmt:

- Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben für Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke (Titel 521.09),
- Aufwendungen für öffentliche Straßen und Wege (Titel 521.14),
- Aufwendungen für die Beseitigung von Winterschäden (Titel 521.17),
- Betriebsausgaben für öffentliche Straßen und Wege, Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke - Rahmenezweisungen an die Bezirke (Titel 521.81),
- Einrichtung eines öffentlichen Fahrradleihsystems und Maßnahmen zur Förderung des nicht motorisierten Verkehrs (Titel 531.01),
- Betriebsausgaben für öffentliche Beleuchtung und Lichtsignalanlagen (Titel 671.58),
- Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungsgesetz (Titel 682.02),
- Ausgleichszahlungen nach dem Personenbeförderungs- und dem Allgemeinen Eisenbahngesetz für Belastungen aus dem Ausbildungsverkehr (Titel 682.03),
- Zuschuss an die AKN zur Abdeckung von Verlusten aus dem Güterverkehr (Titel 682.01).

Soweit Ingenieurleistungen, Gutachten, Untersuchungen oder Leistungen von Sachverständigen im unmittelbaren Zusammenhang mit Betrieb sowie Unterhaltung und Instandsetzung stehen, werden sie aus den entsprechenden Titeln (521.09, 521.14, 521.81, 531.01) finanziert. Einzelne Ansätze der Sach- und Fachausgaben enthalten auch Entgelte an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer für Leistungen, die von ihm auf der Grundlage von Kontrakten erbracht werden. Die für diesen Zweck bestimmten Anteile wurden prozentual zur Höhe des Ansatzes bei den einzelnen Titeln ermittelt und dem Ansatz hinzugerechnet.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblichen Veränderungen im Einzelnen erläutert:

- 517.01 – Zahlungen von Rohrnetz- und Baukostenzuschüssen bei der Erschließung stadteigener Gewerbeflächen und Einzelbauplätze –

Bei der Erschließung stadteigener Gewerbeflächen und Einzelbauplätze werden von der Hamburger Wasserwerke GmbH (HWW) auf Veranlassung des Immobilienmanagements bei der Anlage neuer Straßen Versorgungsleitungen in die Trassen verlegt, um dadurch mit der fortschreitenden Bebauung der Grundstücke den sonst notwendigen Aufbruch der Straßen für Leitungsverlegungen zu vermeiden. Da die künftigen Eigentümer der Flächen zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt sind, tritt Hamburg für die von den HWW geforderten Baukostenzuschüsse in Vorlage. Diese Zuschüsse werden später von den Käufern / Erbbauberechtigten des städtischen Grundstücks – soweit nicht ein Ersatzlandanspruch besteht – zurückgefordert. Die Baukostenzuschüsse werden nach Effektivkosten abgerechnet. Diesen Ausgaben stehen Einnahmen bei dem Titel 281.01 in der Regel in späteren Haushaltsjahren gegenüber.

- 519.02 – Unterhaltungsaufwand für das Verwaltungsvermögen Schnellbahnbau –

Für das Verwaltungsvermögen BWVI/Schnellbahnbau sind Gehwegreinigungsgebühren zu entrichten, die bis 2011 aus zentralen Mitteln gezahlt wurden. Ab 2012 ist die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation zur Zahlung der Gebühren für ihr Verwaltungsvermögen verpflichtet. Die dafür erforderlichen Mittel in Höhe von 30 Tsd. EUR werden ab 2013 erstmalig veranschlagt.

- 521.01 – Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten einschließlich Zubehör –

Veranschlagt sind die Kosten für Wartung, Unterhaltung und Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten.

Der Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten obliegt dem Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG). Die Ansätze enthalten daher auch Entgelte. Da die Kontrakte mit dem LSBG für mehrere Jahre geschlossen werden, ist eine Verpflichtungsermächtigung veranschlagt.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils

555.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
in 2013 und 2014 jeweils zu Lasten der Folgejahre
veranschlagt.

1.575.000 EUR

- 521.09 – Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben für Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke –

Bei diesem Titel werden die Aufwendungen für die nachstehenden Maßnahmen und Zwecke veranschlagt:

Ziffer	Aufgabenbereich	Ergebnis 2011* Tsd. EUR	Ansatz 2012 Tsd. EUR	Ansatz 2013 Tsd. EUR	Ansatz 2014 Tsd. EUR
1	Instandhaltung, Instandsetzung und Betrieb von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken einschl. Brücken in Grün- und Erholungsanlagen	4.527	5.060	5.060	5.060
2	Instandhaltung und Instandsetzung sowie Betrieb von „beweglichen“ Brücken	525	250	330	330
3	Erhaltung der Funktions- und Betriebsbereitschaft von Aufzügen, Allwetterfahrtreppen und Lüftungstechnischen Anlagen	1.289	1.300	1.300	1.300
4	Prüfungen nach DIN 1076 (Zustandserfassung) und Anlagenmanagement (einschl. Brückenbücher), Untersuchung an Brücken und Tunneln im Rahmen der Zustandserfassung, Betrieb und Unterhaltung des Brückenlagerplatzes, Fahrzeuge und Prüfschiffe	1.174	840	840	840
5	Sonderuntersuchungen an Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken	360	750	750	750
	- Untersuchungen von Spannbetonbrücken, Baujahr 1980 und älter				
	- Erstellung der Prioritäten für Instandsetzungs- und Grundinstandsetzungsmaßnahmen				
6	Haltung von Fahrzeugen	0	0	0	0
Zusammen		7.875	8.200	8.280	8.280

Investitionen im Rahmen dieser Maßnahmen sind im Einzelfall bis zu 20 v. H. der veranschlagten Baukosten, jedoch höchstens bis zu 250.000 Euro zulässig.

Zu Ziffer 1 sind weitere Haushaltsmittel veranschlagt bei 521.81, soweit die Aufgaben in die Zuständigkeit der Bezirke fallen.

Die Ansätze enthalten auch Entgelte an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer.

Diesem Titel fließen Einnahmen aus dem Titel 119.06 (Ersatzleistungen für Schäden an Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken), dem Titel 124.09 (Einnahmen aus Vermietung von Fahrzeugen) und dem Titel 281.02 (Erstattung Dritter für Unterhaltungskosten) zu.

Als Verpflichtungsermächtigung sind
in 2013 zu Lasten 2014 und 2015
in 2014 zu Lasten 2015
veranschlagt

16.400.000 EUR

8.200.000 EUR

Die Höhe der Verpflichtungsermächtigung 2013 berücksichtigt die Raten der zwei Folgejahre und ermöglicht den Abschluss entsprechender Kontrakte mit dem LSBG.

- 521.14 – Aufwendungen für öffentliche Straßen und Wege –
521.81 – Betriebsausgaben für öffentliche Straßen und Wege, Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Unterhaltung und Instandsetzung der öffentlichen Straßen und Wege (insbesondere Fahrbahnflächen, Geh- und Radwege sowie Bankettflächen, Straßengräben), für Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke; für Verkehrszeichen, Geräte und Ausstattungsgegenstände einschließlich des Regiebetriebes in der Zuständigkeit der Bezirke (521.81) sowie der BWVI (521.14). Aus diesen Titeln können auch Entgelte und Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt werden.

Darüber hinaus sind bei dem Titel 521.14 Mittel für nicht festgelegte Arbeiten der Unterhaltung und Instandsetzung von öffentlichen Straßen und Wegen sowie Vorarbeiten für größere Objekte veranschlagt. Ferner können Aufwendungen für die Unterhaltung von Grundstücken, die dem Kapitel 7200 als Verwaltungsvermögen zugewiesen wurden, aus dem Titel 521.14 geleistet werden.

Die Summe der Straßen- und Wegeflächen hat sich in den vergangenen Jahren kaum verändert. Neue Flächen kommen fast ausschließlich nur im Rahmen von Erschließungen hinzu. Dagegen sind entwidmete Flächen anzurechnen wie sie z.B. durch städtebauliche Neuordnung entstehen. Der Umfang notwendiger Unterhaltung und Instandsetzung wird jedoch nicht nur durch die Flächen, sondern im Wesentlichen durch die Verkehrsbelastung und dabei besonders den Lkw-Anteil bestimmt; dieser nimmt weiter zu. Ein weiterer Faktor ist die besondere Beanspruchung der Fahrbahnen durch den Witterungsverlauf im Winter mit den Frost- und Tauwechselln. Der Zustand der Straßen hat sich weiter verschlechtert, so dass eine erhebliche Ausweitung der Schadenbilder nach jedem Winter festgestellt werden muss.

Dem Titel 521.14 fließen Einnahmen aus dem Titel 119.07 (Schadensersatzleistungen für Wegebeschädigungen und Schäden an Wegezubehör) zu. Aus dem Titel 281.02 (Erstattung Dritter für Unterhaltungskosten) fließen beiden Titeln (521.14 und 521.81) Einnahmen zu.

Die Unterhaltung umfasst alle Maßnahmen der Instandhaltung, Instandsetzung und Erneuerung. Investitionsanteile sind im Rahmen dieser Maßnahmen im Einzelfall bis zu 20 v. H. der Baukosten und höchstens 250.000 Euro zulässig.

Für die Haushaltsjahre 2013 / 2014 erfolgt die Verteilung der Rahmenezuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 37 Abs. 3 BezVG. Ab 2013 sind die vom Bezirksamt Hamburg-Mitte zusätzlich zu unterhaltenden Flächen im Bereich von Internationaler Bauausstellung 2013 und Internationaler Gartenschau 2013 in Wilhelmsburg mit 224 Tsd. Euro p.a. berücksichtigt. Die Mittel des Titels 7200.521.81 werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2013 Tsd. EUR		Ansatz 2014 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	1.319	1.319	1.319	1.319
Altona	1.327	1.327	1.327	1.327
Eimsbüttel	964	964	964	964
Hamburg-Nord	1.027	1.027	1.027	1.027
Wandsbek	1.699	1.699	1.699	1.699
Bergedorf	1.098	1.098	1.098	1.098
Harburg	812	812	812	812
Bezirke insgesamt (7200.521.81*)	8.246	8.246	8.246	8.246
BWVI zentral (7200.521.14)	5.350	4.850	4.550	2.383
Gesamtsumme	13.596	13.096	12.796	10.629

*) Ab 2013 sind in die Rahmenezuweisung 7200.521.81 der Titel 7200.521.15 – *Beseitigung von Wildkraut im Straßenraum, Hauptverkehrsstraßen* –, und die Zweckzuweisungen 7200.521.86 – *Beseitigung von Wildkraut im Straßenraum* – und 7200.521.87 – *Ordnen von Wegezubehör* – integriert.

Die bei 521.81 veranschlagten bezirklichen Anteile an Betriebsausgaben sind für folgende Aufgabenbereiche vorgesehen:

Ziffer	Aufgabenbereich	Ansatz 2013	Ansatz 2014
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Haltung von Fahrzeugen	172	172
2	Verkehrszeichen, Geräte, Ausstattungsgegenstände	901	901
3	Bewirtschaftung der Grundstücke	308	308
4	Mieten und Pachten	0	0
5	Unterhaltung der Grundstücke	106	106
6	Fahrbahnflächen	3.967	3.967
6a	IBA / igs-Flächen	224	224
7	Geh-, Radweg- und Bankettflächen	1.576	1.576
8	Stellplatzflächen, Wohnwagenplätze	68	68
9	Straßengräben	406	406
10	Instandhaltung, Instandsetzung und Betrieb von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken einschl. Brücken in Grün- und Erholungsanlagen	518	518
Zusammen		8.246	8.246

- 521.16 – Unterhaltung von Straßenbegleitgrün an Hauptverkehrsstraßen –
 521.82 – Unterhaltung von Straßenbegleitgrün, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Im Rahmen der Umsetzung der Entflechtung wurden die Sachmittel für die Unterhaltung des sonstigen Straßenbegleitgrüns in den Einzelplan 7 übertragen, um die Zuständigkeit für das Straßenbegleitgrün als Wegezubehör für alle Stadtstraßen einheitlich in der für das Straßenwesen zuständigen Fachbehörde zu bündeln. Bis 2012 wurden die Mittel für die Pflege des gesamten Straßenbegleitgrüns in Höhe von 2,8 Mio. Euro im Einzelplan 6 als Teilansatz des Titels 6610.521.81 „Betriebsausgaben für Grünanlagen, Spielplätze und bezirkliche Friedhöfe – Rahmenzuweisungen an die Bezirke“ veranschlagt.

Für die Haushaltsjahre 2013/2014 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung 521.82 entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 37 Abs.3 BezVG (Straßenbegleitgrünflächen).

Bezirk	Ansatz 2013/ 2014 (in Tsd. EUR)	VE 2013/ 2014 (in Tsd. EUR)
Hamburg-Mitte	358	358
Altona	184	184
Eimsbüttel	121	121
Hamburg-Nord	191	191
Wandsbek	623	623
Bergedorf	195	195
Harburg	195	195
Gesamt	1.867	1.867

521.16

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 933.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
 in 2013 und 2014 jeweils zu Lasten der Folgejahre
 veranschlagt 933.000 EUR

- 521.17 – Betriebsausgaben Sonderprogramm Winterschäden –

Der Titel ist im Rahmen des „Sofortprogramms zur Beseitigung der Winterschäden am Hamburger Straßennetz und benutzungspflichtigen Radwegen“ (Drs. 19/5546) in 2010 eingerichtet worden und wird ab 2011 erstmalig planmäßig veranschlagt. Berücksichtigt sind Aufwendungen für die Unterhaltung und Instandsetzung der Hamburger Straßen (Fahrbahnflächen und benutzungspflichtige Radwege) zur Beseitigung der durch Frost- und

Schnee hervorgerufenen Schäden, um einer erheblichen Ausweitung der Schadensbilder entgegenzuwirken. Aus diesem Titel können auch Entgelte an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt werden.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 5.000.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
in 2013 und 2014 jeweils zu Lasten der Folgejahre
veranschlagt 5.000.000 EUR

526.04 – Verkehrs- und Mobilitätsmanagement, Easyway –

Der Titel dient der Abwicklung des Programms „EasyWay“, mit dem die EU die Entwicklung und Umsetzung von Telematikanwendungen im Verkehr bzw. sogenannten "intelligenten Verkehrssystemen" (IVS) in Europa fördert. Die Förderung erfolgt im Rahmen des TEN-T Programms (Trans-European Network for Transport) der EU.

Das Programm „EasyWay“ ist in acht Euro-Regionen unterteilt, die sich schwerpunktmäßig mit grenzüberschreitenden Kooperationen befassen. VIKING ist das nordeuropäische Projekt in diesem Programm, an dem die Staaten Dänemark, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden sowie Deutschland mit den norddeutschen Bundesländern Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg beteiligt sind. Hamburg hat bei der Aufgabenteilung unter den norddeutschen Bundesländern das Projektmanagement übernommen.

Weiterhin werden laufende Kosten im Bereich des Mobilitätsmanagements (vgl. 891.06) aus diesem Titel finanziert.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 500.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
in 2013 und 2014 jeweils zu Lasten der Folgejahre
veranschlagt 1.000.000 EUR

Die EU-Mittel zu diesem Programm werden auf dem Titel 272.06 vereinnahmt und fließen dem Ausgabetitel zu.

531.01 – Einrichtung und Betrieb eines öffentlichen Fahrradleihsystems in Hamburg sowie Maßnahmen zur Förderung des nicht motorisierten Verkehrs –

Der Betrieb des 2009 eingeführten Fahrradleihsystems soll gesichert und das System weiter ausgebaut werden. Das Fahrradleihsystem als ein Element des gesamten Radverkehrssystems leistet einen Beitrag zur angestrebten Verdoppelung des Anteils des Radverkehrs und zur Stärkung des Umweltverbundes, d. h. der Verlagerung von Fahrten vom motorisierten Individualverkehr auf die Kombination von Fahrrad und ÖPNV. Es bietet Fahrräder zur spontanen Ausleihe an, wenn das eigene Fahrrad nicht verfügbar ist. Zielgruppen sind Besucher, Touristen, Pendler sowie Bürgerinnen und Bürger Hamburgs, z.B. im Einkaufs- und Erledigungsverkehr. Über die Einzelheiten wurde die Bürgerschaft gesondert unterrichtet (Drs. 19/1334).

Die Mittel sollen außerdem eingesetzt werden für den Betrieb, die Unterhaltung und die Erweiterung des Fußgängerleitsystems, die Verbesserung der Unterhaltung und Instandsetzung von Radverkehrsanlagen sowie die Entwicklung von Konzepten (einschließlich Ingenieurleistungen) und weiteren Maßnahmen zur Förderung des nicht motorisierten Verkehrs.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 2.000.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
in 2013 zu Lasten der Folgejahre 12.000.000 EUR
in 2014 zu Lasten der Folgejahre 10.000.000 EUR
veranschlagt

539.04 – Betriebs- und Unterhaltungsmaßnahmen, Honorare und Entgelte des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen) –

Diese Mittel werden eingesetzt zur Abdeckung der mit dem Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) in projektbezogenen Kontrakten für seine betriebs- und unterhaltungsbezogenen Leistungen im Aufgabenbereich der Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen (z.B. Betrieb Autobahnmeistereien, Tunnelbetrieb) vereinbarten Honorare und Entgelte. Mit den Honoraren und Entgelten finanziert der Landesbetrieb seine Personal- und Sachkosten ebenso wie eingekaufte Dienstleistungen (z.B. Ingenieur-, Architekten- und Vermessungsleistungen) sowie ggf. sonstige Kosten (vgl. Titel 799.04 und Wirtschaftsplan des LSBG sowie Bürgerschaftsdrucksache 18/4149 vom 25.04.2006).

Ein Teil der Kosten wird vom Bund erstattet und über den Titel 231.04 vereinnahmt. Die Einnahmen fließen dem Ausgabetitel zu.

Für den verbleibenden Hamburgischen Anteil wurde eine Grundbewilligung in Höhe von 3.050 Tsd. EUR für 2013 und 3.250 Tsd. EUR in 2014 ausgebracht.

Ansatz 2013 7.050.000 EUR
Ansatz 2014 7.250.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
In 2013 zu Lasten der Folgejahre 14.400.000 EUR
In 2014 zu Lasten der Folgejahre 7.800.000 EUR
veranschlagt

546.05 – Zahlungen an das Eisenbahnbundesamt –

Die FHH ist zuständig für die Anmeldung zur Abnahme der Prüfung von Eisenbahnbetriebsleitern. Diese Prüfungen werden durch ein Kuratorium abgenommen, dessen Geschäfte vom Eisenbahnbundesamt geführt werden. Die Einnahme der Prüfungsgebühren von den Eisenbahnbetriebsleiter-Prüfungskandidaten obliegt Hamburg; die beim Titel 111.05 eingenommenen Prüfungsgebühren sind an das Eisenbahnbundesamt abzuführen. Die Höhe der Einnahmen bzw. Ausgaben lässt sich nicht vorhersehen; aus diesem Grund ist ein Leertitel ausgewiesen.

546.86 – Beseitigung unbefugt abgestellter Kfz sowie Arbeiten für fremde Rechnung, Zweckzuweisung an die Bezirke –

Die Kosten, die für die Durchführung von Aufträgen Dritter von den Auftraggebern erstattet werden, werden bei den Titeln 1x41.125.05 vereinnahmt. Die anfallenden Verwaltungsgemeinkostenzuschläge werden bei den Titeln 1x41.261.03 nachgewiesen. Die Aufwendungen für den Abtransport und die Verwahrung unbefugt abgestellter, nicht zugelassener und nicht fahrbereiter Fahrzeuge, werden soweit möglich vom Fahrzeughalter einbezogen, bei den Titeln 1x41.119.22 vereinnahmt und fließen den Ausgabemitteln wieder zu.

Die Verpflichtungsermächtigungen (VE) dienen der Abdeckung von Aufträgen, die durch Bürgschaften etc. abgesichert sind und werden zu Lasten des jeweiligen Folgejahres veranschlagt. Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 38 Abs. 2 BezVG nach dem erwarteten Bedarf. Die VE werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt verteilt:

Bezirk	Ansatz 2012 Tsd. EUR		Ansatz 2013 Tsd. EUR		Ansatz 2014 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	0	400	0	400	0	400
Altona	0	400	0	400	0	400
Eimsbüttel	0	200	0	200	0	200
Hamburg-Nord	0	200	0	200	0	200
Wandsbek	0	600	0	600	0	600
Bergedorf	0	100	0	100	0	100
Harburg	0	100	0	100	0	100
Gesamt	0	2.000	0	2.000	0	2.000

546.87 - Erstattungen für Leistungen des Landesbetriebes Geoinformation und Vermessung, Zweckzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt sind Kosten der Bezirke für Kartenmaterial des LGV.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 210.000 EUR

Die Mittel werden bei Bedarf im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter verteilt.

547.04 – Finanzierung begleitender Maßnahmen im öffentlichen Raum –

Veranschlagt sind Mittel für die jährliche Aktualisierung der bezirklichen Stadtteilpläne.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 70.000 EUR

7200

547.22 – Sächliche Verwaltungsausgaben – Öffentliche Verkehrswirtschaft und -politik, Verkehrs- und Mobilitätsmanagement, Easyway –

Aus den veranschlagten Haushaltsmitteln sind im Wesentlichen Ausgaben zu leisten für

- Gutachten für Konzepte, Planungen und aktuelle Maßnahmen auf dem Gebiet der Verkehrsplanung als Grundlage für verkehrspolitische Entscheidungen,
- ergänzende Untersuchungen zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV),
- Verkehrszählungen,
- Ersatzbeschaffung und Reparatur von Zählanlagen und -geräten, Programmpflege, Schulung, Aktualisierung von Verkehrsdaten sowie
- Leistungen und Produkte des Landesbetriebs Geoinformation und Vermessung, soweit sie nicht über Titel des Investitionshaushalts, insbesondere 7200.799.01 und 7200.891.06, abzuwickeln sind.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 486.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2013 und 2014 jeweils zu Lasten der Folgejahre veranschlagt 486.000 EUR

633.01 – Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und kommunalen Gebietskörperschaften auf dem Gebiet des ÖPNV –

Aus diesem Titel werden Kostenbeiträge für HVV-Verkehrsleistungen von auswärtigen Verkehrsunternehmen (z.B. KVG Stade) auf hamburgischem Gebiet gezahlt, die zwischen Hamburg und den Aufgabenträgern Niedersachsens im Zusammenhang mit der Neuorganisation des ÖPNV vereinbart worden sind (vgl. Drucksache 15/6662 „Strukturveränderungen im ÖPNV aufgrund von Vereinbarungen zwischen Niedersachsen und Hamburg“ vom 10.12.1996). Mittel werden bedarfsgerecht von dem Titel 682.02 im Wege der Sollübertragung bereitgestellt.

671.02 – Erstattungen an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung –

Entsprechend den kaufmännischen Strukturen der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz werden die Kosten für in Anspruch genommene Leistungen dem Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung erstattet.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 23.000 EUR

671.58 – Betriebsausgaben für die öffentliche Beleuchtung und Lichtsignalanlagen –

Die Mittel sind vorgesehen für

- den Betrieb, die Unterhaltung und Instandsetzung von Anlagen der öffentlichen Beleuchtung einschließlich Leuchtverkehrszeichen, die Verkehrssteuerung einschließlich der Bewirtschaftung und die Beseitigung von Sachschäden an den Anlagen,
- die Unterhaltung sowie sonstige Kosten für die Verkehrsrechnerämter sowie
- den Betrieb der netzadaptiven Systeme sowie der zentralen Datenbank für Verkehrsdaten.
- Die Illumination und der Betrieb von Sonderleuchten, die nicht der Verkehrssicherung dienen, sind auf dem Stand von 2012 zu halten (maximal 30 kW Anschlussleistung).
- Desweiteren ist hier die Kostenerstattung für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonnetzes veranschlagt, über das die Verkehrssignalanlagen und Parkleitsysteme gesteuert werden.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 24.653.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2013 und 2014 jeweils zu Lasten der Folgejahre veranschlagt 60.000.000 EUR

Die Höhe berücksichtigt die Raten der vier bzw. drei Folgejahre und ermöglicht den Abschluss entsprechender Kontrakte mit dem LSBG.

681.86 – Ersatzvornahmen sowie Schadenersatzleistungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gem. § 36 Abs. 2 BezVG werden die bezirklichen Anteile für Ersatzvornahmen und Schadenersatzleistungen zusammengefasst. Veranschlagt sind die Kosten zur Abwendung einer drohenden Gefahr an baulichen Anlagen, wenn der Verfügungsberechtigte die angeordneten Sicherungsmaßnahmen nicht durchführt, sowie Schadenersatzleistungen auf dem allgemeinen Bausektor.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 12.000 EUR

681.92 – Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden) –

Veranschlagt sind Schadenersatzleistungen im Bereich des Amtes Verkehr und Straßenwesen.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 3.000 EUR

682.01 – Zuschuss an nichtbundeseigene Eisenbahnen zur Abdeckung von Verlusten aus dem Güterverkehr –

Grundlage der Veranschlagung ist der vom Aufsichtsrat der AKN genehmigte Wirtschaftsplan 2012 für den Bereich Güterverkehr sowie die mittelfristige Planung (Stand Dez. 2011).

Die Verluste werden aufgrund der Vereinbarung zwischen den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein vom 22.03.1999 (vgl. Erläuterungen zu 233.01) sowie der ergänzenden Regionalisierungsvereinbarung zur AKN vom 24./25.02.2000 von den beiden Ländern entsprechend der territorialen Zuordnung übernommen. Die Zuordnung erfolgt auf der Grundlage einer Spartenrechnung der AKN.

Der Ausgleich wird im laufenden Geschäftsjahr entsprechend dem Liquiditätsbedarf der Gesellschaft geleistet.

Erfolgsplan AKN Eisenbahn AG (nur Güterverkehr)

	Vorl. Ergebnis GJ 2011 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2012 Tsd. EUR	Vorschau GJ 2013 Tsd. EUR	Vorschau GJ 2014 Tsd. EUR
1	2	3	4	5
1. Erträge				
1.1 Sonstige Umsatzerlöse	573	564	566	569
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	96	17	17	17
Summe der Erträge	669	581	583	586
2. Aufwendungen				
2.1 Materialaufwand	406	348	355	362
2.2 Personalaufwand				
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	618	575	596	620
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	41	38	40	41
2.3 Abschreibungen	66	69	81	92
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	220	181	180	181
Summe der Aufwendungen	1.351	1.211	1.252	1.296
3. Finanzergebnis	-13	-15	-15	-12
4. Verlustübernahme	695	645	684	720
Anteil Hamburgs/ Zuschussbedarf	648	608	646	682

Erläuterungen zu den wichtigsten Einzelpositionen 2012 (haushaltswirksam 2012) gegenüber 2011 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2):

Die Verbesserung des Ergebnisses ergibt sich aus niedrigeren Materialkosten. Dadurch verbessert sich auch der Anteil Hamburg an dem Verlust des Güterverkehrs.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2013 (haushaltswirksam 2013) gegenüber 2012 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

Insgesamt wird gegenüber dem Vorjahr mit einem steigenden Verlust gerechnet. Dies ergibt sich durch:

- einen höheren Materialaufwand durch Preissteigerungen
- einen höheren Personalaufwand durch Tarifsteigerungen

Dadurch verschlechtert sich auch der Anteil Hamburg an dem Verlust des Güterverkehrs.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2014 (haushaltswirksam 2014) gegenüber 2013 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

Insgesamt wird gegenüber dem Vorjahr mit einem steigenden Verlust gerechnet. Dies ergibt sich durch:

- einen höheren Materialaufwand durch Preissteigerungen
- einen höheren Personalaufwand durch Tarifsteigerungen

Dadurch verschlechtert sich auch der Anteil Hamburg an dem Verlust des Güterverkehrs.

682.02 – Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungsgesetz –

(vgl. die Erläuterungen zu dem Titel 231.03).

682.03 – Ausgleichszahlungen nach dem Personenbeförderungsgesetz und dem Allgemeinen Eisenbahngesetz für Belastungen aus dem Ausbildungsverkehr –

Bei diesem Titel werden alle Ausgleichszahlungen veranschlagt, die aufgrund des § 45 a Personenbeförderungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert am 29.07.2009 (BGBl. I S. 2258), und der §§ 6 a bis c, §§ 6 e bis g Allgemeines Eisenbahngesetz vom 29. März 1951 (BGBl. I S. 225, 438) in der Fassung vom 27.12.1993 (BGBl. I S. 2378, 2425) an die Verkehrsunternehmen HHA, PVG, VHH, AKN und KVG für ihre Aufwendungen für den Ausbildungsverkehr auf Hamburger Gebiet zu leisten sind.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils

37.000.000 EUR

682.08 – Ausgleichszahlungen nach § 16 Allgemeines Eisenbahngesetz für betriebsfremde Aufwendungen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen –

Nach § 16 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) hat die Freie und Hansestadt Hamburg der AKN Eisenbahn AG und anderen nichtbundeseigenen Eisenbahnen (z. B. Elbe-Weser-Verkehrsbetriebe – EVB, Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter), die Schienenverkehre in Hamburg betreiben, Ausgleichszahlungen für betriebsfremde Aufwendungen zu leisten. Die gesetzliche Ausgleichspflicht erstreckt sich auf Aufwendungen für die Erhaltung und den Betrieb von höhengleichen Kreuzungen mit Landesstraßen und kommunalen Straßen sowie für auferlegte Ruhegehälter und Renten.

Die Ausgleichsansprüche werden auf der Grundlage von Kostennachweisen ermittelt. Der Ausgleich setzt sich zusammen aus der Endabrechnung des jeweiligen Vorjahres zuzüglich einer Vorauszahlung in Höhe von 80 % des Vorjahresanspruchs. Der Bedarf geht von einer geringfügigen Steigerung der Aufwandsentwicklung bei höhengleichen Kreuzungsanlagen als wesentlicher Betrag des gesetzlichen Zahlungsanspruchs aus.

Neben den genannten Eisenbahnen hat seit 2009 auch die HPA - Hafenbahn als nichtbundeseigene öffentliche Eisenbahn erstmalig Anspruch auf Gewährung eines Ausgleichs gemäß § 16 Abs. 1 AEG. Wegen der Vielzahl höhengleicher Kreuzungsanlagen sind die Aufwendungen der Hafenbahn für die Erhaltung und Betrieb ungleich höher als die bei den anderen Eisenbahnunternehmen. Dies hat zur Folge, dass die Ausgleichsansprüche insgesamt erheblich gestiegen sind und im Vergleich zu den Vorjahren ein deutlich höherer Mittelbedarf erforderlich wird. Im Einvernehmen mit der Hafenbahn sollen die Ausgleichszahlungen ab 2011 erfolgen. Der Mittelbedarf ist in der nachstehenden Aufstellung dargestellt:

	Erg. 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Ausgleichsansprüche				
HPA - Hafenbahn	640	768	785	824
Übrige Eisenbahnunternehmen	236	285	294	303
Gesamt	876	1.053	1.079	1.127
Zahlungen				
HPA - Hafenbahn	1.692	768	785	824
Übrige Eisenbahnunternehmen	236	285	294	303
Gesamt	1.928	1.053	1.079	1.127

682.13 – Zahlungen für Leistungen im Schienenpersonennahverkehr –

Die aus dem Titel zu leistenden und nach den Vereinbarungen von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) notwendigen Zahlungen entsprechen dem Saldo aus Kosten und Fahrgeldeinnahmen der Verkehrsunternehmen, insbesondere der DB AG. Sie beruhen auf dem Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (RegG) vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2395), zuletzt durch Neufassung geändert am 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2871), zuzüglich geplanter Mehrverkehre sowie den Ergebnissen bei Vergabeverfahren.

Es ist ein Leertitel ausgewiesen (vgl. die Erläuterungen zu dem Titel 231.03).

682.14 – Zahlungen für Leistungen im ÖPNV mit Bussen –

Im Zusammenhang mit der möglichen Ausschreibung von Busbetriebsleistungen können Zahlungen an Verkehrsunternehmen verbunden sein. Diese Zahlungen wirken sich auch auf die Verlustausgleiche in den Einzelplänen 7 und 9 (HGV-Verlustausgleich) aus, soweit hamburgische Verkehrsunternehmen betroffen sind.

Es ist ein Leertitel ausgewiesen.

682.15 – Betriebskosten- und sonstige Zuschüsse für den ÖPNV –

Über diesen Titel werden Betriebskosten- und sonstige Zuschüsse aus Regionalisierungsmitteln für den ÖPNV an Unternehmen geleistet. Die Ausgaben sind überwiegend zentral bei dem Titel 682.02 veranschlagt sind und werden im Rahmen der Bewirtschaftung bedarfsgerecht auf den Titel 682.15 übertragen. Zusätzlich werden bei diesem Titel Mittel für die Erhöhung der Sicherheit im ÖPNV bereit gestellt. Für 2013 und 2014 sind je 3,3 Mio. Euro veranschlagt.

In den Planjahren 2013 und 2014 sind Ausgaben für die nachstehenden Zwecke vorgesehen:

	(in Tsd. Euro)	
	2013	2014
1) Betriebskostenzuschuss Bahnhofstoiletten	560	560
2) Zuschuss AKN (Personenverkehr)	4.112	4.334
3) Zuschuss HVV GmbH	5.193	5.210
4) Erhöhte Sicherheit im ÖPNV und sonstige Zuschüsse	9.200	9.200
Summe	19.065	19.304

Hierzu im Einzelnen:

Zu 1) Betriebskostenzuschuss Bahnhofstoiletten

Der Betrieb der Toilettenanlagen ist zum 01.01.1999 von der damaligen Umweltbehörde auf die HHA übertragen worden. Angesetzt ist der mit der HHA abgestimmte Bedarf zur Umsetzung des Reinigungskonzepts. Aufgrund einer steuerlichen Prüfung ist der Zuschuss umsatzsteuerlicher Leistungsaustausch; die gezahlten Umsatzsteuern werden als Vorsteuerabzug erstattet und über die Einnahmen beim Titel 7200.281.15 wieder zugeführt.

Zu 2) Zuschuss an die AKN Eisenbahn AG zur Abdeckung von Verlusten im Personenverkehr (Güterverkehr siehe Titel 682.01)

Angesetzt ist der vom Aufsichtsrat der AKN genehmigte Wirtschaftsplan 2012 sowie die mittelfristige Planung für den Bereich Personenverkehr (Stand Dez. 2011).

Die Verluste werden aufgrund der Vereinbarung vom 22.03.1999 zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein (vgl. Erläuterung zu dem Titel 233.01) sowie der ergänzenden Regionalisierungsvereinbarung zur AKN vom 24./25.02.2000 von den beiden Ländern entsprechend der territorialen Zuordnung übernommen. Die Zuordnung erfolgt auf der Grundlage einer Spartenrechnung der AKN.

Der Ausgleich wird im laufenden Geschäftsjahr entsprechend dem Liquiditätsbedarf der Gesellschaft geleistet.

Erfolgsplan AKN Eisenbahn AG (nur Personenverkehr)

	Ergebnis GJ 2011 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2012 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2013 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2014 Tsd. Euro
1	2	3	4	5
1. Erträge				
1.1 Umsatzerlöse	12.523	10.321	10.468	10.618
1.2 Sonstige Umsatzerlöse	2.713	3.914	3.961	4.009
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	7.441	3.451	3.339	3.268
Summe der Erträge	22.677	17.686	17.768	17.895
2. Aufwendungen				
2.1 Materialaufwand	16.220	13.237	13.665	14.146
2.2 Personalaufwand				
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	11.641	12.176	12.520	12.773
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	1.947	1.979	2.023	1.906
2.3 Abschreibungen	5.729	5.496	5.738	5.662
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.268	1.841	1.846	1.851
Summe der Aufwendungen	37.805	34.729	35.792	36.338
3. Beteiligungsergebnis	141	200	153	69
4. Finanzergebnis	-2.077	-2.303	-2.514	-2.387
5. Verlustübernahme	17.064	19.146	20.385	20.761
Anteil Hamburg	2.878	3.474	4.112	4.334

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2012 (haushaltswirksam 2012) gegenüber 2011 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2):

Summe der Erträge:

Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge durch aperiodische Erträge in 2011 und Ende des Verkehrsvertrages der SHB zum Dezember 2011.

Aufwendungen:

Wegfall vor allem der Trassen- und Stationsentgelte für die SHB. Höhere Aufwendungen für Dieselkraftstoff in 2012 durch steigende Dieselkraftstoffpreise.

Insgesamt führen diese Effekte auch zu einem höheren Anteil des Hamburger Zuschussbedarfs.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2013 (haushaltswirksam 2013) gegenüber 2012 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3):

Insgesamt wird gegenüber dem Vorjahr mit einem steigenden Verlust gerechnet. Dies ergibt sich durch:

- geringeren Eigenleistungen bei Investitionstätigkeiten,
- einen höheren Materialaufwand, da mit weiter steigenden Dieselkraftstoffpreisen gerechnet wird,
- einen höheren Personalaufwand durch Tarifsteigerungen,

- weitere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen,
- höhere Abschreibungen durch weitere Aktivierungen geplanter Infrastrukturmaßnahmen.

Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich aus den o. g. Gründen der Anteil des Hamburger Zuschussbedarfs.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2014 (haushaltswirksam 2014) gegenüber 2013 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

Insgesamt wird gegenüber dem Vorjahr einem steigenden Verlust gerechnet. Dies ergibt sich durch:

- geringeren Eigenleistungen bei Investitionstätigkeiten
- einen höheren Materialaufwand, da mit weiter steigenden Dieselmotorkraftstoffpreisen gerechnet wird
- einen höheren Personalaufwand durch Tarifsteigerungen

Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich aus den o. g. Gründen der Anteil Hamburgs an der Verlustübernahme.

Zu 3) Zuschuss an die Hamburger Verkehrsverbund GmbH

Angesetzt ist der vom Aufsichtsrat der HVV GmbH genehmigte Wirtschaftsplan 2012 sowie die mittelfristige Planung (Stand Dez. 2012).

Der jährliche Aufwand der Gesellschaft wird entsprechend den Gesellschafteranteilen von den beteiligten Gebietskörperschaften getragen (Hamburg 85,5 %, Schleswig-Holstein (Gebietskörperschaften) 11 %, Niedersachsen 3,5 %).

Der Ausgleich wird von den Gesellschaftern im laufenden Geschäftsjahr entsprechend dem Liquiditätsbedarf der Gesellschaft geleistet.

Erfolgsplan Hamburger Verkehrsverbund GmbH

	Ergebnis GJ 2011 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2012 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2013 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2014 Tsd. Euro
1	2	3	4	5
1. Erträge	5.407	5.317	4.345	4.311
2. Aufwendungen				
2.1 Materialaufwand	1.855	2.044	2.075	2.106
2.2 Personalaufwand				
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	4.703	4.910	4.708	4.603
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	162	170	179	187
2.3 Abschreibungen	161	199	192	193
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.082	4.051	3.265	3.316
Summe der Aufwendungen	10.963	11.374	10.419	10.405
3. Verlustübernahme Anteil Hamburg	5.556 4.751	6.057 5.179	6.074 5.193	6.094 5.210

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2013 (haushaltswirksam 2013) gegenüber dem Ergebnis im Jahr 2012 (Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3):

1. Erträge
Der HVV erzielt prinzipiell keine eigenen Erträge; der Ansatz enthält im Wesentlichen Zinserträge und Erträge aus der Wahrnehmung von Zentralaufgaben für den Verkehrsverbund sowie für die Abwicklung von fremdfinanzierten Aufträgen.
- 2.2 Personalaufwand
Die Veränderungen im Personalaufwand sind im Wesentlichen geprägt durch tarifliche Anpassungen und Auswirkungen der Altersteilzeitregelungen.
- 2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Aufwendungen für Inanspruchnahme von Dienstleistungen, die Miet- und Nebenkosten, Bürobedarf, Fortbildungskosten, Beiträge und Versicherungen und Jahresabschluss- und Buchführungskosten sowie die auf die HVV-Leistungen anfallende Umsatzsteuer.

Zu 4) Zuwendungen zur Projektförderung zur Erhöhung der Sicherheit im ÖPNV

Der Mittelbedarf begründet sich im Wesentlichen für die Fortsetzungsmaßnahmen für erhöhte Sicherheit an die Hamburger Hochbahn-Wache und an DB Sicherheit sowie in geringem Maße für andere Maßnahmen. Die Zahlungen werden aus Einnahmen bei dem Titel 231.03 gedeckt. Seit 2012 wird jährlich zusätzlich ein Ansatz in Höhe von 4 Mio. EUR zur Verfügung gestellt.

682.21 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (HHA) –

Der im HGV-Komplex für die HHA zu berücksichtigende Verlustausgleich wird nachstehend erläutert:

Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft (HHA)
(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

		Ergebnis GJ 2011 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2012 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2013 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2014 Tsd. Euro
	1	2	3	4	5
1.	Erträge				
1.1	Verkehrseinnahmen	352.439	354.100	356.730	365.970
1.2	Miet- und Pachteinnahmen	13.624	13.660	13.940	14.230
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	82.635	80.670	82.470	84.970
	Summe der Erträge	448.698	448.430	453.140	465.170
2.	Aufwendungen				
2.1	Materialaufwand				
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	52.230	54.570	57.280	59.150
2.1.2	Aufwendungen für bezogene Leistungen	141.329	141.360	142.820	145.920
2.2	Personalaufwand				
2.2.1	Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	199.556	193.556	197.650	200.970
2.2.2	Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	7.799	9.150	9.340	9.500
2.3	Abschreibungen	59.571	61.800	64.610	68.050
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	32.538	39.340	36.300	36.520
	Summe der Aufwendungen	493.023	499.780	508.000	520.110
3.	Beteiligungsergebnis	8.308	7.030	7.960	10.170
4.	Finanzergebnis	- 18.465	- 18.570	- 19.690	- 23.420
5.	Außerordentliches Ergebnis	- .080	- 10	- 10	- 10
6.	Verlustübernahme durch die HGV	55.562	63.800	67.500	69.100
	Kostendeckungsgrad	89,2 %	87,8 %	87,3 %	87,4 %

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2012 (haushaltswirksam 2013) gegenüber dem Ergebnis im Jahr 2011 (Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Verkehrseinnahmen	
Der Anstieg der Verkehrseinnahmen im Erfolgsplan des Jahres 2012 gegenüber dem Ergebnis für das Jahr 2011 resultiert im Wesentlichen aus der Tarifsteigerung zum 01.01.2012 in Höhe von 2,8% sowie aus einer Fahrgastzahlensteigerung in Höhe von 1,0 %, jeweils bezogen auf den Wert der Fortschreibung 2011. Zusätzlich wird mit einem aperiodischen Erlös in 2012 für 2010 in Höhe von 6,2 Mio. € gerechnet. Gegenläufig wirken sich im Wesentlichen zwei Effekte aus: Zum einen wird in 2012 ein Rückgang der Abgeltungszahlungen nach §45a PBefG in Höhe von 3,7 Mio. € erwartet, zum anderen ist für 2012 kein Bonus aus dem Qualitätssteuerungssystem des HVV geplant. In 2011 konnte hingegen noch ein Bonus von ca. 1,7 Mio. € für das Jahr 2008 vereinbart werden.	+ 1.661
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	
Der Rückgang in der Position Sonstige betriebliche Erträge ist größtenteils auf erhöhte Rückstellungsaufösungen im Jahr 2011 zurückzuführen.	- 1.965
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
Für 2012 ist mit steigenden Einkaufspreisen beim Dieselkraftstoff und einem höheren Verbrauch als Folge der steigenden Betriebsleistung sowie mit einem insgesamt höheren Preisniveau auch beim Strombezug gerechnet worden. Hinzu kommen erhöhte Aufwendungen im U-Bahn-Bereich, die in 2011 noch teilweise aus bestehenden Rückstellungen gedeckt wurden.	+ 2.340
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Es ergeben sich keine nennenswerten geplanten Veränderungen gegenüber dem Jahr 2011.	+ 31
2.2 Personalaufwand	
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
Die von der HOCHBAHN gebildete Wettbewerbsrückstellung ist vom Wirtschaftsprüfer als Pflichtrückstellung i.S.v. § 249 Abs. 1 HGB (Rückstellung für drohende Verluste) bewertet worden. Bei einer aktualisierten Bewertung der Rückstellung zum 31.12.2011 auf der Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens ergab sich unter Berücksichtigung der in der Zukunft voraussichtlich zu erwartenden Vergütungsanpassungen ein Zuführungsbedarf von rd. 16,7 Mio. €. Im Jahr 2012 ist eine Zuführung noch nicht absehbar.	- 5.996
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführungen zu Pensionsrückstellungen	
Für das Jahr 2012 wird mit höheren Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen gerechnet als im Jahr 2011.	+ 1.351
2.3 Abschreibungen	
Die geringere Abschreibung im Jahr 2011 ist auf spätere Anlagenzugänge bei den Projekten „Neubeschaffung EFAD-System“, „Brennstoffzellenhybridbusse“ und „Digitalfunk“ zurückzuführen. Die dadurch bedingte geringe Investitionsquote in Höhe von 74,0 % soll in 2012 auf 163,6 % gesteigert werden.	+ 2.229
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Die für 2012 geplanten Mehraufwendungen entstehen größtenteils aus Einmalaufwendungen durch diverse Maßnahmen und Projekte (z.B. Neubau Betriebshof Langenfelde, E-Ticketing, EFAD 2, DT5, Klimawoche, U4 Eröffnung und 100 Jahre HOCHBAHN).	+ 6.802
3. Beteiligungsergebnis	
Im Wirtschaftsplan 2012 sind für diese Position bei den Gesellschaften TEREK, Jasper, SBG und FFG niedrigere Überschüsse geplant, die überwiegend auf außerordentliche positive Ergebniseinflüsse im Jahr 2011 zurückzuführen sind.	- 1.278

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2013 (haushaltswirksam 2014) gegenüber dem Jahr 2012 (Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Verkehrseinnahmen	
Für das Jahr 2013 wird eine kontinuierliche jährliche Tarifierpassung gemäß HVV-Vorgabe von +2,0 % zum 01.01. des Jahres sowie eine Nachfragesteigerung von +1,0 % unterstellt. Hinzu kommt ab 2013 die Auswirkung der Zuschreibung für das erste vollständige Betriebsjahr der Strecke U 4 von netto 2,3 Mio. €. Gegenläufig wirkt sich aus, dass in 2013 keine aperiodischen Erlöse aus dem HVV-Pool geplant sind, während für das Jahr 2012 aperiodische Erlöse in Höhe von 6,2 Mio. € berücksichtigt werden.	+ 2.630
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
Es wird mit höheren Stromkosten im Jahr 2013 gerechnet sowie einem höheren Stromverbrauch, der maßgeblich auf die Leistungssteigerung bei der U-Bahn und hier auf den Betrieb der neuen Linie U4 zurückzuführen ist. Beim Dieselpreis wird weiter von höheren Kosten infolge steigender Beschaffungspreise sowie einem Mehrverbrauch aufgrund von Leistungsanpassungen ausgegangen.	+ 2.710
2.2 Personalaufwand	
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
Es wird mit einem erhöhten Personalaufwand infolge der Leistungsausweitung im U-Bahn- (U4) und Busbereich gerechnet. Gegenläufig wirkt die Zentralisierung im Stellwerksbereich. Des Weiteren wurde eine moderate Tarifierpassung berücksichtigt.	+ 4.090
2.3 Abschreibungen	
Steigende Abschreibungen insbesondere als Folge der Beschaffung von U-Bahn Fahrzeugen des Typs DT5 und Brennstoffzellenhybridbussen.	+ 2.810
4. Finanzergebnis	
Das Finanzergebnis wird sich durch die steigende Zinsbelastung aufgrund der notwendigen Neuaufnahme weiterer Darlehen als Folge der Investitionstätigkeit im Jahr 2013 weiter verschlechtern.	- 1.120

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2014 (haushaltswirksam 2015) gegenüber dem Jahr 2013 (Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Verkehrseinnahmen	
Für das Jahr 2014 wird eine kontinuierliche jährliche Tarifierpassung gemäß HVV-Vorgabe von + 2,0 % zum 01.01. des Jahres sowie eine Nachfragesteigerung von 1,0 % unterstellt.	+ 9.240
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
Es wird zukünftig wieder mit deutlich steigenden Strompreisen gerechnet sowie steigenden Dieselpreisen aufgrund gestiegener Bezugskosten. Zusätzlich wird von höheren Verbräuchen im Zuge von geplanten Leistungsausweitungen im U-Bahn und Busbereich ausgegangen.	+ 1.870
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Es wird ein leicht steigendes Kostenvolumen unterstellt.	+ 3.100
2.2 Personalaufwand	
Es wird mit einem erhöhten Personalaufwand infolge der Leistungsausweitung im U-Bahn- (U4) und Busbereich gerechnet. Gegenläufig wirkt die Zentralisierung im Stellwerksbereich. Des Weiteren wurde eine moderate Tarifierpassung berücksichtigt.	+ 3.480
2.3 Abschreibungen	
Es werden steigende Abschreibungen insbesondere als Folge der Beschaffung von U-Bahn Fahrzeugen des Typs DT5 und Brennstoffzellenhybridbussen erwartet.	+ 3.440

682.22 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (P+R) –

Der im HGV-Komplex für die P+R Betriebsgesellschaft mbH zu berücksichtigende Verlustausgleich ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

P+R-Betriebsgesellschaft mbH
(mit der HGV besteht ein Gewinnabführungsvertrag)

		Ergebnis GJ 2011 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2012 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2013 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2014 Tsd. Euro
	1	2	3	4	5
1.	Erträge				
1.1	Umsatzerlöse	1.236	1.206	1.243	1.265
1.2	Sonstige Umsatzerlöse	0	0	0	0
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	56	76	6	6
	Summe der Erträge	1.292	1.282	1.249	1.271
2.	Aufwendungen				
2.1	Materialaufwand				
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	256	286	303	320
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen	1.080	1.180	1.147	1.172
2.2	Personalaufwand				
2.2.1	Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	198	211	216	221
2.2.2	Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	0	0	0	0
2.3	Abschreibungen	44	46	45	40
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	189	189	191	194
	Summe der Aufwendungen	1.767	1.912	1.902	1.947
3.	Beteiligungsergebnis	-475	-630	-653	-676
4.	Finanzergebnis	-4	-6	-6	-6
5.	Außerordentliches Ergebnis	-479	-636	-659	-682
6.	Verlustübernahme durch die HGV	479	636	659	682

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2012 (haushaltswirksam 2012) gegenüber 2011
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

Erläuterungen erfolgen nur zu den Positionen, deren Veränderungen > sind als 2 T€

		Tsd. Euro
1.1	Umsatzerlöse Minderung durch den Wegfall der Miete durch den Bezirk Bergedorf für die Anmietung des oberen Parkdecks der Palette in Bergedorf.	-30
1.3	Sonstige betriebliche Erträge Erhöhung durch die Zuschüsse für den zweiten Teil des P+R-Entwicklungskonzeptes. Die Aufwendungen finden sich in Pos. 2.1.2.	+20
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe Kostensteigerung durch den ganzjährigen Betrieb des P+R-Parkhauses Meiendorfer Weg sowie aufgrund allgemeiner Tarif- und Preisanpassungen.	+30
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen Erhöhung u. a. durch die Kosten für den zweiten Teil des P+R-Entwicklungskonzeptes, aufgrund der Überwachungstätigkeiten der Hamburger Hochbahn-Wache, durch den ganzjährigen Betrieb der P+R-Anlage Meiendorfer Weg sowie aufgrund allgemeiner Tarif- und Preisanpassungen.	+100
2.2.1	Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand Erhöhung durch Zahlung eines Geschäftsführergehaltes für 4 Monate, welches in 2011 über die Geschäftsbesorgung mit der Hochbahn abgerechnet wurde sowie aufgrund allgemeiner Tarifierpassung.	+13

682.23 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich VHH / PVG –

Unternehmensgruppe Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein AG (VHH) / Pinneberger Verkehrsgesellschaft mbH (PVG)
(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Ergebnis	Erfolgsplan	Vorschau	Vorschau
	GJ 2011	GJ 2012	GJ 2013	GJ 2014
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
	1	2	3	4
	5			
1. Erträge				
1.1 Umsatzerlöse	54.300	56.649	57.217	58.276
1.2 Sonstige Umsatzerlöse	423	378	386	394
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	7.500	6.570	6.753	6.888
Summe der Erträge	62.223	63.597	64.356	65.558
2. Aufwendungen				
2.1 Materialaufwand				
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	14.261	14.364	14.806	15.114
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	13.936	14.585	15.034	15.347
2.2 Personalaufwand				
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	32.098	32.428	32.684	33.142
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	895	1.315	1.325	1.344
2.3 Abschreibungen	9.127	9.788	9.830	10.509
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.786	5.971	6.039	6.058
Summe der Aufwendungen	76.103	78.450	79.719	81.513
3. Beteiligungsergebnis	-2.168	-4.000	-4.584	-4.797
4. Finanzergebnis	-2.775	-2.988	-3.048	-3.109
5. Außerordentliches Ergebnis	-10	310	163	166
6. Verlustübernahme durch die HGV	18.833	21.531	22.832	23.696

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2012 (haushaltswirksam 2013) gegenüber dem Ergebnis im Jahr 2011 (Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	
Die Berücksichtigung der vereinbarten Tarifierhebung im HVV von 2,8%, die Anwendung der Preisgleitklauseln in Verkehrsverträgen und Auftragsverkehren sowie der Neuauftrag aus den gewonnenen Ausschreibungen Lauenburg Süd und Stormarn Süd wirken umsatzsteigernd trotz Rücknahme des Airportverkehrs in Lübeck, von Schienenersatzverkehren und Fahrzeugvermietungen.	+2.349
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	
Erträge aus dem Verkauf von Treibstoff an Dritte (rd. -600 TEUR) werden im Jahr 2012 nicht mehr anfallen. Parallel dazu wird sich auch der Materialaufwand in entsprechender Höhe reduzieren. Zusätzlich werden geringere Erträge aus der internen Konzernverrechnung mit der PVG erwartet (rd. -300 TEUR).	-930
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
Die oben genannte Entwicklung (rd. 530 TEUR) aus den Treibstoffverkäufen an Dritte kann aber die Dieselpreissteigerungen (rd. -680 TEUR) nur teilweise kompensieren.	+103
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Vor allem der avisierte Umbau des Betriebshofes in Bergedorf (rd. -200 TEUR), der Instandhaltungsstau auf den Betriebshöfen aufgrund der Arbeiten für den ZOB in Bergedorf (rd. -300 TEUR) und der Anstieg an vergebener Fahrpersonalleistung an ORD (rd. - 150 TEUR) führen zu der Ergebnisbelastung.	-649
2.2 Personalaufwand	
Der Tarifanstieg der VHH ist ab Januar 2012 mit 2% geplant. Die Mehraufwendungen (rd. -700 TEUR) können durch die Reduzierung von Sondereffekten aus 2011 reduziert werden. Dazu gehören der Wegfall einmaliger Rückstellungen und Abfindungen für ausscheidende Mitarbeiter (400 TEUR), die Einmalzahlungen im Zuge der Übernahme von Werkstatt- und Verwaltungsmitarbeiter der PVG (200 TEUR) und die im Rahmen der Tarifverhandlung gezahlten Einmalzahlungen (280 TEUR). Der Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge (rd. -250 TEUR) ist u.a. mit dem höheren Planansatz des Beitragssatzes zu erklären. Im Ist 2011 ist die Zuführung zur Pensionsrückstellung (rd. -600 TEUR) im außerordentlichen Ergebnis verbucht worden, im Plan 2012 ist sie in dieser Zeile zu finden.	-749
2.3 Abschreibungen	
Verschiedene Investitionsvorhaben konnten in 2011 nicht mehr realisiert werden und bewirken zusammen mit den regulär anfallenden Ersatzbeschaffungen in 2012 einen Anstieg der Abschreibungen um voraussichtlich 660 TEUR.	-661
3. Beteiligungsergebnis	
Das Ergebnis der PVG liegt im Plan 2012 rd. 1.300 TEUR unter dem Vorjahresniveau. Entscheidend hierfür sind vor allem die höheren Treibstoffaufwendungen und der Tarifanstieg. Da die Prognosen auch bei ABG, ORD und RRH pessimistischer als im Ist 2011 ausfallen, ist eine negative Entwicklung auszumachen.	-1.831
4. Finanzergebnis	
Der Zinsaufwand der Pensionsrückstellung ist um rd. 160 TEUR gestiegen.	-213
5. Außerordentliches Ergebnis	
Die Zuführung zur Pensionsrückstellung (1/15 gemäß BilMoG) wird im Ist 2011 gemäß Wirtschaftsprüfer in dieser Zeile verbucht (rd. 600 TEUR) und kompensiert damit die Einnahmen aus Verkehren der Vorjahre und dem Verkauf von Anlagegütern. In der Planung findet sich die Zuführung in 2.2.2. Obwohl die Einnahmeerwartungen in 2012 geringer sind, fällt das außerordentliche Ergebnis gegenüber 2011 positiver aus.	+320

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2013 (haushaltswirksam 2014) gegenüber dem Ergebnis im Jahr 2012 (Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	
Gegen den erwarteten Anstieg der Verkehrseinnahmen von rd. 2,4% p.a. wirkt im Jahr 2013 noch die erwartete Reduzierung des Verkehrs zum Flughafen Lübeck. (Ergebniswirkung -100 TEUR)	+569
2.1 Materialaufwand	
Es wurde ein Dieselpreisanstieg von Ø 0,05 €/l gegenüber dem Vorjahr angenommen. Zusätzlich wurde eine allgemeine Preissteigerung im Materialaufwand von 2% p.a. angesetzt. Die Aussetzung des Einbaus von Brandmeldeanlagen in 2012 bewirkt in 2013 einen weiteren Anstieg.	-891
2.2 Personalaufwand	
Es wird ein Lohnstarifanstieg von rd. 2% p.a. erwartet. Ein Teil des Anstiegs wird durch das eingeleitete Restrukturierungsprogramm kompensiert.	-267
3. Beteiligungsergebnis	
Die Veränderung des Beteiligungsergebnisses ist zu großen Teilen auf das Ergebnis der PVG zurück zu führen. Bei der PVG sind die identischen Ansätze für Erträge, Diesel und Lohn gewählt worden.	-584
5. Außerordentliches Ergebnis	
Der Ertrag aus dem Verkauf aussortierter Busse ist kleiner als in 2012.	-147

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2014 (haushaltswirksam 2015) gegenüber dem Ergebnis im Jahr 2013 (Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	
Der Anstieg der Verkehrseinnahmen wurde mit 2,4 % p.a. angesetzt.	+1.058
2.1 Materialaufwand	
Es wurde ein Dieselpreisanstieg von Ø 0,05 €/l gegenüber dem Vorjahr angenommen. Zusätzlich wurde eine allgemeine Preissteigerung im Materialaufwand von 2% p.a. angesetzt. Der Einbau der Brandmeldeanlagen erfolgt nur noch in geringerem Umfang und der Umbau des Betriebshofes in Bergedorf ist abgeschlossen.	-620
2.2 Personalaufwand	
Es wird ein Lohntarifanstieg von rd. 2% p.a. erwartet.	-476
2.3 Abschreibungen	
Hauptsächlich die für Ende 2013 erwarteten Beschaffungen für RBL, Funk, Bordrechner und Fahrscheindrucker (Volumen rd. 7.000 TEUR) mit kurzen Nutzungsdauern wirken sich in 2014 aufwandssteigernd aus.	-679
3. Beteiligungsergebnis	
Die Veränderung des Beteiligungsergebnisses ist zu großen Teilen auf das Ergebnis der PVG zurück zu führen. Bei der PVG sind die identischen Ansätze für Erträge, Diesel, Lohn und Abschreibungen gewählt worden.	-213
 682.24 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (HADAG) –	

Der im HGV-Komplex für die HADAG zu berücksichtigende Verlustausgleich ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

HADAG – Seetouristik und Fährdienst AG

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

		Ergebnis GJ 2011 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2012 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2013 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2014 Tsd. Euro
	1	2	3	4	5
1.	Erträge				
1.1	Umsatzerlöse	7.469	7.065	7.261	7.401
1.2	Sonstige Umsatzerlöse	26	26	26	26
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	579	200	200	200
	Summe der Erträge	8.074	7.291	7.487	7.627
2.	Aufwendungen				
2.1	Materialaufwand	9.908	9.787	10.883	11.331
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.375	3.357	3.799	4.038
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen	6.533	6.430	7.084	7.293
2.2	Personalaufwand	797	1.551	1.615	1.618
2.2.1	Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	733	717	781	784
2.2.2	Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	64	834	834	834
2.3	Abschreibungen	1.571	1.551	1.694	1.652
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.027	1.845	1.883	1.916
2.5	Steuern	2	1	1	1
	Summe der Aufwendungen	14.305	14.735	16.079	16.519
3.	Beteiligungsergebnis	145	159	172	178
4.	Finanzergebnis	-737	-268	-370	-444
5.	Außerordentliches Ergebnis	-95	0	0	0
6.	Verlustübernahme durch die HGV	6.918	7.553	8.790	9.158

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2012 (haushaltswirksam 2012) gegenüber 2011
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	
Aperiodische HVV-Zuscheidungen für das Jahr 2009 in 2011.	-404
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	
Geringere Schadenserstattungen.	-379
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Hauptsächlich niedrigere Reparaturen und Instandhaltungen in Kombination mit höherer Anmietung von Personal der HADAG Verkehrsdienste GmbH.	+103
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	
Reduzierung des Personalbestandes.	+ 16
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	
Niedrigere Auflösung Pensionsrückstellung (Aufzinsung für Pensionsrückstellungen und a. o. Aufwand (BilMoG) saldiert mit Auflösung Rückstellung).	-770
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Geringere Aufwendungen für die Beseitigung von Unfallschäden.	+182
4. Finanzergebnis	
siehe 2.2.2 Aufzinsung für Pensionsrückstellungen saldiert mit Auflösung Rückstellung.	+469
5. Außerordentliches Ergebnis	
siehe 2.2.2 A. o. Aufwand (BilMoG) saldiert mit Auflösung Rückstellung.	+ 95

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2013 (haushaltswirksam 2013) gegenüber 2012
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

1.1 Umsatzerlöse	
Höhere EAV-Zuscheidungen und höhere Touristikeinnahmen aufgrund Preiserhöhung.	+196
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
Höhere Treibstoffkosten durch einen höheren Dieselölpreis.	-442
2.1.2 Aufwand für bezogene Leistungen	
Erhöhung durch die Anmietung von Personal der HADAG Verkehrsdienste GmbH, höhere Reparaturen und Instandhaltungen sowie allgemeine Kostensteigerung in Höhe von 2%.	-654
2.3 Abschreibungen	
Höhere Abschreibungen durch Schiffsneubauten.	-147
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Kostensteigerung i.H. von 2%	- 37
4. Finanzergebnis	
Erhöhung der Zinsaufwendungen für die Liquiditätshilfe durch die HGV. Die Erhöhung ist auf einen höheren Zinssatz sowie Investitionsfinanzierung (Schiffsneubau) zurückzuführen.	-102

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2014 (haushaltswirksam 2014) gegenüber 2013
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

1.1	Umsatzerlöse	
	Höhere EAV-Zuscheidungen.	+140
2.1.1.	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
	Höhere Treibstoffkosten durch einen höheren Dieselölpreis.	-239
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen	
	Erhöhung durch die Anmietung von Personal der HADAG Verkehrsdienste GmbH sowie allgemeine Kostensteigerung in Höhe von 2%.	-209
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	
	Kostensteigerung i.H. von 2%	- 35

682.58 – Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Straßen, Brücken und Gewässer –

Aus diesem Titel werden die Personalkosten aufgrund der Übertragung der ministeriellen Aufgaben im Zusammenhang mit der Öffentlichen Beleuchtung und den Lichtsignalanlagen an den LSBG beglichen.

Des Weiteren werden aus diesem Titel die Kosten für das Standarddatenpaket an den LSBG erstattet.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils

163.000 EUR

Investitionen

Die Investitionen in diesem Bereich werden insbesondere geprägt durch

- Sicherheitstechnische Nachrüstung von städtischen Verkehrstunneln (Titel 741.19),
- Die Ergänzung Deckel A7 in Bahrenfeld /Othmarschen und Schnelsen (752.15)
- das Busbeschleunigungsprogramm (770.01)
- den Barrierefreien Ausbau von Schnellbahnhaltestellen (891.04)
- die Planung der Verlängerung der U4 (891.26)

- den allgemeinen Straßenbau mit den Schwerpunkten
 - Substanzerhaltung von Straßen (Titel 741.14, 741.81, 771.01, 771.15, 771.19 – 771.25),
 - Substanzerhaltung von Brücken (Titel 741.09, 772.03, 772.05),
 - Förderung des Radverkehrs (Titel 741.02, 741.86),
 - Verbesserung des Verkehrsflusses an Knotenpunkten (Titel 741.23),
 - Planung, Bau bzw. Grundinstandsetzung von Lichtsignalanlagen, Lichtsignalsteuerung und Anlagen der öffentlichen Beleuchtung (Titel 884.58),
 - Neubaumaßnahme: Umgehung Finkenwerder (Titel 750.23);
- den Schnellbahnbau mit Schwerpunkt für Einzelmaßnahmen (Kostenanteile bzw. Zuschüsse Hamburgs)
 - Bau der U-Bahn HafenCity (Titel 891.19),
 - Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek (Titel 891.20),
- die Erschließungsmaßnahmen für den Wohnungsbau sowie für den Gemein- und Gewerbebedarf einschließlich dazugehörigem Grunderwerb (Titel 788.01, 821.03) und der erstmaligen Herstellung von Anliegerstraßen (788.03);
- die Mittel u.a. für Planung, Entwurf, Bauvorbereitung und –durchführung, Voruntersuchungen von Baugrund und Bauvorhaben, sächliche Bauaufsichtskosten sowie sonstige Baunebenkosten sowie entsprechende Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (Titel 799.01, 799.04 und 799.22);
- die Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Abs. 4 der Hamburgischen Bauordnung (Titel 893.02);
- die Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG (Titel 891.05);
- die Förderung von Projekten zur Verkehrsinformation (Telematik) in Hamburg (Titel 891.06);
- die Zuweisungen gem. § 8 Regionalisierungsgesetz an Verkehrsunternehmen für Investitionen (Titel 891.08);
- die Zuweisungen des Bundes gem. § 3 (1) Entflechtungsgesetz für Vorhaben des ÖPNV (Titel 891.02).

Aus den Mitteln der Titel 741.02 bis 788.17, 891.06, 891.10, 891.19, 891.20, und 893.01 dürfen auch Vergütungen an Gutachter, Vertragsingenieurinnen, -ingenieure, -architektinnen, -architekten und Sonderfachleute für Planungsleistungen, sonstige Baunebenkosten (Aufwendungen für Broschüren, Faltblätter, Vervielfältigungen, Lichtpausen und Ähnliches) gezahlt werden. Für noch nicht veranschlagte Maßnahmen werden Planungsmittel aus den Titeln 799.01 und 799.04 finanziert. Einzelne Ansätze der Investitionsausgaben enthalten auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer für Leistungen, die von ihm auf der Grundlage von Kontrakten erbracht werden.

Aus den Titeln 741.02 bis 799.22 und 881.05 bis 893.47 können auch Kredithilfen, Entschädigungen, Kosten für Folgemaßnahmen und Zahlungen aus Billigkeitsgründen geleistet werden. Entscheidungen über Billigkeitszahlungen bzw. Darlehensvergabe bei Nachteilen infolge von Erschließungsmaßnahmen werden durch die Kommission für Bodenordnung getroffen (Titel 862.01).

Der Grunderwerb für Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Straßen, für Brücken und sonstigen Ingenieurbauwerken aus den Titeln 741.02 bis 772.05 ist bei dem Titel 821.02, für Erschließungen bei dem Titel 821.03 veranschlagt.

Aus den Mitteln der Titel 741.02, 741.24, 761.47, 788.03, 799.04, 891.19, und 891.27 können auch Personalkosten finanziert werden.

Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

- 741.02 – Förderung des Radverkehrs –
- 741.03 – Förderung des Radverkehrs aus Ausgleichbeträgen gemäß § 49 (4) HBauO –
- 741.86 – Förderung des Radverkehrs (Radwegeprogramm), Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Die Mittel in den jährlichen Bauprogrammen dienen schwerpunktmäßig dem Ausbau der Alltagsrouten, der Einrichtung von Radfahr- und Schutzstreifen sowie der Erneuerung von Radwegen sowie dem Um- und Ausbau

von Radwegen zur Verbesserung des baulichen und verkehrlichen Zustandes, insbesondere durch Verbreiterung und unbehinderte, geradlinige Führung im Streckenbereich sowie sichere und komfortable Führung in Knoten- und Einmündungsbereichen an Hauptverkehrsstraßen. Veranschlagt sind Maßnahmen mit Baukosten bis zu 2.500.000 EUR im Einzelfall.

Aus diesen Mitteln wird auch die Herstellung von Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Straßenraum, insbesondere an Haltestellen des ÖPNV einschließlich „Bike & Ride“ sowie die Förderung der Aufstellung von Fahrradhäuschen und Fahrradboxen finanziert; dafür können aus diesem Titel auch Zuschüsse an Dritte gewährt werden. Aus diesem Titel werden auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt.

Ansatz 2013 beim Titel 741.02 2.607.000 EUR
 Ansatz 2014 beim Titel 741.02 2.758.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
 In 2013 zu Lasten 2014 3.758.000 EUR
 In 2014 zu Lasten 2015 3.758.000 EUR
 veranschlagt

Aus Gründen der Haushaltstransparenz werden Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs, die aus Ausgleichsbeträgen gemäß § 49 Abs. 4 der Hamburgischen Bauordnung (vgl. Titel 893.02) finanziert werden, getrennt von den im Haushaltsplan veranschlagten vergleichbaren Maßnahmen (vgl. Titel 741.02) bewirtschaftet.

Der Ansatz bei dem Titel 741.86 wird im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter gemäß nachstehender Tabelle verteilt. Die Beträge beruhen auf der Einwohnerzahl der Bezirke.

Bezirk	Ansatz 2012 Tsd. EUR		Ansatz 2013 Tsd. EUR		Ansatz 2014 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	237	237	237	237	237	237
Altona	218	218	218	218	218	218
Eimsbüttel	213	213	213	213	213	213
Hamburg-Nord	242	242	242	242	242	242
Wandsbek	355	355	355	355	355	355
Bergedorf	103	103	103	103	103	103
Harburg	132	132	132	132	132	132
Gesamt	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500

Mittel des Titels 741.02 können auch für projektbezogenen Personalaufwand in Anspruch genommen werden.

Die Verpflichtungsermächtigungen bei den Titeln 741.02 und 741.86 sind zu Lasten der Folgejahre veranschlagt.

741.04 – Förderung des ÖPNV auf der Straße –
 741.05 – Förderung des ÖPNV auf der Straße aus Ausgleichsbeträgen gemäß § 49 (4) HBauO –

Der Einsatz der Mittel erfolgt nach einem mit den Hamburger Verkehrsunternehmen abgestimmten fachbehördlichen Programm. Dabei werden vorrangig solche Maßnahmen umgesetzt, die neben der Förderung des ÖPNV auch geeignet sind, das wirtschaftliche Betriebsergebnis der Verkehrsunternehmen zu verbessern. Aus diesen Mitteln wird auch der Umbau einschließlich der Grundinstandsetzung von Busbuchten und sonstigen Omnibusanlagen finanziert, wenn damit Verbesserungen für den ÖPNV-Nutzer erreicht werden (z. B. behindertengerechte Gestaltung). Veranschlagt sind Maßnahmen mit Baukosten von bis zu 2.500 Tsd. Euro im Einzelfall. Aus diesen Titeln werden auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt.

Ansatz 2013 1.315.000 EUR
 Ansatz 2014 1.322.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
 In 2013 zu Lasten 2014 1.315.000 EUR
 In 2014 zu Lasten 2015 1.322.000 EUR
 veranschlagt

Aus Gründen der Haushaltstransparenz werden Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV auf der Straße, die aus Ausgleichsbeträgen gemäß § 49 Abs. 4 der Hamburgischen Bauordnung (vgl. Titel 893.02) finanziert werden, getrennt von den im Haushaltsplan veranschlagten vergleichbaren Maßnahmen (vgl. Titel 741.04) bewirtschaftet.

7200

741.06 – Umsetzung der EU-Richtlinie Umgebungslärmschutz (Verkehrslärm) –

Veranschlagt sind Untersuchungen, die Entwicklung eines Maßnahmenprogramms und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie in Bezug auf Verkehrslärm einschließlich Ingenieurleistungen, Gutachten und sonstigen Sachkosten sowie projektfinanzierte Personalaufwendungen.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 500.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
in 2013 und 2014 jeweils zu Lasten des Folgejahres
veranschlagt 500.000 EUR

741.08 – Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm der Bundesfernstraßen –

Das Netz der Stadtstraßen und Bundesfernstraßen ist als Einheit zu betrachten. Der Bau von städtischen Entlastungsstraßen ermöglicht flankierende Maßnahmen vorrangig in den entlasteten Straßen. Ebenso führt das Bauprogramm für die Bundesfernstraßen zu Folgemaßnahmen (Anpassung des Stadtstraßennetzes an die veränderten Verkehrsströme) und flankierenden Maßnahmen (z. B. Rückbau in den entlasteten Straßen). Bewirtschaftet werden hier Maßnahmen mit Baukosten von bis zu 2.500 Tsd. Euro im Einzelfall, soweit sie nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen veranschlagt werden. Größere Vorhaben werden als Einzelmaßnahmen veranschlagt. Aus diesem Titel werden auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt.

Ansatz 2013 134.000 EUR
Ansatz 2014 135.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
in 2013 zu Lasten 2014 134.000 EUR
in 2014 zu Lasten 2015 135.000 EUR
veranschlagt

741.09 – Neu- und Umbau, Erweiterung sowie Grundinstandsetzung von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken –

Veranschlagt sind Maßnahmen an hamburgischen Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken außerhalb des Hafens mit Baukosten bis zu 2.500 Tsd. Euro im Einzelfall, soweit sie nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen veranschlagt werden. Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen mit einem Unterhaltungs- und Instandsetzungskostenanteil von bis zu 20 v. H. der Gesamtbaukosten finanziert werden. Größere Maßnahmen werden bei Einzeltiteln veranschlagt.

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer.

Ein großer Teil der hamburgischen Brücken hat ein Alter erreicht, in dem durch Zeitschäden, Überbelastungen usw. ihre Funktionsfähigkeit erheblich eingeschränkt ist. Die Schäden sind durch reine Instandsetzungsmaßnahmen nicht zu beheben, so dass die Bauwerke in wesentlichen Teilen erneuert werden müssen, um sie den gesteigerten Belastungen anzupassen.

Erhöhte verkehrliche Anforderungen machen es erforderlich, einige Brücken umzubauen, zu erweitern oder sie in ihrer Tragfähigkeit zu erhöhen. Auch erfordern neue Verkehrsbeziehungen in einigen Fällen die erstmalige Erstellung neuer Brückenbauwerke. Aus Mitteln dieses Titels wird auch der Abbau von Anlagen finanziert, soweit dies zur Einsparung von Erhaltungskosten oder aus anderem Anlass notwendig ist.

Ansatz 2013 4.258.000 EUR
Ansatz 2014 5.138.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
in 2013 zu Lasten 2014 6.200.000 EUR
in 2014 zu Lasten 2015 10.858.000 EUR
veranschlagt

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zu Lasten der Folgejahre veranschlagt.

741.10 – Neu-, Um- und Ausbau von Straßen –

Veranschlagt sind Maßnahmen des Neu-, Um- und Ausbaues von Straßen mit Baukosten von bis zu 2.500 Tsd. Euro. Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen mit einem Unterhaltungs- und Instandsetzungskostenanteil von bis zu 20 v. H. der Gesamtbaukosten finanziert werden. Aus diesem Titel werden auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt.

Die Mittel in 2013 und 2014 sind für folgende Aufgabenbereiche vorgesehen:

Ziffer	Aufgabenbereiche	Ansatz 2013 Tsd. EUR		Ansatz 2014 Tsd. EUR	
		KM	VE	KM	VE
1	Neu-, Um- und Ausbau	1.700	500	500	1.500
2	Baumaßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit	2.000	2.000	2.000	2.000
3	Unternehmerstraßen	350	350	50	350
4	Maßnahmen an Stellplätzen	100	–	100	–
5	noch nicht festgelegte Arbeiten	182	306	6	306
	Insgesamt	4.332	3.156	2.656	4.156

Zu Ziffer 1:

Vorgesehen sind Maßnahmen mit Kosten von jeweils bis zu 2,5 Mio. Euro im Netz der Hauptverkehrsstraßen.

Zu Ziffer 2:

Im Rahmen eines Mehrjahresprogramms werden in Abstimmung mit der Unfallkommission Umbaumaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit durchgeführt.

Zu Ziffer 3:

Das Hamburgische Wegegesetz sieht die Übernahme der Wegebaulast an Unternehmerstraßen durch die Freie und Hansestadt Hamburg vor.

Zu Ziffer 4:

Veranschlagt sind Mittel für das Herrichten, Ändern und Aufheben insbesondere bewirtschafteter Parkflächen.

Zu Ziffer 5:

Die veranschlagten Mittel sind für noch nicht bekannte Sofortmaßnahmen im Rahmen der Ziffern 1 - 4 vorgesehen. Über den Einsatz der Mittel wird nach aktuellen Kriterien entschieden.

Vor Beginn entsprechender Maßnahmen aus Ziffern 1 – 5 muss sichergestellt sein, dass ggf. erforderlicher Grunderwerb finanziert werden kann.

741.14 – Grundinstandsetzung von Hauptverkehrsstraßen –

Um die Funktionsfähigkeit des Straßennetzes zu sichern, ist bei einer Anzahl von Straßen die Durchführung von Grundinstandsetzungen erforderlich. Wesentliche Ursachen des schlechten Straßenzustandes ist neben unzureichender Unterhaltung in früheren Jahren auch die gestiegene Verkehrsbelastung (Verkehrsmengen und insbesondere Achslasten), die von den vorhandenen Straßenkonstruktionen bei den bestehenden Untergrundverhältnissen nicht aufgenommen werden können.

Veranschlagt sind Mittel für Maßnahmen im Netz der Hauptverkehrsstraßen mit Baukosten von bis zu 2.500 Tsd. Euro im Einzelfall. Die Maßnahmen ergeben sich aus dem Dringlichkeitsprogramm unter Berücksichtigung des akuten Zustandes einzelner Straßen.

Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen mit einem Unterhaltungs- und Instandsetzungskostenanteil von bis zu 20 v. H. der Gesamtbaukosten finanziert werden. Großflächige Erneuerungen der Fahrbahndecke erhöhen den Wert der Verkehrsinfrastruktur nachhaltig und können ebenfalls als Investitionsmaßnahmen aus diesem Titel finanziert werden. Aus diesem Titel werden auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt.

Ansatz 2013	5.957.000 EUR
Ansatz 2014	9.492.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2013 zu Lasten 2014	9.992.000 EUR
in 2014 zu Lasten 2015 veranschlagt	6.692.000 EUR

741.17 – Investitionsausgaben Sonderprogramm Winterschäden –

Der Titel ist im Rahmen des „Sofortprogramms zur Beseitigung der Winterschäden am Hamburger Straßennetz und benutzungspflichtigen Radwegen“ (Drs. 19/5546) in 2010 eingerichtet worden und wird ab 2011 erstmalig planmäßig veranschlagt, um die Funktionsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur zu sichern bzw. nachhaltig zu verbessern. Veranschlagt sind Mittel für die Sanierung des Hamburger Straßennetzes (Fahrbahnen und benutzungspflichtigen Radwegen) im Sinne von großflächigen Erneuerungen der Fahrbahndecke. Aus den Mitteln

können grundsätzlich auch Grundinstandsetzungen finanziert werden können. Die Maßnahmen werden unter Berücksichtigung des akuten Zustandes der Straßen festgelegt.

Aus diesem Titel werden auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt.

Ansatz 2013	7.000.000 EUR
Ansatz 2014	8.000.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2013 zu Lasten 2014	5.000.000 EUR
in 2014 zu Lasten 2015 veranschlagt	5.000.000 EUR

741.19 – RABT – Sicherheitstechnische Nachrüstung von städtischen Verkehrstunneln –

Die EU hat die technischen Bestimmungen für den Betrieb von Straßenverkehrstunneln nach den Unglücken insbesondere in den Alpentunneln deutlich verschärft. Die Umsetzung der EU-Tunnelrichtlinie „Europäische Richtlinie über Mindestanforderungen an die Sicherheit von Tunneln im transeuropäischen Straßennetz“ hat die Anforderungen deutlich verschärft. Die sicherheitstechnische Nachrüstung erfordert in Hamburg Aufwendungen am Wallringtunnel. Die investiven Kosten betragen 30,809 Mio. Euro (einschließlich der Vorplanungskosten von 547 Tsd. Euro beim Titel 799.01). Im Weiteren erfordert die technische Nachrüstung mit ihrer Inbetriebnahme laufende Betriebskosten und höheren personellen Aufwand u.a. zur lfd. Überwachung aus einer Betriebszentrale.

Aus diesem Titel werden auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt.

Ansatz 2013	4.450.000 EUR
Ansatz 2014	7.095.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2013 zu Lasten 2014 und 2015	13.725.000 EUR
in 2014 zu Lasten 2015 veranschlagt	6.592.000 EUR

741.23 – Verbesserung des Verkehrsflusses an Knotenpunkten –

Veranschlagt sind Mittel für Maßnahmen mit Baukosten von bis zu 2.500 Tsd. Euro im Einzelfall; Maßnahmen mit einem größeren Volumen sind als Einzelmaßnahme veranschlagt. Aus diesen Titeln werden auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt.

Der Titel 741.23 dient der Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses.

Ansatz 2013	1.619.000 EUR
-------------	---------------

741.81 – Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Straßen, Rahmenezuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt sind die Mittel für Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen sowie Grundinstandsetzung an Straßen und Wegen (ohne Hauptverkehrsstraßen) einschließlich Baumaßnahmen zur Schulwegsicherung und Absenkungen von Bordsteinen. Der Ansatz berücksichtigt die Änderungen im Netz der Hauptverkehrsstraßen entsprechend den Entscheidungen im Rahmen der Verwaltungsreform.

Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen mit einem Unterhaltungs- und Instandsetzungskostenanteil von bis zu 20 v. H. der Gesamtbaukosten finanziert werden. Großflächige Erneuerungen der Fahrbahndecke erhöhen den Wert der Verkehrsinfrastruktur nachhaltig und werden als Investitionsmaßnahme aus diesen Mitteln finanziert.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zu Lasten des jeweiligen Folgejahres veranschlagt.

Für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 erfolgt die Verteilung der Rahmenezuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 38 Abs. 3 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirk	Ansatz 2012 Tsd. EUR		Ansatz 2013 Tsd. EUR		Ansatz 2014 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	1.178	1.976	1.116	2.142	1.116	2.142
Altona	1.704	2.883	1.486	2.881	1.486	2.881
Eimsbüttel	1.323	2.220	1.163	2.229	1.163	2.229
Hamburg-Nord	1.333	2.237	1.160	2.224	1.160	2.224
Wandsbek	3.013	5.134	2.586	5.056	2.586	5.056
Bergedorf	1.431	2.432	1.234	2.403	1.234	2.403
Harburg	1.837	3.118	1.574	3.065	1.574	3.065
Gesamt	11.819	20.000	10.319	20.000	10.319	20.000

742.02 – Rückstellung für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs –

Aus der Rückstellung werden Maßnahmen Hamburgs und der Verkehrsunternehmen zur Verbesserung der Attraktivität und Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs finanziert bzw. bezuschusst. Hierzu können z.B. die Herrichtung behindertenfreundlicher Zugänge zu Schnellbahnanlagen, die Einrichtung von Busspuren, die Herrichtung, der Umbau oder Erneuerung von Bushaltestellen und anderen Busverkehrseinrichtungen gehören. Die Rückstellung dient ferner dazu, Komplementärmittel zu solchen Maßnahmen abzudecken, die vom Bund nach dem Entflechtungsgesetz (früher GVFG) gefördert werden. Aus dieser Rückstellung können auch notwendige Planungs-, Entwurfs und Baudurchführungsaufwendungen finanziert werden. Die Rückstellung wird auf einzelne Maßnahmen bezogen aufgelöst. Soweit Mittel in Höhe von über 800 Tsd. Euro für eine Einzelmaßnahme in Anspruch genommen werden sollen, wird der Bürgerschaft darüber berichtet.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 1.260.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2013 und 2014 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt 1.260.000 EUR

742.03 – Bau, Erweiterung und Grundinstandsetzung von öffentlichen P+R-Anlagen –

Die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen (einschl. Grundinstandsetzung, Modernisierung und Grunderwerb) erfolgt über Ausgleichsbeträge für Stellplätze (vgl. Erläuterungen zu Titel 893.02). Der Grunderwerb für P+R-Anlagen wird aus dem Titel 821.02 finanziert. Entscheidungen über den Bau oder Ausbau von P+R-Anlagen werden im Einzelfall getroffen und bei Gesamtkosten von über 800 Tsd. Euro der Bürgerschaft mit besonderer Drucksache zur Kenntnis gegeben. Einen Schwerpunkt bildet unverändert die Grundinstandsetzung der P+R-Anlage am U-Bahnhof Langenhorn Markt. Aus diesem Titel werden auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt.

742.12 – Planerische Vorleistungen für den Bau eines P+R-Hauses in Poppenbüttel –

Vgl. die Erläuterungen zu dem Titel 761.49

750.23 – Umgehung Finkenwerder –

Die Ortsumgehung Finkenwerder ist eine wichtige Maßnahme zur Entlastung des Ortskerns Finkenwerder von durchgehendem Verkehr, insbesondere auch Verkehren vom und zum Werk der Airbus Deutschland. Die aktuelle Konzeption, die neuen Baukosten und die Veränderungen sind im Einzelnen zusammen mit der Einrichtung des Treuhand Süderelbefonds in der Drucksache 18/5980 vom 20.03.2007 ausführlich erläutert worden.

Die Maßnahme wird mit Zuweisungen des Bundes nach dem Entflechtungsgesetz gefördert.

Die neuen Gesamtkosten betragen gemäß Kostenunterlage nach § 24 LHO vom 04.04.2003 und § 54 LHO vom 24.04.2004 57.020.000 EUR

davon entfällt auf Grunderwerb (Titel 821.02) 1.620.000 EUR
mithin zu veranschlagen beim Titel 750.23 55.400.000 EUR

Von diesem Betrag entfallen auf
Straßenbaukosten 42.700.000 EUR
Ausgleichsmaßnahmen 7.500.000 EUR
Honorare für den LSBG 5.200.000 EUR

7200

Davon sind bis einschließlich 2012 bereitgestellt	53.900.000 EUR	
Ansatz 2013	1.500.000 EUR	
insgesamt		<u>55.400.000 EUR</u>

751.02 – Bau eines Geh- und Radwegs am Oberhafen entlang des Großmarktgeländes –

Entlang dem Großmarktgelände soll auf dem durch den Vorbau einer Hochwasserschutzanlage entstandenen Geländestreifen ein Geh- und Radweg am Oberhafen angelegt werden. Der neue Promenadenabschnitt hat einschließlich zweier neu zu erstellender Brücken im Bereich Brandshofer Schleuse und Hammerbrookschleuse eine Länge von ca. 1400 m.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlagen nach § 24 LHO		4.002.000 EUR
davon entfallen auf den Titel 7200.799.01 (Ingenieurmittel)		<u>155.000 EUR</u>
Baukosten und Honorare an den LSBG		<u>3.847.000 EUR</u>

Davon sind bis einschließlich 2012 bereitgestellt	3.697.000 EUR	
Ansatz 2013	150.000 EUR	
Insgesamt		<u>3.847.000 EUR</u>

752.15 – Ergänzung Deckel A7 in Bahrenfeld/Othmarschen und Schnelsen –

Der 8-streifige Ausbau der BAB A 7 zwischen der Anschlussstelle HH-Othmarschen und dem Autobahndreieck HH-Nord-West und der sich nach Norden anschließende 6-streifige Ausbau bis zur Landesgrenze mit Schleswig-Holstein sind im Bundesverkehrswegeplan 2003 im „Vordringlichen Bedarf“ mit höchster Priorität vorgesehen. Im aktuellen Investitionsrahmenplan des Bundes (15. März 2012) sind die Abschnitte Schnelsen und Stellingen als prioritäre Vorhaben mit fortgeschrittenem Planungsstand enthalten. Der Abschnitt Altona wurde in die Kategorie „Weitere Wichtige Vorhaben“ eingeordnet. In dieser Kategorie sind Projekte zusammengefasst, die sich noch in frühen Planungsstadien befinden.

In allen drei Abschnitten sind vom Bund zu finanzierende umfassende Lärmschutzanlagen (u.a. Lärmschutztunnel in Teilbereichen) gemäß den gesetzlichen Vorschriften erforderlich. Durch ergänzende Lärmschutztunnel in den Bereichen Schnelsen und Altona (nördlich und südlich) besteht jetzt die Möglichkeit einer umfassenden Stadtreparatur in den von der BAB 7 durchschnittenen Stadtquartieren und die Schaffung neuer Entwicklungspotentiale im Bereich des Wohnungsbaus. Diese ergänzenden Maßnahmen sind von Hamburg zu finanzieren.

Der Ausbau der BAB 7 nördlich der Elbe gliedert sich in die Planungsabschnitte Altona, Stellingen und Schnelsen. Die RE-Vorentwürfe (Haushaltsunterlage für den Bund) für Stellingen und Schnelsen wurden vom BMVBS mit Schreiben vom 13.08.2010 und 11.08.2010 genehmigt. Der RE-Vorentwurf für Altona ist ausgestellt, wird geprüft und muss dem BMVBS noch zu Genehmigung vorgelegt werden.

Auf Grundlage dieser Haushaltsunterlagen werden mit dem BMVBS Vereinbarung zur Kostenteilung und Nutzungsverträge für die Tunneloberflächen verhandelt, die die Kostenteilung für die städtebaulichen Ergänzungsplanungen Hamburgs zwischen Bund und Land regeln. Für den in 2012/13 vorgesehenen verbindlichen Abschluss derartiger Vereinbarungen ist die Ermächtigung durch die Bürgerschaft im Jahr 2013 in Höhe der derzeit geschätzten Investitionskosten von 150 Mio. Euro notwendig, um insbesondere Nachteile für Hamburg abzuwenden, die aus einer späteren Veranschlagung erwachsen würden.

Ansatz 2013	1.000.000 EUR
Ansatz 2014	20.000.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2013 zu Lasten der Folgejahre und in 2014 zu Lasten der Folgejahre veranschlagt	149.000.000 EUR
	129.000.000 EUR

761.47 – Umbau des ZOB Barmbek einschl. ergänzender Maßnahmen –

Der Umbau der Busanlage und der umgebenden Straßen ist ein Teil eines Maßnahmenpakets zur Steigerung der Attraktivität des Barmbeker Stadtteilzentrums. Die Aufwertung des Bahnhofes und seines Umfeldes ist für das Quartier Barmbek-Nord verkehrlich und städtebaulich von großer Bedeutung. Vorrangiges Ziel ist die Verbesserung der Einrichtungen des ÖPNV und der betrieblichen Möglichkeiten. Daneben sollen gestaltbare Freiräume durch die Verlagerung des Busbahnhofs geschaffen werden. Baumaßnahmen am Bahnhof selbst werden durch die Hamburger Hochbahn und die Deutsche Bahn durchgeführt. Es ist vorgesehen, den Verkehrsunternehmen dafür Zuwendungen zu gewähren; deren Bewirtschaftung erfolgt bei den Leertiteln 891.47 und 893.47.

Mittel dieses Titels können auch für projektbezogenen Personalaufwand in Anspruch genommen werden.

761.49 – Barrierefreie Umgestaltung der Verkehrsanlage Poppenbüttel –

Die barrierefreie Umgestaltung der Verkehrsanlage Poppenbüttel und der Bau eines dreigeschossigen P+R-Hauses mit rd. 500 Stellplätzen über den Gleisen der S-Bahn südlich der Haltestelle Poppenbüttel sind der Bürgerschaft mit den Drucksachen 17/3378 vom 23.09.2003, 18/3555 vom 25.01.2006, 18/3897 vom 14.03.2006 und 18/6281 vom 22.05.2007 erläutert worden. Der Neubau einer Fußgängerbrücke und die innere Erschließung der Busanlage erfolgen demgemäß aus Bundesmitteln nach § 8 des Regionalisierungsgesetzes (Sollübertragung vom Titel 891.08 auf den Titel 761.49). Die Planungs- und Baukosten für das P+R-Haus werden im Wesentlichen aus Ausgleichsbeträgen gem. § 49 (4) HBauO finanziert und per Sollübertragung vom Titel 893.02 auf den beiden Leertiteln 742.12 (Vorplanung) und 891.48 (Zuwendung an die P+R-Betriebsgesellschaft) bereitgestellt. Die ECE Projektmanagement GmbH hat einen Kostenzuschuss in Aussicht gestellt, der über den Titel 341.12 eingenommen und diesem Titel zugeführt wird.

770.01 – Busbeschleunigungsprogramm –

Veranschlagt sind Mittel für die erforderlichen Voruntersuchungen und Planungen einschließlich aller projektbezogenen Aufwendungen (Ingenieur- und Architektenleistungen, Vermessungsleistungen, technischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Beratungskosten, Gutachten, Aufwendungen für Informationen, Veranstaltungen, Präsentationen, Demonstrationen, Wettbewerben sowie Öffentlichkeitsarbeit usw.). Desweiteren dient der Titel zur Abdeckung der für die Durchführung notwendigen Vorarbeiten sowie der Ausführungskosten (einschließlich der Kosten für die Bauüberwachung und das Controlling) bis zu 10.000 Tsd. Euro im Einzelfall. Größere Vorhaben werden in Einzeltiteln veranschlagt. Näheres ist der Drucksache 20/2508 vom 06.12.2011 zu entnehmen.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 30.000.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
in 2013 und 2014 jeweils zu Lasten des Folgejahres
veranschlagt 30.000.000 EUR

771.01 – Sicherung der Verkehrsinfrastruktur – Straßen einschließlich Radwege –

Das Anlagevermögen Straße repräsentiert einen Wert von rd. 1,4 Milliarden Euro (ohne Grundstücke, Brücken- und Tunnelbauwerke sowie Anlage der öffentlichen Beleuchtung und Lichtsignalanlagen) und muss entsprechend seiner in den einzelnen Anlageteilen unterschiedlichen Lebensdauer in Zyklen zwischen 25 und 80 Jahren erneuert werden.

Die Mittel werden bedarfsgerecht im Wege der Sollübertragung auf den jeweils zutreffenden Titel übertragen. Dieses Verfahren ermöglicht die prioritätsgerechte Verteilung der Mittel auf Grundinstandsetzung von Straßenflächen, Radwegen, Brücken, sonstigen Ingenieurbauwerken oder Beleuchtungs- bzw. Lichtsignalanlagen.

Ansatz 2013 2.678.000 EUR
Ansatz 2014 3.117.000 EUR

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer.

Als Verpflichtungsermächtigung sind
in 2013 zu Lasten 2014 und 2015 6.500.000 EUR
in 2014 zu Lasten 2015 8.600.000 EUR
veranschlagt

771.15 – Grundinstandsetzung der Meiendorfer Straße –

Die Meiendorfer Straße ist wichtige Hauptverkehrsstraße und innerstädtischer Abschnitt der B75. Im Bereich zwischen Oldenfelder Stieg und Spitzbergenweg dient sie in erster Linie der direkten Erschließung für die Anwohner rund um den alten Ortskern Meiendorfs.

Die Grundinstandsetzung der rd. 1.200 m langen Strecke mit Ausnahme eines Teilstücks von rd. 215 m sieht einen zweistreifigen Vollausbau mit Linksabbiegern in den Schneehühnkamp und die Wildgansstraße stadtauswärts sowie in den Dassauweg stadteinwärts vor. Der neue Querschnitt sieht beidseitige Parkstände und die Herstellung von Radwegen vor. Der Knoten Meiendorfer Straße / Spitzbergenweg / Meiendorfer Straße ist als Kreisverkehr geplant. Die Straßenentwässerung wird unter Berücksichtigung der hydraulischen und topografischen Verhältnisse neu geordnet und zum Teil in offenen Gräben geführt. Die Baudurchführung erfordert in Teilen Grunderwerb und die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens.

7200

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlagen nach § 24 LHO vom 25.01.2010		9.761.000 EUR
davon entfallen auf die Titel		
7200.799.01 (Ingenieurmittel)	571.000 EUR	
7200.821.02 (Grunderwerb)	1.426.000 EUR	
		<u>1.997.000 EUR</u>
Baukosten und Honorare an den LSBG		7.764.000 EUR
Davon sind bis einschließlich 2012 bereitgestellt	6.000.000 EUR	
Ansatz 2013	1.764.000 EUR	
Insgesamt		<u>7.764.000 EUR</u>

771.19 – Grundinstandsetzung des Unteren Landwegs –

Der Untere Landweg ist ein wichtiger Abschnitt im Netz der Hauptverkehrsstraßen als Verbindung vom Gewerbe- und Industriegebiet Billbrook zur BAB-Anschlussstelle Moorfleet. Besondere Bedeutung hat er insbesondere für den Wirtschafts- und Schwerverkehr. Auf Grund des insgesamt sehr schlechten Straßenzustandes ist eine Grundinstandsetzung des Unteren Landweges zwischen Billwerder Billdeich / Liebigstraße und der Kreuzung mit der DB dringend geboten. Die Fahrbahn erhält einen Fahrstreifen je Fahrtrichtung und einen Fahrradstreifen. Die Nebenflächen werden mit Gehwegen und Parkstreifen ausgestattet, an den Einmündungen Pinkertweg und Bredowstraße werden zusätzliche Ausweitungen für abbiegende Fahrzeuge vorgesehen. Weiterhin ist eine überwiegend offene Oberflächenentwässerung zur Rückhaltung und Reinigung des anfallenden Straßenwassers geplant.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlagen nach § 24 LHO vom 02.03.2010		15.475.000 EUR
davon entfallen auf die Titel		
7200.799.01 (Ingenieurmittel)	1.025.000 EUR	
7200.821.02 (Grunderwerb)	3.100.000 EUR	
		<u>4.125.000 EUR</u>
Baukosten und Honorare an den LSBG		11.350.000 EUR
Davon sind bis einschließlich 2012 bereitgestellt	4.304.000 EUR	
Ansatz 2013	5.996.000 EUR	
Ansatz 2014	1.050.000 EUR	
Insgesamt		<u>11.350.000 EUR</u>
Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2013 zu Lasten 2014 Veranschlagt.		1.050.000 EUR

771.20 – Grundinstandsetzung und Umbau Knotenbereich Bremer Straße / Friedhofstraße / Am Großen Dahlen / Ernst-Bergest-Weg –

Für den Knotenbereich bestehen seit langem Forderungen nach einer Verbesserung der Verkehrssicherheit, der Leistungsfähigkeit und Grundinstandsetzung. Die Planung sieht vor, die Fahrbahn der Bremer Straße auf vier Fahrstreifen auszubauen und die Einmündungen Am Großen Dahlen und Friedhofstraße zu signalisieren. Die Linksabbieger von der Friedhofstraße und der Verkehr zur Straße Am Großen Dahlen werden über eine neue Nebenfahrbahn geführt und die Zufahrt und Ausfahrt des Friedhofes wird aus dem Knotenbereich heraus nach Westen verschoben.

Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit ist eine umfassende Grundinstandsetzung aller von der Planung betroffenen Fahrbahnen und Nebenflächen mit Geh- und Radwegen vorgesehen.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlagen nach § 24 LHO vom 03.03.2010		4.803.000 EUR
davon entfallen auf die Titel		
7200.799.01 (Ingenieurmittel)	316.000 EUR	
7200.821.02 (Grunderwerb)	107.000 EUR	
		<u>423.000 EUR</u>
Baukosten und Honorare an den LSBG		4.380.000 EUR

Davon sind bis einschließlich 2012 bereitgestellt	2.550.000 EUR	
Ansatz 2013	397.000 EUR	
Ansatz 2014	1.433.000 EUR	
Insgesamt		<u>4.380.000 EUR</u>

771.22 – Grundinstandsetzung Fuhlsbüttler Straße –

Mit dem Beschluss des Hamburger Senats vom 12. Juli 2005 wurde das Gebiet „Barmbek-Nord S1, Fuhlsbüttler Straße“ als förmliches Sanierungsgebiet festgesetzt. Teil des Sanierungsgebiets sind die Straßenzüge der Fuhlsbüttler Straße und der Hufnerstraße zwischen Drosselstraße im Süden und dem U-Bahn-Viadukt im Norden. Ziel ist es, über die Neuordnung der Verkehrsflächen die Aufenthaltsqualitäten des Straßenzuges zu erhöhen und damit das Zentrum von Barmbek-Nord zu stärken.

Es erfolgt eine Neueinteilung des Querschnitts, um die stark trennende Wirkung der Fahrbahn zu verringern. Dadurch wird es möglich, Radfahrstreifen einzurichten und die Nebenflächen den örtlichen Bedürfnissen des Fußgängerverkehrs und Einzelhandels anzupassen.

Die Maßnahme wird z.T. aus Stadterneuerungsmitteln finanziert. Zwischen den BSU / WSB und BWVI / V ist ein Kostenschlüssel vereinbart worden. Demnach werden die Kosten für die Fahrbahn (einschl. Markierung, Trummen, Borde, Beschilderung etc.), Busbuchten und LSA in Höhe von 2.700.000 Euro aus dem Kapitel 7200 finanziert. Die restlichen Kosten übernimmt WSB und werden dem Titel per Sollübertragung zugeführt.

Die Gesamtkosten betragen gem. Haushaltsunterlage nach § 24 LHO vom 31.01.2011

6.425.000 EUR

davon entfallen auf den Titel

Titel 7200.821.02 (Grunderwerb)

334.400 EUR

Baukosten und Honorare an den LSBG beim Titel 7200.771.22

6.090.600 EUR

Davon sind veranschlagt

in 2014

2.700.000 EUR

zusammen

2.700.000 EUR

Die Verpflichtungsermächtigung 2013 in Höhe von ist zu Lasten 2014 veranschlagt.

2.700.000 EUR

771.23 – Umbau Großer Burstah/ Große Johannesstraße (BID Nicolaiquartier) –

Die BID-Initiative plant eine Neugestaltung des öffentlichen Raums im Nikolai-Quartier in der Hamburger Innenstadt. Ziel ist es, das Nikolai-Quartier zu einem attraktiven Einzelhandelsstandort zu machen und als Bürostandort weiterzuentwickeln. Der Große Burstah liegt im Zentrum des geplanten BID Nicolai-Quartiers und verbindet in bogenförmiger Linienführung mit seiner Fortsetzung Große Johannisstraße die Verkehrsknotenpunkte Rödingsmarkt und Rathausmarkt. Die durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsstärke beträgt für den Großen Burstah rd. 7.400 Kfz/Tag (Schwerverkehranteil 15%) und für die Große Johannisstraße rd. 9.400 Kfz/Tag (Schwerverkehranteil 24%).

Das städtebauliche Ziel der Umgestaltung – die Attraktivität des Straßenzuges in Anpassung an die Nutzung (Restaurants, Geschäfte, Banken) deutlich zu verbessern und aufzuwerten – soll insbesondere durch die Verbreiterung der Nebenflächen sowie die geordnete Anlage von Stellplätzen und Ladezonen umgesetzt werden. Dabei gilt es die funktionsfähige Abwicklung des Verkehrs und die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Parallel zur BID-Initiative Nikolai-Quartier soll die Grundinstandsetzung der beiden Straßen realisiert werden. Dafür ist der Sanierungsbedarf der Hauptverkehrsstraßen Großer Burstah und Große Johannisstraße mit dem Ergebnis geprüft worden, dass die genannten Straßen grundinstandsetzungsbedürftig sind. Darüber hinaus ist der Große Burstah angesichts der Verlegung der Buslinien in seinem jetzigen Aufbau unterdimensioniert.

Zur Erhaltung der Verkehrssicherheit sind im Großen Burstah Straßenschäden bereits mehrfach provisorisch beseitigt worden.

7200

Die Gesamtkosten betragen gem. Haushaltsunterlage nach § 24 LHO		3.155.000 EUR
davon entfallen auf den Titel		
Titel 7200.799.01 (Ingenieurmittel)		<u>155.000 EUR</u>
Baukosten und Honorare an den LSBG beim Titel 7200.771.23		3.000.000 EUR
Davon sind veranschlagt		
In 2013	1.500.000 EUR	
in 2014	1.500.000 EUR	
zusammen		<u>3.000.000 EUR</u>

Die Verpflichtungsermächtigung 2013 in Höhe von 1.500.000 EUR ist zu Lasten 2014 veranschlagt.

771.24 – Grundinstandsetzung Borsigstraße / Grusonstraße –

Die Borsigstraße sowie die Wöhlerstraße liegen im Gewerbe- und Industriegebiet Billbrook und nehmen damit eine wichtige Funktion für den Wirtschafts- und Schwerverkehr wahr. Sie münden in dem Knoten Borsigstraße / Grusonstraße / Werner-Siemens-Straße / Wöhlerstraße.

Aufgrund des insgesamt sehr schlechten Straßenzustands ist eine Grundinstandsetzung einschließlich des Knotenbereichs bis zur Wöhlerbrücke dringend geboten. Die Fahrbahn erhält einen Fahrstreifen je Fahrtrichtung sowie einen Fahrstreifen zum Ein- und Abbiegen der dort ansässigen Unternehmen mit überwiegendem Schwerverkehr. Außerdem wird eine Neuordnung des ruhenden Verkehrs vorgenommen.

Im Rahmen der Grundinstandsetzung ist zu prüfen, ob das bestehende Entwässerungssystem aufgrund gewässerschutzrechtlicher Vorgaben an den aktuellen Stand der Technik angepasst werden muss.

Die Gesamtkosten betragen gem. Haushaltsunterlage nach § 24 LHO		7.765.000 EUR
davon entfallen auf den Titel		
Titel 7200.799.01 (Ingenieurmittel)		<u>500.000 EUR</u>
Baukosten und Honorare an den LSBG beim Titel 7200.771.24		7.265.000 EUR
Davon sind veranschlagt		
In 2013	1.365.000 EUR	
in 2014	3.700.000 EUR	
zusammen		<u>5.065.000 EUR</u>

Vorbehalten bleiben 2.200.000 EUR

Die Verpflichtungsermächtigung 2013 in Höhe von 5.200.000 EUR ist zu Lasten der Folgejahre
Die Verpflichtungsermächtigung 2014 in Höhe von 2.200.000 EUR ist zu Lasten 2015 veranschlagt

771.25 – Grundinstandsetzung Straßburger Straße –

Die Straßburger Straße ist eine wichtige innerstädtische Verbindung in nordöstliche Richtung mit einer durchschnittlichen täglichen Verkehrsstärke (werktags) von 20.000 Fahrzeugen in 2009. Die Grundinstandsetzung der Straßburger Straße zwischen Nordschleswiger Straße und einschließlich des Knoten Krausestraße / Dehnhaid / Straßburger Straße sieht einen Vollausbau und eine Neuordnung der Nebenflächen vor. Um bestehende Defizite bei der Radverkehrsführung insbesondere für den östlichen Straßenabschnitt zu beseitigen, wird in Teilbereichen der Straßenquerschnitt neu eingeteilt.

Durch den Umbau des Knoten Straßburger Straße / Krausestraße / Dehnhaid kann eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit und eine Entschärfung der Unfalllage erreicht werden.

Die Gesamtkosten betragen gem. Haushaltsunterlage nach § 24 LHO		7.635.000 EUR
davon entfallen auf die Titel		
7200.821.02 (Grunderwerb)		35.000 EUR
7200.799.01 (Ingenieurmittel)		<u>360.000 EUR</u>
Baukosten und Honorare an den LSBG beim Titel 7200.771.25		7.240.000 EUR

Davon sind veranschlagt		
In 2013	1.400.000 EUR	
in 2014	3.900.000 EUR	
zusammen		<u>5.300.000 EUR</u>
Vorbehalten bleiben		1.940.000 EUR
Die Verpflichtungsermächtigung 2013 in Höhe von	5.840.000 EUR	
ist zu Lasten 2014 in Höhe von	3.900.000 EUR	
und 2015 in Höhe von	1.940.000 EUR	
veranschlagt.		
Die Verpflichtungsermächtigung 2014 in Höhe von	1.940.000 EUR	
Ist zu Lasten 2015 veranschlagt.		

772.03 – Grundinstandsetzung der Brücke Deelböge –

Die Deelbögebrücke ist eine einfeldrige Spannbetonbrücke mit 3 Hohlkästen. Die Spannweite beträgt rd. 41 m und die Breite rd. 28 m. Die Brücke liegt im Zuge der Hauptverkehrsstraße Deelböge mit hoher Verkehrsbelastung und überquert die Alster. Im Zuge von Bauwerksprüfungen wurde festgestellt, dass die Standsicherheit der Brücke stark beeinträchtigt ist. Zur Reduzierung der Verkehrslasten mussten bereits 2 Fahrspuren gesperrt und die Brücke muss notbedürftig unterstützt werden. Da zu erwarten ist, dass die Schadensentwicklung weiter fortschreitet, muss die Brücke dringend durch einen Neubau ersetzt werden.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlagen nach § 24 LHO vom 02.03.2010: 9.397.592 EUR, aufgerundet veranschlagt		9.398.000 EUR
davon entfallen auf die Titel		
7200.799.01 (Ingenieurmittel)	950.000 EUR	
7200.821.02 (alt: 821.01; Grunderwerb)	200.000 EUR	
		<u>1.150.000 EUR</u>
Baukosten und Honorare an den LSBG		8.248.000 EUR
Davon sind bis einschließlich 2012 bereitgestellt	6.500.000 EUR	
Ansatz 2013	1.748.000 EUR	
Insgesamt		<u>8.248.000 EUR</u>

772.05 – Grundinstandsetzung der Brücke Hannoversche Straße –

Die Brücke Hannoversche Straße ist eine fünffeldrige Spannbetonbrücke mit einer Länge von 73 m und 30 m Breite. Die Brücke liegt in der Nähe des ZOB-Harburg im Zuge der Hannoverschen Straße, die eine Nebenstrecke zur BAB A253 ist und überführt die Gleise der Eisenbahnstrecke Richtung Buxtehude / Stade und in das Harburger Hafengebiet. Bei Bauwerksuntersuchungen wurde festgestellt, dass mehrere Spannstäbe der Brücke gerissen sind. Außerdem enthält die Brücke korrosionsgefährdete Spannstäbe, die durch Korrosion gefährdet sind. Nachrechnungen haben ergeben, dass das Bauwerk versagen kann ohne dass vorher Schäden zu erkennen sind (Bruch vor Riss). Die Brücke ist nicht mehr ausreichend standsicher. Sie muss dringend abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt werden.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlagen nach § 24 LHO vom 02.03.2010		9.816.000 EUR
davon entfallen auf den Titel		
7200.799.01 (Ingenieurmittel)		<u>270.000 EUR</u>
Baukosten und Honorare an den LSBG		9.546.000 EUR
Davon sind bis einschließlich 2012 bereitgestellt	7.500.000 EUR	
Ansatz 2013	2.046.000 EUR	
Insgesamt		<u>9.546.000 EUR</u>

772.06 – Grundinstandsetzung der Ericusbrücke –

Die Ericusbrücke wurde 1870 als Drehbrücke (System Schwedler) errichtet und diente ursprünglich als kombinierte Eisenbahn-Straßenbrücke. Sie überführt die Straße Poggenmühle über das Gewässer Ericusgraben und wird derzeit als Teil einer Fuß- und Radwegeverbindung zwischen der Altstadt (Burchardplatz) und dem östl. Bereich der HafenCity (Lohseplatz) genutzt.

Die Ericusbrücke liegt an einer städtebaulich markanten Stelle im Bereich der Speicherstadt und steht im Zusammenhang mit dem Gesamtensemble Speicherstadt unter Denkmalschutz.

Im Jahre 2005 wurden im Rahmen der Bauwerksprüfung nach DIN 1076 an der Ericusbrücke erhebliche Schäden festgestellt. Der Überbau zeigt starke Rostschäden und die Unterbauten sind so stark geschädigt (Risse, Ausbrüche und Absackungen), dass die Stand- und Verkehrssicherheit nicht mehr gegeben ist.

Deshalb wurden in einer ersten Sofortmaßnahme bereits am 14.09.2006 die Tragfähigkeit der Brücke auf Fahrzeuge mit einem Maximalgewicht von 10 Tonnen begrenzt, die Fahrspur einspurig eingeschränkt und die Gewölbe zusätzlich mit Stahlplatten zur Lastverteilung gesichert. Da die Maximalgewichtsbeschränkung von den Verkehrsteilnehmern nicht eingehalten wurde, wurde die Brücke am 25.10.2006 für den gesamten Kfz-Verkehr gesperrt. Aufgrund weiterer Absackungen im Bereich des nördlichen Widerlagers musste im Februar 2008 aus Sicherheitsgründen das Brückenbauwerk auch für die Fußgänger und Radfahrer gesperrt werden.

Im Februar 2009 wurde entschieden, einen provisorischen Holzgehweg (Steg) über dem einsturzgefährdeten nördlichen Widerlager zu errichten, so dass die Brücke für Fußgänger wieder eingeschränkt nutzbar wurde.

Das städtebauliche Konzept für die HafenCity sieht für die Ericusbrücke eine Aufhebung der Straßenverbindung vor. Die Anbindung des Kfz-Verkehrs an die östl. HafenCity wird durch die Shanghaibrücke und die Oberhafenbrücke, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft befinden, sichergestellt. Es ist daher vorgesehen, die Ericusbrücke nur noch als Geh- und Radwegquerung zum neu gestalteten Lohsepark zu nutzen.

Das mit der Bauausführung beauftragte Bauunternehmen musste gekündigt werden, da es seine Ausführungs- und Planungsleistungen fast ein Jahr lang massiv verzögerte und damit das terminkritische Bauvorhaben (110 KV Vattenfall Leitungstrassen entlang der Brücke) blockierte. Durch die hierdurch erforderliche neue Vergabe der Restbauleistungen und zusätzliche Aufwendungen für die auf dem kritischen Weg liegende Herstellung der Leitungstrasse für die 110 KV-Leitung (z.B. Bau einer Behelfsbrücke) ergeben sich Mehrkosten in Höhe von rd. 3.300 Tsd. Euro.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlagen nach §§ 24/54 LHO	7.411.000 EUR
---	---------------

davon entfallen auf den Titel 7200.799.01 (Ingenieurmittel)	<u>415.000 EUR</u> 6.996.000 EUR
--	-------------------------------------

Von diesem Betrag entfallen auf

Baukosten und Honorare an den LSBG	6.996.000 EUR
------------------------------------	---------------

Davon sind bis einschließlich 2012 bereitgestellt	3 696.000 EUR
---	---------------

Ansatz 2013	2.710.000 EUR
Anteiliger Ansatz 2014	590.000 EUR

Da die gekündigte Firma ihre Forderungen gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg strittig hält, ergibt sich ein finanzielles Risiko, falls die Freie und Hansestadt Hamburg ihre Position nicht oder nicht vollständig durchsetzen kann. Das Risiko beträgt insgesamt bis zu 2.425 Tsd. Euro und ist planerisch in der Veranschlagung für 2014 berücksichtigt.

Anteiliger Ansatz 2014	2.425.000 EUR
------------------------	---------------

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2013 veranschlagt	3.015.000 EUR
---	---------------

Der Titel 7200.342.06 – Einnahmen im Zusammenhang mit der Grundinstandsetzung Ericusbrücke – ist als Leertitel veranschlagt, um die im Erfolgsfall erwarteten Einnahmen verbuchen zu können.

788.01 – Allgemeine Erschließungen –

Die Mittel sind für sämtliche Aufwendungen der äußeren und inneren Erschließung für Wohnungsbau, Gemeinbedarf und Gewerbeflächen bestimmt. Dazu gehören der Neu-, Um- und Ausbau öffentlicher Straßen, Brücken, Siele und Gewässer sowie Grünausgleichsmaßnahmen einschließlich der Kosten – auch Dritter – für Planung, Entwurf, Statik, Bauvorbereitung, Baudurchführung und Sonderleistungen einschl. Vermessungskosten. Weiterhin fällt darunter die Erstattung von Kosten für Erschließungsaufwendungen, die durch private Bauträger als Vorleistungen erbracht wurden (z.B. Ingenieurkosten).

Bei diesem Titel sind auch die Mittel für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogramms mit mehr als 400 Wohneinheiten (WE) veranschlagt.

Zur Beschleunigung der einzelnen Vorhaben sind vorzeitige Besitzeinweisungen / vorgezogene Baumaßnahmen erforderlich. Das mögliche Risiko aus dann noch nicht beendeten Rechtsverfahren (Planfeststellung / Aus-

baugenehmigung / Gerichtsverfahren) ist für einen eventuellen Rück- bzw. Umbau hier finanziell abgesichert. Weiterhin werden bei Bedarf aus diesem Titel auch Zuwendungen für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen finanziert und Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer.

Bei der Vielzahl der jährlich zu finanzierenden Maßnahmen und der Abhängigkeit vom Beginn der Hochbauprojekte können Erschließungsmaßnahmen nur exemplarisch genannt werden. Es sollen u.a. nachstehende laufende bzw. neue Maßnahmen finanziert werden (Änderungen bleiben vorbehalten):

Maßnahme	Bezeichnung / Belegenheit	Stadtteil
Private Erschließungen		
a) Gewerbeflächen	Winsener Straße 50 Simon-von-Utrecht-Straße (Pestalozzi-Quartier) Eckhoffplatz 5 (Lurup-Center)	Wilstorf St. Pauli Lurup
b) Wohnbauflächen	Winsener Straße 80 In der Schlucht Grandweg / Veilchenweg	Wilstorf Eißendorf Lokstedt
Erschließung von Gemeinbedarfsflächen	Zurzeit keine	
Bebauungsplan-Folgemaßnahmen	Zurzeit keine	
Liegenschaftserschließung		
a) Gewerbeflächen	Am Aschenland Wohldorf-Ohlstedt 13	Neugraben-Fischbek Wohldorf-Ohlstedt
b) Wohnbauflächen	Rahlstedt 120 (Großlohering) Ohlstedt 26 (Am Weißenberge)	Rahlstedt Ohlstedt
Maßnahmen über 400 WE	Othmarschen Park Neugraben-Fischbek 65 Uhlenhorst 12 (Finkenau)	Othmarschen Neugraben-Fischbek Uhlenhorst

Noch nicht berücksichtigt sind z.B. die Maßnahmen Bahnhof Altona und der Deckel A 7, die ggfs. gesondert eingeworben werden müssen.

Grunderwerb ist bei dem Titel 7200.821.03 veranschlagt.

Die Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen fließen dem Titel 788.01 zu. Einnahmen von Bauträgern für Maßnahmen der Hamburger Stadtentwässerung im Zusammenhang mit allgemeinen Erschließungen sind hier ebenfalls veranschlagt. Ein Teil der Aufwendungen aus Haushaltsmitteln geht später in Form von Wegebau- und Siedelbeiträgen bei den Titeln 341.31 und 6700.341.36 wieder ein.

Der Titel 789.01 – Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes – wurde in den Titel 788.01 integriert.

Ansatz 2013	17.351.000 EUR
Ansatz 2014	16.625.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2013 und 2014 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt	40.000.000 EUR
---	----------------

788.04 – Äußere Erschließung HafenCity – Westliche Anbindung –
799.03 – Planungsmittel Erschließung HafenCity –

Veranschlagt sind Mittel für Planung, Entwurf, Statik, Bauvorbereitung, Baudurchführung, Sonderleistungen, einschließlich Vermessung und Projektsteuerung. Aus diesem Titel werden insbesondere Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt.

Ansatz 2013 und 2014 beim Titel 788.04 jeweils	4.750.000 EUR
--	---------------

Ansatz 2013 und 2014 beim Titel 799.03 jeweils	250.000 EUR
--	-------------

Als Verpflichtungsermächtigung sind bei 788.04 in 2013 zu Lasten des Folgejahres	4.000.000 EUR
in 2014 zu Lasten des Folgejahres veranschlagt	2.000.000 EUR

7200

- 799.01 – Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dgl. sowie sächliche Bauaufsichtskosten –
799.22 – Vergütungen für Ingenieurleistungen u. dgl. (nicht aktivierbar im Anlagevermögen) –

Die bei diesen Titeln veranschlagten Mittel decken alle Aufgabenbereiche des Amtes für Verkehr und Straßenwesen ab, soweit nicht entsprechende Mittel bei anderen Titeln bereit stehen. Programm- und projektbezogene Ingenieurleistungen und dgl. werden grundsätzlich bei den entsprechenden Fachtiteln veranschlagt.

Die Mittel werden eingesetzt für Planung, Entwurf, Statik, Bauvorbereitung, Projektconsulting, Baudurchführung, Sonderleistungen und Projektsteuerung einschließlich der Instrumente des Neuen Steuerungsmodells sowie für Voruntersuchungen von Baugrund und Bauvorhaben, sächliche Bauaufsichtskosten (einschl. Beschaffung, Anmietung, Unterhaltung, Bewirtschaftung und Ausstattung von Büros, bauvertraglicher Beweissicherung), Informationsveranstaltungen, Lichtpausen, Fotoarbeiten, Broschüren, Falblätter und sonstige Architekten- und Ingenieurleistungen sowie die damit verbundenen Datenverarbeitungs-Leistungen und den ggf. von Hamburg zu tragenden Sachkosten der Eröffnung von Verkehrsbauwerken. Dazu gehören auch die Durchführung von Wettbewerben sowie Herstellung von Arbeitsmodellen und Demonstrationsmaterial für städtebaulich schwierige Objekte der Planung von Straßen, Ingenieur- und Hochbauten.

Aus diesem Titel werden auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt. Im Hinblick auf die Doppik werden die Mittel einem investiven (799.01) und einem konsumtiven (799.22) Bereich zugeordnet.

799.01

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 2.000.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2013 und 2014 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt 5.000.000 EUR

799.22

Ansatz 2013 1.985.000 EUR
Ansatz 2014 1.733.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2013 zu Lasten der Folgejahre 4.200.000 EUR
in 2014 zu Lasten der Folgejahre 5.000.000 EUR
veranschlagt

- 799.04 – Honorare, Ingenieur- und sonstige Dienstleistungen für Investitionsprojekte in der Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen –

Die Mittel werden in den nachfolgend erläuterten Bereichen eingesetzt:

- Abdeckung der mit dem Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) oder dem Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung (LGV) in projektbezogenen Kontrakten für ihre Leistungen an Investitionsprojekten im Aufgabenbereich der Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen vereinbarten Honorare. Mit den Honoraren finanziert der Landesbetrieb seine Personal- und Sachkosten ebenso wie eingekaufte Dienstleistungen (z.B. Ingenieur-, Architekten- und Vermessungsleistungen) sowie ggf. sonstige Kosten (vgl. auch Bürgerschaftsdrucksache 18/4149 zum LSBG). Die Entscheidung zum Einsatz eigenen oder fremden Personals obliegt den Landesbetrieben (Make-or-buy-Entscheidung).
- Dienstleistungen (z.B. Ingenieur-, Architekten-, Gutachter- und Projektsteuerungsleistungen) der Deutschen Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES), deren Gesellschafter Hamburg 2007 geworden ist (vgl. Drs. 18/6766).
- Sonstige Dienstleistungen innerhalb der Auftragsverwaltung Hamburgs zur Vorbereitung und Entwicklung von Bundesfernstraßenmaßnahmen.

Die deutliche Erhöhung der Ansätze berücksichtigt Großprojekte wie den sechs- bzw. achtspurigen Ausbau der A7 einschließlich Lärmschutz und Deckel, die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße, die Entwicklung der Konzepte zur Hafenuferspannung und den Neubau der A 26.

Den Aufwendungen für Bundesfernstraßen-Maßnahmen stehen Einnahmen vom Bund (so genannte UA-III-Mittel) gegenüber, die nach Baufortschritt gezahlt und bei dem Titel 231.01 vereinnahmt werden.

Mittel dieses Titels können auch für projektbezogenen Personalaufwand in Anspruch genommen werden.

Ansatz 2013 27.000.000 EUR
Ansatz 2014 30.000.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
in 2013 zu Lasten der Folgejahre 30.000.000 EUR
in 2014 zu Lasten der Folgejahre 21.298.000 EUR
veranschlagt

811.04 – Beschaffung von Fahrzeugen und Großgeräten für den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer –

Der Titel wurde auf Grund der Bildung des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer erstmalig mit dem Haushaltsplan 2007/2008 (vgl. Drs. 18/5056) veranschlagt, um im Bedarfsfall die Beschaffung kontraktbezogen notwendiger Fahrzeuge oder Großgeräte zu ermöglichen. Bisher ist ein derartiger Bedarf nicht eingetreten. Auf Grund der langen Nutzungsdauer derartiger Geräte und der damit verbundenen seltenen Ersatzbeschaffung soll dieser Titel jedoch auch künftig als Leertitel veranschlagt bleiben. Ggf. werden Mittel im Rahmen des Deckungskreises bereitgestellt.

811.86 – Investitionsmaßnahmen für Betriebsplätze, Hochbaumaßnahmen sowie Beschaffungen von Fahrzeugen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind die Kosten für die Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrzeugen und Geräten, die von den Straßenbaurevierern der Bezirke oder auf den Betriebsplätzen eingesetzt werden, sowie die Aufwendungen für die Sanierung und Grundinstandsetzung von Gebäuden auf den Betriebsplätzen. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter übertragen.

Ansatz 2013 1.000.000 EUR
Ansatz 2014 500.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
in 2013 zu Lasten 2014 1.000.000 EUR
in 2014 zu Lasten 2015 200.000 EUR
veranschlagt

821.02 – Grunderwerb und Entschädigungen bei Maßnahmen des Straßenbaus –

Bei diesem Titel sind seit 2009 die Kosten für Grunderwerb und Entschädigungen im Zusammenhang mit Maßnahmen des Straßen- und Brückenbaues veranschlagt, die dem Produktrahmen der Produktgruppe 3 „Integrierte Gesamtverkehrsplanung und Gesamtausgaben des Verkehrs- und Straßenwesens“ zuzuordnen sind.

Im Zusammenhang mit einzeln veranschlagten größeren Projekten kommen hierfür die Mehraufwendungen ab 2011 hinzu. Sollte im Rahmen von im Einzelnen noch nicht bekannten Maßnahmen aus dem Aufgabenbereich „Sicherung der Verkehrsinfrastruktur“ (Titel 7200.771.01) Grunderwerb erforderlich sein, wird dieser durch Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit finanziert.

Maßnahmen	Ansatz 2013 Tsd. EUR	Ansatz 2014 Tsd. EUR
Kleinere Maßnahmen aus Globalveranschlagung; zugleich Finanzplanvorgaben	1.600	400
Unterer Landweg	334	0
Fuhlsbüttler Straße		
Straßburger Straße		
Meiendorfer Straße	35	0
Brücke Deelböge	200	0
Brücke Hannoversche Straße		0
Bremer Straße / Friedhofstraße / Am großen Dahlen / Ernst-Bergest-Weg	107	0
Rundung	24	0
Ansatz Kassenmittel	2.300	400
Ansatz Verpflichtungsermächtigung	5.000	5.000

Vgl. auch Erläuterungen zu den Einzelmaßnahmen 771.15, 771.19, 771.20, 772.03 und 772.05

7200

821.03 – Grunderwerb und Entschädigungen bei Erschließungsmaßnahmen –

Bei diesem Titel werden alle Ausgaben für den Grunderwerb im Zusammenhang mit Erschließungsmaßnahmen (Produktgruppe 5) zusammengefasst. Vergleiche im Übrigen die Erläuterungen zu dem Titel 788.01.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 3.125.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
in 2013 und 2014 jeweils zu Lasten der Folgejahre
Veranschlagt 6.250.000 EUR

821.09 – Grunderwerb und Entschädigungen bei Maßnahmen des Schnellbahnbaus –

Bei diesem Titel sind die Kosten für Grunderwerb und Entschädigungen im Zusammenhang mit Maßnahmen des Schnellbahnbaus veranschlagt, die dem Produktrahmen der Produktgruppe 4 „Förderung des öffentlichen Nahverkehrs“ zuzuordnen sind.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 100.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
in 2013 und 2014 jeweils zu Lasten der Folgejahre
veranschlagt 100.000 EUR

862.01 – Darlehen an Dritte zum Ausgleich von Nachteilen bei Erschließungsmaßnahmen –

Aus den Mitteln dieses Titels werden Eigentümern und Nutzungsberechtigten von Grundstücken, die bei Erschließungsmaßnahmen in Anspruch genommen werden, Darlehen gewährt, soweit dieses neben Entschädigungen für die Aufgabe von Rechten oder aus Billigkeitsgründen notwendig ist, um den Betroffenen einen Wiederaufbau an anderer Stelle zu ermöglichen. Ferner werden Darlehen vergeben, um Grundeigentümer in die Lage zu versetzen, in Neubaugebieten liegende Flächen mit minderwertiger Bausubstanz planungsgemäß neu zu bebauen. Die Kommission für Bauordnung entscheidet über die Gewährung von Darlehen und über die Festsetzung von Konditionen. Es sind keine konkreten Maßnahmen bekannt, die Verpflichtungsermächtigungen sind vorsorglich zu Lasten des jeweiligen Folgejahres veranschlagt.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 70.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
in 2013 und 2014 jeweils zu Lasten der Folgejahre
veranschlagt 70.000 EUR

881.05 – Kostenanteile Hamburgs zum Um-, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen sowie zur Vorfinanzierung von Baumaßnahmen des Bundesfernstraßenbaus –

Bei Baumaßnahmen in der Baulast des Bundes ist der Bund der Initiator. Höhe und Zeitpunkt der fälligen Kostenanteile werden aufgrund von Verträgen und Vereinbarungen festgelegt. Veranschlagt sind die von Hamburg zu tragenden Kostenanteile zu Fernstraßenbaumaßnahmen. Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Änderungen der bisher bekannten Bauprogramme im Fernstraßennetz ergeben, die es notwendig machen, im Rahmen der bereitstehenden Haushaltsmittel Kostenanteile für weitere Bundesfernstraßen zu leisten.

Über den Ansatz hinaus dürfen Ausgaben von bis zu 15,0 Mio. Euro für Baumaßnahmen des Bundes während des laufenden Haushaltsjahres bis zu einem Zeitraum von sechs Monaten zwischenfinanziert werden. Die geleisteten Ausgaben sollen vor Abschluss des Haushaltsjahres durch entsprechende Erstattungen des Bundes ausgeglichen werden. Sofern die Bundesmittel des laufenden Jahres hierfür nicht ausreichen, sind sie vorrangig durch Bundesmittel des Folgejahres auszugleichen (vgl. Erläuterungen zum Titel 7200.331.06).

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 3.466.000 EUR

Aus diesem Titel werden auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt.

Als Verpflichtungsermächtigung sind
in 2013 zu Lasten der Folgejahre 3.466.000 EUR
in 2014 zu Lasten der Folgejahre 5.000.000 EUR
veranschlagt

884.58 – Investitionsausgaben für Öffentliche Beleuchtung und Lichtsignalanlagen –

Die ministerielle Zuständigkeit für die Öffentlichen Beleuchtung und Lichtsignalanlagen liegt seit dem Jahr 2009 im Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG).

Aus diesem Titel werden auch Honorare gezahlt.

Die Mittel sind vorgesehen für folgende Maßnahmen:

- Neubau und Erweiterung von Lichtsignalanlagen sowie zentrale und dezentrale Anlagen zur Verkehrssteuerung. Im Rahmen dieser Maßnahmen werden die signaltechnischen Anpassungen durchgeführt, die zur Verbesserung des Verkehrsflusses erforderlich sind (Neukoordinierung von ‚Grünen Wellen‘, verkehrsabhängige Steuerungen, Ergänzungen der Signalgeber für Behinderte Verkehrsteilnehmer). Aus den Mitteln werden auch kleinere Anpassungen im Straßenraum finanziert, die im Zusammenhang mit Arbeiten zur Verkehrssteuerung stehen. (Absenkungen von Bordsteinen, Markierungen).
- Grundinstandsetzung und Ersatz der Anlagen zur Lichtsignalsteuerung, um den bestehenden Leistungsstand der Verkehrssicherung zu erhalten, zu verbessern und das vorhandene Straßennetz optimal auszunutzen. Dazu gehören Ersatz abgängiger und Nachrüstung noch verwendbarer Steuergeräte und Verkehrsrechner, Ergänzungen an Lichtsignalanlagen und Einrichtung von Koordinierungsschaltungen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit, Erweiterungen und Ergänzungen in den Verkehrsrechnerzentralen. Diese Maßnahmen dienen der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit des Betriebes. Aus Mitteln dieses Titels können auch Kostenanteile / Zuschüsse zu Baumaßnahmen Dritter geleistet werden.
- Grundinstandsetzung von Glühlampen-Signalleuchten gegen energieeffiziente lichtemittierende Dioden (LED)-Signalleuchten.
- Maßnahmen zur verkehrsadaptiven Netzsteuerung sowie Aufbau der zentralen Datenbank für Verkehrsdaten.
- Ergänzung der Anlagen der Öffentlichen Beleuchtung, soweit sie nicht im Zusammenhang mit Straßenneubau oder anderen Baumaßnahmen stehen. Sie sind insbesondere erforderlich, um die Sicherheit auf allen Straßen und Wegen zu verbessern. Dazu gehören insbesondere die Umrüstung bzw. der Ersatz von abgängigen Leuchten, die Beleuchtung von Fußgängerüberwegen, die Erweiterung und Verbesserung von Beleuchtungsanlagen an Wegeflächen, die gemäß § 6 Hamburgisches Wegegesetz für den öffentlichen Verkehr gewidmet sind, an Fußgängerüberwegen und im Zuge von Maßnahmen an Unternehmerstraßen, deren Wegebaukosten Hamburg übernimmt, der Bau von Beleuchtungsanlagen in vorhandenen Verbindungswegen in öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen.
- Grundinstandsetzung von Anlagen der öffentlichen Beleuchtung und Leuchtverkehrszeichen einschließlich abgängiger Stahlmasten und Leuchten sowie Ersatz von Freileitungsanlagen mit Holzmasten durch erdverkabelte Beleuchtungsanlagen mit Stahlmasten.
- Ersatz und Austausch von Leuchtverkehrszeichen in retroreflektierende Verkehrszeichen.
- Ersatz und Austausch von Anlagen der Öffentlichen Beleuchtung im Stadt- und im Hafengebiet die zur Betriebskosteneinsparung führen und eine gesamtenergetische Einsparung der Öffentlichen Beleuchtung der FHH unterstützen.
- Aus diesem Titel darf auch der Abbau von Anlagen der Verkehrssteuerung und der Öffentlichen Beleuchtung finanziert werden, soweit dies zur Betriebskosteneinsparung oder aus anderem Anlass notwendig ist.

Ansatz 2013	13.136.000 EUR
Ansatz 2014	11.136.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind In 2013 und 2014 jeweils zu Lasten der Folgejahre veranschlagt	16.000.000 EUR
--	----------------

891.02 – Zuweisungen des Bundes gem. § 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz –

Dieser Titel ist der zentrale Titel, um Finanzhilfen des Bundes auf den Titel 891.15 und bei Bedarf auch auf andere bestehende oder außerplanmäßig eingerichtete Titel weiterzuleiten (vgl. Erläuterungen zu dem Titel 331.03).

891.04 – Zuwendungen an Verkehrsunternehmen für den behindertengerechten Ausbau von Schnellbahnhaltestellen –

Aus diesem Titel werden Zuwendungen an Verkehrsunternehmen zum behindertengerechten Umbau vorhandener oder zum Neubau zusätzlicher Zugänge von Schnellbahnhaltestellen gezahlt. Mittel über den Ansatz hinaus werden nach Bedarf von dem Titeln 891.08 „Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungsgesetz für Investitionen“ oder von dem Titel 893.02 „Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Abs. 4 der Hamburgischen Bauordnung“ im Wege der Sollübertragung bereitgestellt.

Ansatz 2013	9.600.000 EUR
Ansatz 2014	9.200.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2013 zu Lasten des Folgejahres in 2014 zu Lasten des Folgejahres veranschlagt	9.200.000 EUR 5.300.000 EUR
---	--------------------------------

891.05 – Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG gemäß U-Bahn-Verkehrswegevertrag –

Veranschlagt sind Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG zur Erneuerung von Anlagen des U-Bahn-Verkehrsweges (vgl. Bürgerschaftsdrucksache 16/1361 vom 29./30.06.1998). Die Zuwendungsfinanzierung endet ab 2014, so dass ab 2014 keine weiteren Mittel für die Gewährung einer Zuwendung an die Hamburger Hochbahn AG veranschlagt werden.

	Ansatz 2013	2.226.000 EUR
	Ansatz 2014	226.000 EUR
891.06	– Telematik - Förderung von Projekten zur Verkehrsinformation in Hamburg –	
	Zur Verkehrsinformation stellt die Telematik eine besondere Bedeutung dar. Nach Vorarbeiten z.B. durch das Projekt „Verkehrsinformations-hamburg.de“ im Internet sollen die Telematik-Anwendungen ausgeweitet werden, wobei weitere Systemkomponenten und -partner eingebunden werden sollen. Hierzu sind Anschubfinanzierungen und Zuwendungen für Projektleistungen erforderlich. Zudem sind die Haushaltsmittel für den Bereich der Verkehrsinformation sowie für die Kooperation und Vernetzung operativer Einheiten vorgesehen. Aus dem Titel sollen u.a. folgende Maßnahmen finanziert werden: Förderung von Ersteinrichtungen von Verkehrsinformationssystemen, Entwicklungsaufträge für derartige Projekte, Aktualisierung von Inhalten und Programmen, Leitungskosten zur Verknüpfung von Informationsbasen.	
	Ansatz 2013 und 2014 jeweils	500.000 EUR
	Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2013 und 2014 jeweils zu Lasten der Folgejahre veranschlagt	2.000.000 EUR
891.08	– Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungsgesetz für Investitionen –	
	Bei diesem Titel werden die Hamburg gemäß § 5 des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs –RegG– (Artikel 4 des Eisenbahnneuordnungsgesetzes vom 27.12.1993, zuletzt geändert 12.12.2007) zustehenden Bundesmittel bewirtschaftet, sofern sie nicht für Betriebskostenzuschüsse (vgl. 633.01, 682.13, 682.14 und 682.15 (die Mittel werden im Rahmen der Sollübertragung von 682.02 auf den genannten Titeln zur Verfügung gestellt)) eingesetzt oder für einzeln veranschlagte Investitionsmaßnahmen verwendet werden. Die Ausstattung mit Mitteln erfolgt in der Regel durch Umbuchung von 231.03 auf 331.08 und anschließende Übertragung auf 891.08.	
	In der Regel werden aus diesem Titel werden Mittel an Stellen außerhalb der Verwaltung (z.B. DB AG) als Zuwendung nach §§ 23 und 44 LHO gegeben. Die Leistung von Vergütungen an Vertragsingenieurinnen, -ingenieure, -architektinnen, -architekten und Sachverständige für Planung, Entwurf und Baudurchführung ist zulässig, soweit diese mit den Maßnahmen zur zweckgebundenen Verwendung der Regionalisierungsmittel zusammenhängen.	
891.09	– Zuweisungen des Bundes gem. dem GVFG-Bundesprogramm –	
	Mittel des GVFG-Bundesprogramms waren bisher gemeinsam mit den Zuweisungen nach dem Entflechtungsgesetz bei den Titel 331.03 und 891.02 veranschlagt. Der besseren Transparenz wegen erfolgt seit 2009 eine Trennung der beiden Sachverhalte (vgl. die Erläuterungen zu dem Titel 331.03).	
891.10	– Kostenbeiträge zu verschiedenen Baumaßnahmen der Verkehrsunternehmen gem. Eisenbahnkreuzungsgesetz etc.–	
	Die bei diesem Titel veranschlagten Kostenbeiträge leistet Hamburg gemäß Eisenbahnkreuzungsgesetz (EBKrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.03.1971, zuletzt geändert durch Art. 281 der Verordnung vom 31. Oktober 2006, oder aufgrund von vertraglichen Verpflichtungen. Hierzu gehören	
	<ul style="list-style-type: none"> • Verwaltungskosten, • Kostenbeiträge, die nicht im Zusammenhang mit hamburgischen Baumaßnahmen stehen, • Sicherungseinrichtungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an Bahnübergängen und Eisenbahnüberführungen einschließlich kleiner Baumaßnahmen, die von Hamburg im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen der Bahnunternehmen durchgeführt werden, • Zuschüsse gem. § 17 EBKrG und • Ablösebeiträge. 	
	Ansatz 2013	563.000 EUR
	Ansatz 2014	421.000 EUR
	Aus diesem Titel werden auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt.	
	Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2013 und 2014 jeweils zu Lasten der Folgejahre veranschlagt	2.000.000 EUR
891.15	– Allgemeine Investitionszuschüsse an Verkehrsunternehmen (§ 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz) –	
	Vgl. die Erläuterungen zu dem Titel 331.03.	

891.19 – Kostenanteil Hamburgs am Bau der U-Bahn Hafencity –

Mit der U-Bahn in die Hafencity erfolgt der Schnellbahnanschluss für das bedeutendste Stadtentwicklungsprojekt in der Metropolregion Hamburg durch ein leistungsfähiges, modernes und hoch attraktives Verkehrssystem an das vorhandene Nahverkehrsnetz der Stadt. Zugleich wird die nicht mehr den heutigen verkehrlichen Anforderungen entsprechende Verknüpfung der U-Bahn-Linien am Berliner Tor durch Änderungen im Liniensystem verbessert.

Mit den Drucksachen 18/1970 vom 16.03.2005, 18/3135 vom 08.11.2005 und 18/6011 vom 27.03.2007 hat der Senat hierzu im Einzelnen berichtet. Auf der Grundlage der Drs. 18/6011 hat die Hamburg Hochbahn AG im Sommer 2007 mit dem Bau begonnen.

Für die neue, etwa 4,2 km lange U-Bahnstrecke der U4-Hafencity waren Baukosten in Höhe von 288,75 Mio. Euro ermittelt worden. Die HOCHBAHN hat aufgrund baubedingter Mehrkosten die Aufstockung dieses Höchstbetrages um 39,25 Mio. Euro auf insgesamt 328 Mio. Euro beantragt.

Die Realisierung dieses Zukunftnetzes erfordert nach der Haushaltsunterlage gem. § 24 LHO vom 02.04.2009 Investitionen

- für den Abschnitt U 4 Hafencity (Bau- und Planungsleistungen) 288.750.000 EUR
- den Umbau Berliner Tor, soweit dieser nicht von der HHA selbst finanziert wird (nur von Hamburg zu tragende Planungsleistungen und GVFG-Anteile, soweit diese Hamburg zweckgebunden vom Bund zur Verfügung stehen) 19.570.000 EUR

Projektbezogene Kosten für das Zuwendungscontrolling, und sonst Leistungen Hamburgs einschl. der Vorbereitungsaufwendungen für einen Verbindungstunnel zwischen Lohsepark und dem Oberhafenquartier 3.180.000 EUR

Insgesamt 311.500.000 EUR

Zuzüglich Grunderwerbskosten 8.000.000 EUR

Ursprüngliche Gesamtkosten 319.500.000 EUR

Mehrkosten entsprechend Nachtrag vom 21.06.2010 39.250.000 EUR

Neue Gesamtkosten 358.750.000 EUR

Davon entfallen auf den Titel 7200.821.06 (Grunderwerbskosten) 8.000.000 EUR

Baukosten 350.750.000 EUR

Von diesem Betrag entfallen auf
 Deckung durch Zuwendungen des Bundes gem. GVFG
 für die U4 Hafencity 113.571.000 EUR
 für den Umbau Berliner Tor 15.389.000 EUR

Insgesamt 128.960.000 EUR

als Anteil Hamburgs verbleiben 221.790.000 EUR

Diese werden finanziert aus
 der ÖPNV-Rückstellung (7200.742.02) 1.200.000 EUR
 zweckgebunden angesammelten
 Regionalisierungsmitteln (7200.331.08/891.08) 117.040.000 EUR

Insgesamt 118.240.000 EUR

Verbleiben für den Titel 7200.891.19 103.550.000 EUR

Bereitgestellt bis einschl. 2012 97.620.000 EUR

Ansatz 2013 5.000.000 EUR
 Ansatz 2014 930.000 EUR

Insgesamt 103.550.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2013 zu Lasten 2014 veranschlagt. 930.000 EUR

7200

Mittel dieses Titels können auch für projektbezogenen Personalaufwand in Anspruch genommen werden.

891.20 – Kostenanteil Hamburgs an der Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek –

Mit der Drucksache 13/5583 – Aufhebung der beschränkten Bahnübergänge an der Bundesbahnstrecke Hamburg-Lübeck im Bezirk Wandsbek – wurde die Bürgerschaft am 05.04.1990 über die bauliche Konzeption unterrichtet. Sie hat dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die Aufhebung der Bahnübergänge mit der Deutschen Bundesbahn zugestimmt.

Zur Ausführung kommen Einzellösungen, für die jeweils Kostenunterlagen aufgestellt und Eisenbahnkreuzungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Soweit Straßen zu unterführen sind, werden deren Tunnel und Tröge so ausgerichtet, dass der nachträgliche Bau einer Gleichstrom-S-Bahn möglich bleibt. Der darauf entfallende Kostenanteil ist in den Gesamtkosten der Maßnahme berücksichtigt. Die bisherigen Gesamtkosten werden mit der 2. Fortschreibung der Kostenunterlage nach der 1. Eisenbahnkreuzungsvereinbarung angepasst.

Gesamtkosten gemäß fortgeschriebener Kostenunterlagen nach §§ 24 / 54 LHO vom 29.04.2010		199.502.000 EUR
davon sind durch andere Kostenträger gedeckt		<u>181.649.000 EUR</u>
auf Hamburg entfallende Kostenanteile		17.853.000 EUR
zuzüglich Honorare LSBG, die nicht als Verwaltungskosten gem. § 5 der 1. EKrV anerkannt werden. Diese erhöhen sich von 1.198.000 EUR um 8.759.000 EUR auf		<u>9.957.000 EUR</u>
Kosten insgesamt		27.810.000 EUR
Bereitgestellt bis einschließlich 2012	17.797.000 EUR	
Ansatz 2013	2.115.000 EUR	
Ansatz 2014	2.115.000 EUR	
Insgesamt		<u>22.027.000 EUR</u>
Vorbehalten bleiben		5.783.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind		
In 2013 zu Lasten der Folgejahre		3.000.000 EUR
In 2014 zu Lasten der Folgejahre veranschlagt.		1.500.000 EUR

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen zur Abdeckung der Aufträge Hamburgs, deren kassenmäßige Abdeckung zum Teil durch die Kostenanteile anderer Kostenträger finanziert werden kann.

891.26 – Kostenanteil Hamburgs an der Verlängerung der U4 bis zu den Elbbrücken –

Veranschlagt sind Mittel für die Vorplanung der Verlängerung der U4 bis zu den Elbbrücken (vgl. Drs. 20/2696 vom 27.12.2011).

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 5.000.000 EUR

891.27 – Zuwendungen zum Umbau des ZOB Bergedorf –

Die Einrichtung des Titels erfolgte mit der Drs. 18/3052 vom 25.10.2005. Danach sollen die Ausgaben vollständig durch Einnahmen (Bundesmittel nach § 8 Regionalisierungsgesetz, Ausgleichsbeträge gemäß § 49 Abs. 4 HBauO und eine Entnahme aus dem Grundstock für Grunderwerb) finanziert werden. Dementsprechend wird ein Leertitel veranschlagt.

Mittel dieses Titels können auch für projektbezogenen Personalaufwand in Anspruch genommen werden.

891.47 – Zuwendungen an die Hamburger Hochbahn für die Anpassung des Bahnhofs Barmbek im Zusammenhang mit dem Umbau des ZOB –

Vgl. die Erläuterungen zu dem Titel 761.47

891.48 – Zuwendung für den Bau eines P+R-Hauses in Poppenbüttel –

Vgl. die Erläuterungen zu dem Titel 761.49

891.56 – Erstattungen von Dataportleistungen an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer –

Bei diesem Titel sind die Kosten an Dataport, wie z.B. Rechenzentrumsleistung, IT-Infrastruktur und Basis-Endgeräteleistungen veranschlagt, die an den LSBG erstattet werden.

Ansatz 2013 und 2014 je 252.000 EUR

893.01 – Erstattungen für Maßnahmen zum Schutz gegen Straßenlärm (passiver Lärmschutz bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen) –

Veranschlagt sind Erstattungen von Kosten für Maßnahmen zum Schutz gegen Straßenlärm (passiver Lärmschutz bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen). Rechtsansprüche auf Entschädigung für Schallschutzmaßnahmen bestehen nach § 42 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in Verbindung mit der Sechzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung – 16. BImSchV). Sie werden auf der Grundlage lärmtechnischer Untersuchungen nach Anlage 1 der 16. BImSchV ermittelt. Art und Umfang der notwendigen Schallschutzmaßnahmen für schutzbedürftige Räume in baulichen Anlagen sind in der Vierundzwanzigsten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (Verkehrswege-Schallschutzmaßnahmenverordnung – 24. BImSchV) festgelegt. Kosten des aktiven Lärmschutzes (Wände, Wälle) werden bei der jeweiligen Baumaßnahme veranschlagt.

Finanzhilfen des Bundes nach dem Entflechtungsgesetz können in Anspruch genommen werden; sie fließen dem Titel 331.02 zu. Weitere Erläuterungen zu Bundeszuweisungen nach dem Entflechtungsgesetz siehe unter Titel 331.03.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 500.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind
In 2013 und 2014 jeweils zu Lasten der Folgejahre
veranschlagt. 500.000 EUR

893.02 – Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Abs. 4 der Hamburgischen Bauordnung –

Die bei den Titeln 1x41.342.03, 7200.121.02 und 6300.342.03 eingehenden Gelder (Ausgleichsbeträge) dienen der Finanzierung von Maßnahmen gemäß § 49 Abs. 4 der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) vom 14.12.2005 (HmbGVBl. S. 525, 563). Vorgesehen ist der Einsatz von Ausgleichsbeiträgen für verschiedene Investitionsmaßnahmen. Die Mittel werden auf vorhandene oder neu einzurichtende Titel übertragen.

Die angesammelten Beträge können eingesetzt werden:

- für den Erwerb von Flächen sowie die Herstellung, Unterhaltung, Grundinstandsetzung und Modernisierung von Stellplätzen durch die Stadt oder
- zur Vergabe von Darlehen oder Zuschüssen an natürliche oder juristische Personen, die entsprechende Flächen erwerben und die Herstellung, Unterhaltung, Grundinstandsetzung, Modernisierung und Bewirtschaftung von Stellplatzanlagen betreiben;
- für Maßnahmen zur Verbindung zwischen Parkeinrichtungen und Haltestellen des ÖPNV durch die Stadt oder
- als Zuschüsse an natürliche oder juristische Personen, die entsprechende Flächen erwerben und die Herstellung, Unterhaltung, Grundinstandsetzung, Modernisierung und Bewirtschaftung von Verbindungen zwischen Parkeinrichtungen und Haltestellen des ÖPNV betreiben;
- für Einrichtungen zur Verringerung des Parksuchverkehrs sowie für sonstige Maßnahmen zugunsten des ruhenden Verkehrs sowie
- für Einrichtungen des ÖPNV und von öffentlichen Fahrradwegen.

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen auch Vergütungen an Vertragsingenieurinnen und -ingenieure, -architektinnen und -architekten sowie für Sachverständige für Planung, Entwurf und Baudurchführung sowie Baunebenkosten und Schadenersatzzahlungen aus Billigkeitsgründen geleistet werden, soweit diese mit den Maßnahmen zur zweckgebundenen Verwendung der angesammelten Beträge zusammenhängen.

Soweit aus den angesammelten Beträgen Mittel in Höhe von über 800 Tsd. EUR für eine Einzelmaßnahme in Anspruch genommen werden sollen, wird der Bürgerschaft darüber berichtet.

Da die Höhe der Einnahmen und Ausgaben nicht feststeht, sind jeweils Leertitel ausgebracht.

893.03 – Zuwendungen zum Bau von Anlagen für den ruhenden Verkehr –

Aus diesem Titel werden vor allem Zuwendungen zum Bau von Quartiersgaragen in innerstädtischen Wohngebieten gezahlt, um den dort vorherrschenden Parkdruck zu mildern. Außerdem wird dieser Titel auch genutzt, um Zuwendungen an Dritte für den Bau und Umbau sowie die Grundinstandsetzung von P+R-Anlagen zu leisten, sofern nicht im Einzelfall außerplanmäßige Titel einzurichten sind. Die Mittel werden nach Bedarf vom Titel 893.02 „Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Absatz 4 der Hamburgischen Bauordnung“ im Wege der Sollübertragung bereitgestellt.

893.10 – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Flächenentwicklung Bahnflächen Altona – Investitionsausgaben –

Ausgelöst durch die von der DB AG beabsichtigte Verlagerung der Fern- und Regionalbahn vom Bahnhof Altona in den Bereich des S-Bahnhofes Diebsteich und durch das Freiwerden nicht mehr benötigter Bahn- und Industrieflächen an der Harkortstraße hat der Senat am 18.12.2007 die Einleitung vorbereitender Untersuchungen für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nach §165 BauGB (VU§165) beschlossen. Der Abschluss der VU§165 ist in 2012 vorgesehen. Ein Konzernbeschluss der DB AG zur Verlagerung der Fernbahn an den Diebsteich steht noch aus.

Die freiwerdenden Bahn- und Industrieflächen an der Harkortstraße stehen unabhängig von der Verlagerung der Fernbahn bereits heute für eine Neuentwicklung zur Verfügung, befinden sich jedoch räumlich in direkter Nachbarschaft zu den heute noch in Betrieb befindlichen Bahnanlagen nördlich des Bahnhofs Altona. Daher wurde für den Bereich der VU§165 südlich der Stresemannstraße im Jahr 2010 ein städtebaulich-landschaftsplanerischer Wettbewerb durchgeführt und der Siegerentwurf zu einem Masterplan weiterentwickelt, der die Grundlage für die Entwicklung des neuen Stadtteils bildet und der einen ersten Entwicklungsabschnitt an der Harkortstraße sowie einen späteren zweiten Entwicklungsabschnitt ermöglicht. Mit dem Masterplan ist somit die Basis für eine langfristige und nachhaltige Steuerung der Entwicklung südlich der Stresemannstraße gegeben. Nach derzeitigem Planungsstand können im ersten Entwicklungsabschnitt ca. 1.600 und im zweiten Entwicklungsabschnitt weitere rund 1.900 Wohneinheiten realisiert werden. Ein ergänzender Nutzungsmix mit wohnungsnahen Dienstleistungen, Nahversorgung, einer Stadtteilschule, weitere soziale Infrastruktur etc. ebenso wie die Realisierung eines ca. 8 ha großen Stadtteilparks sind geplant.

Die Flächen nördlich der Stresemannstraße am Standort Diebsteich können langfristig nach erfolgter Verlagerung der Fern- und Regionalbahn ebenfalls mit dem Schwerpunkt Wohnen neu entwickelt werden.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich ein zeitlicher Entwicklungshorizont von mindestens 15 Jahren, in dem zur Umsetzung der Planungen sowohl für den vorgezogenen südlichen Teil, als auch für die Flächen nördlich der Stresemannstraße umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen zu realisieren sind. Nach Beschluss des Masterplans soll für den ersten Entwicklungsabschnitt an der Harkortstraße zügig mit der Bauleitplanung (Funktions- und Bebauungsplanung, Änderung Flächennutzungsplan) begonnen werden. Die Grundeigentümer werden im Rahmen der zu schließenden Abwendungsverträge an den Entwicklungskosten beteiligt.

Seit Frühjahr 2010 wird die Entwicklung der Mitte Altona durch einen intensiven Kommunikations- und Beteiligungsprozess begleitet, der auch künftig weiter fortgesetzt werden soll. Im Rahmen verschiedener Veranstaltungsformate (Bürgerforen, Workshops usw.) sowie durch Medienangebote (online und print) und das Infozentrum Mitte Altona (eröffnet im November 2011) werden vielseitige und umfassende Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnet.

Bei diesem Titel sind die Mittel für die Erschließung der Flächen veranschlagt. Die Mittel für Planung; Kommunikation sowie weitere Investitionsmaßnahmen sind im Einzelplan 6 der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt veranschlagt.

Ansatz 2013	3.344.000 EUR
Ansatz 2014	6.160.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind	
In 2013 zu Lasten der Folgejahre	6.160.000 EUR
In 2014 zu Lasten der Folgejahre veranschlagt.	7.480.000 EUR

Über den Titel 341.11 werden Beteiligungen Dritter an den Kosten für die Flächenentwicklung Bahnflächen Altona vereinnahmt und dem Ausgabetitel zugeführt.

893.47 – Zuwendungen an die Deutsche Bahn für die Anpassung des Bahnhofs Barmbek im Zusammenhang mit dem Umbau des ZOB –

Vgl. die Erläuterungen zu dem Titel 761.47

7300 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

1. Allgemeines

Die Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung sowie der Mittel- und Stellenbedarf sind den Produktinformationen zu entnehmen.

2. Zuwendungen

Das Amt gewährt Zuwendungen zur institutionellen Förderung an die Zuwendungsempfänger, deren Wirtschaftsplan-Entwurf für 2013 und 2014 in der Anlage 3.1, lfd. Nr. 4 bzw. deren Zuwendungshöhe in der Anlage 3.2 dargestellt sind.

Im Rahmen der Projektförderung werden folgende Programme durchgeführt:

Kapitel / Titel	Ansatz 2013/2014 in Tsd. EUR	Bezeichnung des Programms	Ziele / Qualitätskriterien	Beginn/ Laufzeit
7300.683.04	1.300 / 1.154 VE 1.154 / 1.500	Innovationsregion Hamburg Förderung von innovativen FuE-Projekten Hamburger Unternehmen, sowie von Kooperationsprojekten mit Hamburger Hochschulen und Forschungseinrichtungen einschließlich der Durchfüh- rungskosten - Hamburger F+E Förder- Richtlinie	- technologisch zukunftsfähige Arbeitsplätze sichern und neue schaffen - Leistungs- und Wettbewerbs- fähigkeit erhöhen - Anregung von Produkt- und Prozessinnovationen - Minderung des unternehmeri- schen Entwicklungsrisikos	1979 unbefristet
7300.683.07	2.215 / 2.115 VE 2.000/ 2.000	Luffahrtcluster Hamburg / Norddeutschland	Sicherung der Wettbewerbsfä- higkeit der Luffahrtindustrie und der regionalen mittelständischen Zulieferindustrie in der Metropol- region	2006 - unbe- fristet

Erfolgskontrolle

Allgemein

Die Modalitäten in Bezug auf Erfolgskontrollen sind zum Teil in den Förderrichtlinien enthalten. Maßnahmen und Verpflichtungen der Zuwendungsempfänger werden in die Zuwendungsbescheide übernommen. U.a. haben die Zuwendungsempfänger eine Berichtspflicht; positive Veränderungen sind dabei besonders herauszustellen. Gegenüber dem Bund und der EU bestehen zum Teil sehr umfangreiche, jährliche Berichtspflichten.

683.04 - Innovationsregion Hamburg -

Erfolgskontrollen werden projektbegleitend während der Abrechnungs- und Auszahlungsprüfungen sowie im Rahmen der Abschlussberichterstattung und der Prüfung des Verwendungsnachweises individuell für jedes geförderte FuE-Projekt durchgeführt. Nach Projektabschluss eines geförderten FuE-Projektes beginnt die von der Behörde begleitete individuelle Nachbeobachtungsphase. In dieser Phase besteht für die geförderten Unternehmen eine sechsjährige Standortbindung an Hamburg. Des Weiteren werden in dieser Zeit Projekterlösmeldungen und Unternehmensentwicklungen abgefragt.

Ansatz 2013	1.300.000 EUR
Ansatz 2014	1.154.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in 2013 zu Lasten des Folgejahres	1.154.000 EUR
in 2014 zu Lasten der Folgejahre veranschlagt.	1.500.000 EUR

683.07 - Luffahrtcluster Hamburg -

Aus dem Luffahrtcluster Hamburg/Norddeutschland hat sich das von der Bundesregierung prämierte Spitzencluster „Luffahrtcluster Metropolregion Hamburg“ mit derzeit rd. 38.000 Arbeitsplätzen erfolgreich entwickelt. Ziel ist es, die Luffahrtindustrie als wachstumsstarke und innovative Branche auch künftig weiter zu entwickeln und abzusichern. Dafür wurden im Rahmen der Drs. 18/2925 für die strategischen Handlungsfelder „Forschung und Entwicklung“, „Qualifizierte Fachkräfte“, „Kompetenznetz Kabine“, „Internationalisierung“ und „Service/Marketing/Luffahrtinitiative“ Ziele formuliert worden.

7300

Ansatz 2013	2.215.000 EUR
Ansatz 2014	2.115.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils veranschlagt.	2.000.000 EUR

Im Übrigen wird auf die Titel-Erläuterungen zu den Sach- und Fachausgaben und den Investitionen hingewiesen.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen sind insbesondere geprägt durch die Gebühren für Erlaubnisse nach den Vorschriften des Luftverkehrsgesetzes und des Luftsicherheitsgesetzes (7300.111.03).

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 7.

Sach- und Fachausgaben

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblichen Veränderungen im Einzelnen erläutert:

521.01 – Unterhaltung für die Ausgleichsmaßnahme „Borghorster Elbwiesen“ –

Aus der Kohärenzsicherungsmaßnahme für die Teilverfüllung des Mühlenberger Lochs „Borghorster Elbwiesen“ entstehen Sach-, Energie und Personalkosten für den Betrieb und die Unterhaltung des Sielbauwerks und des Schöpfwerks sowie einer Grundwasserdrainage mit Enteisungsanlage, die in diesem Titel veranschlagt sind.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 14.000 EUR

535.01 – Maßnahmen zur Förderung von Mittelstand und Handwerk –

Ziel ist es, Hamburgs Wirtschaftspolitik konsequent mittelständisch auszurichten. Kleine und mittelständische Unternehmen sollen durch ein Bündnis für den Mittelstand unterstützt werden und eine Strategie zur Stärkung des Handwerks soll erarbeitet werden. Die Förderung von Existenzgründungen durch Verbesserung der Motivation, Information und Qualifikation sowie die Unterhaltung der Geschäftsstelle der Hamburger Existenzgründungsinitiative (H.E.I.) soll Hamburg weiterhin einen Spitzenplatz bei den Unternehmungsgründungen gewährleisten. Weiterhin wird aus diesem Titel der Zuschuss an das Deutsche Handwerksinstitut finanziert.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 460.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres veranschlagt. 100.000 EUR

539.01 - Kostenerstattung an die FHG im Rahmen der Beleihung von Beauftragten zur Luftaufsicht -

Zur Erfüllung aller luftrechtlichen Vorgaben sowie der Grundsätze des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung über die Einrichtung und Ausstattung von Luftaufsichtsstellen an Flughäfen ist die Luftaufsicht an Verkehrsflughäfen „mindestens während der veröffentlichten, regelmäßigen Betriebszeit besetzt zu halten“. Das dafür erforderliche Personal wird nunmehr bei der Flughafen Hamburg GmbH (FHG) im Rahmen der Beleihung von Beauftragten zur Luftaufsicht bereitgestellt. Die dafür anfallenden Kosten in Höhe von 137 Tsd. Euro p.a. sind von der BWVI an die FHG zu erstatten

631.01 - Kostenanteil Hamburgs für den Ausbau der Oststrecke des Mittellandkanals -

In den 60-er Jahren schlossen Bund und Länder Staatsverträge zur Finanzierung des Ausbaus des norddeutschen Kanalnetzes. Die Länder beteiligten sich an den Gesamtkosten, damit die in der Kompetenz des Bundes liegende Wasserstraßeninfrastruktur schneller bereitgestellt werden konnte. Die FHH war beteiligt am Elbe-

Seitenkanal (ESK) zu 1/3 (Bund 2/3) und ist beteiligt an der Oststrecke des Mittellandkanals (MLK) zu 5% (Bund 2/3, Niedersachsen 28%).

Am MLK wird derzeit noch im Bereich östlich der Einmündung des ESK gebaut – vor allem Streckenausbau und Schleusenneubau sowie in den dazu gehörigen Stichkanälen. Die von der FHH mitfinanzierte Oststrecke des MLK (Staatsgebiet Niedersachsen) wird voraussichtlich im Jahr 2012 fertig gestellt, in einzelnen Stichkanälen noch etwas später. Ein Teilnutzen wurde durch die Fertigstellung der Schleuse Sülfeld (bei Wolfsburg) in 2008 und aller Brücken im MLK bis 2009 erreicht.

Ansatz 2013	400.000 EUR
Ansatz 2014	1.000.000 EUR

682.02 – Betriebszuschuss an die Clustermanagement erneuerbare Energien GmbH –

Ziel ist es, die nationale und internationale Wettbewerbsposition des Wirtschaftsstandortes Hamburg in dieser stark wachsenden Branche zu stärken und Hamburg zu einem führenden Standort für Erneuerbare Energien auszubauen. Die neue Netzwerkagentur soll ausgerichtet am Bedarf der Unternehmen, die im Bereich der Erneuerbaren Energien tätig sind, aktiv den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Wirtschaft, Forschung, Politik, Verbänden, Kammern und Verwaltung fördern und Kooperations-, Technologietransfer- und Innovationsprojekte initiieren.

Diese Funktion soll mit der Zuwendung zur Finanzierung des Betriebs der Netzwerkagentur gestärkt werden. Ihre Funktionen u.a.: Netzwerk, Kommunikation und Marketing, Projektinitiierung, (inter-)nationale Allianzen.

Der Titel wurde erstmalig im Haushaltsjahr 2010 eingerichtet, es wird von einer mehrjährigen Laufzeit ausgegangen

Ansatz 2013 und 2014 jeweils	600.000 EUR
------------------------------	-------------

683.02 – Innovations- und Clusterorientierte Wirtschaftspolitik –

Die Mittel sind zur Finanzierung von Maßnahmen der innovations- und clusterorientierten Wirtschaftspolitik vorgesehen. Sie dienen insbesondere der Förderung von FuE- und Netzwerkmaßnahmen in den Clustern Luftfahrt, Maritimes, Life-Science, Erneuerbare Energien. Darüber hinaus sollen die Mittel für die Finanzierung von innovationspolitischen Maßnahmen, die nicht im Rahmen der fachaufsichtlichen Steuerung durchgeführt werden können, entsprechend der Maßgabe des Senatszieles „Innovationshauptstadt 2020“, verwendet werden.

Ansatz 2013	2.691.000 EUR
Ansatz 2014	1.570.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in 2013 zu Lasten der Folgejahre	1.950.000 EUR
in 2014 zu Lasten des Folgejahres veranschlagt.	1.500.000 EUR

683.04 – Innovationsregion Hamburg –

Die Mittel sind für Zuwendungen zur Förderung von innovativen FuE-Projekten Hamburger Unternehmen, sowie von Kooperationsprojekten mit Hamburger Hochschulen und Forschungseinrichtungen einschließlich der Durchführungskosten als auch zur Förderung und zum Ausbau der FuE-Infrastruktur, zur Förderung von FuE-Netzwerken und Clustern und zur Kofinanzierung von innovativen Projekten im Rahmen von EU Programmen veranschlagt. Zur Anwendung kommen die Hamburger FuE-Förderrichtlinie und die Richtlinie zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben Hamburger Forschungseinrichtungen, von Innovationen in KMU sowie von Netzwerken und Clustern (FEI Richtlinie).

Die finanzielle Förderung von innovativen FuE-Projekten erfolgt im Regelfall als Anteilsfinanzierung

- bei Vorhaben der experimentellen Entwicklung bis zu 45 v. H. sowie
- bei Vorhaben der industriellen Forschung bis zu 70 v. H.

und einem Kooperationszuschlag von 15% bis zu maximal zu 80%. Die Förderhöhe beträgt bis zu 500 Tsd. Euro, in Ausnahmefällen bis zu 1 Mio. Euro je Projekt.

Aus diesem Titel können auch die Kosten der Projektträgerschaften, Gutachten zu beantragten Projekten sowie die Evaluation von Projekten und Programmen finanziert werden.

Mit der Förderung sollen

- die Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Wirtschaft erhöht werden,
- Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden,
- Unternehmen angereizt werden, ihre Forschungsaktivitäten zu erhöhen,
- mehr und schnellere wirtschaftliche Produkt- und Prozessinnovationen entwickelt werden,

- die Forschungs- und Entwicklungsnetzwerke in Hamburg zwischen Unternehmen untereinander sowie zwischen Unternehmen und Hamburger Forschungseinrichtungen und Hochschulen gestärkt werden.

Ansatz 2013	1.300.000 EUR
Ansatz 2014	1.154.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in 2013 zu Lasten des Folgejahres	1.154.000 EUR
in 2014 zu Lasten der Folgejahre veranschlagt.	1.500.000 EUR

683.05 - Cluster Logistik -

Im Cluster Logistik werden Maßnahmen und Aktivitäten in den Handlungsfeldern „Kompetenznetzwerk“, „Gewerbeflächen und Verkehrsinfrastruktur“, „Arbeitskräfte“, „Innovation und Technologie“, „Nachhaltigkeit“ und „Standortprofilierung“ konzipiert und durchgeführt (vgl. Drs. 18/2651). Aus dem Titel werden diese Maßnahmen ebenso finanziert wie das Clustermanagement bei der Hamburgischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, das eine zentrale Bedeutung insb. für die Zusammenarbeit mit Unternehmen und Institutionen im Rahmen der Logistik-Initiative Hamburg hat. Darüber hinaus werden die Mittel für die Entwicklung und Realisierung von innovativen Projekten genutzt, die geeignet sind, Logistik-Wertschöpfung und Beschäftigung am Standort Hamburg kurz-, mittel- und langfristig zu erhöhen.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils	470.000 EUR
------------------------------	-------------

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils veranschlagt.	200.000 EUR
---	-------------

683.07 - Luftfahrtcluster Hamburg -

Die Bürgerschaft hat am 02.02.2006 einstimmig die SIP-Drucksache „Luftfahrtcluster Hamburg/Norddeutschland“ beschlossen (vgl. Drs. 18/2925). Mit dem Projekt werden alle luftfahrtbezogenen Aktivitäten der Stadt in einem Gesamtprogramm zusammengefasst, auf strategische Handlungsfelder ausgerichtet und stärker international orientiert. Strategische Handlungsfelder sind dabei „Forschung und Entwicklung“, „Qualifizierung“, „Kompetenzzentrum Kabine“, „Internationale Kooperationen“ und „Service/Marketing/Luftfahrtinitiative“. Alle Maßnahmen sollen norddeutsch angelegt sein, um sich zukünftig stärker als europäische Luftfahrtregion Norddeutschland mit noch mehr Gewicht präsentieren zu können. Die Fortführung des Hamburger Luftfahrtforschungsprogramms einschließlich des Aufbaus eines Forschungsnetzwerkes bildet den zentralen Schwerpunkt des Projektes. Daraus sollen Kooperationsprojekte zur Generierung von Innovationen in der Luftfahrtindustrie insbesondere in den Wachstumsbereichen Kabine/Kabinensysteme und Entwicklung neuer Montagekonzepte unterstützt werden. Dies sichert den Standort des Airbus-Werkes Finkenwerder und der Lufthansa-Technik AG am Flughafen sowie die mittelständisch geprägte Zulieferindustrie. Gleichzeitig wird das technologische Potenzial der regionalen Zulieferbetriebe gezielter als bisher zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit eingesetzt. So können hochwertige Arbeitsplätze in Hamburg erhalten und neue geschaffen werden. Um das spezifische Know-how am Luftfahrtstandort Hamburg auf dem Gebiet Kabine/Kabinensysteme zu einem branchenübergreifenden Cluster weiterzuentwickeln, sollen branchenübergreifende Projekte sowie der Aufbau branchenübergreifender Kooperationsstrukturen im Bereich Kabine gefördert werden. Die damit verbundene Erschließung neuer Marktfelder und Absatzbereiche ist insbesondere für die überwiegend mittelständischen Luftfahrtzulieferer von strategischer Bedeutung, um die hohen Anforderungen der Flugzeughersteller an Finanzkraft und FuE-Fähigkeit auf ein breiteres Fundament zu stellen. Die „Qualifizierungsoffensive Luftfahrtindustrie“ leistet einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftepotenzials und zur Stärkung Hamburgs Position als bundesweit führendes Aus- und Weiterbildungszentrum für luftfahrttechnische Berufe. Investitionen in die Aus- und Weiterbildungsinfrastruktur sind erforderlich, um neue technologische Schwerpunktsetzungen (z.B. Faserverbundstoffe) und die damit verbundenen Anforderungen an die Qualifizierung (neue Ausbildungsberufe, neue Schwerpunktsetzung bei Lehre und Forschung) zu berücksichtigen und die - trotz des deutlichen Ausbaus der Aus- und Weiterbildungsgänge in den letzten Jahren - weiter steigende Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften auch langfristig befriedigen zu können. Das Luftfahrtcluster wird durch die Weiterentwicklung des Luftfahrtforschungsprogramms, des „Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung (ZAL)“ sowie das „Hamburg Center of Aviation Training (HCAT)“ auch künftig weiter gestärkt werden.

Das Cluster hat 2008 im Spitzenclusterwettbewerb des Bundes die Finalrunde erreicht. Im Rahmen dessen hat es eine strategische Neuausrichtung vorgenommen, über die die Bürgerschaft gesondert unterrichtet wird.

Ansatz 2013	2.215.000 EUR
Ansatz 2014	2.115.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils veranschlagt.	2.000.000 EUR
---	---------------

683.08 - Forschungseinrichtung Seefracht-Technologien (CML) -

Erhebliche Potentiale für Hamburg als führenden Hafen- und Schifffahrtsstandort Deutschlands bestehen noch im Bereich der transport-technologisch geprägten Forschung und Entwicklung. Deshalb wird in Hamburg das Center für Maritime Logistik und Dienstleistungen (CML) in Kooperation mit der Fraunhofer-Gesellschaft aufgebaut. Für die Gründungs- und Aufbauphase wird ein Finanzrahmen in Höhe von 6 Mio. Euro bereitgestellt (vgl. Drs. 19/4918).

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 200.000 EUR

683.09 - Maritimes Cluster Hamburg / Schleswig-Holstein -

Initiiert durch Drs. 18/5012 (Investitionen in neue Arbeitsplätze) wird das Programm zum Aufbau des und zur Innovationsförderung im Maritimen Cluster mit dem Ziel der nachhaltigen Sicherung von Arbeitsplätzen fortgeführt. Im Dezember 2010 haben die Länder Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen eine trilaterale Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung eines gemeinsamen maritimen Clustermanagements Norddeutschland abgeschlossen. Im Januar 2011 hat das Clustermanagement seine Arbeit aufgenommen. Die Kosten des gemeinsamen Clustermanagements tragen die drei beteiligten Länder zu gleichen Teilen. Aufsetzend auf der Potenzialanalyse für Hamburg sollen gezielt Cluster- und Standortaktivitäten der maritimen Industrie - zu der auch die Bereiche See-, Binnen- und Kreuzschifffahrt zuzurechnen sind - gefördert werden. Die Förderung erfolgt durch Zuschüsse im Rahmen des beihilferechtlich Zulässigen.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 300.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils veranschlagt. 300.000 EUR

683.10 - Clusterorientierte Strukturpolitik -

Aus dem Titel sollen Projekte gefördert werden, die zur kurz-, mittel- und langfristigen Sicherung des Fachkräftepotenzials für die Kompetenzcluster beitragen. Der Titel ist von Senat und Bürgerschaft im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms „Hamburg 2010“ beschlossen worden (Drucksache 18/2651 „Stärkung Hamburgs als internationales Kompetenzzentrum für Logistik“). Der Titel ist ebenfalls Bestandteil der Drucksache „Luftfahrtcluster Hamburg/Norddeutschland (Drucksache 18/2925)“. Im Rahmen der clusterorientierten Strukturpolitik werden Projekte in den Handlungsfeldern Ausbildung, Studium, Weiterbildung, Gewinnung von Fachkräften aus anderen Regionen und langfristige Nachwuchsgewinnung entwickelt und umgesetzt. Sowohl die Entwicklung als auch die Finanzierung der Maßnahmen erfolgen soweit wie möglich unter Beteiligung der Unternehmen, um die Maßnahmen auf die betrieblichen Erfordernisse auszurichten. Dabei werden auch Kooperationsprojekte mit Verbänden und anderen Hamburger Behörden gefördert.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 550.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils veranschlagt. 550.000 EUR

683.11 - Maßnahmen innovativer Strukturpolitik -

Vgl. Erläuterungen zu 7300.892.18. Hier ist der nicht bilanzierungsfähige Anteil veranschlagt.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 250.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils veranschlagt. 250.000 EUR

683.12 - Internationale Cluster-Trainingszentren -
892.05

Aus den Titeln sollen Aufbau und Weiterentwicklung von Trainingszentren in den Hamburger Clustern finanziert werden.

Die Bewirtschaftung erfolgt aus Restmitteln.

683.14 - Weiterentwicklung der Elektromobilität in Hamburg -

Die Mittel dienen der Finanzierung von Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität in Hamburg, einschließlich der Kosten ihrer Durchführung. Ziel ist eine integrierte Implementierung der Elektromobilität als Beitrag zum Klimaschutz, zur verkehrlichen und Entwicklung sowie zur Hamburger Energiepolitik. Gefördert werden unter anderem Verbundprojekte wie „Hamburg – Wirtschaft am Strom“ und „Intermodale Verknüpfung“ sowie

7300

Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Die finanziellen Mittel dienen auch als Komplementärmittel zur Förderung der Modellregion Hamburg durch den Bund

Ansatz 2013 450.000 EUR
Ansatz 2014 850.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind
in 2013 zu Lasten des Folgejahres 450.000 EUR
in 2014 zu Lasten der Folgejahre 800.000 EUR
veranschlagt.

685.02 - Cluster Life Sciences Hamburg/ Schleswig-Holstein -

Die Life Sciences sind ein Wachstumsmarkt der Zukunft, den der Senat durch eine gezielte Clusterpolitik ausbaut.

Die bis 2012 bei diesem Titel berücksichtigten FuE-Mittel werden ab 2013 auf dem Titel 7300.683.02 – Innovations- und Clusterorientierte Wirtschaftspolitik – veranschlagt.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 450.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind
in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils 500.000 EUR
veranschlagt.

685.03 - Zuschuss an den Verein zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs -

Der Titel wurde eingerichtet für die Zuwendung Hamburgs an den Verein zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs. Gegründet wurde der Verein durch Bund, Küstenländer und Wirtschaft, um auf entsprechende Aktivitäten in allen wesentlichen EU-Staaten zu reagieren und die verkehrspolitisch angestrebte stärkere Transportverlagerung auf den besonders umweltschonenden Verkehrsträger Schifffahrt zu fördern. Der Verein mit Sitz in Hamburg betreibt ein „Short Sea Shipping Inland Waterway Promotion Center“ (SPC) mit hafenneutralem operativen Sitz in Bonn, das durch gezielte Informations- und Koordinierungsmaßnahmen sowie weitergehende Aktivitäten zur Entlastung von Landverkehren durch den Wasserweg (Binnen- und Feederschifffahrt) beiträgt.

Die Finanzierung des SPC erfolgt durch den Bund und die Bundesländer Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Hamburg (weitere Bundesländer werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2012 folgen) sowie Mitgliedsbeiträgen von Interessenvertretungen, Häfen und Privatunternehmen.

Aufgrund der nicht unerheblichen CO₂-Einsparungen durch die Verkehrsverlagerung auf das Wasser sind der Verein bzw. das SPC auch Bestandteil des Klimaschutzprogrammes des Senates (Projekt-Nr. 2007/137).

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 15.000 EUR

686.02 - Technologieorientierte Frühphasenfinanzierung und innovative Existenzgründungen -

Aus diesem Titel werden 40 Verbundprojekte des Pro-Ideenfonds finanziert. Es erfolgt eine 50 %ige Kofinanzierung durch EFRE (7400.971.08).

Die Bewirtschaftung erfolgt aus Restmitteln.

686.04 - Mittelstandsorientierte überbetriebliche Förderung im Handels- und Dienstleistungsbereich -

Veranschlagt sind Mittel für mögliche Einzelprojekte im Bereich des Einzelhandels, vornehmlich Anschubfinanzierungen von Quartiersmanagements. Damit soll der strukturelle Wettbewerbsnachteil gegenüber gemanagten Einkaufszentren ausgeglichen werden.

Ansatz 2013 80.000 EUR
Ansatz 2014 80.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind
in 2013 zu Lasten des Folgejahres 50.000 EUR
in 2014 zu Lasten des Folgejahres 50.000 EUR
veranschlagt.

Investitionen

892.18 - Maßnahmen innovativer Strukturpolitik -

Aus diesem Titel werden Projekte gefördert, die entweder in einer neuartigen Form erstmalig umgesetzt werden, neue thematische Felder besetzen oder mit innovativen Strukturen die Erreichung strukturpolitischer Ziele in Hamburg unterstützen. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist dabei die Verknüpfung von Strukturwandel, Innovationsprozessen und Wissen. Bei der Durchführung der Projekte wird großer Wert darauf gelegt, dass sich Netzwerkeffekte ergeben. Es werden insbesondere Projekte gefördert, bei denen sich Projektpartner aus Wissenschaft und/oder Wirtschaft an den Projekt- und/oder Folgekosten beteiligen und damit ihr Eigeninteresse dokumentieren.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 250.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind
In 2013 und 2014 jeweils zu Lasten der Folgejahre
veranschlagt. 250.000 EUR

7350 Hamburg Port Authority**1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten**

Die Hamburg Port Authority Anstalt öffentlichen Rechts ist mit Drucksache 18/2332 zum 01.10.2005 gegründet worden und zuständig für die bedarfsgerechte Gewährleistung und Fortentwicklung der Funktionsfähigkeit der Infrastruktur des Hamburger Hafens.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben**Einnahmen**

Die Einnahmen sind geprägt durch die Zuweisungen des Bundes für Seehäfen (2013 und 2014 jeweils 20.963 Tsd. Euro vgl. Titel 7350.331.01).

Ausgaben*Sach- und Fachausgaben*

547.01 – Betreuung von Seeleuten –

Die Seemannsmission Duckdalben wird seit Gründung 1986 von der FHH finanziell unterstützt. Die Seemannsmission erfüllt einen sozialen Auftrag für die internationale Schifffahrt, indem sie den Seeleuten während der Liegezeit ihrer Schiffe ein freizeitbezogenes Umfeld außerhalb des Schiffes anbietet.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 250.000 EUR

682.02 – Zuschuss an die Hamburg Porth Authority für hafenfremde und nicht erwirtschaftete Leistungen –

Die Bürgerschaft hat mit dem Ersuchen Drs. 19/2334 den Senat dazu aufgefordert, Kosten für nicht-hafenspezifische Aufgaben, die aus übergeordneten stadtpolitischen Erwägungen von der HPA bisher ausgeführt werden, der HPA zu erstatten. Zwischen HPA und BWVI wurde ein entsprechender Aufgabenkatalog abschließend fixiert. Darin ist beispielsweise die Unterhaltung der Infrastruktur auf der Insel Neuwerk, die Unterhaltung des St-Pauli-Elbtunnels sowie die Strand- und Uferunterhaltung des Elbe-Nordufers enthalten.

Darüberhinausgehende Aufgaben, die zukünftig als hafenfremde Aufgaben definiert werden und von der HPA wahrgenommen werden sollen, sind vom Verursacher zu finanzieren und der HPA von diesem zu erstatten.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 17.550.000 EUR

Erfolgsplan

	Ergebnis GJ 2011 Tsd. EUR	Plan GJ 2012 Tsd. EUR	Vorschau GJ 2013 Tsd. EUR	Vorschau GJ 2014 Tsd. EUR
	1	2	3	4
1. Erträge				
1.1. Umsatzerlöse	157.866	176.306	184.144	189.934
1.2. aktivierte Eigenleistungen	10.309	10.199	9.978	8.018
1.3. Sonstige betriebliche Erträge	75.212	34.476	34.965	25.061
Summe der Erträge	243.388	220.981	229.087	223.012
2. Aufwendungen				
2.1. Materialaufwand	164.923	130.131	214.195	207.040
2.1.1. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	11.129	8.800	8.877	8.956
2.1.2. Aufwendungen für bezogene Leistungen	153.794	121.331	205.318	198.084
2.2. Personalaufwand	94.509	98.516	100.923	102.357
2.2.1. Löhne und Gehälter	79.564	82.096	84.103	85.298
2.2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen	14.946	16.419	16.821	17.060
2.3. Abschreibungen	46.250	41.586	44.798	46.535
2.4. sonstige betriebliche Aufwendungen	36.919	30.002	44.229	35.458
Summe der Aufwendungen	342.601	300.235	404.145	391.390
3. Beteiligungsergebnis				
4. Zinsergebnis	-10.383	-8.549	-11.701	-15.398
5. Außerordentliches Ergebnis	-425	-425	-425	-425
6. Steuern v. Einkommen u.v. Ertrag (Vorjahre)				
7. sonstige Steuern	-12.443	6.300	6.300	6.300
8. Jahresergebnis	-97.577	-94.527	-193.485	-190.500
9. Auflösung der Kapitalrücklage	102.600	94.832	195.741	190.826
10. Ergebnis nach Auflösung der Kapitalrücklage	5.023	305	2.256	326

Investitionen

891.61 – Kostenerstattung für Investitionen im Hafen –

Die HPA erhält eine allgemeine Kostenerstattung in Höhe von 24 Mio. Euro. Die Kostenerstattung wird für Ausbauproduktivitäten des Hamburger Hafens gewährt. Die Mittel werden insbesondere für die Flächenherrichtung im Bereich des Hafenentwicklungsgebietes eingesetzt.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils

24.000.000 EUR

7350

891.62 – Investitionen in die allgemeine Hafeninfrastuktur –

Mit der Drucksache 18/2332 (Gründungsdrucksache HPA) ist grundsätzlich vorgesehen, dass Investitionen in die allgemeine Hafeninfrastuktur aus dem Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg getragen werden. Mit der Drs. 19/1518 hatte die Bürgerschaft im Jahr 2008 beschlossen, die Finanzierung der allgemeinen Hafeninfrastuktur vorübergehend mit den Erlösen aus dem Teilbörsengang der Hamburger Hafen und Logistik AG (sog. HHLA-Milliarde) zu bestreiten. Ebenso wurde beschlossen, nach Aufzehren der „HHLA-Milliarde“ die Finanzierung der Hafeninvestitionen im erforderlichen Umfang auch durch den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg sicherzustellen. Sofern die Mittel aus der „HHLA-Milliarde“ bereits in 2014 erschöpft sind, sind im Einzelplan 9.2 beim Titel 9890.791.06 – Rückstellung für noch zu konkretisierende Investitionsmaßnahmen – Mittel in Höhe von 91 Mio. Euro für die Anschlussfinanzierung veranschlagt und bei Verbrauch der „HHLA-Milliarde“ abrufbar.“

Als Verpflichtungsermächtigungen sind
in 2014 zu Lasten der Folgejahre
veranschlagt.

200.000.000 EUR

7400 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

1. Allgemeines

Die Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung sowie die Mittel- und Stellenbedarfe sind den Produktinformationen zu entnehmen.

2. Zuwendungen

Das Amt gewährt Zuwendungen zur institutionellen Förderung an die Zuwendungsempfänger, deren Zuwendungshöhe in der Anlage 3.2 dargestellt ist.

Im Rahmen der Projektförderung in der Agrarwirtschaft werden folgende Programme durchgeführt:

Kapitel / Titel	Ansatz 2013/2014 in Tsd. EUR	Bezeichnung des Programms	Ziele / Qualitätskriterien	Beginn/ Laufzeit
7400.662.40 7400.662.41	100 / 80 1 / 0	Zinsverbilligungszuschüsse für Kapitalmarktdarlehen zur Förderung einzelbetrieblicher Investitionen in der Landwirtschaft	Veranschlagt sind Zinsverbilligungsmittel zur Bedienung von Altverpflichtungen für Investitionsmaßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsstellung, insbesondere in den Bereichen Rationalisierung und betriebliches Wachstum.	1973 jährlich jeweils neu
7400.683.40 7400.683.42 7400.683.43 7400.683.44	65 / 65 30 / 30 VE 350 / 350 258 / 258 VE 12 / 12 0 / 0	Verschiedene Förderungsmaßnahmen in der Landwirtschaft; Rahmenplan „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ wie integrierte ländliche Entwicklungskonzepte, Regionalmanagement, Flächenprämien für standortgerechte und extensive Bewirtschaftungsverfahren	Anpassung der landwirtschaftlichen Strukturen an veränderte Rahmenbedingungen, Verbesserung der Einkommens- u. Lebenssituation landwirtschaftlicher Betriebsbewirtschafter u. ihrer Arbeitnehmer.	1973 jährlich jeweils neu
7400.685.01	300 / 300 150 / 150 VE	Förderung der Landwirtschaft, insbesondere der regionalen Agrarproduktion, -dienstleistungen und -vermarktungen sowie der Erkundung von neuen Absatzwegen	Förderung des regionalen Gartenbaues und der Landwirtschaft; Erhalt und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des Stellenwertes der hamburgischen Betriebe insbesondere durch Kofinanzierung Regionalinitiative, Kennzahlenermittlung, Vermarktungsprojekte, Qualitätskontrolle, Öffentlichkeitsarbeit und Kompetenzentwicklung; Unterstützung von wissenschaftlicher und praxisnaher Forschung für den Gartenbau, insbesondere Obstbau; Kofinanzierung von LEADER-Projekten	Verschiedene Laufzeiten unterschiedlicher Projekte
7400.892.02	90 / 90 58 / 58 VE	Investitionszuschüsse zur Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien in der Land- und Ernährungswirtschaft sowie für innovative LEADER-Investitionsprojekte	Veranschlagt sind Zuschüsse für innovative Investitionsmaßnahmen, welche die Marktreife noch nicht erreicht haben bzw. im Rahmen von LEADER umgesetzt werden.	Ab 2009 jährlich jeweils neu
7400.892.40 7400.892.41 7400.892.42 7400.892.43	0 / 0 160 / 160 135 / 135 VE 0 / 0 100 / 100	Einzelbetriebliches Agrarinvestitionsprogramm (AFP), GAK-Fördermaßnahmen/Integrierte Ländliche Entwicklung, u.a. Umnutzung, Infrastruktur, Kooperation sowie Maßnahmen	Erhalt der Konkurrenzfähigkeit der hamburgischen Gärtner und Landwirte sowie der fischverarbeitenden Betriebe im globalen Wettbewerb, ländliche Entwicklung/LEADER.	1973 jährlich jeweils neu

7400

Kapitel / Titel	Ansatz 2013/2014 in Tsd. EUR	Bezeichnung des Programms	Ziele / Qualitätskriterien	Beginn/ Laufzeit
7400.892.44	200 / 200	zur Marktstrukturverbesserung, Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen in der Fischwirtschaft im Rahmen der von der EU zugelassenen Förderungsmöglichkeiten.		
7400.892.45	150 / 150 VE			
7400.892.46	100 / 100			
7400.892.46	120 / 120 VE			
7400.892.46	25 / 0			

Erfolgskontrolle

Allgemein

Die Modalitäten in Bezug auf Erfolgskontrollen sind zum Teil in den Förderrichtlinien enthalten. Maßnahmen und Verpflichtungen der Zuwendungsempfänger werden in die Zuwendungsbescheide/Vereinbarungen übernommen. U.a. haben die Zuwendungsempfänger eine Berichtspflicht; positive Veränderungen sind dabei besonders herauszustellen. Gegenüber dem Bund und der EU bestehen zum Teil sehr umfangreiche, jährliche Berichtspflichten.

662.40, 662.41, 683.40, 683.42, 683.43, 683.44, 892.40, 892.41, 892.42, 892.43, 892.44, 892.45, 892.46

- Verbesserung der Agrarstruktur -

Sämtliche Fördermaßnahmen unterliegen der Evaluierungspflicht nach EU-Recht, da sie mit EU-Fondsmitteln kofinanziert werden. Die Maßnahmen nach dem Agrarinvestitionsprogramm werden dadurch kontrolliert, dass für einen Zeitraum von 10 Jahren nach dem Einsetzen der Förderung die Vorlage von Buchführungsergebnissen verlangt wird und eine Auswertung der Jahresabschlüsse dahingehend erfolgt, ob die durchgeführten Investitionen zu einer Stabilisierung des Betriebserfolges geführt haben.

Im Rahmen der Projektförderung im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftsförderung werden folgende Programme durchgeführt:

Kapitel / Titel	Ansatz 2013/2014 in Tsd. Euro	Bezeichnung des Programms	Ziele / Qualitätskriterien	Beginn/ Laufzeit
7400.537.01	100 / 100 VE 100 / 100	Maßnahmen zur Erschließung ausländischer Märkte	Erschließung neuer Märkte im Ausland durch Messen, Ausstellungen, Musterschauen und weitere Maßnahmen	01.01.1985/-
7400.683.07	75 / 55	Mietzuschussprogramm	Gewährung von Mietzuschüssen an erstmalige Niederlassungen ausländischer Unternehmen in Hamburg	19.06.1985/-
7400.685.03	1.510 / 0	Kongressförderung	Stärkung des Wirtschafts-, Wissenschafts- und Bildungsstandortes Hamburg; Steigerung des Images der Stadt	2002 / - *
7400.892.09	1.107 / 1.007 davon 50/0 für das Programm Modernisierung Zolldeklarierung VE 1.007 / 1.007 und	Modernisierung Zolldeklarierung	Unterstützung von investiven Maßnahmen kleiner Unternehmen, die infolge der Auflösung der Freizone notwendig werden.	1.1.2011 bis 30.09.2012 Abwicklung/Auszahlung bewilligter Zuschüsse bis voraussichtlich 2013
7400.892.09 (bilanzierungsfähig) und 7400.683.07 (nicht bilanzierungsfähig)	1.107 / 1.007 (bilanzierungsfähig) und 1.006 / 966 (nicht bilanzierungsfähig) davon 30/0 (bilanzierungsfähig) und 40/0 nicht bilanzierungsfähig) für das Programm für Existenzgründung und Mittelstand VE 1.107 / 1.007 und 1.006 / 966	Programm für Existenzgründung und Mittelstand	Minderung der Finanzierungslasten von Existenzgründern in der Start- und Existenzsicherungsphase / bei bestehenden Unternehmen Erleichterung der Kosten der Finanzierung besonders belastender Investitionen in der Anlaufphase; Sicherung / Schaffung von Arbeitsplätzen in Hamburg.	01.01.2011 bis 30.09.2012 Abwicklung/Auszahlung bewilligter Zuschüsse bis voraussichtlich 2014
7400.892.11	100/ 0	Gründungsprämie Handwerk! (Meistergründungsprämie)	Förderung Gründung eines Handwerksunternehmens durch eine Meisterin oder einen Meister und dadurch Schaffung von Arbeits- und/oder Ausbildungsplätzen in Hamburg.	Abwicklung/Auszahlung bewilligter Zuschüsse bis 2015

- 892.09 - Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft (soweit nicht anderweitig veranschlagt) - und
 683.07 - Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft (soweit nicht anderweitig veranschlagt) -

- Programm für Existenzgründung und Mittelstand -

Für das Programm für Existenzgründung und Mittelstand (kurz: EuMi) werden in regelmäßigen Abständen (ca. alle drei Jahre) Erfolgskontrollen durch Umfragen bei den geförderten Unternehmen durchgeführt. Die letzte Umfrageaktion aus dem Jahr 2010 bezog sich auf die abgerufenen Bewilligungen der Jahre 2006 und 2007.

Die Auswertung der Daten ergab, dass die Förderung zur Stabilisierung der kleinen und mittleren gewerblichen Unternehmen und zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen beigetragen hat. Auch bei geringen Förderbeträgen konnten die Lasten für langfristig kreditfinanzierte Investitionsvorhaben, die vor allem kleine und mittlere Unternehmen als Nachteil treffen, gemindert werden. Trotz Wirtschaftskrise im Jahre 2009/2010 war die Mehrzahl der befragten neu gegründeten bzw. erweiterten Unternehmen im Stande, sich am Markt zu behaupten. Daneben ist die „Good will“-Wirkung auf die kleinen und mittleren Unternehmen nicht zu unterschätzen: Durch den Zuschuss sehen sich diese Unternehmen in ihrem Bemühen von der Freien und Hansestadt Hamburg anerkannt und unterstützt. Die Ziele des Programms wurden damit erreicht.

Aufgrund der Umstellung der KfW-Gründerförderung auf ERP-Mittel in 2012, die bei der EuMi-Förderung angerechnet werden (Vermeidung von Doppelförderung), ist der Fördergrund für das Programm EuMi weitestgehend weggefallen: Grundgedanke der Förderung ist der Ausgleich von größenbedingten Nachteilen kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Finanzierung, die durch einen Zuschuss aus dem Programm EuMi gemindert werden sollen. Durch die günstigen KfW-ERP-Gründerprogramme wird für Gründungen bereits ein verbilligter Kredit zur Verfügung gestellt. Da knapp 80% der Anträge beim EuMi Gründungen betrifft, ist ein starker Nachfragerückgang eingetreten. Das Programm EuMi wird daher per 30.09.2012 beendet, die Restabwicklung bzw. die Auszahlung bewilligter Zuschüsse wird voraussichtlich noch bis 2014 nachlaufen.

- Mietzuschussprogramm (Titel 683.07) -

Für die Gewährung von Mietzuschüssen an erstmalige Niederlassungen ausländischer Unternehmen in Hamburg wird jährlich eine Erfolgskontrolle ebenfalls durch Umfragen bei den jeweils vor zwei Jahren geförderten Unternehmen durchgeführt. Die Auswertung der letzten Umfrage bestätigte wieder, dass mit vertretbarem finanziellem Aufwand die Akquisition ausländischer Unternehmen für den Standort Hamburg erheblich erleichtert wird und mit der Förderung zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

- Programm: „Modernisierung Zolldeklarierung“ (Titel 892.09) -

Beim Programm „Modernisierung Zolldeklarierung“ wird eine programmbezogene Auswertung durch eine Befragung der Antragsteller zur wirtschaftlichen Entwicklung und zu den vorhandenen Arbeitsplätzen bei Abruf der Mittel, zwei Jahre nach Aufhebung der Freizone Ende 2014 sowie letztmalig fünf Jahre nach Auszahlung der Zuwendung erfolgen. Dies dient zur Beurteilung, ob das Programm zur Erhaltung einer leistungsfähigen Struktur der Hafenwirtschaft nach Aufhebung der Freizone beigetragen hat und Arbeitsplätze gesichert werden konnten. Da das Programm erst in 2011 gestartet ist und bis August 2012 erst zwei Mittelabrufe erfolgt sind, können derzeit noch keine aussagefähigen Ergebnisse einer Erfolgskontrolle vorgelegt werden. Das Programmende ist für den 30.09.2012 vorgesehen, bis dahin können Anträge gestellt werden. Die finanzielle Restabwicklung und die Auszahlung bewilligter Zuschüsse werden voraussichtlich bis 2014 laufen.

- 892.11 - Gründungsprämie Handwerk! (Meistergründungsprämie) -

Das Programm ist Ende 2006 angelaufen (vgl. Drs. 18/4060) und wurde, nach einer Verlängerung (vgl. Drs. 19/5350), zum 31.12.2010 beendet. Geplant waren insgesamt 245 Bewilligungen. Entgegen den Erwartungen wurde das Programm nicht wie geplant nachgefragt. Insgesamt wurden nur 125 Bewilligungen ausgesprochen. Auch der Abruf des 2. Teils der Förderung, der erfolgen kann, wenn Arbeitsplätze und/oder Ausbildungsplätze für mindestens zwei Jahre geschaffen worden sind und weiter bestehen, erfüllt nicht die Erwartungen. Bisher ist nur bei 21 Bewilligungen ein Abruf des 2. Teils der Prämie erfolgt. Bei 18 Fällen ist die Abruffrist verstrichen, bei 66 Fällen wäre der Abruf rein zeitlich schon möglich gewesen, steht aber aus, d.h. hier sind die Voraussetzungen (Schaffung von Ausbildungs- und/oder Arbeitsplätzen) nicht oder noch nicht erfüllt. Bei 20 Fällen ist der Abruf des zweiten Teils der Prämie zeitlich noch nicht möglich. Abwicklung bzw. der Auszahlung von bewilligten Zuschüssen ist bis 2015 möglich.

Im Übrigen wird auf die Titel-Erläuterungen zu den Sach- und Fachaufgaben und den Investitionen hingewiesen.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

111.02 – Gebühreneinnahmen Pflanzenschutzamt –

Für die hoheitlichen Tätigkeiten des Pflanzenschutzamtes (Pflanzengesundheitskontrolle und Pflanzenschutzdienst) werden Gebühren erhoben. Insbesondere für

- die Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen für die Ausfuhr und Wiederausfuhr sowie anderer phytosanitärer Export- sowie EU-interner Dokumente
- Pflanzenpasskontrollen und Kontrollen in Betrieben bei der Herstellung und Behandlung von Verpackungsholz
- Phytosanitäre Kontrollen pflanzlicher Güter einschließlich Verpackungsholz im Rahmen des Im- und Exportes sowie der Durchfuhr
- Dokumenten- und Nämlichkeitskontrollen im Rahmen der phytosanitären Importkontrollen

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 300.000 EUR

111.03 – Einnahmen aus Vergütungen für Landesbürgschaften –

Einnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben beim Titel 07.0.7400.683.07

Die Regeln für die Erhebung von Vergütung für Sicherheitsleistungen der Freien und Hansestadt Hamburg durch die Finanzbehörde sehen Bearbeitungsentgelte für Landesbürgschaftsanträge sowie eine Regelvergütung und eine Bereitstellungsvergütung für bewilligte Landesbürgschaften vor. Der der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation zufallende Anteil wird über diesen Titel vereinnahmt. Damit sollen insbesondere die Kosten für die Bearbeitung der Bürgschaftsanträge und für die Verwaltung der übernommenen Bürgschaften durch Dritte abgedeckt werden. Diese Ausgaben sind beim Titel 7400.683.07 veranschlagt

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 0 EUR

272.04 – Zuweisungen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) Förderperiode 2007 - 2013 –

Ansatz 2013 5.100.000 EUR
Ansatz 2014 5.200.000 EUR

Vgl. Erläuterung zu 7400.971.08.

346.11 – Zuweisung aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) Förderperiode 2007 - 2013 –

Ansatz 2013 3.468.000 EUR
Ansatz 2014 3.700.000 EUR

Vgl. Erläuterung zu 7400.971.06.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 7.

Sach- und Fachausgaben

519.03 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau -

Die Mittel werden eingesetzt für Grundinstandsetzungen und Umbauten der im Verwaltungsvermögen der BWVI befindlichen landwirtschaftlich genutzten Gebäude, insbesondere der Pachthöfe Wulksfelde und Wulfsdorf.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 80.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils 80.000 EUR veranschlagt.

7400

519.04 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau -

Die Mittel werden eingesetzt für Tiefbaumaßnahmen auf der Horner Rennbahn, insbesondere zur Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse und den Ersatz des altersbedingt abgängigen Pappelbestandes.

Im Laufe des Jahres können sich Änderungen ergeben, wenn es notwendig wird, dringendere, nicht vorhergesehene Maßnahmen auch im Forstbetrieb Alt-Erfrade, durchzuführen.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 45.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils veranschlagt. 45.000 EUR

521.81 - Betriebsausgaben der Forstverwaltung, Rahmenzuweisungen an die Bezirke -

Für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 38 Abs. 3 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2012 Tsd. EUR		Ansatz 2013 Tsd. EUR		Ansatz 2014 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE	KM	VE
Altona	48	13	48	13	48	13
Eimsbüttel	31	9	31	9	31	9
Wandsbek	178	50	178	50	178	50
Bergedorf	37	11	37	11	37	11
Harburg	141	30	141	30	141	30
Gesamt	435	113	435	113	435	113

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zu Lasten der Folgejahre veranschlagt.

533.30 - Technische Hilfe zur Vorbereitung und programmbegleitenden Umsetzung von Entwicklungsmaßnahmen n. d. VO (EG) Nr. 1698/2005 (ELER) -

Auf Grundlage der EU-Verordnung Nr. 1698/2005 hat die EU-Kommission den für den Förderzeitraum 2007 – 2013 vorgelegten Plan zur ländlichen Entwicklung „Stadt, Land, Fluss“ genehmigt, der damit die rechtsverbindliche Grundlage zur Umsetzung der vorgesehenen Einzelmaßnahmen darstellt, die aus dem europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung der ländlichen Räume (ELER) kofinanziert werden.

Die Einzelmaßnahmen werden unter den Programmschwerpunkten: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, Verbesserung der Umwelt und der Landschaft und Lebensqualität im ländlichen Raum sowie Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft angeboten. Der Ansatz berücksichtigt alle für eine EU-konforme Umsetzung des Programmplans erforderlichen Aufwendungen wie Begleitung (Monitoring) und Bewertung (Evaluation), Publizitätsmaßnahmen und erforderliche Organisationskosten zur verwaltungstechnischen Unterstützung, Kontrolle und Prüfung durchgeführter Fördermaßnahmen.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 50.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils veranschlagt. 125.000 EUR

535.02 - Wirtschaftsveranstaltungen, Hamburg-Präsentationen und Hamburg-Netzwerke -

Die protokollarischen und Wirtschaftsveranstaltungen dienen der nationalen und internationalen Kontaktpflege insbesondere mit Firmen, Verbänden, Konsulaten und Botschaften. Sie flankieren und ergänzen die wirtschafts- und außenwirtschaftspolitischen Maßnahmen und Initiativen der BWVI.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 49.000 EUR

537.01 – Maßnahmen zur Erschließung ausländischer Märkte –

Mit der finanziellen Beteiligung an verschiedenen Maßnahmen zur Erschließung ausländischer Märkte wird der Außenwirtschaftsplatz Hamburg gefördert. Durch Informationsvermittlung und Kommunikation im weiteren Sin-

ne wird vor allem kleinen und mittleren Unternehmen ein rechtzeitiger Start in die zukünftigen Wachstumsmärkte ermöglicht.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 100.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils veranschlagt. 100.000 EUR

546.02 – Leistungsentgelt 1 für das Kompetenz- und Beratungszentrum Gartenbau und Landwirtschaft (Zinsanteil) –

Ansatz 2013 531.000 EUR

Ansatz 2014 433.000 EUR

Vgl. Erläuterungen zu 7400.547.02.

547.01 – Sach- und Fachausgaben des Pflanzenschutzamtes –

Veranschlagt werden die Mittel zur Bewirtschaftung des Pflanzenschutzamtes (Pflanzengesundheitskontrolle und Pflanzenschutzdienst) für die Kontrollen in Hafen, Flughafen und bei den Betrieben in der Stadt sowie für die Diagnose-, Forschungs- und Beratungstätigkeit incl. des Versuchswesens.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 131.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils veranschlagt. 50.000 EUR

547.02 – Leistungsentgelt 2 für das Kompetenz- und Beratungszentrum Gartenbau und Landwirtschaft (Betrieb) –

Veranschlagt sind die vorbehaltlich des Vertragsabschlusses mit dem PPP-Modellvorhabenträger ab 2011 erforderlichen Kassenmittel für die Bewirtschaftungspauschale, die die Aufwendungen für die Bauunterhaltung und Bewirtschaftung für die Dauer des Lebenszyklus (25 Jahre), sowie notwendige Aufwendungen einschl. Personalkosten für die Durchführung der Verträge umfasst. (Drs. 18/7230 vom 23.01.2008).

Ansatz 2013 181.000 EUR

Ansatz 2014 214.000 EUR

547.07 – Technische Hilfe für das EFRE-Programm – Förderperiode 2014 - 2020 –

Aus diesem Titel sollen die Ausgaben für die Technische Hilfe für den EFRE – Hamburg Förderperiode 2014 – 2020 getragen werden, sofern sie nicht wie z.B. die Personalkosten an anderer Stelle im Haushalt veranschlagt sind. Da die Technische Hilfe voraussichtlich zu 50% von der EU getragen wird, sind hier die Mittel für die Kofinanzierung durch Hamburg veranschlagt.

Ansatz 2013 0 EUR

Ansatz 2014 50.000 EUR

662.40, 662.41 - Zuschüsse zur Verbilligung von Zinsen -

Berücksichtigt sind Zinsverbilligungszuschüsse im Rahmen der kombinierten Investitionsförderung. Da das Verfahren inzwischen auf eine ausschließliche Zuschussgewährung umgestellt wurde, sind lediglich bestehende Altverpflichtungen zu bedienen.

Ansatz 2013 insgesamt 101.000 EUR

Ansatz 2014 insgesamt 80.000 EUR

671.02 - Pflanzenschutzrechtlich erforderliche Kontrolluntersuchungen -

Nach der Ausweisung eines pflanzenschutzrechtlichen Sondergebiets im Hamburger Teil des Alten Landes, sind die in der Verfügung geregelten Auflagen - wie im niedersächsischen Teil - hinsichtlich des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln zu kontrollieren. Dies soll in enger Abstimmung mit den niedersächsischen Behörden umgesetzt werden. Ferner sind Mittel für Kontroll- und ggf. Bekämpfungsmaßnahmen gegen eingeschleppte Schadorganismen sowie für Versuche zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in sensiblen Bereichen veranschlagt.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 20.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils veranschlagt. 10.000 EUR

7400

671.04 - Kostenerstattung an die Ländervereine zur Durchführung von Aufgaben im Interesse der FHH -

Mit den veranschlagten Kostenerstattungen an die Ländervereine werden Maßnahmen im Interesse Hamburgs durchgeführt. Hierbei handelt es sich u.a. um werbewirksame Veranstaltungen mit Präsentation Hamburgs als Außenwirtschaftszentrum, die sich vor allem auch an kleine und mittlere Unternehmen richten.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils

50.000 EUR

682.21 - Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 7400: Verlustausgleich HMC -

Um die fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 7400 für die Beteiligung an der Hamburg Messe und Congress GmbH zu dokumentieren, ist der Leertitel ausgebracht. Der im HGV-Komplex für HMC zu berücksichtigende Verlustausgleich ergibt sich aus den nachstehenden Übersichten.

Erfolgsplan

Hamburg Messe und Congress GmbH

HMC

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisübernahmevertrag)

	Ergebnis GJ 2011 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2012 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2013 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2014 Tsd. Euro
1	2	3	4	5
1. Erträge				
1.1 Vertrieb Messe Eigenveranstaltungen	20.216	41.252	22.675	49.571
1.2 Vertrieb Messe Gastveranstaltungen	9.973	6.402	9.013	8.625
1.3 Vertrieb CCH	9.212	9.874	13.563	11.199
1.4 Vertrieb Ausland	6.216	20.002	6.785	7.645
1.5 Services	9.922	13.112	7.339	14.953
1.6 Besitz Messe	2.296	2.431	2.310	2.531
1.7 Besitz CCH	1.231	1.090	1.140	1.160
1.8 Sonstige betriebliche Erträge	3.402	1.741	1.000	1.004
Summe der Erträge	62.468	95.904	63.825	96.688
2. Aufwendungen				
2.1 Materialaufwand	28.041	46.915	29.161	39.982
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe				
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen				
2.2 Personalaufwand				
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	14.417	15.290	15.376	15.522
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	439	775	800	810
2.3 Abschreibungen	5.580	5.528	5.350	5.151
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	37.519	39.624	41.894	42.405
Summe der Aufwendungen	85.996	108.132	92.581	103.870
3. Beteiligungsergebnis				
4. Finanzergebnis	-2.824	-2.867	-2.788	-2.706
5. Außerordentliches Ergebnis				
6. Gewinnabführung an bzw. Verlustübernahme durch die HGV (-)	-26.352	-15.095	-31.544	-9.888

HMC

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen

1.1 Erträge Vertrieb Messe

Im Messegeschäft der HMC sind schon seit langem Umsatzschwankungen zu verzeichnen, die insbesondere dadurch entstehen, dass in geraden Jahren eine höhere Anzahl von Messen stattfindet.

1.3 Erträge Vertrieb CCH

Die höheren Umsatzerlöse in 2013 sind auf die geplante Veranstaltung von Lions International zurück-zuführen.

1.4 Erträge Vertrieb Ausland

In 2012 führt die HMC im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) die deutsche Beteiligung an der Expo in Korea durch.

1.5 Erträge Services

Die Umsatzschwankungen gehen mit der höheren Anzahl von Messen in geraden Jahren einher (vgl. Punkt 1.1).

1.8 Sonstige betriebliche Erträge

Die in 2011 höheren sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus einem positiven Effekt aus der Beendigung des Rechtsstreites mit der ARGE CCH-Erweiterung.

2.1 Materialaufwand

Die Schwankungen in den Aufwendungen korrespondieren mit den turnusbedingten Ertragsschwankungen.

2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind u.a. die Immobilienleasingrate (21,7 Mio. €) sowie die Sanierung der Hallen B1-B4 enthalten.

683.07 - Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft (soweit nicht anderweitig veranschlagt) -

Aus diesem Globaltitel werden insbesondere nach dem Verfahren des Gesetzes über die Kreditkommission Finanzierungshilfen gewährt, mit denen Wirtschaftswachstum generiert und Beschäftigungspotenziale erschlossen werden sollen. Dabei kommt der Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen, die Basis, Rückgrat und Impulsgeber der Wirtschaft sind, besondere Bedeutung zu. Neben den durch die Kreditkommission zu beschließenden Einzelfällen werden entsprechende Förderprogramme aufgelegt. Es stehen Maßnahmen zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze in Unternehmen im Vordergrund, die ihren Sitz oder aber eine wesentliche Betriebsstätte in Hamburg haben. Zu nennen das Gründungsprogramm für Meisterinnen und Meister. Hierunter fällt auch die Gewährung von Mietzuschüssen an erstmalige Niederlassungen ausländischer Unternehmen in Hamburg. Gefördert werden können außerdem die Ansiedlung von staatlichen Handelsförderungsbüros oder ähnlichen Einrichtungen. Auch Maßnahmen zur Förderung von Wirtschaftsförderungsinstitutionen und von Programmen dieser Wirtschaftsförderungsinstitutionen, die von standortpolitischer Bedeutung sind und der Erhaltung und Stärkung der Wirtschaftskraft Hamburgs dienen, können gefördert werden (ggf. in Form von EU-Kofinanzierung).

Es werden nachlaufende Kosten der Durchführung des beendeten Umstrukturierungsprogramms BG-intensiv!, (Drucksache 18/2305) finanziert. Einnahmen aus Rückzahlungen der Beteiligungen wurden bei der Veranschlagung des Mittelbedarfes beim Umstrukturierungsprogramm berücksichtigt. Aus dem Titel werden außerdem die nachlaufenden Kosten der Durchführung des beendeten Programms BTG-StartkapitalHandwerk!, finanziert (Drucksache 18/4060). Aus dem Titel wird auch die finanzielle Restabwicklung des Programms „Existenzgründung und Mittelstand“ dotiert.

Aus dem Titel können auch notwendige Nebenkosten, insbesondere Prüfungs- und Rechtsberatungskosten sowie Kosten für Sanierungsberatung und -begleitung (z.B. Management auf Zeit) im Zusammenhang mit Wirtschaftsförderungsfällen finanziert werden. Hierzu zählen auch die Kosten für die Beauftragung von Externen, z.B. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften für die (Teil-)Bearbeitung von Anträgen auf die Übernahme einer Landesbürgschaft (Vorbereitung der Entscheidung der Kreditkommission) sowie die Verwaltung dieser Bürgschaften nach der Gewährung. Auch die Abwicklungskosten für Wirtschaftsförderungsprogramme bei Externen werden aus diesem Titel dotiert.

Veranschlagt sind 2013	1.006.000 EUR
Verpflichtungsermächtigung gesamt	1.006.000 EUR
Davon zu Lasten 2014	606.000 EUR
Davon zu Lasten 2015	200.000 EUR
Davon zu Lasten 2016	100.000 EUR
Davon zu Lasten 2017	100.000 EUR
Veranschlagt sind 2014	966.000 EUR
Verpflichtungsermächtigung gesamt	966.000 EUR
Davon zu Lasten 2015	566.000 EUR
Davon zu Lasten 2016	200.000 EUR
Davon zu Lasten 2017	100.000 EUR
Davon zu Lasten 2018	100.000 EUR

683.40 - Zuschüsse für verschiedene Förderungsmaßnahmen in der Landwirtschaft -

683.42

683.43

683.44

Veranschlagt sind Maßnahmen nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom 3. September 1969 (BGBl. I S. 1573) in der Fassung vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1055), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Modulation von Direktzahlungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik und zur Änderung des GAK-Gesetzes vom 10. Mai 2002 (BGBl. I S. 1527). Berücksichtigt werden die um die EU-Beteiligung geminderten Ausgaben. Die nationalen Ausgaben sind brutto veranschlagt, d.h. einschließlich des Bundesanteils von 60 v.H. der gemäß § 10 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ erstattet wird. Die Einnahmen sind veranschlagt beim Titel 7400.231.30.

Die Fördermaßnahmen zielen insbesondere auf eine standortangepasste Bewirtschaftung durch extensive Produktion, agrarstrukturell optimierte Bewirtschaftungsbedingungen, Konzipierung und Durchführung regionaler Entwicklungskonzepte, Unterstützung zur Erzielung alternativer Einkommensmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft und Förderung der genetischen Qualität landwirtschaftlicher Nutztiere.

Ansatz 2013 und 2014 insgesamt jeweils	427.000 EUR
--	-------------

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres insgesamt jeweils veranschlagt.	288.000 EUR
---	-------------

7400

- 685.02 - Überleitung des Bildungs- und Informationszentrums des Gartenbaus Hamburg (BIG) in die Landwirtschaftskammer Hamburg -

Das BIG ist mit Wirkung zum 01.01.2009 mit seinem Personal und Aufgabenbestand in die Landwirtschaftskammer Hamburg übergeleitet worden (vgl. Drs. 18/7230).

Veranschlagt sind die auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen FHH und Landwirtschaftskammer Hamburg fälligen Jahresraten der Erstattung von Kosten der Überleitung.

Ansatz 2013	86.000 EUR
Ansatz 2014	76.000 EUR

- 686.02 - Regionale Kofinanzierung der Gemeinde Hamburg zur Arbeit der Lokalen Aktionsgruppe (LEADER-Regionalmanagement) -

Veranschlagt werden Mittel der Gemeinde Hamburg zur regionalen Kofinanzierung des LEADER-Regionalmanagements, das im Rahmen des Schwerpunktes IV der ELER-VO zur Anwendung gelangt.

Ansatz 2013	11.000 EUR
Ansatz 2014	0 EUR

- 686.03 - Zuschuss an die Wachstumsinitiative Süderelbe AG -

Die Wachstumsinitiative Süderelbe AG (SAG) wurde zum 01.01.2005 gegründet. Sie fördert die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in der „Region Süderelbe“ (Bezirk Harburg der FHH, Landkreise Stade, Harburg und Lüneburg). An der SAG sind neben der FHH u.a. auch die Süderelbe-Landkreise sowie Sparkassen und Unternehmen beteiligt. Die veranschlagten Mittel sind vorgesehen zur anteiligen Finanzierung der laufenden Kosten der SAG.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils	80.000 EUR
------------------------------	------------

- 686.10 - Verwendung zweckgebundener Einnahmen aus der Fischereiabgabe zur Förderung der Fischerei -

Aus dem zweckgebundenen Aufkommen werden Zuwendungen an Dritte und Maßnahmen zur Förderung der Fischerei nach § 7 Abs. 2 Hamburgisches Fischereigesetz finanziert. Es können auch Gutachten und Werkverträge in Auftrag gegeben werden und Personalkosten für befristete Projektmaßnahmen erstattet werden. Der Haushaltsvermerk dient der Sicherstellung der Einnahmen nach Abzug des Verwaltungskostenanteils. Die Verpflichtungsermächtigung dient der Absicherung mehrjähriger Maßnahmen.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils	0 EUR
------------------------------	-------

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils veranschlagt.

	160.000 EUR
--	-------------

- 686.11 - Verwendung zweckgebundener Einnahmen aus Jagdscheingebühren zur Förderung von Jagd und Hege -

Aus dem zweckgebundenen Aufkommen an Jagdscheingebühren werden Zuwendungen an Dritte und Maßnahmen zur Förderung jagdlicher und hegerischer Zwecke nach § 14 Abs. 3 Hamburgisches Jagdgesetz finanziert. Personalkosten zur Fortführung des Wildschutzprogramms können anteilig erstattet werden sowie Gutachten und Werkverträge in Auftrag gegeben. Der Haushaltsvermerk dient der Sicherstellung der gesetzlichen Verwendung von Einnahmen nach Abzug des Verwaltungskostenanteils i.H.v. 13 v.H.

Investitionen

Mit dem Senatsprogramm zur Erschließung städtischer Industrie- und Gewerbeflächen werden seit 1965 laufend städtische Gewerbe- und Industrieflächen, die im Rahmen der städtischen Ansiedlungspolitik an Unternehmen vergeben werden sollen, vergabereif erschlossen. Darüber hinaus hält das Programm Mittel in Höhe von 200.000 € als möglichen Zuschuss für ein Pilotvorhaben der Förderung von Verdichtung auf privaten Grundstücken vor. Das Programm besteht aus drei Investitionstiteln:

- dem Bauwerkstitel 742.03, aus dem geplante innere und äußere Erschließungsanlagen finanziert werden;
- dem Grunderwerbstitel 821.03, aus dem entsprechend dem Baufortschritt Werterstattungen an den Grundstock und Grunderwerb von Privaten für notwendige Erschließungsanlagen finanziert werden;
- dem Darlehenstitel 861.01, aus dem im Wege von Darlehen an städtische Versorgungsunternehmen der Bau von Versorgungsleitungen vorfinanziert wird.

Das geplante Investitionsvolumen verteilt sich auf die drei Investitionstitel wie folgt:

742.03 - Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen -
821.03
861.01

Gesamtübersicht (in Mio. EUR)		742.03	821.03	861.01	insgesamt
Gesamtkosten gem. Hpl. Erläuterungen 2011/12		315,78	34,3	9,6	
Minderkosten		5,44	-	-	5,44
Mehrkosten		0	-	-	0
neue Maßnahmen		17,0	-	-	17,0
Neue geschätzte Gesamtkosten		327,34	34,3	9,6	
Ansatz	2012	5,21	0,38	0,2	5,79
Ansatz	2013	6,81	1,28	0,2	8,29
Ansatz	2014	6,37	0,88	0,2	7,45
Verpflichtungsermächtigung 2013		30,0	0,256	0,256	
und zwar zu Lasten	2014	5,0	0,256	0,256	
	2015	5,0			
	2016 ff.	20,0			
Verpflichtungsermächtigung 2014		30,0	0,256	0,256	
und zwar zu Lasten	2015	5,0	0,256	0,256	
	2016	5,0			
	2017 ff.	20,0			

Abweichungen gegenüber den Betragsangaben in der nachfolgenden Bauwerkstabelle ergeben sich aus Rundungen.

Der Stand der Grundstücksvergabe sowie die Veränderungen bei den Gesamtkosten durch Mehr- bzw. Minderkosten, die Aufteilung der vorgenannten Gesamtansätze auf die Teilbereiche Bauwerk, Grunderwerb und Vorfinanzierung von Leitungsverlegungen ergeben sich aus den nachfolgenden Erläuterungen.

Mit den veranschlagten Mitteln können auch Leistungen Dritter finanziert werden, sofern dies zur Beschleunigung der Erschließungsmaßnahmen erforderlich ist. Hierin sind auch die Leistungen von städtischen Entwicklungsgesellschaften, die zur Entwicklung von großen städtischen Gewerbeflächen eingesetzt werden können, enthalten.

Sollten sich künftig während der Durchführung von Bauarbeiten in den einzelnen Erschließungsgebieten des Programms unabsehbare Planungs- und Kostenänderungen ergeben, werden diese – wie bisher – jeweils mit dem nächsten Haus-

haltsplan erläutert. Das gilt auch für den Beginn neuer Maßnahmen mit Gesamtkosten bis zu 3 Mio. EUR, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht bekannt waren, im Bedarfsfall aber kurzfristig durchgeführt werden müssen.

Zur Aktivierung von privaten Gewerbeflächen für die Wirtschaftsförderung dürfen derzeit Zuschüsse bis zu 0,2 Mio. € / pro Jahr - (Deminimis – Grenze) im Einzelfall gewährt werden (Privaterschließungsprogramm – Richtlinie für die Förderung der Erschließung auf privaten Industrie- und Gewerbeflächen). Sofern keine Anträge auf Förderung im Haushaltsjahr gestellt werden, fließen die freien Mittel dem Gesamtprogramm zu.

1. Bauwerk (7400.742.03)

Mit den veranschlagten Kassenmitteln von 13,183 Mio. EUR (2013 und 2014); inkl. Privaterschließungsprogramm) sowie der Verpflichtungsermächtigung von 29,8 Mio. EUR sollen die geplanten Erd-, Straßen-, Wasser- und Brückenbauarbeiten sowie weitere Maßnahmen der inneren und äußeren Erschließung einschließlich Schallschutzmaßnahmen und Gleisbauten des Programms und anteilige Kosten für den Erwerb und Herrichtung von Flächen für Ausgleichsmaßnahmen, die die Erschließung betreffen, fortgesetzt bzw. neu begonnen werden. Aus den Mitteln dieses Titels dürfen auch Vergütungen an städtische Projektentwicklungsgesellschaften, die zur Steuerung der Projekte eingesetzt werden können, und Vertragsingenieure für erforderliche Planungs- und Entwurfsarbeiten geleistet werden.

Erschließungsgebiete des Senatsprogramms für Gewerbe- und Industriegebiete	Gesamtkosten lt. HP 11/12 geschätzt	Mehr (+)/ Minder(-)kosten, neue Maßnahmen	Neue Gesamtkosten geschätzt	Ausgaben 2011	tats. Gesamtausgaben bis Ende 2011	Ansatz 2012 *	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Vorhalten bleiben	Gesamtkosten lt. HP 11/12 geschätzt
Allermöhe	44.487	0	44.487	423	40.231	400	1.000	0	2.856	44.487
Amandus-Stubbe Straße	1.900	0	1.900	0	1.350	0	250	200	100	1.900
Bergst. Chaussee (südlich)	3.100	0	3.100	0	1.074	0	100	100	1.826	3.100
Berzeliusstraße	3.000	0	3.000	52	895	0	100	100	1.905	3.000
Brennerhof	2.580	0	2.580	0	0	2.300	200	71	9	2.580
Curslacker Neuer Deich	5.550	0	5.550	24	3.107	0	800	500	1.143	5.550
Ernst-August-Kanal	500	0	500	0	0	0	0	500	0	500
Flagentwiet	2.700	-382	2.318	220	1.281	650	0	0	387	2.700
Höltigbaum	8.605	0	8.605	0	6.473	0	0	0	2.132	8.605
Neugraben/ Fischbek	2.600	0	2.600	0	0	0	0	0	2.600	2.600
Kellerbleek*	5.062	-5.062	0	0	0	0	0	0	0	5.062
mittlerer Landweg	3.430	0	3.430	0	0	0	0	500	2.930	3.430
Obergeorgswerder	16.000	0	16.000	453	13.029	160	2.112	150	549	16.000
Rote Brücke	10.505	0	10.505	0	8.406	0	300	0	1.799	10.505
Schlachthofstraße	4.000	0	4.000	0	59	0	600	900	2.441	4.000
Südlich Brookdeich	11.240	0	11.240	0	0	0	0	400	10.840	11.240
Tilsiter Straße/Am Stadtrand	2.760	0	2.760	0	0	1.200	50	0	1.510	2.760
Huckepackbahnhof Rothenburgsort	0	+16.000	16.000	0	0	0	600	2.450	12.950	0
Kirchwerder Hausdeich (Mette-Hardenstraße)	1.086	0	1.086	20	422	300	300	0	64	1.086
Westlich AS Harburg	17.600	0	17.600	0	0	0	0	100	17.500	17.600
Herstellung von Überfahrten	0	+1.000	1.000	0	0	0	200	200	600	0
Abgeschlossene Maßnahmen**	168.677	0	168.677	10	168.687	0			0	168.677
Privaterschließungsprogramm	400	0	400	56	56	200	200	200	0	400
Insgesamt	315.782	11.556	327.338	1.258	245.070	5.210	6.812	6.371	63.876	315.782

- * Ansatzfortschreibung: Der im letzten Haushaltsplan veranschlagte Ansatz in Höhe von 500 Tsd. € (2012) für die Maßnahme Kellerbleek wird für die Ertüchtigung der Straße Brennerhof genutzt.
- ** Zu den bereits abgerechneten Maßnahmen kommen folgende hinzu: Billbrook, Brookdeich, Doraustieg, Flächenpaket Airbus, Garstedter Weg, Hausbruch Honartsdeich, Unterer Landweg, Neuländer Straße und Rubbertstraße. Die genannten Gebiete sind fertig erschlossen und können daher abgerechnet werden.

Begründungen der Minderkosten, Erläuterung der Ansätze für 2013/2014 und Beschreibung der neuen Maßnahmen

Minderkosten:

Bezirk Eimsbüttel

Bei der Gewerbeerschließung **Flagentwiet** konnten aufgrund eines günstigen Submissionsergebnisses die geschätzten Baukosten um 382. Tsd. Euro reduzieren werden.

Bezirk Nord

Die Fläche Kellerbleek wird nicht mehr als Gewerbefläche entwickelt werden, da hier auf Ebene der Bauleitplanung die Entwicklung zum Wohnstandort entschieden wurde. Daher wird sie aus dem Programm zur Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen gestrichen. Die vorgehaltenen Mittel in Höhe von ca. 5 Mio. Euro werden für die Entwicklung des ehemaligen Huckepack Bahnhof in Rothenburgsort verwendet. Davon wird der Ansatz von 500 Tsd. Euro in 2012 für die Ertüchtigung der Straße Brennerhof verwendet.

Neue Maßnahmen:

Bezirk Mitte:

Als neue Maßnahme wird die Entwicklung des ehemaligen **Huckepackbahnhof Rothenburgsort** aufgenommen. Für das Gebiet wird derzeit der Bebauungsplan aufgestellt mit dem Ziel, einen Großteil der Fläche einer Gewerbenutzung zuzuführen. Nach Erreichen der Vorweggenehmigungsreife voraussichtlich Ende 2012 kann mit der Erschließungsplanung und anschließender Herrichtung der Fläche gerechnet werden. Als Gesamtkosten sind ca. 16.000 Tsd. Euro geschätzt worden.

Grundstücksüberfahrten in bereits erschlossenen Gebieten

Die aus dem Senatsprogramm erschlossenen städtischen Grundstücke werden durch das Immobilienmanagement der Finanzbehörde voll erschlossen verkauft. Pro veräußertem Grundstück wird eine Zufahrt aus dem Bauwerkstitel finanziert. Es dauert erfahrungsgemäß einige Jahre bis die Grundstücke der fertig erschlossenen Gewerbe- und Industriegebiete veräußert sind. Um einem Ansiedlungsfall auch nach Abrechnung eines Erschließungsgebiets eine Zufahrt finanzieren zu können, werden dafür 1.000 Tsd. Euro für den Zeitraum bis 2017 bereitgestellt. Für 2013/2014 wird ein Ansatz von 400 Tsd. Euro eingeplant.

Fortschreibung bisheriger Maßnahmen:

Bezirk Mitte

Durch den Wegfall der Planungsbefangenheit für die Hafenspanne kann ab 2014 mit der Entwicklung der Fläche **Schlenzigstraße** (am Ernst-August-Kanal) begonnen werden. In Gesprächen mit Fachbehörden und dem Bezirk wird derzeit geklärt, inwieweit sich die Gewerbeflächenentwicklung in das Projekt „Sprung über die Elbe“ integrieren lässt. Der Bedarf an Gewerbeflächen wurde von Seiten des Bezirksamtes und der HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH bestätigt.

Für die Gewerbe- und Industriegebietserschließung **Obergeorgswerder** wird erwartet, dass die Ankaufsbemühungen des Immobilienmanagements der Finanzbehörde für die östlichen Flächenteile erfolgreich zu Ende geführt werden können. Darüber hinaus zeichnet sich im Zusammenhang mit einem Ansiedlungsvorhaben eine Lösung ab, auch die städtischen und privaten Flächenteile im Westen gemeinsam zu erschließen. Ab 2013 könnten somit die Erschließungsarbeiten fortgesetzt werden.

Bezirk Bergedorf

Durch umfangreiche Bodensanierungsarbeiten auf der zukünftigen Gewerbefläche **Brennerhof** verschiebt sich die Erschließung der Fläche. Es soll daher in zwei Bauabschnitten erschlossen werden. Als 1. Abschnitt wird die äußere Erschließung - Anpassung des Seitenraumes der Straße „Brennerhof“ einschließlich Kreisel - ab 2012 hergestellt werden, anschließend folgt als Abschnitt 2 die innere Erschließung der Gewerbefläche.

Mit der Entwicklung der Logistikfläche **südlich Brookdeich** in Bergedorf kann voraussichtlich ab 2013 gerechnet werden. Die Entwicklung der Fläche **Mittlerer Landweg** ist auf 2015 ff verschoben worden. Die notwendigen Planungs- und Baurechte sind noch in der Klärung bzw. Abstimmung.

Bezirk Harburg:

Für die Gewerbefläche an der **Schlachthofstraße** steht das Bodenordnungsverfahren vor seinem Abschluss; somit kann mit der Erschließung ab 2013 begonnen werden.

Mit der Entwicklung der Logistikfläche **AS westlich Harburg / Neuländer Straße** kann voraussichtlich ab 2013 gerechnet werden. Die Planungs- und Baukosten der Logistikfläche **Neugraben-Fischbek** sind vorerst auf 2015 ff verschoben worden. Die nötigen Voraussetzungen für den Beginn der Entwicklung sind noch in der Klärung bzw. Abstimmung.

7400

Mit den weiteren veranschlagten Mitteln sind die Erschließungsarbeiten auf weiteren gewerblichen Bauflächen fortzusetzen.

Privaterschließungsprogramm

Im Privaterschließungsprogramm gab es keinen Förderfall, daher konnten 56 Tsd. Euro für die Kofinanzierung des Förderprogramms (ESF) herangezogen werden.

2. Grunderwerb (7400.821.03)

Mit den veranschlagten Mitteln in Höhe von jeweils 1.283 und 883 Tsd. Euro für 2013 und 2014 und der Verpflichtungsermächtigung von jeweils 256 Tsd. Euro für 2013 und 2014 soll der weitere Grunderwerb entsprechend des Baufortschritts finanziert werden.

3. Darlehen für die Vorfinanzierung von Leitungsverlegungen (7400.861.01)

Mit den veranschlagten Mitteln in Höhe von jeweils 200 Tsd. Euro in 2013 und 2014 und der Verpflichtungsermächtigung von jeweils 256 Tsd. Euro in 2013 und 2014 soll die Verlegung von Versorgungsleitungen entsprechend des Bedarfs fortgesetzt werden.

Grundstücksvergabe BWVI –Erschließungen Stichtag 01.01.2011

Nr.	Erschließungsgebiete	Bezirk	Größe	Bestand	davon verfügbar und erschlossen
			in ha		
1	Billbrook	Mitte	154,0	13,9	1,7
2	Honartsdeich		2,0	1,1	0,8
3	Obergeorgswerder*		30,0	12,7	6,0
4	Rote Brücke		7,8	3,5	2,2
5	Rubbertstraße		4,0	1,0	0,0
6	Berzeliusstraße		4,3	4,3	4,1
7	Flagentwiet	Eimsbüttel	2,1	0,8	0,8
8	Garstedter Weg/ Vierenkamp		5,0	1,8	1,6
9	Ahrensburger Str./ Doraustieg	Wandsbek	2,0	0,3	0,3
10	Bergstedter Chaussee (Vogtrededer/Haidkoppeln)		2,8	2,5	2,2
11	Höltigbaum		23,0	3,7	1,7
12	Tilsiter Straße/ Am Stadtrand*		2,4	3,2	3,2
13	Brookdeich	Bergedorf	11,0	2,4	2,1
14	Curslacke Neuer Deich		7,6	8,5	8,1
15	Allermöhe*		150,0	21,0	14,7
16	Kirchwerder Hausdeich (Mitte-Harden-Str.)		2,0	1,7	1,4
17	Hausbruch/ Heykenaukamp	Harburg	34,0	16,3	9,5
18	Neuländer Straße/ Lewenwerder		15,0	3,1	3,1
19	Schlachthofstraße*		4,1	4,1	0,0

* Die Erschließung beginnt erst oder ist noch nicht abgeschlossen.

Erläuterung: Die Flächenangaben beziehen sich auf städtische Gewerbe- und Industrieflächen und stellen netto- Angaben dar, d. h. ohne Verkehrsflächen. Als "verfügbare" Flächen werden städtische Gewerbe-/ Industrieflächen verstanden, die nicht veräußert, disponiert oder mit KfB-Beschluss belegt sind.

Des Weiteren wird das Investitionsvolumen durch folgende Titel geprägt:

741.81 - Investitionen der Forstverwaltung, Rahmenzuweisungen an die Bezirke -

Für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 38 Abs. 3 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2012 Tsd. EUR		Ansatz 2013 Tsd. EUR		Ansatz 2014 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE	KM	VE
Altona	18	5	18	5	18	5
Eimsbüttel	19	4	19	4	19	4
Wandsbek	56	13	56	13	56	13
Bergedorf	19	5	17	5	17	5
Harburg	37	9	37	9	37	9
Gesamt	149	36	147	36	147	36

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zu Lasten der Folgejahre veranschlagt.

741.86 - Zweckzuweisung an die Bezirke für Aufforstungsmaßnahmen -

Da Wald eine große Kohlenstoffsенке ist, erfüllt er bei der Bewältigung der Folgen der Klimaänderung in dem Ballungsraum Hamburg eine wichtige Aufgabe. Durch Aufforstung wird die Waldentwicklung beschleunigt, so dass die CO2-Bindungsfunktion früher einsetzt und insgesamt deutlich verbessert wird.

Dieser Titel wird als Leertitel für Aufforstungsmaßnahmen in den Bezirken im Rahmen des Senatsprogramms „Hamburger Klimaschutzkonzept 2007-2012“ (vgl. Drucksache 18/6803) eingerichtet.

811.02 - Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für das Pflanzenschutzamt -

Veranschlagt sind Mittel insbesondere zur Beschaffung von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen für das Pflanzenschutzamt, die Amtliche Pflanzenbeschau und die Bewirtschaftung des Versuchsfeldes (Außenflächen und Gewächshäuser) und Untersuchungsgeräten im Rahmen der Labor- und Untersuchungstätigkeit zur Wahrnehmung der hoheitsrechtlichen Aufgaben und Dienstleistungen für Dritte.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 24.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils 30.000 EUR veranschlagt.

821.01 - Grunderwerb für Wald -

Die Mittel dienen dem Ankauf von Flächen zur Arrondierung sowie der Neuanlage von Wald.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 160.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils 50.000 EUR veranschlagt.

823.01 - Leistungsentgelt 1 für das Kompetenz- und Beratungszentrum Gartenbau und Landwirtschaft -

Veranschlagt sind die ab 2011 erforderlichen Kassenmittel für die sogenannte Investitionsrate und ggf. Sonder-tilgungen für die Dauer eines Lebenszyklus von 25 Jahren (Drs. 18/7230 vom 23.01.2008).

Ansatz 2013 231.000 EUR
Ansatz 2014 263.000 EUR

892.02 - Zuschüsse für innovative Investitionsmaßnahmen zur Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technolo-gien in der Landwirtschaft -

Gefördert werden technische Neuentwicklungen, die noch keine Marktreife erreicht haben, Pilot- bzw. De-monstrationsvorhaben mit dem Ziel einer beschleunigten Umsetzung des technischen Fortschritts in der prakti-schen Anwendung sowie innovative Investitionsprojekte im Rahmen von LEADER.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 90.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres jeweils 58.000 EUR veranschlagt.

7400

892.09 - Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft (soweit nicht anderweitig veranschlagt) -

Aus diesem Globaltitel werden insbesondere nach dem Verfahren des Gesetzes über die Kreditkommission Finanzierungshilfen gewährt, mit denen Wirtschaftswachstum generiert und Beschäftigungspotenziale erschlossen werden sollen. Dabei kommt der Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen, die Basis, Rückgrat und Impulsgeber der Wirtschaft sind, besondere Bedeutung zu. Neben den durch die Kreditkommission zu beschließenden Einzelfällen, werden entsprechende Förderprogramme aufgelegt. Es stehen Maßnahmen zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze in Unternehmen im Vordergrund, die ihren Sitz oder aber eine wesentliche Betriebsstätte in Hamburg haben. Auch Maßnahmen zur Förderung von Wirtschaftsförderungsinstitutionen und von Programmen dieser Wirtschaftsförderungsinstitutionen, die von standortpolitischer Bedeutung sind und/oder der Erhaltung und Stärkung der Wirtschaftskraft Hamburgs dienen, können gefördert werden (ggf. in Form von EU-Kofinanzierung).

Aus dem Titel wird auch die finanzielle Restabwicklung der Programme „Existenzgründung und Mittelstand“ und „Modernisierung Zolldeklarierung“ dotiert.

Sofern Programme oder Einzelmaßnahmen durch Externe abgewickelt werden, erfolgt die Finanzierung der Durchführungskosten aus dem Titel 7400.683.07.

Ansatz 2013	1.107.000 EUR
Ansatz 2014	1.007.000 EUR
Verpflichtungsermächtigung 2013 gesamt	1.007.000 EUR
Davon zu Lasten 2014	607.000 EUR
Davon zu Lasten 2015	200.000 EUR
Davon zu Lasten 2016	100.000 EUR
Davon zu Lasten 2017	100.000 EUR
Verpflichtungsermächtigung 2014 gesamt	1.007.000 EUR
Davon zu Lasten 2015	607.000 EUR
Davon zu Lasten 2016	200.000 EUR
Davon zu Lasten 2017	100.000 EUR
Davon zu Lasten 2018	100.000 EUR

Neben diesen allgemeinen Wirtschaftsförderungsmitteln ist eine Reihe spezieller Förderungsmaßnahmen bei anderen Titeln veranschlagt.

892.11 - Gründungsprämie Handwerk! (Meistergründungsprämie) -

Aus diesem Titel wird die Meistergründung von Handwerksbetrieben durch eine Prämie gefördert und dadurch Arbeits- und Ausbildungsplätze im Handwerk geschaffen. Handwerksunternehmen sind in der Regel beschäftigungsintensiv und ermöglichen eine vielseitige, gründliche Ausbildung. Die Gründung von Handwerksunternehmen durch Meister erfordert erhebliche Aufwendungen bei der Qualifizierung der Gründerin/ des Gründers und Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung des Unternehmens (vgl. Drs. 18/4060).

Das Programm ist über die ursprünglich vorgesehene Laufzeit bis zum 31.12.2010 verlängert worden (vgl. Drs. 19/5350). Die Prämie wird in zwei Teilen ausgezahlt. Der 1. Teil der Prämie wurde bei Bewilligung ausgezahlt. Der 2. Teil der Prämie wird frühestens nach zwei, spätestens nach 4 Jahren ausgezahlt, wenn die geschaffenen Arbeitsplätze seit zwei Jahren bestehen.

Ansatz 2013	100.000 EUR
Ansatz 2014	0 EUR

892.40 - Zuschüsse zur Förderung von Investitionen in der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft -

892.41

892.42 Zur Unterstützung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen, umweltschonenden, tiergerechten und multifunktio-
892.43 nalen Landwirtschaft werden investive Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit
892.44 auf der Erzeugungs-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstufe ebenso gefördert wie Maßnahmen zur Erzielung
892.45 außerlandwirtschaftlicher Einkommen. Das Förderangebot umfasst darüber hinaus auch Investitionen, die auf
892.46 agrar- und infrastrukturell optimierte Bewirtschaftungsbedingungen abzielen und zur Sicherung und Weiterent-
wicklung der landwirtschaftlich geprägten Gebiete beitragen.

Vgl. auch Erläuterungen zu 7400.662.40/683.40/683.41/683.42/683.43/683.44.

Ansatz 2013 insgesamt	585.000 EUR
Ansatz 2014 insgesamt	560.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres insgesamt jeweils veranschlagt.	405.000 EUR

Besondere Finanzierungsausgaben

971.06 - Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums aus Mitteln des ELER Förderperiode 2007 - 2013 -

Auf der Grundlage der EU-Verordnung Nr. 1698/2005 hat die EU-Kommission den für den Förderzeitraum 2007- 2013 vorgelegten Plan zur ländlichen Entwicklung „Stadt, Land, Fluss“ genehmigt, der damit die rechtsverbindliche Grundlage zur Umsetzung der vorgesehenen Einzelmaßnahmen darstellt, die aus dem europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung der ländlichen Räume (ELER) kofinanziert werden. Die Einzelmaßnahmen werden unter Berücksichtigung der Programmschwerpunkte der EU-Verordnung „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, Verbesserung der Umwelt und der Landschaft und Lebensqualität im ländlichen Raum sowie Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“ angeboten.

Die Fördermittel, die den EU-Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt werden, müssen mit nationalen Mitteln (Bund/Land) ergänzt werden. Aus diesem Zentraltitel überträgt die BWVI die zugewiesenen EU-Mittel auf die jeweiligen Abwicklungstitel der Behörden.

Ansatz 2013	3.468.000 EUR
Ansatz 2014	0 EUR

971.08 - Fördermaßnahmen aus Mitteln der Europäischen Strukturfonds (EFRE-Programm) Förderperiode 2007-2013 -

Hamburg wurden für die derzeit laufende Förderperiode 2007-2013 EFRE-Mittel in Höhe von rd. 35.269 Mio. Euro zugesagt, die in mindestens gleicher Höhe national kofinanzieren sind und bis spätestens 31.12.2015 ausgezahlt sein müssen.

Grundsätzlich erstattet die EU lediglich Ausgaben und erwartet, dass die Begünstigten des EFRE ihre Ausgaben vorfinanzieren. Diese Praxis ist aber nicht praktikabel, da die Kosten für die Vorfinanzierung (Zinsen und sonstige Kreditkosten) im EFRE nicht zuwendungsfähig sind. Daher sind die erwarteten Jahrest tranchen zu Lasten der FHH vorzufinanzieren. Aus diesem Titel stellt die BWVI durch Sollübertragung ausschließlich die Vorfinanzierung der EU-Mittel bereit. Sie werden auf vorhandene oder neu einzurichtende Ausgabebetitel in dem Einzelplan übertragen, der für die Durchführung und Kofinanzierung eines EFRE-Projekts zuständig ist.

Ansatz 2013	5.136.000 EUR
Ansatz 2014	5.238.000 EUR

971.11 - Förderung aus Mitteln der Europäischen Strukturfonds (EFRE-Programm) – Förderperiode 2014 -2020 -

Bei diesem Titel soll die Vorfinanzierung der Mittel eingeworben werden, die die EU der FHH im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in der Förderperiode 2014 – 2020 zur Verfügung stellen wird.

Die Höhe der EFRE-Mittel sowie die Aufteilung auf die Jahre 2014 bis 2020 sind derzeit noch nicht bekannt.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils	0 EUR
------------------------------	-------

Als Verpflichtungsermächtigungen sind	
in 2013 zu Lasten des Folgejahres	0 EUR
in 2014 zu Lasten des Folgejahres	10.000.000 EUR
veranschlagt.	

7500 Rechtsamt**1. Allgemeines**

Die Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung sowie die Mittel- und Stellenbedarfe sind der Produktinformation zu entnehmen.

2. Zuwendungen

Keine.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben**Einnahmen**

Die Einnahmen werden insbesondere bestimmt durch Einnahmen aus Amtshandlungen sowie Verwarn- und Bußgelder (7500.111.01 und 112.01) im Bereich des Güter und Personenverkehrs.

Ausgaben*Personalausgaben*

siehe Vorwort zum Einzelplan 7.

Sach- und Fachausgaben

Die nachstehend aufgeführten Titel werden wegen Ihrer Bedeutung im Einzelnen erläutert:

526.01 - Kosten der Planfeststellung -

Die Haushaltsmittel werden benötigt zur Erstattung der durch die gerichtliche Überprüfung von förmlichen Zulassungsentscheidungen entstehenden Kosten (Anwaltskosten, Gerichtskosten) sowie zur Bezahlung eines verwaltungsexternen Juristen, der die Planfeststellungsbehörde in diversen Zulassungsverfahren dauerhaft unterstützt.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 900.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2013 und 2014 zu Lasten des Folgejahres insgesamt jeweils 600.000 EUR veranschlagt.

526.02 - Gutachten über die wirtschaftliche Lage der Taxenunternehmen in Hamburg und Einführung von Fiskaltaxametern -

Ab 2011 ist in der Freien und Hansestadt Hamburg der Einbau von Taxametern mit Aufzeichnungs- und Auswertungsfunktion (sog. Fiskaltaxameter) vorgesehen. Die Aufzeichnungen von Echtdaten geben verlässliche Auskunft über die wirtschaftliche Entwicklung des Gewerbes. Bei der Erteilung von Genehmigungen für den Taxenverkehr sind gemäß § 13 Abs. 4 Satz 2 PBefG entsprechende Erkenntnisse zu berücksichtigen. Nach Beendigung der Testphase werden jährlich für Gutachten über die wirtschaftliche Lage der Taxenunternehmen 50 Tsd. Euro benötigt.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils 50.000 EUR

685.01 - Erstattung von Aufwendungen für den Betrieb der Geschäftsstellen nach dem HmbEAG -

Die „Einheitlichen Ansprechpartner“ haben nach der Dienstleistungsrichtlinie die Pflicht zur Information von Dienstleistern und Dienstleistungsempfängern über Verfahren und zuständige Behörden, Zugang zu Registern, mögliche Rechtsbehelfe und unterstützende Verbände. Sie müssen als Verfahrensvermittler zur Verfügung stehen.

Für die nicht durch Gebühren oder die Hebung von Synergien infolge Wegfalls eines Teils der bisherigen Beratungstätigkeit der Kammern gedeckten notwendigen Aufwendungen erhalten die Geschäftsstellen führenden Kammern Kostenersatz nach dem HmbEAG.

Daneben sind hieraus Zahlungen an Dritte für Aktualisierung, Betrieb und Anpassung des IT-Fachverfahrens „EA-/DLR-IT“ (Verfahrensklärung) und des InfoPortals vorzunehmen. Die IT ist nach der Dienstleistungsrichtlinie, dem HmbEAG und dem HmbVwVfG bereitzustellen und aktuell zu halten, dies beinhaltet auch die IT-Anbindung der Geschäftsstellen. So können z.B. Ausgaben für den Ausbau der Angebote des EA bzw. nach der Dienstleistungsrichtlinie notwendig werden sowie u.a. für Mehrsprachigkeit, Steigerung der Bekanntheit, eGovernment-Zentrum nach der KOM.

Nach den Erfahrungen der Vorjahre wurde der Ansatz abgesenkt.

Ansatz 2013 und 2014 jeweils

180.000 EUR

7500

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2013/2014

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 7

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Einzelplan 7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
---------------------	---

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
1,00					7,00	Anzahl der kw-Stellen
					12,50	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					12,50	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	19,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9
7000	Zentralverwaltung	2013/14	60,80			83,50		144,30
		2012	71,40			95,80		167,20
7100	Nd.Zusarb., Market., Tour.	2013/14	11,60			9,80		21,40
		2012	0,00			0,00		0,00
7200	Verkehr und Straßenwesen	2013/14	90,00			44,30	0,00	134,30
		2012	26,75			19,50	0,00	46,25
7300	Innov-Stkt,Mittelst,Hafen	2013/14	43,50			48,37		91,87
		2012	42,25			40,40		82,65
7400	Wiför, AußWi, AgWi.	2013/14	39,00			75,65	2,00	114,65
		2012	64,00			216,19	1,00	280,19
7500	Rechtsamt	2013/14	33,00			22,50		55,50
		2012	0,00			0,00		0,00
	gesamt:	2013/14	277,90	0,00	0,00	284,12	2,00	562,02
		2012	204,40	0,00	0,00	371,89	1,00	576,29

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2012) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/14.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden – soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden können, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan 7

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2012	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2012				Stellenplan 2013/ 14	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2013/ 14	2013/ 14/ 2012
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
7	7000 Zentralverwaltung	167,20	-5,50	78,25	-93,15	4,50	-7,00	144,30	-22,90
	7100 Nd.Zusarb., Market., Tour.	0,00		22,40	-1,00			21,40	21,40
	7200 Verkehr und Straßenwesen	46,25	-3,00	207,65	-118,40	3,80	-2,00	134,30	88,05
	7300 Innov-Stkt,Mittelst,Hafen	82,65	-2,30	21,50	-12,75	4,12	-1,35	91,87	9,22
	7400 Wiför, AußWi, AgWi.	280,19	-2,75	120,40	-293,37	21,53	-11,35	114,65	-165,54
	7500 Rechtsamt	0,00	-1,25	58,75	-2,00			55,50	55,50
	Summe:	576,29	-14,80	+508,95	-520,67	+33,95	-21,70	562,02	-14,27

Einzelplan 7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kapitel 7000	Zentralverwaltung

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					1,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					2,50	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	1,00			1,00	
A 16	1,00			3,00	
A 15	4,00			6,00	
A 14	6,50			3,50	
A 13	5,50	1,00	1)	9,50	ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach EntgGr. E 13

Einzelplan 7
Kapitel 7000

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Zentralverwaltung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
A 16						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; Behörden- neuorganisation 2011
A 16						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behörden- neuorganisation 2011
A 16						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneuorganisation 2011
A 16						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7100; Behörden- neuorganisation 2011
A 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
A 15						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Stellentausch zu WF 4
A 15						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneuorganisation 2011
A 15						-3,00			-3,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behörden- neuorganisation 2011
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; Behörden- neuorganisation 2011
A 14				4,50					4,50	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
A 14		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 14						-6,25			-6,25	Verlagerung an Kapitel 7500; Behörden- neuorganisation 2011
A 14				2,75					2,75	Verlagerung von Kapitel 7300; Behörden- neuorganisation 2011
A 14						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneuorganisation 2011
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; Stellentausch IH 41/ZP 2-3
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Stellentausch WA 32/S 1
A 14	-1,00								-1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 14						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7100; Behörden- neuorganisation 2011
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Stellentausch WL 50/ZP 2-1
A 13				2,50					2,50	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
A 13						-2,50			-2,50	Verlagerung an Kapitel 7500; Behörden- neuorganisation 2011
A 13						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 7100; Behörden- neuorganisation 2011
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Stellentausch ZP 2-3/IH 41
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Stellentausch WA 32/S 1
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Stellentausch ZP 2-1/WL 50
A 13							1,00		1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss

Einzelplan 7
Kapitel 7000

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Zentralverwaltung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 13		0,50	2)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	4,00	1,00	3)	4,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 12	10,00	1,00	17)	9,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsrat</i>
A 11	14,00			17,60	
A 10	2,00			3,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	1,00		18,75	-23,75				-5,00	
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
A 13	-1,00								-1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneueorganisation 2011
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7100; Behördenneueorganisation 2011
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
A 12				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
A 12		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 11 Haushaltsbeschluss, für freigestelltes Personalratsmitglied
A 12	-1,00								-1,00	gem. Art. 11 Nr. 11 Haushaltsbeschluss
A 12					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneueorganisation 2011
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; Behördenneueorganisation 2011
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7100; Behördenneueorganisation 2011
A 12		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 11 Haushaltsbeschluss, für freigestelltes Personalratsmitglied
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
A 11				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
A 11					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneueorganisation 2011
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneueorganisation 1011
A 11					-2,60				-2,60	Verlagerung an Kapitel 7100; Behördenneueorganisation 2011
A 11				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
A 10				4,50					4,50	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 10					-4,50				-4,50	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneueorganisation 2011
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneueorganisation 2011

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 13	2) weggefallen	kw: 0,50 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat
A 13	3) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat
A 12	17) kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat	

Einzelplan 7
Kapitel 7000

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Zentralverwaltung

I. Stellenbestand

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 9	2,50	1,00	21)	1,50	<i>ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/Regierungsinspektor nach BesGr. E 9</i>
A 9	5,30			7,30	
A 8	3,00	1,00	4)	3,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 7	1,00			2,00	
A 6	1,00			1,00	
Summe:	60,80			71,40	

- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (4,00)
A 14 Akademische Oberrätin/ Akademischer Oberrat (1,00), Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (4,50), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (0,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (5,50)
A 13 Baurätin/Baurat (1,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (3,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (9,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (1,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (12,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (2,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,50)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (5,30)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (3,00)
A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)
A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 15	1,00			2,00	
A 14	1,00			0,00	
A 13	0,50			0,00	
A 12	1,00			0,00	
A 11	2,00			1,00	
A 10	2,00			1,00	
Summe:	7,50			4,00	

- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,50)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)

Einzelplan 7
Kapitel 7000

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Zentralverwaltung

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/ 14		Vermerk Nr.	2012 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			§ 50a (1)	
A 15	1,00			1,00	Nr. 6	
A 15	0,00			1,00	Nr. 7	
A 14	1,00			0,00	Nr. 3	
A 13	0,50			0,00	Nr. 7	
A 12	1,00			0,00	Nr. 7	
A 11	1,00			1,00	Nr. 7	
A 11	1,00			0,00	Nr. 6	
A 10	2,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	7,50			4,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-3,00	3,00		40,25	-47,85	-1,00			-8,60	
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Neustrukturierung der Behörden
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7100; Behördenneuorganisation 2011
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7100; Behördenneuorganisation 2011
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Neustrukturierung der Behörden
A 8				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, DRS. 20/119
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneuorganisation 2011
A 8	-1,00								-1,00	Haushaltskonsolidierung
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7100; Behördenneuorganisation 2011
A 6				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
A 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Stellentausch ZV 223-3/WVS223-6
A 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneuorganisation 2011
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	-4,00	3,00	0,00	47,25	-54,85	-1,00	0,00	0,00	-9,60	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>	-4,00	3,00	0,00	47,25	-54,85	-2,00	0,00	0,00	-10,60	

Einzelplan 7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kapitel 7000	Zentralverwaltung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	2,00	1,00	15)	0,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 15 ü nach BesGr. A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor</i>
E 15	1,00			3,00	
E 14	4,00	1,00	5)	7,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 13	4,00			10,37	
E 12	3,00	1,00	6)	7,80	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 11	9,50	2,00	7)	7,50	<i>ku: 2,00 EntgGr. E 11 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 15 ü					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 15						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneuorganisation 2011
E 15						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7100; Behördenneuorganisation 2011
E 14					2,00				2,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
E 14			-1,00						-1,00	Ausscheiden Mitarbeiter
E 14						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneuorganisation 2011
E 14						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7100; Behördenneuorganisation 2011
E 14							-1,00		-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13						-2,50			-2,50	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneuorganisation 2011
E 13						-2,37			-2,37	Verlagerung an Kapitel 7100; Behördenneuorganisation 2011
E 13			-1,00						-1,00	Haushaltskonsolidierung
E 12						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 12			-1,00						-1,00	Haushaltskonsolidierung
E 12	-1,00								-1,00	gem. Art. 11 nr. 11 Haushaltsbeschluss, freigestelltes Personalratsmitglied
E 11					2,00				2,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
E 11					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Neustrukturierung der Behörden
E 11							1,00		1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 11						-3,00			-3,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneuorganisation 2011
E 11					2,00				2,00	Verlagerung von Kapitel 7300; Behördenneuorganisation 2011

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14		alter Vermerk 2012
E 14	5)	weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat
E 12	6)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 12 Freigestelltes Personalratsmitglied
E 11	7)	ku: 2,00 EntgGr. E 11 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann	ku: 1,00 EntgGr. E 11 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann
E 15 ü	15)	ku: 1,00 EntgGr. E 15 ü nach BesGr. A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor	

Einzelplan 7
Kapitel 7000

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Zentralverwaltung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 10	1,00	0,50	8)	1,50	<i>Vermerk weggefallen ku: 1,00 EntgGr. E 9 nach BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor ku: 1,00 EntgGr. E 9 nach BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär</i>
E 9	7,00	1,00	18)	4,50	
		1,00	25)		
E 9	1,00			0,00	<i>Vermerk weggefallen kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst) ku: 1,00 EntgGr. E 6 nach BesGr. A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär kw: 0,50 EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle</i>
E 8	12,00	1,00	9)	12,63	
E 6	13,50	1,00	10)	13,50	
		1,00	19)		
E 5	5,50	0,50	11)	6,00	
E 4	7,00			7,00	
E 3	6,00			7,00	
E 2 ü	4,00	1,00	12)	5,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 2 ü nach Freiwerden der Stelle</i>
E 2	3,00			3,00	
Summe:	83,50			95,80	
Summe (ohne *) insgesamt	144,30			167,20	

Einzelplan 7
Kapitel 7000
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Zentralverwaltung
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00		-3,00	8,00	-16,87	1,00			-11,87	
E 9				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
E 9					-1,50				-1,50	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneueorganisation 2011
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
E 8				15,00					15,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
E 8					-11,00				-11,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneueorganisation 2011
E 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneueorganisation 2011
E 8					-2,63				-2,63	Verlagerung an Kapitel 7100; Behördenneueorganisation 2011
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerungen BSU zur BWVI
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneuestrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; Behördenneueorganisation 2011
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Behördenneueorganisation 2011
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7100; Behördenneueorganisation 2011
E 5				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 5					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7100; Behördenneueorganisation 2011
E 4		1,00							1,00	Mehrbedarf Fahrer für den 2. Staatsrat, gem. Delegationsregelung
E 4			-1,00						-1,00	Haushaltskonsolidierung
E 3			-1,00						-1,00	Haushaltskonsolidierung
E 2 ü			-1,00						-1,00	Haushaltskonsolidierung
Summe Arbeitnehmer										
	-1,00	1,00	-6,00	30,00	-37,00	1,00	0,00	0,00	-12,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	-0,50	0,50	-1,00	1,00	-1,30	0,00	0,00	0,00	-1,30	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	-1,50	1,50	-7,00	31,00	-38,30	2,00	0,00	0,00	-12,30	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-5,50	4,50	-7,00	78,25	-93,15	0,00	0,00	0,00	-22,90	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 10	8) weggefallen		kw: 0,50 EntgGr. E 10

Einzelplan 7
Kapitel 7100

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14		Vermerk Nr.	2012	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 16	1,00			0,00	
A 14	1,00			0,00	
A 13	2,00			0,00	
A 13	1,00			0,00	
A 12	1,00			0,00	
A 11	2,60			0,00	
A 9	1,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	
A 8	0,00			0,00	
A 7	1,00			0,00	
Summe:	11,60			0,00	

A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 14 Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (1,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,60)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

Einzelplan 7
Kapitel 7100

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 11				2,60					2,60	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Stellentausch SB 323/RV 211-2
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	11,60	-1,00	0,00	0,00	0,00	10,60	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	11,60	-1,00	1,00	0,00	0,00	11,60	

Einzelplan 7
Kapitel 7100

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	1,00			0,00	
E 14	1,00			0,00	
E 13	2,37			0,00	
E 12	0,80			0,00	
E 8	2,63			0,00	
E 6	1,00			0,00	
E 5	1,00			0,00	
Summe:	9,80			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	21,40			0,00	

Einzelplan 7
Kapitel 7100

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behörden- neuorganisation 2011
E 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behörden- neuorganisation 2011
E 13				2,37					2,37	Verlagerung von Kapitel 7000; Behörden- neuorganisation 2011
E 8				2,63					2,63	Verlagerung von Kapitel 7000; Behörden- neuorganisation 2011
E 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7500; Stellentausch RV 211-2/SB 323
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behörden- neuorganisation 2011
E 5				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behörden- neuorganisation 2011
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	0,00	0,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,80	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	0,00	0,00	0,00	10,80	0,00	-1,00	0,00	0,00	9,80	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	0,00	22,40	-1,00	0,00	0,00	0,00	21,40	

Einzelplan 7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kapitel 7200	Verkehr und Straßenwesen

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
1,00					3,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					1,00	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			0,00	
B 3	1,00			1,00	
B 2	1,00			0,00	
A 16	3,00			1,00	
A 15	13,00			7,00	
A 14	20,00	1,00	6)	5,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts erstmalige endgültige Herstellung von Anliegerstraßen</i>
		1,00	8)		

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
B 2				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 16				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
A 15					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2005
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Behördenneuorganisation 2011
A 15				11,00					11,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
A 14					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 14				20,00					20,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
A 14		-1,00							-1,00	Beendigung des Projekts Einrichtung von Gemeinschaftsstraßen (Shared Space)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 14	6) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts erstmalige endgültige Herstellung von Anliegerstraßen	
A 14	8) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Bauprogramms Bundesfernstraßen, spätestens zum 31.12.2017	

Einzelplan 7
Kapitel 7200

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Verkehr und Straßenwesen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 13	11,00	1,00 1,00 1,00	4) 9) 10)	4,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach BesGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Bauprogramms Bundesfernstraßen, spätestens zum 31.12.2017 kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat zum 31.12.2012 nach Beendigung der Vorbereitung und Umsetzung von Erschließungsmaßnahmen im Rahmen der Projekte IBA und IGS</i>
A 13	7,00			0,00	
A 12	14,00	1,00 1,00	5) 16)	4,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projektes 'Umsetzung der Radwegeverkehrsstrategie des Fahrradforums', spätestens zum 31.12.2012 kw: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt zum 31.12.2013 nach Beendigung des Projekts Umbau des Zentralen Omnibusbahnhofs Barmbek</i>
A 11	14,00			3,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00			44,00	-18,00				25,00	
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 13				10,00					10,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
A 13				2,00					2,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Verlagerungen Reorganisation
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 12				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
A 12					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 12				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 12				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
A 12				1,00					1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Verlagerungen Reorganisation
A 11				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
A 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 11				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 11				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 13	4) kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach BesGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle	
A 12	5) kw: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amträtin/ Technischer Amtratsrat zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projektes 'Umsetzung der Radwegeverkehrsstrategie des Fahrradforums', spätestens zum 31.12.2012	
A 13	9) kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Bauprogramms Bundesfernstraßen, spätestens zum 31.12.2017	
A 13	10) kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat zum 31.12.2012 nach Beendigung der Vorbereitung und Umsetzung von Erschließungsmaßnahmen im Rahmen der Projekte IBA und IGS	
A 12	16) kw: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amträtin/ Technischer Amtratsrat zum 31.12.2013 nach Beendigung des Projekts Umbau des Zentralen Omnibusbahnhofs Barmbek	

Einzelplan 7
Kapitel 7200

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Verkehr und Straßenwesen

I. Stellenbestand

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 10	3,00	0,75	1)	0,75	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 9	1,00			0,00	
A 9	0,00			0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär nach Freiwerden der Stelle</i>
A 8	1,00	1,00	3)	1,00	
Summe:	90,00			26,75	

- B 6 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
 B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 B 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (3,00), Leitende Forstdirektorin/ Leitender Forstdirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (11,00), Forstdirektorin/ Forstdirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
 A 14 Akademische Oberrätin/ Akademischer Oberrat (0,00), Oberbaurätin/ Oberbaurat (19,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (10,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (5,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (4,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (10,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (6,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (8,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (2,00)
 A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (1,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 16	1,00			0,00	
A 14	2,00			1,00	
A 13	2,00			0,00	
A 12	0,00			2,00	
A 6	1,00			0,00	
Summe:	6,00			3,00	

- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (2,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (2,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00)
 A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

Einzelplan 7
Kapitel 7200

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Verkehr und Straßenwesen

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2013/14				2012	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 16	1,00			0,00	Nr. 5	
A 14	0,00			1,00	Nr. 1	
A 14	2,00			0,00	Nr. 7	
A 13	2,00			0,00	Nr. 7	
A 12	0,00			2,00	Nr. 6	
A 6	1,00			0,00		H.Beschl.
gesamt:	6,00			3,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00			101,00	-38,00	-1,00			61,00	
A 11		1,00							1,00	Bestandskorrektur
A 11	-1,00								-1,00	Beendigung der Vorbereitung und Umsetzung von Erschließungsmaßnahmen im Rahmen der Projekte IBA und IGS
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 10				1,00		-2,00			-2,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
A 10									1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 10					-2,75				-2,75	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 10				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	-2,00	1,00	0,00	110,00	-42,75	-2,00	0,00	0,00	64,25	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>	-2,00	1,00	0,00	110,00	-42,75	-3,00	0,00	0,00	63,25	

Einzelplan 7
Kapitel 7200

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Verkehr und Straßenwesen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	0,00			1,00	
E 15	1,00	1,00	18)	2,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor</i>
E 14	5,00			4,00	
E 13 ü	0,00			0,00	
E 13	2,00			3,00	
E 12	11,80	2,00	17)	1,00	<i>ku: 2,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt</i>
		1,00	19)		<i>ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor</i>
		3,00	20)		<i>ku: 3,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann</i>
		1,00	21)		<i>ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann</i>
E 11	5,00	1,00	15)	1,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 Stellenstreichungen 2004, nach Freierwerden der Stelle</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
E 15					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 14				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
E 14					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 14				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 14		1,00							1,00	gem. Delegationsregelung
E 13 ü							1,00		1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
E 13				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 13					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 13		1,00							1,00	gem. Delegationsregelung; Verlängerung des Arbeitsverhältnisses im Bereich Nichtmotorisierter Verkehr
E 12				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
E 12					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 12				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 12				1,00					1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Verlagerungen Reorganisation
E 12							-1,00		-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 12							2,00		2,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
E 11					-6,50				-6,50	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 11				5,50					5,50	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 11								1,00	1,00	Tarifrechtliche Stellenbewertung
E 11				3,00					3,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Verlagerungen Reorganisation

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 11	15) kw: 1,00 EntgGr. E 11 Stellenstreichungen 2004, nach Freiwerden der Stelle	
E 12	17) ku: 2,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt	
E 15	18) ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor	
E 12	19) ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor	
E 12	20) ku: 3,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Technische Amtsfrau/ Technischer Amtsmann	
E 12	21) ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Regierungsamtsfrau/ Regierungsamtsmann	

Einzelplan 7
Kapitel 7200

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Verkehr und Straßenwesen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 10	0,00			0,00	
E 9	5,50			2,00	
E 9	0,00			0,00	
E 8	7,50			1,00	
E 7	0,00			0,00	
E 6	3,50			2,00	
E 5	3,00			2,00	
E 3	0,00			0,50	
Summe:	44,30			19,50	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen	
				Zugang	Abgang						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
Übertrag		2,00			41,50	-33,50	2,00	1,00		13,00	
E 11			-1,00							-1,00	Bestandskorrektur
E 10					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
E 10					3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneueorganisation 2011
E 10						-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneueorganisation 2011
E 10							1,00	-1,00		-1,00	Tarifrrechtliche Stellenbewertung
E 10			-1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 10										-1,00	Zur Finanzierung der Stelle V-PS 03
E 9					4,50					4,50	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
E 9						-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneueorganisation 2011
E 9					3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneueorganisation 2011
E 9					1,00					1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Verlagerungen Reorganisation
E 9					2,65					2,65	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneueorganisation 2011
E 9						-2,65				-2,65	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneueorganisation 2011
E 8					6,50					6,50	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
E 8						-16,00				-16,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneueorganisation 2011
E 8					14,00					14,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneueorganisation 2011
E 8					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneueorganisation 2003
E 8					1,00					1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Verlagerungen Reorganisation
E 7					4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneueorganisation 2011
E 7						-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneueorganisation 2011
E 6					4,50					4,50	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
E 6						-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneueorganisation 2011
E 6					2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneueorganisation 2011
E 6	-1,00									-1,00	Ausscheiden Mitarbeiter
E 5					3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerungen Reorganisation
E 5						-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneueorganisation 2011
E 5					5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneueorganisation 2011
Summe Arbeitnehmer	-1,00	2,00	-2,00		97,65	-75,15	3,00	0,00	0,00	24,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,80	0,00		0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,30	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	-1,00	2,80	-2,00		97,65	-75,65	3,00	0,00	0,00	24,80	

Einzelplan 7
Kapitel 7200

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Verkehr und Straßenwesen

I. Stellenbestand

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	0,00			0,00	
Summe:	0,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	134,30			46,25	

Einzelplan 7
Kapitel 7200

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Verkehr und Straßenwesen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Nachwuchs mD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; behördenneuorganisation 2011
Nachwuchs mD					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
Nachwuchs mD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
<i>Summe Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*</i>										
	0,00	0,00	0,00	2,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe (ohne*) insgesamt										
	-3,00	3,80	-2,00	207,65	-118,40	0,00	0,00	0,00	88,05	

Einzelplan 7
Kapitel 7300

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					1,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					6,00	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
B 4	0,00			0,00	
A 16	3,00			3,00	
A 15	8,00			6,00	
A 14	7,50	1,00	1)	10,25	<i>kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat</i>
A 13	5,00	1,00	17)	2,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach BesGr. E 13</i>
A 13	2,00			1,00	
A 12	7,00			7,00	
A 11	3,00			5,00	
A 10	1,00			0,00	
A 9	1,00			1,00	
A 9	3,00			3,00	
A 8	1,00			1,00	
A 7	1,00			2,00	
A 6	0,00			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4100; Vereinbarung zwischen der BWVI und der BASFI über den Tausch einer Stelle B 4 der BWVI gegen eine Stelle B 3 der BASFI
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Für die Referatsleitung Logistik
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 14					-2,75				-2,75	Verlagerung an Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Stellentausch IH 41/ZP 2-3
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Stellentausch ZP 2-3/IH 41
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Interne organisatorische Maßnahme
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Stellentausch WL 4/SR
A 12						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Stellentausch ZV 223-3/WS223-6

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 14	1) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat	kw: 2,75 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat
A 13	17) ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach BesGr. E 13	

Einzelplan 7
Kapitel 7300

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

I. Stellenbestand

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
Summe:	43,50			42,25	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (8,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (7,50)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (5,00)
- A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat (2,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (7,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (3,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
B 6	1,00			0,00	
A 15	1,00			2,00	
A 13	0,00			1,00	
A 12	0,00			1,00	
Summe:	2,00			4,00	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00)

Einzelplan 7
Kapitel 7300

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/ 14			2012	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
B 6	1,00			0,00	Nr. 5	
A 15	1,00			1,00	Nr. 5	
A 15	0,00			1,00	Nr. 7	
A 13	0,00			1,00	Nr. 6	
A 12	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	2,00			4,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	12,00	-8,75	-1,00	0,00	0,00	2,25	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	12,00	-8,75	-2,00	0,00	0,00	1,25	

Einzelplan 7
Kapitel 7300

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	4,00	1,00	2)	3,00	Vermerk weggefallen ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor
E 14	4,82	1,00	3)	3,00	
E 13	9,40	0,80	4)	6,40	Vermerk weggefallen kw: 0,50 EntgGr. E 13 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
		0,50	5)		
		1,00	18)		ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 11 Regierungsamfrau/ Regierungsammann
		1,00	20)		ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat
E 12	0,00	0,50	6)	1,50	Vermerk weggefallen
E 11	10,00	1,00	7)	9,00	ku: 1,00 EntgGr. E 11 nach BesGr. A 11 Regierungsamfrau/ Regierungsammann
E 10	3,00	1,00	8)	3,00	ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär
E 9	3,00	1,00	16)	1,00	ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 11 Regierungsamfrau/ Regierungsammann kw: 1,00 EntgGr. E 9 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 8	4,65	2,00	9)	5,00	ku: 2,00 EntgGr. E 8 nach BesGr. A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär
E 6	3,00	1,00	10)	2,00	kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 5	3,00			3,00	
E 3	1,00	1,00	11)	1,00	kw: 1,00 EntgGr. E 3 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 2 ü	2,50	1,00	12)	2,50	kw: 1,00 EntgGr. E 2 ü nach Freierwerden der Stelle (Beschäftigung von Schwerbehinderten aus den Werkstätten für Behinderte)
		1,00	13)		kw: 1,00 EntgGr. E 2 ü nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
		0,50	14)		kw: 0,50 EntgGr. E 2 ü nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
Summe:	48,37			40,40	
Summe (ohne *) insgesamt	91,87			82,65	

Einzelplan 7
Kapitel 7300

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 15	-1,00								-1,00	Haushaltskonsolidierung
E 14				1,50					1,50	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 13		1,00							1,00	gem. Delegationsregelung, WS 13
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 13						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13							1,00		1,00	Tarifrrechtliche Bewertung
E 12							-1,00		-1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
E 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 11						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
E 11		2,00							2,00	gem. Delegationsregelung, Mehrbedarf Luftaufsicht
E 10							1,00		1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10								-1,00	-1,00	Tarifrrechtliche Bewertung
E 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 6				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
E 6						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
E 6			-1,00						-1,00	Haushaltskonsolidierung
E 5						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 5				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Behördenneuorganisation 2011
Summe Arbeitnehmer										
	-1,00	3,00	-1,00	9,50	-4,00	1,00	0,00	0,00	7,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	-1,30	1,12	-0,35	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,53	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	-2,30	4,12	-1,35	9,50	-4,00	2,00	0,00	0,00	7,97	

Summe (ohne *) insgesamt	-2,30	4,12	-1,35	21,50	-12,75	0,00	0,00	0,00	9,22	
---------------------------------	-------	------	-------	-------	--------	------	------	------	------	--

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 15	2) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 15 kw bei Freiwerden
E 13	4) weggefallen	kw: 0,80 EntgGr. E 13
E 12	6) weggefallen	kw: 0,50 EntgGr. E 12 KW 15.06.11
E 10	16) ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann	
E 13	18) ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann	
E 13	20) ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat	

Einzelplan 7
Kapitel 7400

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					1,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					1,00	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	0,00			1,00	
B 3	1,00			1,00	
A 16	2,00			3,00	
A 15	8,00			3,00	
A 14	5,00			6,00	
A 13	4,00	1,00	1)	3,00	<i>Vermerk weggefallen</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Behörden-neuorganisation 2011
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behörden-neuorganisation 2011
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Behördenneuorganistaion 2011
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behörden-neuorganisation 2011
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behörden-neuorganisation 2011
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behörden-neuorganisation 2011
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behörden-neuorganisation 2011
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behörden-neuorganisation 2011
A 15				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behörden-neuorganisation 2011
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behörden-neuorganisation 2011
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behörden-neuorganisation 2005
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Behörden-neuorganisation 2011
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Stellentausch zu WF 4
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Für die Referatsleitung Logistik
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
A 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
A 14				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behörden-neuorganisation 2011
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behörden-neuorganisation 2011
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Behörden-neuorganisation 2011
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Stellentausch WA 32/S 1
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behörden-neuorganisation 2011
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behörden-neuorganisation 2011
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Stellentausch WL 50/ZP 2-1
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 13	1) weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach EntgGr. E 13

Einzelplan 7
Kapitel 7400

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 13	1,00			4,00	
A 12	7,00	1,00	2)	6,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 11	6,00	1,00	3)	9,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 10	3,00	1,00	13)	10,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				19,00	-18,00				1,00	
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Behördenneuorganisation 2011
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Interne organisatorische Maßnahme
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Stellentausch WA 32/S 1
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Stellentausch ZP 2-1/WL 50
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Mehrbedarf zur Umsetzung des Geldwäschegesetzes
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Stellentausch WL 4/SR
A 12	-1,00								-1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
A 12				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
A 12					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
A 11					-4,65				-4,65	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
A 11				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
A 11					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 1011
A 10					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Behördenneuorganisation 2011
A 10				2,75					2,75	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
A 10		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 12	2)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt
A 11	3)	weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. E 12

Einzelplan 7
Kapitel 7400

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

I. Stellenbestand

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 9	0,00	1,00 1,00	4) 5)	11,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach BesGr. E 9 Vermerk weggefallen</i>
A 9	1,00			4,00	
A 8	1,00			3,00	
Summe:	39,00			64,00	

- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Forstdirektorin/ Leitender Forstdirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 15 Forstdirektorin/ Forstdirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (7,00)
 A 14 Akademische Oberrätin/ Akademischer Oberrat (0,00), Oberforsträtin/ Oberforstrat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (5,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (4,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (7,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (6,00)
 A 10 Bibliotheksoberspektorin/ Bibliotheksoberspektor (0,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 12	2,00			0,00	
A 10	0,00			1,00	
Summe:	2,00			1,00	

- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (2,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)

Einzelplan 7
Kapitel 7400

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/ 14			2012	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 12	2,00			0,00	Nr. 6	
A 10	0,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	2,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	1,00		42,75	-49,65				-6,90	
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
A 9					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BAFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
A 9	-1,00								-1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 9					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneustrukturierung 2011
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneustrukturierung 2011
A 8					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneustrukturierung 2011
Summe Beamtinnen/ Beamte	-2,00	1,00	0,00	44,75	-67,65	0,00	0,00	0,00	-23,90	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	-0,75	0,00	-0,35	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,10	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	-2,75	1,00	-0,35	44,75	-67,65	0,00	0,00	0,00	-25,00	

Einzelplan 7
Kapitel 7400

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	1,00			1,00	
E 15	4,00	1,00	10)	6,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Landwirtschaftsdirektorin/ Landwirtschaftsdi- rektor</i>
E 14	7,00	1,00	6)	5,35	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	12)		<i>ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat</i>
		1,00	14)		<i>ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat</i>
E 13 ü	0,00			0,00	
E 13	9,00			10,40	
E 12	6,00			8,00	

II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
E 15 ü				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Behördenneuorganisation 2011
E 15				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 14					-1,50				-1,50	Verlagerung an Kapitel 7300; Behördenneuorganisation 2011
E 14				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 14							1,00		1,00	Tarifrechtliche Bewertung
E 13 ü				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 13 ü					-2,40		-1,00		-1,00	Tarifrechtliche Bewertung
E 13					-2,40				-2,40	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI; Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BAFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 13					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 13				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 12			-1,00						-1,00	Rationalisierung Zuwendungssteuerung
E 12				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 14	6) weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat
E 15	10) ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Landwirtschaftsdirektorin/ Landwirtschaftsdirektor	
E 14	12) ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat	
E 14	14) ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat	

Einzelplan 7
Kapitel 7400

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 11	6,50	1,00	11)	11,50	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11</i>
E 10	3,00			7,00	
E 9	5,00	1,00	7)	72,09	<i>Vermerk weggefallen</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-1,00	27,00	-24,90				1,10	
E 12					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 11		1,00							1,00	gem. Delegationsregelung, befristeter Mehrbedarf AL 115
E 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Behördenneuorganisation 2011
E 11				6,50					6,50	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 11					-5,50				-5,50	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneuorganisation Mai 2011, Drs. 20/119
E 10					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 10					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 10				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 9			-3,00						-3,00	Ausscheiden Mitarbeiter
E 9					-76,96				-76,96	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI; Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 9		12,64							12,64	gem. Delegationsregelung, für Gemeinsame Einrichtung Jobcenter t. a. h.
E 9		1,00							1,00	gem. Delegationregelung, für Gemeinsame Einrichtung Jobcenter t. a. h.
E 9		1,00							1,00	gem. Delegationsregelung, für Gemeinsame Einrichtung Jobcenter t. a. h.
E 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Behördenneuorganisation 2011
E 9				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 9					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 11	11) kw: 1,00 EntgGr. E 11	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
E 10	2,00			-

Einzelplan 7
Kapitel 7400

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 9	2,65			3,42	
E 8	16,00			70,93	
E 7	5,00			4,00	
E 6	3,00			7,00	
E 5	7,00			9,50	
E 3	0,50			0,00	
Summe:	75,65			216,19	

Einzelplan 7
Kapitel 7400

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		15,64	-4,00	41,50	-133,36				-80,22	
E 9					-2,65				-2,65	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 9				2,65					2,65	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 8			-6,00						-6,00	Ausscheiden Mitarbeiter
E 8			-1,00						-1,00	Ausscheiden Mitarbeiter
E 8					-51,67				-51,67	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 8		3,51							3,51	gem. Delegationsregelung, für Gemeinsame Einrichtung Jobcenter t. a. h.
E 8				16,00					16,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 8					-14,00				-14,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2003
E 7					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 7				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 6					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 6		1,00							1,00	gem. Delegationsregelung, für Geschäftszimmer
E 6					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Behördenneuorganisation 2011
E 6				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 6					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 5					-3,50				-3,50	Verlagerung an Kapitel 4000; Verlagerung zur BASFI, Behördenneustrukturierung Mai 2011, Drs. 20/119
E 5					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Behördenneuorganisation 2011
E 5				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
E 5					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
Summe Arbeitnehmer	0,00	20,15	-11,00	75,15	-224,18	0,00	0,00	0,00	-139,88	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,38	0,00	0,50	-1,54	0,00	0,00	0,00	-0,66	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	0,00	20,53	-11,00	75,65	-225,72	0,00	0,00	0,00	-140,54	

Einzelplan 7
Kapitel 7400

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	2,00			1,00	
Summe:	2,00			1,00	
Summe (ohne *) insgesamt	114,65			280,19	

Einzelplan 7
Kapitel 7400

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Nachwuchs mD		1,00							1,00	Einrichtung einer Stelle Azubi Forstwirt
Nachwuchs mD									-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; behördenneuorganisation 2011
Nachwuchs mD					2,00				2,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
Nachwuchs mD									-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Behördenneuorganisation 2011
<i>Summe Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*</i>										
	0,00	1,00	0,00	2,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	1,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-2,75	21,53	-11,35	120,40	-293,37	0,00	0,00	0,00	-165,54	

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					1,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					2,00	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 3	1,00			0,00	
A 16	2,00			0,00	
A 15	4,00			0,00	
A 14	6,50	1,00	2)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat</i>
A 13	3,00			0,00	
A 13	2,00			0,00	
A 12	3,00			0,00	
A 11	4,00			0,00	
A 10	4,50			0,00	
A 9	0,00			0,00	
A 8	2,00			0,00	
A 6	1,00			0,00	
Summe:	33,00			0,00	

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (4,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (6,50)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00)
- A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat (2,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (3,00)
- A 11 Regierungsamtsfrau/ Regierungsamtmann (4,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (4,50), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
- A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (0,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)
- A 6 Regierungsssekretärin/ Regierungsssekretär (1,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4100; Stellentausch von Kapitel 4100 mit Kapitel 7500 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 16					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 16					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 15					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 15					3,00				3,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 14					6,25				6,25	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 14					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 13					2,50				2,50	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 13					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Mehrbedarf zur Umsetzung des Geldwäschegesetzes
A 13					2,00				2,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 12					4,00				4,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 12							-1,00		-1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 11					4,00				4,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 10					4,50				4,50	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 10					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 10						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7401; Stellentausch RV 12/WG 01
A 9					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 7401; Stellentausch WG 01/RV 12
A 8					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
A 8					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 7100; Stellentausch SB 323/RV 211-2
A 6					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00		37,25	-1,00	-1,00	0,00	0,00	35,25
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	-1,25	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,25
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00		0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	-1,25	0,00	0,00		37,25	-1,00	-2,00	0,00	0,00	33,00

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 14	2) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat	

Einzelplan 7
Kapitel 7500

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Rechtsamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	1,00			0,00	
E 14	2,00	1,00	1)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>
		1,00	4)		
E 13	1,00			0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Freiwerden der Stelle</i>
E 12	1,00			0,00	
E 11	3,00			0,00	
E 9	2,50	1,00	6)	0,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 9 nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor</i>
E 8	11,00	1,00	7)	0,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach BesGr. A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär</i>
E 6	1,00			0,00	
Summe:	22,50			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	55,50			0,00	

Einzelplan 7
Kapitel 7500

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Rechtsamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behörden- neuorganisation 2011
E 14				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behörden- neuorganisation 2011
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behörden- neuorganisation 2011
E 12						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
E 11				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behörden- neuorganisation 2011
E 9				1,50					1,50	Verlagerung von Kapitel 7000; Behörden- neuorganisation 2011
E 8				11,00					11,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behörden- neuorganisation 2011
E 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behördenneuorganisation 2011
E 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7100; Stellentausch RV 211-2/SB 323
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Behörden- neuorganisation 2011
<i>Summe Arbeitnehmer</i>		0,00	0,00	0,00	21,50	-1,00	1,00	0,00	0,00	21,50
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>		0,00	0,00	0,00	21,50	-1,00	2,00	0,00	0,00	22,50
Summe (ohne *) insgesamt		-1,25	0,00	0,00	58,75	-2,00	0,00	0,00	0,00	55,50

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 14	1) kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	
E 14	4) kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Freiwerden der Stelle	

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2013 / 2014

Wirtschaftsplan

des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer
der Behörde für Wirtschaft Verkehr und Innovation
(§ 26 Abs. 1 LHO)

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Mehrerträge dürfen zur Deckung von Mehraufwendungen verwandt werden.
2. Die Ansätze für Aufwendungen im Erfolgsplan (Personalaufwand, Sach- und Fachaufwand) und eigene Investitionen des Landesbetriebs sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Jahresfehlbeträge dürfen als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
4. Für die Parkraumüberwachung dürfen Stellen für Angestellte ausgebracht und besetzt werden, wenn ihre Finanzierung durch die Einnahmen aus Parkgebühren zu erwarten ist.

Anlage 2.1
Landesbetrieb
Straßen, Brücken und Gewässer

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
A. Erfolgsplan					
<u>Erträge</u>					
1. Umsatzerlöse einschließlich Bestandsveränderungen					
1.1 Entgelte und Honorare					
1111 Entgelte für betriebliche Maßnahmen der Wasserwirtschaft	4.824	4.904	4.800	4.900	4.900
1112 Entgelte für betriebliche Maßnahmen des Verkehrswesens	3.803	3.896	3.500	4.600	4.600
1113 Entgelte für betriebliche Maßnahmen des Bundesfernstraßenbaus	9.169	9.030	6.800	8.800	8.800
1114 Honorare für investive Maßnahmen der Wasserwirtschaft	5.983	9.322	7.000	5.500	5.500
1115 Honorare für investive Maßnahmen des Verkehrswesens	14.894	17.504	14.000	20.050	22.550
1116 Honorare für investive Maßnahmen des Bundesfernstraßenbaus	12.118	14.657	14.400	13.000	11.000
1117 Honorare für Maßnahmen sonstiger Auftraggeber	5.070	4.205	2.616	4.000	3.500
Summe 1.1	55.863	63.518	53.116	60.850	60.850
1.2 Betriebsmittelerstattungen					
1121 Betriebsmittelerstattungen des Verkehrswesens	10.431	27.985	28.403	28.500	28.500
1122 Betriebsmittelerstattungen der Wasserwirtschaft	1.945	1.587	2.000	1.500	1.500
1123 Baumittelerstattungen sonstiger Auftraggeber	9.253	7.115	3.752	4.200	4.200
1131 Schadenersatzleistungen	1.402	1.279	1.500	1.500	1.500
Summe 1.2	23.030	37.966	35.655	35.700	35.700
Summe 1.	78.893	101.484	88.771	96.550	96.550
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge					
1311 Sonstige Erträge	3.264	3.530	40	1.000	1.000
4. Zinserträge und ähnliche Erträge					
1411 Zinserträge	20	100	50	50	30
5. Außerordentliche Erträge					
1511 Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH	245	1.275	900	1.000	1.000
1521 Realisierte Gewinne als Gegenposten zur verlustfreien Bewertung 2010	0	0	2.000	2.000	3.000
Summe 5.	245	1.275	2.900	3.000	4.000
<u>Gesamterträge</u>	82.423	106.389	91.761	100.600	101.580

Anlage 2.1
Landesbetrieb
Straßen, Brücken und Gewässer

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
A. Erfolgsplan					
<u>Aufwendungen</u>					
1. Materialaufwendungen					
1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe					
2111 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	946	1.042	780	935	935
Summe 1.1	946	1.042	780	935	935
1.2 Bezogene Leistungen					
2121 Bezogene Leistungen für Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen	19.031	38.124	35.655	35.625	35.625
2122 Bezogene Ingenieurleistungen für betriebliche Baumaßnahmen	1.147	1.272	900	1.100	1.100
2123 Bezogene Ingenieurleistungen für investive Baumaßnahmen	16.817	18.473	14.100	16.400	17.400
Summe 1.2	36.994	57.869	50.655	53.125	54.125
Summe 1.	37.941	58.911	51.435	54.060	55.060
2. Personalaufwendungen					
2.1 Bezüge und Entgelte					
2211 Beamtenbezüge	6.247	6.224	6.473	6.446	6.540
2212 Beschäftigtenentgelte	17.449	19.619	17.078	20.935	21.238
2213 Sonstige Aufwendungen mit Entgeltcharakter	10	26	4	25	25
Summe 2.1	23.706	25.869	23.555	27.406	27.803
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendung für Altersversorgung und für Unterstützung					
2221 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Beschäftigte	3.410	3.704	3.366	4.200	4.263
2222 Versorgungsaufwendungen insgesamt	3.371	3.460	3.479	3.699	3.755
2223 Pensionsrückstellung Beamte (Zuführung)	318	328	582	400	400
2224 Pensionsrückstellung Beschäftigte (Zuführung)	250	348	169	600	600
2225 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	529	517	533	565	570
2226 Beiträge zur Landesunfallkasse	5	19	4	17	17
Summe 2.2	7.884	8.376	8.133	9.481	9.605
Summe 2.	31.589	34.245	31.688	36.887	37.408
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen					
2311 Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Sachanlagen	372	415	599	438	388

Anlage 2.1
Landesbetrieb
Straßen, Brücken und Gewässer

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen					
4.1 Personalbedingte Aufwendungen					
2411 Personalbedingte Aufwendungen	393	487	331	503	503
Summe 4.1	393	487	331	503	503
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung					
2421 Mieten und Pachten	1.426	1.201	1.344	1.813	1.813
2422 Bewirtschaftung und Unterhaltung	765	885	792	918	918
2423 Betrieblicher Aufwand Fahrzeuge und Geräte	560	390	319	367	367
Summe 4.2	2.751	2.476	2.455	3.098	3.098
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb					
2431 Geschäftsbedarf, Bürobedarf, Bücherei	393	362	367	339	339
2432 IT-Technik	1.212	1.797	1.374	2.053	1.803
Summe 4.3	1.605	2.159	1.741	2.392	2.142
4.4 Übrige sonstige Aufwendungen					
2441 Abschreibungen auf Forderungen	0	0	0	0	0
2442 Periodenfremde Aufwendungen	0	0	0	0	0
2443 Erstattung interne Dienstleistungen	565	2.262	595	611	621
2444 Sonstiger betrieblicher Aufwand	1.264	144	226	728	628
2445 Verlustfreie Bewertung	1.805	1.171	0	0	0
Summe 4.4	3.634	3.577	821	1.339	1.249
Summe 4.	8.382	8.699	5.348	7.332	6.992
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen					
2511 Zinsen	0	5	0	0	0
6. Steuern					
2611 Sonstige Steuern	11	11	9	12	12
2612 Steuern aus Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0
Summe 6.	11	11	9	12	12
<u>Gesamtaufwendungen</u>	78.295	102.286	89.079	98.729	99.860
<u>Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)</u>	4.128	4.103	2.682	1.871	1.720

Anlage 2.1
Landesbetrieb
Straßen, Brücken und Gewässer

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
B. Finanzierungsplan					
I. Finanzbedarf					
1. Investitionen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4	4	10	10	10
II.1 Container	0	0	0	0	0
II.2 Technische Anlagen	2	0	0	0	0
II.3 Schiffe, Fahrzeuge und Geräte	399	119	20	900	300
II.4 Werkstatt-, Büro- und Geschäftsausstattung	88	131	95	90	90
II.5 Anlagen im Bau	0	21	0	0	0
Summe Investitionen	493	275	125	1.000	400
2. Sonstiger Finanzbedarf					
im Vorjahr nicht gedeckter Finanzbedarf	0	0	0	0	0
Ablieferung an den Haushalt	0	1.098	1.098	1.098	1.098
Jahresfehlbetrag	0	0	0	0	0
Verbrauch Rückstellungen ohne Gewährleistungszusage	0	1.236	100	0	0
Abnahme Nettoumlaufvermögen	0	3.083	1.300	2.061	1.460
Summe Sonstiger Finanzbedarf	0	5.417	2.498	3.159	2.558
Gesamtsumme Finanzbedarf	493	5.692	2.623	4.159	2.958
II. Deckungsmittel					
Jahresüberschuss	4.128	4.103	2.682	1.871	1.720
Abschreibungen	372	415	599	438	388
Zuführung Rückstellungen ohne Gewährleistungszusage	1.285	0	0	0	0
im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	7.064	17.451	277	10.000	8.000
Investitionszuschuss IT aus 7000.891.56	468	9	0	0	0
Investitionszuschuss aus 7200.811.04	0	0	0	0	0
Investitionszuschuss aus 6700.811.01	0	0	0	0	0
Auflösung Sonderposten Investitionszuschüsse	-226	-270	0	-150	-150
Zunahme Nettoumlaufvermögen	4.852	0	0	0	0
Gesamtsumme Deckungsmittel	17.943	21.708	3.558	12.159	9.958
verfügbare Deckungsmittel (+) / nicht gedeckter Finanzbedarf (-)	17.451	16.016	935	8.000	7.000

Erläuterungen

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer wird auf der Grundlage von Aufträgen (Kontrakte) tätig und erhält für die erbrachten Leistungen Honorare im Ingenieurbereich, Entgelte im betrieblichen Bereich sowie Betriebsmittelerstattungen für z. B. bezogene Unterhaltungs- und Reparaturleistungen. Die Auftraggeber der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) veranschlagen die Honorare, Entgelte und Betriebsmittelerstattungen in den eigenen Einzelplänen.

Der Wirtschaftsplan orientiert sich an den im Haushalt zur Beauftragung zur Verfügung stehenden Entgelten und Honoraren und der derzeit vorausschaubaren Entwicklung der Kontrakte. Da die Investitionsplanung parallel läuft, erfolgt die Veranschlagung unter Fortführung der Auftragslage, da es grundsätzlich möglich ist, die veranschlagten Aufwendungen an die realisierbaren Erträge anzupassen.

Im Einzelnen werden folgende Positionen erläutert:

Erfolgsplan

Erträge

- 1111 Veranschlagt sind Entgelte für betriebliche Projekte oder Aufgaben, die durch das Amt für Umweltschutz (Amt U) der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt im Bereich Gewässer und Hochwasserschutz beauftragt werden. Im Wesentlichen handelt es sich um die Unterhaltung von Gewässern, Schleusen, Schöpfwerken, Deichsielen, Sperrwerken und sonstigen Hochwasserschutzanlagen. Hinzu kommt die Betreuung von Gewässer- und Bodenverbänden.
- 1112 Veranschlagt sind Entgelte für betriebliche Projekte oder Aufgaben, die durch das Amt für Verkehr und Straßenwesen (Amt V) der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation im Bereich der Instandsetzung oder Unterhaltung von Brücken und anderen konstruktiven Ingenieurbauwerken sowie von Parkuhren und Parkscheinautomaten beauftragt werden. Ebenso sind Entgelte für die in der Zuständigkeit des LSBG beauftragten Leistungen des Betriebs der Öffentlichen Beleuchtung und Lichtsignalanlagen enthalten. Der Ansatz erhöht sich auf Basis der Auftragslage aus den Kontrakten und unter Berücksichtigung der Ergebnisse 2011, die einen Anstieg bei den Brückenunterhaltungsentgelten aufweisen.
- 1113 Veranschlagt sind Entgelte für betriebliche Projekte oder Aufgaben, die das Amt V für den Betrieb der Bundesfernstraßen aus der Auftragsverwaltung des Bundes beauftragt. Die Aufgaben werden durch die Autobahnmeistereien und den Elbtunnelbetrieb wahrgenommen und teilweise vom Bund finanziert. Die Zahlungen des Bundes für Personalkostenerstattungen gehen im Haushalt beim Kapitel 7200 ein und verstärken als zuwachsende Einnahmen den entsprechenden Ausgabetitel für die Entgelte der Kontrakte. Der Ansatz erhöht sich um Entgelte aus Brückenunterhaltungsmaßnahmen an Bauwerken des Bundes und berücksichtigt außerdem die höhere Fortschreibung der Kontrakte im Bereich der Auftragsverwaltung des Bundes.
- 1114 Veranschlagt sind Honorare für investive Projekte, die durch das Amt U im Bereich Gewässer und Hochwasserschutz beauftragt werden. Aus der Fortschreibung des Kontraktes zum Hochwasserschutzprogramm verändert sich der Ansatz 2013/2014 gegenüber dem Ergebnis 2010 nur geringfügig. Das hohe Ergebnis 2011 ergibt sich u.a. aufgrund von Schlussrechnungen verschiedener Projekte und Kontrakte.
- 1115 Veranschlagt sind Honorare für investive Projekte, die durch das Amt V im Bereich Stadtstraßen (einschl. Velorouten und Radwege), Brücken und sonstigen Infrastruktureinrichtungen beauftragt werden. Hierunter fallen auch Honorare für Großprojekte wie das Busbeschleunigungsprogramm, die Aufhebung der Bahnübergänge Wandsbek, die Ortsumgehung Finkenwerder, dem Nachrüstprogramm nach RABT im Wallring- und Deichtortunnel oder Einzelprojekte über 2,5 Mio. Euro aus dem Programm

für die Grundinstandsetzung von Straßen- und Brücken (z.B. Meiendorfer Str., Unterer Landweg, Brücke Deelböge) sowie Erschließungen.

Die Zunahme gegenüber der Veranschlagung 2011/2012 ergibt sich insbesondere aufgrund des Busbeschleunigungsprogramms sowie der insgesamt erhöhten Auftragslage für eine Verstärkung der Substanzerhaltung im Bereich der Hamburgischen Infrastrukturanlagen.

- 1116 Veranschlagt sind Honorare für investive Projekte, die durch das Amt V im Bereich Bundesfernstraßen beauftragt werden. Hierbei handelt es sich unter anderem um große Bauvorhaben, wie beispielsweise die Grundinstandsetzung einschl. Lärmschutz an der A 25, Neubau der A 26, die Verbesserung des Lärmschutzes an der A 1, der 6-/8-streifige Ausbau der A7 im Bereich nördlich des Elbtunnels bis zur Landesgrenze Schleswig-Holstein einschließlich des Deckels auf der A7 (Mitwirkung des LSBG), der 6-/8-streifige Ausbau der A7 im Bereich südlich des Elbtunnels bis zum Autobahndreieck HH-Süderelbe oder die auslaufende Asbestsanierung des Elbtunnels. Hinzu kommen die Instandsetzungsprojekte aus dem Erhaltungsprogramm für Straßen und Brücken an Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Brücken sowie der Verkehrsleiteinrichtungen.
Gegenüber der Veranschlagung 2011/2012 werden einige Großprojekte beendet und weniger neue geplant.
- 1117 Veranschlagt sind Honorare für investive Projekte, die von verschiedenen sonstigen Auftraggebern beauftragt werden. Hierbei handelt es sich insbesondere um andere Dienststellen der FHH (z.B. Bezirksämter) und Dritte. Die Veranschlagung 2013/2014 orientiert sich an der Entwicklung der bereits beauftragten und neuen Kontrakte. Als größere Projekte sind die Barkassenanbindung Wilhelmsburg, die Erneuerung der Uferwand Eilbekkanal, die Kanuanbindung IGS-Park und weitere Projekte im Rahmen der Internationalen Gartenschau 2013 (IGS) berücksichtigt.
- 1121 Veranschlagt sind Erstattungen des Amtes V für Betriebsmittel. Bei den Maßnahmen handelt es sich um Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Brücken und Tunneln, an Anlagen der Öffentlichen Beleuchtung, der Lichtsignalsteuerung einschließlich Verkehrsrechner sowie Arbeiten an Parkuhren, Parkscheinautomaten, Fahrtreppen und Aufzügen.
Die entsprechenden Entgelte sind unter der Position 1112, die Personalaufwendungen bei Eigenleistungen unter den Positionen 2211 bis 2226 und die Betriebsaufwendungen unter der Position 2121 sowie 2411 bis 2445 veranschlagt.
Die Veranschlagung orientiert sich an den bestehenden Kontrakten, die im Wesentlichen Daueraufgaben beinhalten und fortgeschrieben werden. Eine strukturelle Erhöhung ergab sich durch die Änderung der Zuständigkeiten für Betriebsaufgaben der Öffentlichen Beleuchtung/Lichtsignalanlagen, deren Aufwendungen seit 2011 im Wirtschaftsplan abgebildet werden. Der LSBG erhält hierfür aus dem Kapitel 7200 Erstattungen in einer Höhe von 21,4 Mio. Euro. Die demgegenüber stehenden Aufwendungen sind in der Position 2121 berücksichtigt.
- 1122 Veranschlagt sind Erstattungen des Amtes U für Betriebsmittel. Bei den Maßnahmen handelt es sich um Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Schleusen, Schöpfwerken, Deichsielen und Sperrwerken und an Gewässern sowie deren Betrieb. Die entsprechenden Entgelte sind unter der Position 1111, die Personalaufwendungen bei Eigenleistungen unter den Positionen 2211 bis 2226 und die Betriebsaufwendungen unter der Position 2121 sowie 2411 bis 2445 berücksichtigt. Unter Berücksichtigung der bestehenden Kontrakte werden im Vergleich zu den Vorjahren weniger Betriebsmittel veranschlagt. Die Absenkung der Betriebsmittelerstattungen ist durch eine Verringerung der Betriebsaufwendungen in der Position 2121 berücksichtigt.
- 1123 Veranschlagt sind Erstattungen weiterer Auftraggeber für die Abwicklung von Maßnahmen, für die der Landesbetrieb selbst tätig werden oder die Leistung vergeben kann. Es handelt sich um Aufträge anderer Behörden für Projekte aus deren Zuständigkeitsbereich (z.B. Barkassenanbindung Wilhelmsburg, Uferwand Eilbekkanal) sowie Aufträge Dritter für Arbeiten an Anlagen der öffentlichen Beleuchtung und Lichtsignalanlagen. Ein Anteil fällt dabei auf die sogenannten Leitungsträger, die im Rahmen der eigenen Baumaßnahmen durch das Hamburgische Wegegesetz erstattungspflichtig sind. Diese Beträge werden vom LSBG verauslagt und anschließend über Kostenerstattungen gegenüber den Auftraggebern abgerechnet.
Die Veranschlagung 2013/2014 orientiert sich an der aktuellen Beauftragung größerer Einzelprojekte, die über den Wirtschaftsplan abgewickelt werden. Zukünftige Maßnahmen außerhalb des originären Aufgabenbereichs des LSBG werden verstärkt im Namen und auf Rechnung oder über das sogenannte Treuhandkonto, über das beispielsweise die investiven Baumittel der Ämter V und U finanziert werden, abgewickelt.

Anlage 2.1
Landesbetrieb
Straßen, Brücken und Gewässer

- 1131 Veranschlagt sind Erträge aus Schadenersatzleistungen Dritter durch Beschädigungen am Infrastrukturvermögen der Öffentlichen Beleuchtungen oder Lichtsignalanlagen. Die Schadenersatzleistungen decken nur einen Teil des Aufwandes für die Schadenbeseitigung, da nicht alle Schädiger bekannt oder zu ermitteln sind. Der übrige Anteil ist veranschlagt in der Position 1121 und wird somit aus der Beauftragung durch das Amt V erstattet.
- 1311 Bei den sonstigen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse, Skontoerträge und Erstattungen von Verwaltungsgemeinkosten. Zusätzlich werden hier die Erträge aus der Auflösung von Drohverlustrückstellungen, die für unfertige Projekte gebildet werden, nachgewiesen. Darüber hinaus ist ein struktureller Zuschuss zu den Mehrkosten aus der Basisabrechnung von Dataport enthalten.
- 1411 Veranschlagt sind Zinserträge aus der Bewirtschaftung des Geschäftskontos auf Basis der Ergebnisse der Vorjahre.
- 1511 Die Finanzbehörde hat am 06.02.2007 für den LSBG die Gewährleistung der Versorgungszusage gem. Nr. 3.2.2.2 der VV zu § 26 LHO erteilt. Veranschlagt ist u.a. der Zuführungsbedarf für Pensions- und Beihilferückstellungen, der sich aus dem jeweils zum Jahresabschluss zu erstellenden versicherungsmathematischen Gutachten ergibt. Die Planwerte sind jeweils aus den Gutachten des vorherigen Jahresabschlusses abgeleitet und werden im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten angepasst.
- 1521 Veranschlagt sind realisierte Gewinne, die sich im Rahmen der Schlussabrechnung von mehrjährigen Projekten ergeben. Mit den Auftraggeber-Ämtern war für den Zeitraum von der Gründung des LSBG zum 01.01.2007 bis zur Ermittlung differenzierter Honorarsätze zum 01.01.2011 ein durchschnittlicher, einheitlicher Honorarsatz vereinbart worden, der auf alle beauftragten Projekte anzuwenden war. Der Honorarsatz wurde unter Berücksichtigung des Gesamtaufwandes bezogen auf alle Projekte des Landesbetriebes ermittelt. Diese Durchschnittsbetrachtung führt dazu, dass bei der Abrechnung ein Teil der Projekte mit einem Honorarbedarf über dem Honorarsatz Verluste und ein anderer Teil der Projekte mit einem Honorarbedarf unterhalb dieses Honorarsatzes Gewinne erbringt. Die anteilig während der gesamten Bearbeitungsphase erwirtschafteten Gewinne können erst mit der Schlussrechnung der Projekte – also mit erheblichem Zeitverzug – realisiert werden. Da die Gewinne nicht in einer Position ausgewiesen werden können, sondern in den Umsatzerlösen enthalten sind, ist ein Platzhalter vorgesehen, der bei der Veranschlagung aufgrund seiner Bedeutung als außerordentliche Position vermerkt ist. Durch die geplanten Schlussrechnungen einiger größerer Bauvorhaben wird der „Gewinnanteil“ in 2014 steigen. Die Risiken aus den nach der oben erläuterten Durchschnittsbetrachtung zu erwarteten Verlustprojekten sind im Wesentlichen bereits in den Jahresabschlüssen 2007 und 2008 berücksichtigt worden.

Aufwendungen

- 2111 Veranschlagt sind Aufwendungen für Strom, Karten und drucktechnische Leistungen sowie kleinere Materialbedarfe im Rahmen der Unterhaltung und Instandsetzung.
- 2121 Veranschlagt sind Aufwendungen für bezogene Leistungen im Rahmen der Abwicklung der betrieblichen Unterhaltungs- und Instandsetzungsaufgaben. Enthalten ist auch der Aufwand für die Beseitigung von Schäden an Öffentlicher Beleuchtung und Lichtsignalanlagen. Es handelt sich um Leistungen, die der Landesbetrieb nicht selbst erbringt, sondern an Dritte vergibt. Demgegenüber stehen Betriebsmitteleinstellungen bei den Positionen 1121 bis 1123. Die Veranschlagung 2013/2014 orientiert sich an den im Haushalt für die Beauftragung zur Verfügung stehenden Betriebsmitteln und der voraussichtlichen Entwicklung der Kontrakte. Eine besondere Erhöhung ergab sich in 2011 aus der Änderung der Zuständigkeiten im Bereich Öffentliche Beleuchtung/Lichtsignalanlagen, da seither Betriebsleistungen aus dem Contractingvertrag mit Vattenfall in Höhe von rd. 19 Mio. Euro sowie aus dem Vertrag mit Dataport zum Sondernetz für Lichtsignalanlagen in Höhe von 2,4 Mio. Euro in dieser Position enthalten sind.
- 2122 Veranschlagt sind bezogene Ingenieurleistungen für die Abwicklung von betrieblichen Unterhaltungs- und Instandsetzungsaufgaben. Es handelt sich um Leistungen, die der Landesbetrieb nicht selbst erbringt, sondern im Rahmen der Make-or-buy-Entscheidung an Dritte vergibt. Veranschlagt sind im Wesentlichen Aufwendungen für Brückenprüfungen und Brückeninstandsetzungsprojekte.

- 2123 Veranschlagt sind bezogene Honorarleistungen für Ingenieure, Sachverständige und Vermessungen aus der Abwicklung von investiven Bauprojekten der Auftraggeber. Es handelt sich um Leistungen, die der Landesbetrieb nicht selbst erbringt, sondern an Dritte vergibt. Der Ansatz 2013/2014 berücksichtigt die Fertigstellung größerer Planungsvorhaben und die derzeit voraussehbare Entwicklung der Kontrakte.
- 2211 Veranschlagt sind die Beamtenbezüge unter Berücksichtigung der Stellenausstattung 2011. Die Ansätze enthalten die beschlossenen Änderungen im Besoldungsrecht.
- 2212 Veranschlagt sind die Beschäftigtenentgelte unter Berücksichtigung der für die Bearbeitung des Auftragsbestandes erforderlichen Stellenausstattung einschließlich der temporär eingerichteten Stellen für zeitlich befristete Projektmitarbeiter. Die Ansätze enthalten die beschlossenen Änderungen im Tarifrecht sowie eine Verringerung der Rückstellung für Altersteilzeit. Auch die Rückstellungen für Altersteilzeit sind in der Gewährleistungszusage der Finanzbehörde enthalten, die unter der Position 1511 insgesamt als Ertrag veranschlagt ist. Die Personalverstärkung ergibt sich insbesondere durch die Projekte aus dem Busbeschleunigungsprogramm.
- 2213 Veranschlagt sind Aufwendungen für Jubiläumszuwendungen, Ausbildungsvergütungen und Prämien für Verbesserungsvorschläge. Der Mehrbedarf ergibt sich durch die Ausbildung von Studenten im dualen Studium, welche seit 2011 durchgeführt wird.
- 2221 Veranschlagt ist der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung für Beschäftigte unter Berücksichtigung der erforderlichen Stellenausstattung.
- 2222 Veranschlagt sind die nach Zuschlägen berechneten Versorgungsaufwendungen für Beamte und Beschäftigte unter Berücksichtigung des Personalbestandes auf Basis der Versorgungsberechnung der Finanzbehörde (30% Beamte und 9% Beschäftigte).
- 2223/2224 Veranschlagt ist der Aufwand für die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beamte und Beschäftigte, die sich auf Basis eines zum jeweiligen Jahresabschluss zu erstellenden versicherungsmathematischen Gutachtens ergeben. Die Planwerte werden dabei aus den sich nach dem Gutachten abzuleitenden Entwicklungen ermittelt. Den Rückstellungen im Personalbereich steht die Gewährleistungszusage der Finanzbehörde gegenüber, die unter Position 1511 als Ertrag veranschlagt ist. Insofern führen abweichende Veranschlagungen und Bewirtschaftungen nicht zu einem geänderten Jahresergebnis.
- 2225 Veranschlagt ist der Aufwand für Beihilfezahlungen und weitere Fürsorgeleistungen (z.B. Bildschirmarbeitsplatzbrillen) einschließlich der Rückstellung für Beihilfen, die durch ein versicherungsmathematisches Gutachten berechnet werden und hier mit 200 Tsd. EUR veranschlagt sind. Demgegenüber steht die Gewährleistungszusage der Finanzbehörde, die unter Position 1511 veranschlagt ist.
- 2226 Veranschlagt ist der Beitrag zur Landesunfallkasse auf Basis des Ergebnisses 2011.
- 2311 Veranschlagt sind die Abschreibungen auf das voraussichtlich 2013/2014 bestehende Anlagevermögen des LSBG.
- 2411 Veranschlagt sind verschiedene personalbezogene Aufwendungen wie Reisekosten, Fahrgelder und Kilometervergütungen oder Aus- und Fortbildungskosten.
- 2421 Veranschlagt sind die Aufwendungen für Miete des Gebäudes Sachsenkamp einschließlich der Tunnelbetriebszentrale und der Autobahnmeistereien. Die Mieten haben sich durch die zusätzlich erforderlichen Anmietungen am Sachsenkamp durch die veränderten Mitarbeiterzahlen und das im September 2011 eingerichtete zentrale Baubüro am Friedrich-Ebert-Damm gegenüber dem Ergebnis 2010 erhöht. Umfangreiche Verhandlungen mit dem Vermieter des Gebäudes am Sachsenkamp führten in 2011 zu einer deutlichen Verringerung der Mietaufwendungen, da die Mieten insbesondere durch die Lärmbelästigung aufgrund von Umbaumaßnahmen für den Einzug eines anderen Mieters reduziert wurden. Insofern ist das niedrige Ergebnis 2011 nicht aussagekräftig.

Anlage 2.1
Landesbetrieb
Straßen, Brücken und Gewässer

- 2422 Veranschlagt sind die Aufwendungen für den Betrieb und die Unterhaltung der Gebäude und Betriebsflächen einschließlich der Baubüros. Darin enthalten sind Betriebs- und Nebenkosten sowie die Wartung und Instandhaltung.
- 2423 Veranschlagt ist der Aufwand für den Betrieb und die Unterhaltung der Fahrzeuge und Geräte. Darin enthalten sind Miete und Leasing, Kraft- und Schmierstoffe, Wartungs- und Reparaturkosten sowie sonstige Betriebskosten (z.B. BTS-Verwaltungspauschale). Berücksichtigt werden die dem LSBG übergebenen Kraftfahrzeuge, Anhänger, Schiffe und Geräte sowie die Betriebskosten der genutzten BTS-Fahrzeuge.
- 2431 Veranschlagt sind alle Aufwendungen für den allgemeinen Geschäftsbetrieb, wie Büromaterial, Post- und Fernmeldegebühren, Porto und Frachtkosten, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Bücher, Zeitschriften und sonstigen Geschäftsbedarf (z.B. Umzugskosten). Die Veranschlagung 2013/2014 orientiert sich am Ergebnis 2011 unter Berücksichtigung einer strengen Bewirtschaftung der Sach- und Fachaufwendungen. Durch die Anpassung der Dataportleistungen im Basispaket als Nachfolge von ESARI werden Teile der Telefonkosten (Anschlussgebühren) unter der Position 2432 veranschlagt.
- 2432 Veranschlagt sind alle Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der IT-Technik. Dazu gehören Sachaufwand aus der Wartung und Betrieb der Hardware und Software einschließlich Dataport-Dienstleistungen im Rahmen des Basispaketes und Lizenzkosten. Die Zunahme gegenüber dem Ergebnis 2010 ergibt sich durch die hohe Änderung der Leistungsgebühren von Dataport (von 38 Euro auf 139 Euro monatlich je Bildschirmarbeitsplatz). Diese Entwicklung zeigt sich bereits im Ergebnis 2011 mit einer Steigerung von 585 Tsd. Euro gegenüber dem Ergebnis 2010. Ein Teil der daraus entstehenden Mehrkosten wird aus dem Titel 7000.671.56 finanziert.
- 2443 Veranschlagt sind Verwaltungsgemeinkosten für Leistungen der BWVI sowie weitere Erstattungen an Hamburgische Dienststellen nach § 61 LHO (z.B. Zentrum Personaldienste, Personalärztlicher Dienst, Kasse.Hamburg). Die Veranschlagung 2013/2014 orientiert sich nach dem Wechsel der Aufsicht führenden Behörde zum 01.05.2011 am Ansatz 2012, da die Regelungen über eine Kostenerstattung an die BWVI zum Zeitpunkt der Aufstellung des Wirtschaftsplans noch nicht abgeschlossen werden konnten.
Im Ergebnis 2011 von 2.262 Tsd. Euro wird außerdem die Rückzahlung der Gründungskosten des LSBG von 1.600 Tsd. Euro ausgewiesen.
- 2444 Veranschlagt sind verschiedene sonstige Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb. Darunter enthalten sind Beiträge an Verbände, Rechts- und Beratungskosten, Abschluss- und Prüfungskosten, Versicherungen, Zeitarbeitskräfte und Öffentlichkeitsarbeit.
Die Schwankungen in den Ergebnissen resultieren im Wesentlichen aus den Aufwendungen für „Rückstellungen für die spätere Gewährleistungsüberwachung“, da der entsprechende Honoraranteil bereits mit der Schlussabrechnung der Projekte von den Auftraggebern bezahlt wird, sowie der Rückstellungsveränderungen bei strittigen Rechnungen. In beiden Fällen können Buchungen erforderlich werden, die die Aufwendungen verringern.
- 2445 (Siehe auch die Erläuterungen zu Position 1521): Ausgewiesen werden zum Jahresabschluss die Aufwendungen für die Rückstellung von drohenden Verlusten aus schwebenden Geschäften, die sich im Wesentlichen durch das Abrechnungsschema mit den Auftraggebern ergeben haben:
Dem LSBG werden seine Honorarleistungen auf Basis eines Prozentsatzes in Bezug auf die Bruttobaukosten vergütet. Dieser Prozentsatz war bis zum 01.01.2011 grundsätzlich für alle Projekte, d. h. unabhängig von der Größe oder dem Schwierigkeitsgrad, gleich. Unter strikter Anwendung des HGB müssen entsprechend kaufmännischer Vorsicht Verluste für Projekte mit einem Honorarbedarf von mehr als diesem Prozentsatz sofort ausgewiesen werden, während die voraussichtlichen Gewinne erst mit der Schlussabrechnung realisiert werden. Die Verluste durch die Durchschnittsvergütung der Projekte müssen also sofort, die diese Verluste kompensierenden Gewinne aus anderen Projekten können aber erst im Laufe der Zeit ausgewiesen werden.
Der LSBG geht davon aus, dass durch die zwischenzeitlich eingeführten, sehr viel differenzierteren Honorarsätze die Schwankungen in den Gewinnen und Verlusten deutlich abnehmen werden.
- 2511 Vorgesehen für Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen der Geldwirtschaft. Da der Bedarf nicht vorhersehbar ist, ist eine Leerposition veranschlagt.
- 2611 Vorgesehen für Aufwendungen aus Steuern. Veranschlagt ist der Bedarf für Kraftfahrzeugsteuern.

2612 Vorgesehen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag. Da der Bedarf derzeit nicht vorhersehbar ist, ist eine Leerposition veranschlagt.

Finanzierungsplan

Investitionen

Veranschlagt sind Neu- und Ersatzbeschaffungen beim Anlagevermögen. Die Gliederung orientiert sich an der Bilanzdarstellung nach § 266 HGB. Die Ansätze 2013/2014 spiegeln den Bedarf für das Anlagenvermögen des LSBG wider.

- I. Vorgesehen für den Erwerb von Lizenzen. Die Beschaffung erfolgt nach dem Verfahren für IT-Vorhaben bei der Finanzbehörde. Demgegenüber stehen Investitionszuschüsse aus dem Titel 7000.891.56. Aufgrund der dort veranschlagten Leerposition (globale Veranschlagung bei der Finanzbehörde) wird hier ebenfalls kein Ansatz ausgewiesen.
- II.1 Vorgesehen für den Erwerb von Baucontainern, die der Bauüberwachung dienen. Zurzeit sind keine Beschaffungen geplant.
- II.2 Vorgesehen für den Erwerb von technischen Anlagen und Maschinen. Zurzeit sind keine Beschaffungen geplant.
- II.3 Vorgesehen für den Erwerb von Schiffen, Fahrzeugen und Geräten nach dem realen Bedarf. Fahrzeuge werden inzwischen regelhaft durch den LSBG selbst finanziert. Nur größeren Investitionen, die insbesondere im betrieblichen Bereich eingesetzt werden, stehen zum Teil Investitionszuschüsse bei den Titeln 7200.811.04 und 6700.811.01 gegenüber, die im Rahmen der Bewirtschaftung durch die Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten aus den Projekttiteln verstärkt werden. Für 2013 ist die Ersatzbeschaffung eines Schiffes für die Unterhaltung der Gewässer- und Hochwasserschutzanlagen beantragt. Das Ergebnis 2010 weist u.a. den Kauf eines LKW und einer Schute aus. Für 2014 sind Ersatzbeschaffungen für abgängige Fahrzeuge sowie Neubeschaffungen geplant.
- II.4 Vorgesehen für den Erwerb von Werkstattausstattung sowie Büro- und Geschäftsausstattung einschließlich der geringwertigen Wirtschaftsgüter (GWG). Auf Basis des aktuellen Anlagenbestandes und unter Berücksichtigung der Nutzungsdauer und Abschreibungen sind für 2013 und 2014 Ersatz- und Neubeschaffungen geplant.
- II.5 Vorgesehen für Anlagen im Bau. Zum Zeitpunkt der Veranschlagung sind für 2013/2014 keine weiteren neuen Vorhaben geplant.

Sonstiger Finanzbedarf

Veranschlagt ist eine Ablieferung an den Haushalt aus der geplanten allgemeinen Einsparung in Höhe von 1.098 Tsd. Euro als Konsolidierungsbeitrag des LSBG. Im Haushalt ist die Einnahme veranschlagt unter 7200.121.58 „Einnahmen aus Abführungen des Wirtschaftsplans Straßen, Brücken und Gewässer“. Im Geschäftsjahr 2011 wurde diese Abführung erstmalig an den Haushalt gezahlt. Die Darstellung im Wirtschaftsplan weicht hier von der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ab, in der die Abführung als Aufwand im Ergebnis enthalten ist.

Lagebericht 2011

1. Zielbild

Das Zielbild formuliert die strategischen Ziele des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG). Das Zielbild wird regelmäßig überprüft und ggf. an die veränderten Gegebenheiten angepasst.

Der LSBG übernimmt Beratungs-, Bauherrenkern-, Planungs-, Projektvorbereitungs- und Projektsteuerungsleistungen, Umsetzungsleistungen sowie Betriebs- und Unterhaltungsleistungen in den Aufgabenfeldern

- Straßen (Hauptverkehrsstraßen, Bundesfernstraßen),
- Küsten- und Binnenhochwasserschutz,
- Gewässer (außer Bundeswasserstraßen),
- Konstruktive Bauwerke (u.a. Brücken, Tunnel, Wände, Schleusen, Sperr- und Schöpfwerke),
- Lichtsignal- und Verkehrstelematikanlagen, Öffentliche Beleuchtung,
- Erschließungen.

Der Landesbetrieb nutzt die Spielräume einer im Verbund der öffentlichen Verwaltung Hamburg selbstverantwortlich handelnden Betriebseinheit zur effizienten, kostenbewussten und termingerechten Wahrnehmung seiner Aufgaben. Die internen Geschäftsabläufe werden an den jeweils anstehenden Projektaufgaben ausgerichtet. Durch kurze Entscheidungswege und konsequente Delegation von Entscheidungsbefugnissen auf die Projektleitungen werden Flexibilität und Leistungsfähigkeit erhöht.

Auftraggeber dieser Leistungen sind hauptsächlich Dienststellen der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH), die für die Entwicklung und die Funktionsfähigkeiten von Infrastrukturgütern, die dem Verkehr und der Wasserwirtschaft dienen, zuständig sind. Der LSBG wird ausschließlich auf der Grundlage von Aufträgen seiner Auftraggeber tätig und handelt als Dienstleister. Die Geschäftsbeziehungen des LSBG zu den Auftraggebern werden in Form von Kontrakten wahrgenommen.

Die an kaufmännischen Grundsätzen orientierte Geschäftstätigkeit ist auf die nachfolgenden strategischen Ziele ausgerichtet:

1. Finanzperspektive

- Der LSBG ist als sich wirtschaftlich selbst tragender Landesbetrieb organisiert, der sich aus seinen Umsatzerlösen finanziert. Es werden mindestens ausgeglichene Jahresergebnisse erwirtschaftet. Die Gründungskosten werden mittelfristig amortisiert.
- Die Wirtschaftsplanung ist auf den bei den Auftraggebern für Aufträge zur Verfügung stehenden Finanzrahmen auszurichten.
- Als Voraussetzung für wirtschaftliches Handeln werden Kosten und weitere wesentliche betriebswirtschaftliche Parameter durch den LSBG systematisch ermittelt, transparent dargestellt und analysiert.

2. Prozessperspektive

- Der Landesbetrieb betreibt eine kontinuierliche Effizienzoptimierung in all seinen Handlungsfeldern einschließlich der Schnittstellen zu den Auftraggebern, deren Wirksamkeit durch betriebswirtschaftliche Methoden - wie z.B. interne Zeitreihenvergleiche und Gegenüberstellungen mit vergleichbaren Dienstleistern - überprüft wird.
- Der LSBG strebt zur Vermeidung von Schnittstellenaufwand eine möglichst umfassende, mit Ergebnisverantwortung versehene Beauftragung an.

3. Kundenperspektive

- Die Aufträge der Kunden sind die Grundlage für die wirtschaftliche Existenz des LSBG. Für die übernommenen Aufträge werden die vereinbarten Fristen, Qualitäten und Budgets eingehalten.
- Sich im Zeitablauf verändernde stadtentwicklungspolitische Rahmenbedingungen und Auftragschwerpunkte werden vom LSBG durch flexible Qualitäts- und Kapazitätsanpassungen berücksichtigt.
- Der Landesbetrieb strebt an, seinen Kundenkreis kontinuierlich zu erweitern.

2. Verlauf des Geschäftsjahres

Das Ergebnis des Geschäftsjahres wurde durch eine deutliche Steigerung der erbrachten Leistungen im Bereich Verkehr geprägt.

Entwicklung der Umsatzerlöse und Bestandsveränderungen sowie des Jahresüberschusses und des Kostendeckungsgrades

Die wesentlichen Auftraggeber des LSBG sind die Ämter der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, speziell das Amt für Verkehr und Straßenwesen (Amt V) und die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, speziell das Amt für Umweltschutz (Amt U). Zunehmend beauftragen auch andere Dienststellen der FHH, wie Bezirksämter und Dritte den LSBG.

Alle vom LSBG zu stellenden Abschlagsrechnungen wurden bei der Veranschlagung des Wirtschaftsplans als Umsatzerlöse berücksichtigt. Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten werden die Umsatzerlöse für unfertige Projekte in Bestände für unfertige Leistungen umgruppiert, entsprechend den HGB-Vorschriften. Mit der Schlussrechnung des jeweiligen Projektes erfolgt ein Ausweis von Umsatzerlösen.

Für die Zusammensetzung des Jahresergebnisses sind im Wesentlichen zwei Faktoren maßgeblich: (I) die leistungsbezogene Abrechnung gegenüber den Auftraggebern und (II) die Auswirkung der Durchschnittsvergütung sowie die Leerkosten, die im Wesentlichen in den Jahren 2007 und 2008 entstanden sind und nur noch länger laufende Projekte betreffen.

I. Leistungsbezogene Abrechnung gegenüber den Auftraggebern im Wirtschaftsjahr

Die Jahresrechnungen der Kontrakte sind auf Basis der bis zum Bilanzstichtag voraussichtlich erbrachten Leistungen gestellt worden.

II. Berücksichtigung von Verlusten, die sich aus der Durchschnittsvergütung ergeben

Mit den Auftraggebern der BWVI und der BSU wurde vereinbart, bis zum 01.01.2011 alle Honorare auf Basis der Bruttobausumme mit einem durchschnittlichen Prozentsatz unabhängig von der Größe des Projektes oder dem Schwierigkeitsgrad zu ermitteln. Für Projekte, die nach dem 01.07.2008 begonnen wurden, wurde der noch zu erbringende Leistungsstand zum 01.01.2011 anteilig auf einen neuen verursachungsgerechteren Honorarsatz überführt.

Der noch anteilige, durchschnittliche Prozentsatz führt dazu, dass einige Projekte kostendeckend sind, andere einen Überschuss erwirtschaften oder verlustbringend sind. Insgesamt ergibt sich eine kostendeckende Vergütung, wenn alle Projekte zusammen betrachtet werden.

Unter strikter Anwendung des HGB müssen entsprechend kaufmännischer Vorsicht Verluste für Projekte mit einem Honorarbedarf von mehr als dem vereinbarten durchschnittlichen Prozentsatz sofort ergebniswirksam berücksichtigt werden, während die Gewinne erst mit der Schlussabrechnung realisiert und in den Jahresergebnissen der Folgejahre ausgewiesen werden können. Aus dieser Systematik heraus sind in der Gewinn- und Verlustrechnung erlösmindernde Bestandsveränderungen sowie Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu berücksichtigen, die das Jahresergebnis beeinflussen.

Anlage 2.1
Landesbetrieb
Straßen, Brücken und Gewässer

Für die Zusammensetzung des Jahresabschlusses ergibt sich insgesamt folgende Darstellung:

In Tsd. EUR	I. Leistungs- bezogene Abrechnung	II. Durchschnitts- vergütung / Leerkosten lfd. Projekte	Ergebnis 2011
Umsatzerlöse	89.906	0	89.906
Bestandsveränderungen	11.930	-352	11.578
Sonst. und a.o. Erträge	3.642	1.264	4.906
Erträge	105.478	912	106.390
Materialaufwand	58.911	0	58.911
Personalaufwand	34.246	0	34.246
Abschreibungen	415	0	415
Sonstige Aufwendungen	8.642	1.171	9.813
Aufwendungen	102.214	1.171	103.385
Beitrag zum Jahresergebnis	3.264	-259	3.005

Die Änderungen aus der Durchschnittsvergütung und den Leerkosten ergeben sich durch folgende Ansätze bei den jeweils zum Jahresende noch laufenden Projekten:

In Tsd. EUR	2011	2010	Abweichung
Durchschnittsvergütung	9.888	9.580	308
Leerkosten	1.144	1.711	-567
Zum Jahresende jeweils berücksichtigte voraussichtliche Verluste noch laufender Projekte	11.032	11.291	- 259

Das Ergebnis der gesamten Erträge in Höhe von 106.390 Tsd. EUR übersteigt den Planansatz von 95.516 Tsd. EUR deutlich.

Investitionen

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von 275 Tsd. EUR getätigt. Der LSBG finanziert seine größeren Investitionen (z.B. IT-Projekte oder Fahrzeuge) über Investitionszuschüsse der Finanzbehörde oder Auftraggeber.

Entwicklung des Eigenkapitals

Bedingt durch die strikte Anwendung der Allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 252 HGB nach denen vorsichtig zu bewerten und alle vorhersehbaren Risiken und Verluste zu berücksichtigen sind, entstanden insbesondere in der Gründungsphase hohe Verluste, die aus dem Durchschnittsvergütungssatz und der Abwertung von Beständen durch Leerkosten resultierten. Der dadurch entstandene Jahresfehlbetrag verursachte ein negatives Eigenkapital.

Bedingt durch verstärkte Schlussrechnung von Projekten mit positivem Ergebnis konnten seitdem Gewinnbeiträge zur Reduzierung dieses Fehlbetrages genutzt werden. Eine ab 01.01.2011 erfolgte Veränderung des Abrechnungsschemas und die verstärkte Schlussrechnung von Projekten hat sich ergebnislastend ausgewirkt und im Berichtsjahr zum Ausweis eines positiven Eigenkapitals beigetragen.

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

Eigenkapital (in Tsd. EUR)	2011	2010	2009	2008
Grundkapital	1.215	1.215	1.215	1.215
Bilanzverlust Vorjahr	-4.118	-8.246	-10.227	-10.503
Jahresüberschuss	3.005	4.128	1.981	275
Eigenkapital	102	-2.903	-7.031	-9.013

3. Künftige Entwicklung

Der Wirtschaftsplan orientiert sich an den im Haushalt zur Beauftragung zur Verfügung stehenden Entgelten, Honoraren und Betriebsmittelerstattungen sowie der derzeit vorausschaubaren Entwicklung der Kontrakte. Da die Planung der Auftraggeber zum Teil parallel läuft, erfolgt die Veranschlagung im Wirtschaftsplan grundsätzlich „konservativ“, da es möglich ist, die veranschlagten Aufwendungen bei zusätzlichen Erträgen im Rahmen der Bewirtschaftung anzupassen.

Entwicklung der Umsatzerlöse, der Bestandsveränderungen sowie des Eigenkapitals und des Kostendeckungsgrades

Die Mittel im Haushalt der Auftraggeber sind bei der Planung der Folgejahre berücksichtigt worden. Insofern können sich, wenn die Auftraggeber über diese Mittel im Rahmen der Bewirtschaftung nicht verfügen oder ggf. auch höhere Beträge zur Verfügung stellen können, Veränderungen bei der unterjährigen Bewirtschaftung des Wirtschaftsplans ergeben.

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer hat ein neues Vergütungsschema eingeführt, das sich an der Honorarordnung für Architekten (HOAI) und dem Deutschen Verband der Projektmanager in der Bau- und Immobilienwirtschaft e.V. (DVP) orientiert. Durch die Einführung dieses Vergütungsschemas werden die aus der Durchschnittsvergütung resultierende notwendige hohe Bildung von Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften langfristig reduziert und kostensteigernde Effekte (z.B. Tarifsteigerungen im Personalbereich) kompensiert.

Des Weiteren wirkt sich die Einigung mit den Hauptauftraggebern hinsichtlich des Zeitpunktes für die Stellung der Schlussrechnung für Projekte deren Leistungen im Wesentlichen erbracht wurden, positiv auf das Jahresergebnis aus.

Es kann unverändert davon ausgegangen werden, dass die bei der Veranschlagung und Gründung des LSBG unterstellte vollständige Kostendeckung dauerhaft eingehalten wird und sich der Wert des Eigenkapitals weiterhin erhöhen wird.

4. Risiken der künftigen Entwicklung

Wie bereits zum Ende des letzten Wirtschaftsjahres festgestellt, wurden Entwicklungen erkennbar, die Risiken für die Wirtschaftsführung des LSBG bergen können:

Durchlaufende und wiederkehrende Betriebs-, Unterhaltungs- und Instandsetzungsaufgaben bilden einen sicheren Grundstock für die Auftragslage des LSBG. Viele größere Neubauvorhaben sind dagegen hinsichtlich ihrer Finanzierbarkeit, ihrer rechtlichen Sicherung durch Planverfahren und der Realisierungspartner von externen, durch den LSBG nicht beeinflussbaren Faktoren, abhängig.

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer entwickelt sein Selbstverständnis als Dienstleister auf der Basis des betriebswirtschaftlichen Managements kontinuierlich weiter und erwartet, dass sich dadurch seine Stellung als Dienstleister für Infrastrukturprojekte in Hamburg festigt. Der Erfolg ist - wie in der Grün-

Anlage 2.1
Landesbetrieb
Straßen, Brücken und Gewässer

dungsdrucksache geschrieben - daran geknüpft, dass über eine große Personal- und Vergabekapazität für unterschiedliche Aufgabenfelder zusammengefasst disponiert werden kann.

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 7201	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
					13,00	Anzahl der kw-Stellen
					72,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	85,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Wertigkeit	2013/ 14			Vermerk Nr.	2012 Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
Beamtinnen/ Beamte Planstellen						
B 6	1,00				0,00	
B 3	2,00				0,00	
A 16	8,00	1,00		4)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenuferspange, spätestens 31.12.2014</i>
A 15	17,00	1,00		2)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme Bahnübergänge Wandsbek, spätestens 31.12.2014</i>
		1,00		6)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenuferspange, spätestens 31.12.2014</i>
		2,00		17)		<i>kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>
A 14	25,00	2,00		1)	0,00	<i>kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>
		1,00		3)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Maßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2014</i>
		1,00		7)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2014</i>
		1,00		9)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2014</i>
A 13	20,00	1,00		5)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2014</i>
		1,00		8)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2014</i>
		1,00		16)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>
A 13	9,00				0,00	
A 12	25,00				0,00	
A 11	25,50				0,00	
A 10	8,00				0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
B 3				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 16				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 15				15,00					15,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 14				25,00					25,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 13				19,00					19,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 13				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 12				21,00					21,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 12				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 11				5,50					5,50	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 11				20,00					20,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 10				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 14	1) kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	
A 15	2) kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme Bahnübergänge Wandsbek, spätestens 31.12.2014	
A 14	3) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Maßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2014	
A 16	4) kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerspange, spätestens 31.12.2014	
A 13	5) kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2014	
A 15	6) kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerspange, spätestens 31.12.2014	
A 14	7) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2014	
A 13	8) kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2014	
A 14	9) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2014	
A 13	16) kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	
A 15	17) kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 7201	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 9	2,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	
A 8	5,00			0,00	
A 7	1,00			0,00	
Summe:	149,50			0,00	

- B 6 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
- B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (2,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (7,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (15,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (25,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (19,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (7,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (2,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (4,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (21,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (5,50), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (20,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (6,00)
- A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (2,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (5,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 13	2,00			0,00	
A 11	2,00			0,00	
Summe:	4,00			0,00	

- A 13 Baurätin/ Baurat (2,00)
- A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (2,00)

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs gD	5,00			0,00	
Summe:	5,00			0,00	

- Nachwuchs gD Technische Oberinspektor-Anwärerin/ Technischer Oberinspektor-Anwärter (5,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/ 14			2012	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 13	1,00			0,00	Nr. 6	
A 13	1,00			0,00	Nr. 5	
A 11	2,00			0,00	Nr. 6	
gesamt:	4,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				138,50					138,50	
A 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 8				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	0,00	0,00	0,00	149,50	0,00	0,00	0,00	0,00	149,50	
Nachwuchs gD				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
<i>Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*</i>	0,00	0,00	0,00	5,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5,00	

Einzelplan LAN
Kapitel 7201

Landesbetriebe
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	3,00			0,00	
E 14	19,00	1,00	53)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Projektes Brückenbauwerk K 20</i>
		1,00	54)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Projekte Autobahnkreuz 26 und Stader Straße</i>
		1,00	57)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Instandsetzungsmanagement Hauptverkehrsstraßen</i>
		1,00	59)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms</i>
		1,00	65)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Projektes 6/8-streifiger Ausbau der A 7</i>
E 13	42,00	1,00	10)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 Stellenstreichungen 2003 nach Freierwerden der Stelle</i>
		3,00	11)		<i>kw: 3,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>
		1,00	20)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes SAWA</i>
		1,00	22)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Maßnahme 6-streifiger Ausbau BAB A 1</i>
		1,00	30)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts EG-Hochwassermanagementrichtlinie</i>
		1,00	32)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Projekte im Rahmen des Konjunkturprogramms II</i>
		1,00	36)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes Hochwasserschutz Innenstadtbereich</i>
		1,00	39)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Deckel A 7</i>
		1,00	42)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der zeitlich befristeten Wasserbauprojekte</i>
		1,00	44)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts 50. Jahrestag der Sturmflutkatastrophe von 1962</i>
		1,00	45)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts 6/8-streifiger Ausbau der A 7</i>
		1,00	47)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Nachtragsmanagement im Hochwasserschutz</i>
		1,00	48)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Brücke Hannoversche Straße</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
E 14				17,00					17,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
E 14		1,00							1,00	Projektstelle Busbeschleunigungsprogramm
E 14		1,00							1,00	Projektstelle 6/8-streifiger Ausbau der A 7
E 13				40,00					40,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
E 13		1,00							1,00	Projektstelle für wasserwirtschaftliche bzw. hydrologische Projekte
E 13		1,00							1,00	Projektstelle 6/8-streifiger Ausbau der A 7

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 13	10) kw: 1,00 EntgGr. E 13 Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	
E 13	11) kw: 3,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	
E 13	20) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes SAWA	
E 13	22) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Maßnahme 6-streifiger Ausbau BAB A 1	
E 13	30) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts EG-Hochwassermanagementrichtlinie	
E 13	32) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Projekte im Rahmen des Konjunkturprogramms II	
E 13	36) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes Hochwasserschutz Innenstadtbereich	
E 13	39) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Deckel A 7	
E 13	42) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der zeitlich befristeten Wasserbauprojekte	
E 13	44) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts 50. Jahrestag der Sturmflutkatastrophe von 1962	
E 13	45) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts 6/8-streifiger Ausbau der A 7	
E 13	47) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Nachtragsmanagement im Hochwasserschutz	
E 13	48) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Brücke Hannoverische Straße	
E 14	53) kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Projektes Brückenbauwerk K 20	
E 14	54) kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Projekte Autobahnkreuz 26 und Stader Straße	
E 14	57) kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Instandsetzungsmanagement Hauptverkehrsstraßen	
E 14	59) kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms	
E 14	65) kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Projektes 6/8-streifer Ausbau der A 7	

Einzelplan LAN
Kapitel 7201

Landesbetriebe
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 13		1,00	64)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der befristeten wasserwirtschaftlichen bzw. hydrologischen Projekte</i>
		1,00	67)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes 6/8-streifiger Ausbau der A 7</i>
E 12	75,00	3,00	13)	0,00	<i>kw: 3,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>
		1,00	15)		<i>ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. E 11 nach Freiwerden der Stelle</i>
		2,00	18)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Maßnahme IGS</i>
		1,00	21)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung Kampfmittelräumung</i>
		1,00	31)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projekts Untersuchungsprogramm an Spannbetonbrücken</i>
		2,00	33)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projekts SIP Winter</i>
		3,00	60)		<i>kw: 3,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms</i>
		1,00	63)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Fußgängerbrücke S-Bahn Poppenbüttel</i>
E 11	52,50	1,00	69)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Mitte Altona</i>
		1,00	12)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>
		1,00	25)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Maßnahme 6-streifiger Ausbau BAB A 1</i>
		1,00	27)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts Sonderuntersuchungen an Brücken</i>
		1,00	29)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts EG-Hochwassermanagementrichtlinie</i>
		1,00	34)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts Grundinstandsetzung und Neubau von Holzbrücken</i>
		1,00	35)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Instandsetzung Wallringtunnel und Deichtortunnel</i>

Einzelplan LAN
Kapitel 7201

Landesbetriebe
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		4,00		60,00					64,00	
E 12				70,00					70,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
E 12		2,00							2,00	Projektstelle Busbeschleunigung
E 12		1,00							1,00	Projektstelle Fußgängerbrücke S-Bahn Poppenbüttel
E 12		1,00							1,00	Projektstelle Mitte Altona
E 12		1,00							1,00	Projektstelle Busbeschleunigungsprogramm
E 11				50,50					50,50	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
E 11	-1,00								-1,00	Aufgabenwegfall
E 11		1,00							1,00	Projektstelle für zusätzlich anfallende Vergabeverfahren
E 11		1,00							1,00	Projektstelle Nachrüstprogramm Elbtunnel und 6/8-streifiger Ausbau der A 7
E 11		1,00							1,00	Projektstelle Hochwasserschutz Binnenhafen / Schaartor

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 11	12) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	
E 12	13) kw: 3,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	
E 12	15) ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach Freiwerden der Stelle	
E 12	18) kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Maßnahme IGS	
E 12	21) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung Kampfmittelräumung	
E 11	25) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Maßnahme 6-streifiger Ausbau BAB A 1	
E 11	27) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts Sonderuntersuchungen an Brücken	
E 11	29) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts EG-Hochwassermanagementrichtlinie	
E 12	31) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projekts Untersuchungsprogramm an Spannbetonbrücken	
E 12	33) kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projekts SIP Winter	
E 11	34) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts Grundinstandsetzung und Neubau von Holzbrücken	
E 11	35) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Instandsetzung Wallringtunnel und Deichtortunnel	
E 12	60) kw: 3,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms	
E 12	63) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Fußgängerbrücke S-Bahn Poppenbüttel	
E 13	64) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der befristeten wasserwirtschaftlichen bzw. hydrologischen Projekte	
E 13	67) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes 6/8-streifiger Ausbau der A 7	
E 12	69) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Mitte Altona	

Einzelplan LAN
Kapitel 7201

Landesbetriebe
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 11		1,00	40)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung Kampfmittelräumung</i>
		1,00	41)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts 6 Klappbrücken im Harburger Binnenhafen</i>
		2,00	43)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Projekte Hafen City und Sprung über die Elbe</i>
		1,00	46)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Projekte Johannisbollwerk und Binnenhafen</i>
		1,00	50)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts Instandsetzung Brücke Glinder Au</i>
		1,00	58)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms</i>
		1,00	61)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der zusätzlich anfallenden Vergabeverfahren</i>
		1,00	66)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Projekte Nachrüstprogramm Elbtunnel und 6/8-streifiger Ausbau der A 7</i>
		1,00	68)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Hochwasserschutz Binnenhafen / Schaartor</i>
E 10	18,00	2,00	37)	0,00	<i>kw: 2,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Trainee-Programms</i>
		1,00	38)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung der Maßnahme IGS</i>
		2,00	51)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung der zusätzlich erforderlichen Bauwerksprüfungen</i>
		1,00	52)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms</i>
		1,00	55)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projektes Stader Straße</i>
		1,00	56)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung der Umsetzung der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie</i>
E 9	6,00			0,00	
E 9	47,00	1,00	70)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 9 nach Beendigung des Instandsetzungsmanagement Hauptverkehrsstraßen</i>
		5,00	71)		<i>kw: 5,00 EntgGr. E 9 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>
E 8	36,00	1,00	19)	0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
		1,00	49)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 8 nach Beendigung der zusätzlichen Bauwerksprüfung an Spannbe- tonbrücken</i>
E 7	7,00			0,00	
E 6	113,00	1,00	23)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Beendigung des Projektes Digitales Bestandskataster</i>
		1,00	26)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Beendigung des Projekts Sprung über die Elbe</i>
		1,00	28)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Beendigung des Projekts Grundinstandsetzung von Ufermau- ern und Uferbefestigungen</i>
		2,00	62)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 6 nach Beendigung der zusätzlichen Schadensbeseitigungen an wasserwirtschaftlichen Anlagen</i>
E 5	11,50			0,00	
E 3	2,00			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	12,00		180,50					191,50	
E 10				18,00					18,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
E 9				46,00					46,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
E 9				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
E 9		1,00							1,00	Projektstelle Instandsetzungsmanagement Hauptverkehrsstraßen
E 8				36,00					36,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
E 7				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
E 6				111,00					111,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
E 6		2,00							2,00	Projektstelle Schadensbeseitigung an wasserwirtschaftlichen Anlagen
E 5				11,50					11,50	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
E 3				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 10	37) kw: 2,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Trainee-Programms	
E 10	38) kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung der Maßnahme IGS	
E 11	40) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung Kampfmittelräumung	
E 11	41) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts 6 Klappbrücken im Harburger Binnenhafen	
E 11	43) kw: 2,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Projekte Hafen City und Sprung über die Elbe	
E 11	46) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Projekte Johannishollwerk und Binnenhafen	
E 11	50) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts Instandsetzung Brücke Glinder Au	
E 10	51) kw: 2,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung der zusätzlich erforderlichen Bauwerksprüfungen	
E 10	52) kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms	
E 10	55) kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projektes Stader Straße	
E 10	56) kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung der Umsetzung der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie	
E 11	58) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms	
E 11	61) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der zusätzlich anfallenden Vergabeverfahren	
E 11	66) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Projekte Nachrüstprogramm Elbtunnel und 6/8-streifiger Ausbau der A 7	
E 11	68) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Hochwasserschutz Binnenhafen / Schaarator	

Einzelplan LAN
Kapitel 7201

Landesbetriebe
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 2 ü	1,00			0,00	
Richtl. eD	0,04			0,00	
Summe:	433,04			0,00	
Summe (ohne) insgesamt	582,54			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	15,00		418,00					432,00	
E 2 ü				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6430; Verlagerungen Reorganisation
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	-1,00	15,00	0,00	419,00	0,00	0,00	0,00	0,00	433,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	0,00	0,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,04	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	-1,00	15,00	0,00	419,04	0,00	0,00	0,00	0,00	433,04	
Summe (ohne *) insgesamt	-1,00	15,00	0,00	568,54	0,00	0,00	0,00	0,00	582,54	

Stellenplananträge zum Stellenplan 2013

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Sonstige Stellenveränderungen				
1	7201	1,00	Leitender Baudirektor A16	Der Haushaltsvermerk: „kw nach Beendigung der Maßnahme Hafenuerspange, spätestens 31.12.2014“ wird geändert in: „kw nach Beendigung des Senatsprogramms zur Busbeschleunigung, spätestens 31.12.2018; Begründung: neues Großprojekt, für die Projektleitung im LSBG“
2	7201	1,00	Baudirektor A15	Der Haushaltsvermerk: „kw nach Beendigung der Maßnahme Hafenuerspange, spätestens 31.12.2014“ wird geändert in: „kw nach Beendigung des Senatsprogramms zur Busbeschleunigung, spätestens 31.12.2018; Begründung: Neues Großprojekt“
3	7201	1,00	Baudirektor A15	Der Haushaltsvermerk: „kw nach Beendigung der Maßnahme Bahnübergänge Wandsbek, spätestens 31.12.2014“ wird geändert in: „kw nach Beendigung des Senatsprogramms zur Busbeschleunigung, spätestens 31.12.2018; Begründung: Neues Großprojekt“
4	7201	1,00	Oberbaurat/Oberbaurätin A 14	Der Haushaltsvermerk: „kw- nach Beendigung der Maßnahme 6/8 streifiger Ausbau A 7, spätestens 31.12.2014 wird geändert in: „kw- nach Beendigung der Maßnahme 6/8 streifiger Ausbau A 7, spätestens 31.12.2018 Begründung: Anschlussbaumaßnahmen südlich des Elbtunnels; Anpassung an die Projektplanung“
5	7201	1,00	Oberbaurat/Oberbaurätin A 14	Der Haushaltsvermerk: „kw nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2014 wird geändert in: „ kw nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2018 Begründung: Anpassung an die Projektplanung“
6	7201	1,00	Baurat A13	Der Haushaltsvermerk: „kw- nach Beendigung der Maßnahme 6/8 streifiger Ausbau A 7, spätestens 31.12.2014 wird geändert in: „kw- nach Beendigung der Maßnahme 6/8 streifiger Ausbau A 7, spätestens 31.12.2018 Begründung: Anschlussbaumaßnahmen südlich des Elbtunnels; Anpassung an die Projektplanung“
7	7201	1,00	Baurat A13	Der Haushaltsvermerk: „kw nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2014 wird geändert in: „ kw nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2018 Begründung: Anpassung an die Projektplanung“
8	7201	1,00	Oberbaurat/Oberbaurätin A 14	Der Haushaltsvermerk: „kw nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2014 wird geändert in: „ kw nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2018 Begründung: Anpassung an die Projektplanung“

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2013/2014

Wirtschaftsplan des Großmarktes Obst, Gemüse und Blumen (§ 26 Abs. 1 LHO)

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Die Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan durch Minderausgaben bei Investitionen bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft, wenn im laufenden Wirtschaftsjahr auf die Durchführung einer Investitionsmaßnahme mit Gesamtkosten von über 500.000 Euro verzichtet werden soll.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250.000 Euro steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250.000 Euro übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
5. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

Anlage 2.2
Wirtschaftsplan
des Großmarktes Obst, Gemüse und Blumen

A. Erfolgsplan

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2010	vorl. Er- gebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
In Tsd. Euro					
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Erträge</u>					
1. Umsatzerlöse					
800 Verwaltungsgebühren	230	225	230	225	225
805 Benutzungsgebühren Großmarkthal- le	6.930	7.115	7.480	7.200	7.200
806 Einnahmen aus der Unratentsorgung	897	1.137	1.010	1.150	1.150
810 Verwarnungsgelder	7	7	3	7	7
811 Einnahmen aus Bußgeldbescheiden	5	4	10	4	4
812 Einnahmen für die Lieferung von Heizung	66	48	55	55	55
813 Einnahmen für die Lieferung von Strom	1.721	2.083	1.900	2.100	2.100
814 Einnahmen für die Lieferung von Wasser	29	56	20	60	60
815 Einnahmen aus Besonderen Auslagen	0	0	0	612	612
830 Einnahmen aus öffentl. - rechtl. Verträgen	1.910	1.794	1.900	1.900	1.900
Summe 1.	11.795	12.469	12.608	13.313	13.313
2. Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0
Summe 2.	0	0	0	0	0
3. Andere aktivierte Leistungen	0	0	0	0	0
Summe 3.	0	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge					
820 Verschiedene Erträge	142	169	100	170	170
832 Dienstwohnungsvergütungen	4	4	4	4	4
Summe 4.	146	173	104	174	174
5. Zinserträge und ähnliche Erträge					
270 Zinserträge	34	139	60	100	100
275 Skontoerträge	2	2	3	3	3
Summe 5.	36	141	63	103	103
6. Außerordentliche Erträge					
280 Betriebliche außerordentliche Erträge	127	0	4	4	4
891 Eigenbeteiligung der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer an der Zu- satzversorgung nach Ruhegel- der/ATZ Rückstellung-Auflösung	0	40	8	20	20
Summe 6.	127	40	12	24	24
Gesamterträge	12.104	12.823	12.787	13.614	13.614

Anlage 2.2
Wirtschaftsplan
des Großmarktes Obst, Gemüse und Blumen

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2010	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
In Tsd. Euro					
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Aufwendungen</u>					
1. Materialaufwendungen					
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	0	0	0	0	0
350 Materialaufwendungen	0	0	1	1	1
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0	0	0
Summe 1.	0	0	1	1	1
2. Personalaufwendungen					
2.1 Gehälter und Löhne					
400 Beamtenbezüge	287	312	261	266	270
401 Angestelltenvergütungen	927	977	996	992	1.007
402 Arbeiterlöhne	265	326	333	331	336
404 Sonst. Aufwendungen mit Lohn- u. Gehaltscharakter	0	0	0	0	0
Summe 2.1	1.479	1.615	1.590	1.589	1.613
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung					
405 Arbeitgeberanteil Sozialvers. Angestellte	182	192	192	195	198
406 Arbeitgeberanteil Sozialvers. Arbeiter	65	65	64	66	67
410 Versorgungsaufwand - Beamte	186	167	134	169	171
411 Versorgungsaufwand - Angestellte	117	120	107	122	124
412 Versorgungsaufwand - Arbeiter	25	27	36	27	27
413 Pensionsrückstellungen (Zuführung)	1	48	-50	14	14
440 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	11	14	15	15	15
441 Beihilfe für Versorgungsempfänger	82	40	60	60	60
443 Beiträge zur Unfallkasse Nord	9	14	5	28	29
Summe 2.2	678	687	563	696	705
Summe 2.	2.157	2.302	2.153	2.285	2.318
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen/Umlaufvermögen					
590 Abschreibungen auf Anlagevermögen	1.805	1.700	1.833	1.900	1.900
Summe 3.	1.805	1.700	1.833	1.900	1.900
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen					
4.1 Personalbedingte Aufwendungen					
573 Aus- und Fortbildung	7	12	15	65	25
577 Dienst- und Schutzkleidung	3	4	5	5	5
578.1 Fahrgelder u. Kilometervergütungen	7	5	10	7	7
578.2 Dienstreisen - Großmarkt	7	10	15	10	10
Summe 4.1	24	31	45	87	47

**Anlage 2.2
Wirtschaftsplan
des Großmarktes Obst, Gemüse und Blumen**

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2010	vorl. Er- gebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
In Tsd. Euro					
1	2	3	4	5	6
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung					
521 Gaskosten	444	295	330	372	372
523 Stromkosten	2.245	2.412	2.100	2.500	2.500
524 Wasserkosten	40	39	45	44	44
530 Bewirtschaftung d. Gebäude u. Grundstücke	2.309	2.014	2.100	2.100	2.100
540.1 Instandhaltung d. Betr.- u. Geschäftsausstattung	74	112	120	120	120
540.2 EDV Service	33	37	45	37	30
540.3 Betriebskosten neue Programme/System	0	0	0	59	118
541.1 Instandhaltung d. Grundstücke und Gebäude	1.412	773	1.412	1.483	1.483
541.2 Drucksache Sanierung 18/7047	0	0	0	0	0
541.3 Drucksache Sanierung 19/1442	2.918	0	0	0	0
541.4 Lfd. Sanierung 2011-2015	0	550	4.595	4.040	4.165
541.5 Sanierung Beton-Unterzüge	0	0	0	3.767	3.767
545 Instandhaltung der Fahrzeuge	13	9	7	10	10
562 Sielbenutzungsgebühren	64	61	70	52	52
562.1 Niederschlagswassergebühr	0	0	0	86	86
Summe 4.2	9.552	6.302	10.824	14.670	14.847
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbereich					
563 Beiträge und Versicherungen	35	35	35	40	40
565 Feuerkassenbeiträge	110	108	106	116	116
570 Geschäftsbedürfnisse	15	20	20	20	20
571 Bücherei	4	4	4	4	4
572 Post- und Fernmeldegebühren	38	39	40	40	40
575 Gerichts- und ähnliche Kosten, Beratungskosten	0	76	10	55	55
579.1 Verschiedene Ausgaben	0	12	25	15	15
579.2 Standortmarketing	203	208	250	150	150
580 Fremdleistungen FHH	73	59	60	60	60
Summe 4.3	478	561	550	500	500
4.4 Übrige sonstige Aufwendungen					
592 Abschreibungen auf Forderungen	2	0	0	0	0
593 Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0	0	0
Summe 4.4	2	0	0	0	0
Summe 4.	10.056	6.894	11.419	15.257	15.394

Anlage 2.2
Wirtschaftsplan
des Großmarktes Obst, Gemüse und Blumen

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2010	vorl. Er- gebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
In Tsd. Euro					
1	2	3	4	5	6
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen					
210 Zinsaufwendungen	0	0	15	0	0
Summe 5.	0	0	15	0	0
6. Außerordentliche Aufwendungen					
230 Betriebliche a. o. Aufwendungen / Großmarkt	5	67	20	20	20
574 Kosten f. Sachverständ. und Gutachten – Großmarkt	16	3	15	5	5
Summe 6.	21	70	35	25	25
7. Steuern von Einkommen und vom Ertrag					
249 Körperschaftssteuer	0	433	0	0	0
249 Gewerbeertragssteuer	0	0	0	0	0
Summe 7.	0	433	0	0	0
8. Sonstige Steuern					
560 Grundsteuer	7	543	7	543	543
566 Kfz-Steuer	1	1	1	1	1
Summe 8.	8	544	8	544	544
<u>Gesamtaufwendungen</u>	14.047	11.943	15.464	20.012	20.182
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	-1.943	880	-2.677	-6.398	-6.568

Anlage 2.2
Wirtschaftsplan
des Großmarktes Obst, Gemüse und Blumen

B. Finanzierungsplan

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2010	vorl. Er- gebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
In Tsd. Euro					
1	2	3	4	5	6
B. Finanzierungsplan					
I. <u>Finanzbedarf</u>					
1. <u>Investitionen</u>					
001 Unbebaute Grundstücke	0	0	0	0	0
010 Bebaute Grundstücke	0	0	0	0	0
020 Gebäude	214	0	0	210	0
100 Technische Anlagen	768	703	830	70	900
200 Fahrzeuge	160	0	0	35	0
300 Betriebs- und Geschäftsausstattung	15	129	100	150	150
300.1 Ersatzbeschaffung der EDV-Anlage	0	0	0	0	0
300.2 IW Systemsoftware Neu ERP	0	0	0	150	20
IW Anwender-Software Neu CAFM	0	0	0	100	20
<u>Summe 1.</u>	1.157	832	930	715	1.090
2. <u>Sonstiger Finanzbedarf</u>					
000 Abdeckung des im Vorjahr nicht ge- deckten Finanzbedarfs	0	0	0	0	0
182 Ablieferung an den Haushalt	0	8	8	8	8
989 Jahresverlust	1.943	0	2.677	6.398	6.568
<u>Summe 2.</u>	1.943	8	2.685	6.406	6.576
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	3.100	840	3.615	7.121	7.666
II. <u>Deckungsmittel</u>					
989 Jahresgewinn	0	880	0	0	0
590 Abschreibungen	1.805	1.700	1.833	1.900	1.900
592 Abschreibungen auf Forderungen	2	0	0	0	0
750 Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	9.229	8.195	13.435	11.653	6.432
751.1 Zuschuss Sanierung Großmarkt 2011/2012	0	3.500	0	0	0
751.2 Zuschuss Sanierung BSU /Beleuchtung	259	0	0	0	0
181 Investitionszuschuss aus dem Haushalt	0	0	0	0	0
<u>Summe Deckungsmittel</u>	11.295	14.275	15.268	13.553	8.332
<u>Noch verfügbare Deckungsmittel (+)</u>	8.195	13.435	11.653	6.432	666
<u>Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)</u>					

C. Erläuterungen

Hinweis:

Bei den Aufwendungen ab Position 4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung wird der jährlich anfallende Sanierungsaufwand gemäß der Drucksachen 18/7047 und 19/1442 ausgewiesen, beim Finanzierungsplan die erhaltenen Zuschüsse für die Sanierungsaufwendungen, die korrigierten Vorrträge Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag und die sich daraus ergebenden korrigierten verfügbaren Deckungsmittel / nicht gedeckten Finanzbedarfe.

Die Jahresüberschüsse (+) / Jahresfehlbeträge (-) ohne Berücksichtigung der Sanierungsaufwendungen betragen:

2010: 975 Tsd. Euro, 2011: 1.430 Tsd. Euro, 2012: 1.918 Tsd. Euro, 2013: 1.409 Tsd. Euro, 2014: 1.364 Tsd. Euro

A. Erfolgsplan

Erträge:

Sofern die Ansätze für 2013/2014 nicht dem Vorjahresansatz entsprechen, erfolgen sie in Anlehnung an das vorläufige Ergebnis des Jahres 2011, soweit nachstehend nichts anderes erläutert wird.

Zu 1. Umsatzerlöse

- 805 Vorläufiges Ergebnis 2011 zzgl. Gebührenanpassung 3. Stufe 2013
- 806 Der Ansatz ergibt sich aus den Monatspauschalen.
- 813 Der Ansatz ergibt sich aus den Monatspauschalen.

Zu 4. Sonstige Betriebliche Erträge

- 820 Enthält u. a. Einnahmen im Zusammenhang mit Marketingaktivitäten sowie Nutzungsentgelte für die Flächenbereitstellung für Veranstaltungen.

Zu 5. Zinserträge

- 270 Hier werden auch die Zinseinnahmen aus Vorjahren ausgewiesen. Wegen der negativen Jahresergebnisse und der erfolgten Liquiditätsabflüsse sind diese Erträge rückläufig. Ferner hat sich die Finanzkrise mit fallenden Zinssätzen ausgewirkt.

Zu 6. Außerordentliche Erträge

- 891 An dieser Stelle wird nur die Eigenbeteiligung der Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung nach dem Ruhegeldrecht aufgeführt, für die Pensionsrückstellungen gebildet werden. Die Eigenbeteiligung der Arbeitnehmer, für die keine Pensionsrückstellungen gebildet wird, ist nicht erfolgswirksam und fließt in eine gesonderte Rückstellung.

Aufwendungen:

Sofern die Ansätze für 2013/2014 nicht dem Vorjahresansatz entsprechen, erfolgen sie in Anlehnung an das vorläufige Ergebnis des Jahres 2011, soweit nachstehend nichts anderes erläutert wird.

Zu 2. Personalaufwendungen

Der Personalbestand beträgt aktuell 40 Mitarbeiter.

- 400 Bekannte Personalveränderungen und aktuelle Besoldungserhöhungen wurden berücksichtigt.
- 401-406 Ansätze 2013/2014 auf Basis Ergebnis 2011 zuzüglich bekannter Personalveränderungen und Tarifentwicklungen.
- 410-412 Hochrechnung der Veränderungen auf Basis des vorläufigen Ergebnisses des Jahres 2011.
- 413 Die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen entspricht den Hochrechnungen der versicherungsmathematischen Bewertungen.
- 443 Zugrunde gelegt wurde die Beitragsentwicklung aufgrund der Prognose der Finanzbehörde.

**Anlage 2.2
Wirtschaftsplan
des Großmarktes Obst, Gemüse und Blumen**

Zu 3. Abschreibungen

590 Berechnungen ergeben sich durch Zugänge und die entsprechenden Abschreibungsvorausrechnungen.

Zu 4. Sonstige Betriebliche Aufwendungen

573 Für die Jahre 2013 und 2014 wurden die Schulungskosten für die neuen ERP- und CAFM-Systeme berücksichtigt.

521 Veranschlagt wurden die Durchschnittskosten der letzten drei Jahre. Preisveränderungen und die Einspeisung von Wärme mit Hilfe eines Biomassekessels in das Netz des Großmarkts wurden berücksichtigt.

523 In Anlehnung an das vorläufige Ergebnis des Jahres 2011 zzgl. voraussichtlich weiter steigender Strompreise.

524/562 Veranschlagung nach dem vorläufigen Ergebnis von 2011 zzgl. einer Verbrauchssteigerung von 10% für zusätzliche Spülungen gem. der neuen Trinkwasser-Verordnung.

540.2/.3 Bei den Kosten handelt es sich um den IT-Systembetrieb. Die über 10 Jahre alten ERP- und CAFM-Systeme werden ab 2012 erneuert mit dem Schwerpunkt Kosten-/Leistungsrechnung und zum Betrieb in das Dataport-Rechenzentrum gegeben. Die Produktivsetzung erfolgt zum 01.01.2014. Das bisherige Buchhaltungssystem muss für eine Übergangszeit weiterhin zur Verfügung stehen.

541.1 Ermittlung anhand Feuerkassenrichtwert und Aufstellungsroundschreiben.

541.2-5 Sonderausweisung der Sanierungsaufwendungen gemäß Drucksache 18/7047, Drucksache 19/1442 sowie der Gesamtsanierungsplanung. Für 2013 werden Sanierungsmaßnahmen in Höhe von 7.807 Tsd. Euro und für 2014 in Höhe von 7.932 Euro berücksichtigt. Die für 2014 ausgewiesenen Deckungsmittel werden für die Sanierungsaufwendungen in 2015 benötigt.

562.1 Die Höhe der Niederschlagswassergebühr wurde anhand der festgesetzten Fläche und der festgesetzten Gebühren je Quadratmeter berechnet.

Zu 7. Steuern vom Einkommen und Ertrag

249 Errechnet sich unmittelbar aus den erwarteten Jahresüberschüssen.

Zu 8. sonstige Steuern

560 Grundsteuer: Im Jahr 2011 ist nach Mitteilung des Finanzamtes für Verkehrssteuern und Grundbesitz die vorherige weitgehende Befreiung des Großmarktes von der Grundsteuer entfallen, da Markt- und Großmarkthallen keine Grundversorgungsfunktion der Bevölkerung mehr zukommt.

B. Finanzierungsplan

Zu 1. Investitionen

2013:

020	Toiletten Bereich Ost	210 Tsd. Euro
100	Schaltanlage Umschlaghalle West I	70 Tsd. Euro
200	Ersatzbeschaffung E-Karre	35 Tsd. Euro
300	Büro- und Geschäftsausstattung	150 Tsd. Euro
300.1	Ersatz des abgängigen ERP-Systems	150 Tsd. Euro
300.2	Ersatz des abgängigen CAFM-Systems	100 Tsd. Euro

2014:

100	Sprinkleranlage Umschlaghalle West II	350 Tsd. Euro
100	Sprinkleranlage Umschlaghalle Süd-West II	550 Tsd. Euro
300	Büro- und Geschäftsausstattung	150 Tsd. Euro
300.1	Ersatz des abgängigen ERP-Systems	20 Tsd. Euro

300.2 Ersatz des abgängigen CAFM-Systems

20 Tsd. Euro

Das Jahresergebnis 2010 wurde von der Vorprüfungsstelle der Finanzbehörde geprüft. Der Prüfbericht liegt noch nicht vor.

Das vorläufige Jahresergebnis 2011 basiert auf der Buchhaltung 2011, Stand 25.01.2012. Die Jahresabschlussbuchungen wurden noch nicht berücksichtigt.

Die Umsatzsteuer-Zahllast wird außerhalb des Wirtschaftsplans nachgewiesen.

D. Lagebericht

1. Zielbild

Stärkung der Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittelständischer Unternehmen der Obst-, Gemüse und Blumenbranche sowie der heimischen Erzeuger

- durch Vorhalten geeigneter Vermarktungseinrichtungen an einem zentralen Standort
- bei vertretbaren Kosten für die Marktnutzer
- ohne Belastung des hamburgischen Haushalts

nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung der politischen Rahmen- und Zielvorgaben der Behördenleitung.

Ganzjährige Versorgung der Bevölkerung Hamburgs und der Region mit Frischeprodukten aus der gesamten Welt in dem gewohnten Qualitätsstandard.

Erhalt des Hamburger Großmarkts als einen der wenigen „tatsächlichen“ Märkte in Deutschland, auf dem wegen seiner Sortimentsvielfalt und seiner zentralen Lage ein breites Marktgeschehen stattfindet und der dadurch für alle am Handel beteiligten Firmen die unverzichtbare Funktion eines Preisbarometers erfüllt.

2. Zusammensetzung der Aufsichtsgremien

Die Aufsicht obliegt der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation. Sie wird insbesondere durch den Leiter des Amtes Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft ausgeübt.

3. Betriebsaufgaben / -leistungen

Der Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen versorgt Hamburg, Schleswig-Holstein und Teile von Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Dänemark mit frischem Obst, Gemüse und Blumen. Warenlieferungen gehen auch nach Nord-, Mittel- und Osteuropa.

Der Käuferkreis setzt sich zusammen aus gewerblichen Wiederverkäufern, gewerblichen Verbrauchern und gewerblichen Großabnehmern. 2011 wurden insgesamt 4.120 Ausweise für einkaufende Firmen ausgestellt. Im Bereich Obst und Gemüse gab es 2011 rd. 220 marktansässige Firmen, ebenso viele beim Blumengroßmarkt.

Der Landesbetrieb stellt auf dem ca. 27,3 ha großen Marktgelände die notwendigen Vermarktungseinrichtungen zur Verfügung (Stand: Dezember 2011):

Großmarkthalle:	
Erdgeschoss	40.000 m ²
Zwischengeschoss	17.000 m ²
Untergeschoss	40.000 m ²
Großmarkthallenanbau (Blumenhalle):	
Erdgeschoss	10.260 m ²
Untergeschoss	8.000 m ²
andere Gebäude:	
eigene Umschlageneinrichtungen	23.621 m ²
<u>Umschlageneinrichtungen der Importeure und Großhändler</u>	<u>24.709 m²</u>
	48.330 m ²
Be- und Entladeflächen für Einkäufer	88.538 m ²
Stellplätze für Geschäftsfahrzeuge der Firmen	17.459 m ²
Abfallannahmestelle	3.706 m ²

Für die Wartung und Pflege der Großmarkteinrichtungen steht ein Technischer Betrieb zur Verfügung.

4. Erläuterungen zum abgelaufenen Geschäftsjahr

4.1. Allgemeine Geschäftsentwicklung

Die Gesamterträge 2011 liegen über denen des Vorjahres. Minimal gesunkenen Erlösen bei den Verwaltungsgebühren stehen höhere Erlöse bei Benutzungsgebühren gegenüber.

Der Stromverbrauch in 2011 ist gegenüber dem Vorjahr trotz zusätzlich errichteter Kühlanlagen etc. nicht merklich gestiegen. Ursächlich dafür ist, dass bei allen baulichen Maßnahmen des Landesbetriebes sowie der ansässigen Unternehmen alle möglichen Verbrauchsoptimierungen zur Energiereduzierung geprüft und ggf. realisiert werden. Um trotz der tendenziell weiter steigenden Energiekosten die Kosten für den Großmarkt und damit die ansässigen Unternehmen so gering wie möglich zu halten, ist auch für die Folgejahre ein Stromeinkauf über die Stadt geplant.

Im Bereich der Investitionen des Landesbetriebes in 2011 sind die Errichtung und Inbetriebnahme einer Sprinkleranlage in der Umschlaghalle West I sowie der Neubau einer Niederspannungsanlage im Bereich der Umschlaghalle Nord-West hervorzuheben. Darüber hinaus wurde der Rammschutz in unterschiedlichen Bereichen ergänzt.

Mit der Senatsdrucksache 2008/1601 sowie der Bürgerschaftsdrucksache 19/1442 wurde ein Sanierungsbedarf von insgesamt 30,2 Mio. Euro auf dem Großmarkt aufgezeigt, der in Teilen in der Umsetzung bis 2015 gestreckt werden kann. Die dringendsten Maßnahmen mit Auswirkungen auf die Standsicherheit der Großmarkthalle (Betonanierung Außenfassade, erforderliche zusätzliche Dacheinläufe, Sanierung der Hallendecke) wurden umgehend eingeleitet. Alle Sanierungsmaßnahmen werden auch unter der Prämisse damit zu erzielender Energieeinsparungen geplant und durchgeführt. Im Rahmen des laufenden Sanierungsprozesses wurde in 2011 die aufwändige Betonanierung der Hallendecke in der Großmarkthalle inkl. Beleuchtungserneuerung abgeschlossen. Die Arbeiten wurden im laufenden Betrieb durchgeführt, um Einnahmeausfälle (Nutzungsentgelte) zu vermeiden. Weitere ursprünglich bereits für 2011 vorgesehene Sanierungsmaßnahmen werden zeitverzögert in 2012 bzw. 2013 durchgeführt. Gründe dafür sind die räumlichen Einschränkungen (Baustelleneinrichtungen etc.) durch die Großbaustelle Hallendeckensanierung, bis zur zweiten Jahreshälfte 2011 bestehende Unsicherheiten im Hinblick auf evtl. zusätzliche Erfordernisse im Nachgang der EHEC-Krise, die vorläufige Haushaltsführung sowie die fehlende Planungssicherheit im Hinblick auf die Realisierung der ursprünglich geplanten Brückenführung Versmannstraße / Amsinckstraße (Großmarktbrücke). Diese hätte Auswirkungen auf die umfangreiche Sanierung der Rampenniederfahrten in das Untergeschoss der Großmarkthalle. Die Brücke soll nach dem seit Ende 2011 bekannten Ergebnis einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung b. a. W. nicht realisiert werden. Gleichwohl soll die Option der Querung für eine spätere Entwicklung offengehalten werden.

Im Rahmen der laufenden Sanierungsmaßnahmen wurde eine Durchfeuchtung der Beton-Unterzüge im Erdgeschoss der Großmarkthalle festgestellt. Bei einer stichprobenartigen Analyse wurden teilweise hohe Chlorideintragungen und angegriffene Stahlbewehrungen festgestellt. Nach den Auswertungen einer Musterbaustelle ergibt sich für diesen Bereich unter Einsatz des kathodischen Korrosionsschutzes (KKS) als geeignetes Verfahren für eine kostengünstigere, zerstörungsarme Sanierung (kein Totalabbruch) ein zusätzlicher Sanierungsaufwand in Höhe von 11,3 Mio. Euro (Kostenschätzung), der unter Berücksichtigung der erforderlichen Bauabläufe auf drei Jahre (2013-2015) gestreckt werden kann. Die Kostendeckung soll durch sich abzeichnende Kosteneinsparungen bei den vorangehenden Sanierungsmaßnahmen und darüber hinaus im Rahmen der Bewirtschaftung erfolgen. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass die veranschlagten Instandhaltungsmittel für Grundstücke und Gebäude für die laufende Unterhaltung von Fahr- und Parkflächen, Dach- und Fassadenflächen, Sielarbeiten etc. dringend benötigt werden und als Deckungsmittel nicht zur Verfügung stehen. Ablieferungen des Landesbetriebes an den Haushalt können in den Folgejahren nicht geleistet werden.

4.2. Auslastungsgrad

Auf dem Großmarkt waren in 2011 fast alle Verkaufsflächen und Räume im Erdgeschoss der Großmarkthalle sowie in den Außenanlagen vergeben. Die Auslastung betrug in der gesamten Halle einschließlich Unterge-

Anlage 2.2 Wirtschaftsplan des Großmarktes Obst, Gemüse und Blumen

schoß 86,6 % per 31.12.2011. Das ist gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant. Die Auslastung bei den Verkaufsständen in der Großmarkthalle hat leicht abgenommen und lag per 31.12.2011 bei 97,6 %. Ursächlich dafür sind bisher noch geringfügige Flächenreduzierungen durch die ansässigen Unternehmen in Folge der EHEC-Krise in 2011, die den Großmarkt unmittelbar berührt hat. Leerstände gibt es im Untergeschoss der Großmarkthalle. Ursächlich hierfür sind die weiter veränderten Arbeitsabläufe, die die Bewirtschaftung von Kellerräumen durch die ansässigen Unternehmen zunehmend schwieriger machen (lange Wege; erforderliche Nutzung von Lastenaufzügen) sowie die weiter gestiegenen Hygieneanforderungen. Die Leerstände in diesem Bereich nehmen jedoch ab, da die Nachfrage für diese Räume aufgrund von bereits durchgeführten Teil-sanierungen bzw. von Maßnahmen zur Verbesserung des Hygienestandards wieder merklich ansteigt. Mit den Verkaufsflächen im Erdgeschoss der Großmarkthalle werden ungleich höhere Gebühreneinnahmen als mit Kellerräumen erzielt. Die Auslastung in den Außenanlagen lag in 2011 unverändert hoch bei 99,73 %, was nahezu einer Vollauslastung entspricht. Zurzeit sind alle bestehenden Umschlagflächen in den Außenanlagen langfristig vergeben. Für den gesamten Großmarkt ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine nahezu unveränderte Auslastung von 86,6 %. Zur Wahrnehmung des Ausfallrisikos z. B. bei Insolvenzen wurde mit Beginn des Jahres 2011 bei neuen öffentlich-rechtlichen Nutzungsverträgen die erforderliche Kautionshöhe von drei auf vier Monatsentgelte (durch Bankbürgschaft) erhöht.

5. Erläuterungen zur künftigen Entwicklung des Betriebes

Die Investitionsbereitschaft der ansässigen Unternehmen ist seit der Entscheidung der Stadt vom 3. Dezember 2002 für die Standortsicherung des Großmarktes bis zum 31. Dezember 2034 nach wie vor hoch. Nach diversen Aus- und Neubauprojekten der Unternehmen in den vorangegangenen Jahren prüfen aktuell zwei Firmen Neu- bzw. Anbauten mit einem Flächenbedarf von insgesamt bis zu 8.000 m². Direkt in der Großmarkthalle investieren diverse Großhändler nach wie vor in neue Kühllhäuser bzw. Verkaufseinrichtungen. Die Neu-, Um- und Erweiterungsbauten ihrer Verkaufs-, Lager- und Logistikeinrichtungen sind für die Unternehmen sehr wesentlich, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Wesentliches Entscheidungskriterium für die künftigen Investitionen der Unternehmen ist, ob die Stadt vom Sonderkündigungsrecht zum 31. Dezember 2024 Gebrauch macht. Dieses muss ggf. bis zum 31. Dezember 2014 erklärt werden.¹

Die eigenen Investitionen des Landesbetriebes dienen der Optimierung von Infrastruktureinrichtungen. In 2013 sind die Errichtung einer neuen WC-Anlage im östlichen Bereich des Großmarktgeländes, der Einbau einer Schaltanlage in der Umschlaghalle West I und die Beschaffung und Einführung neuer ERP- und CAFM-Programme geplant. In 2014 sollen zwei weitere Umschlaghallen mit einer Sprinkleranlage ausgestattet werden

5.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die aktuellen Rahmenbedingungen für den Obst-, Gemüse und Blumengroßhandel sind von unterschiedlichen Faktoren geprägt. Einen erheblichen negativen Einfluss hatte in 2011 die EHEC-Krise, die den Großmarkt Hamburg und damit die ansässigen Unternehmen unmittelbar getroffen hat und zu zeitweiligen Umsatzrückgängen von bis zu 90% geführt hat. Einige Unternehmen haben noch nicht wieder das Niveau von vor der Krise erreicht. Inwieweit diese Entwicklung noch zu Spätfolgen führt (Insolvenzen, weitere Flächenkündigungen, Personalreduzierungen) bleibt abzuwarten.

Die seit Jahren andauernde Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel hin zum organisierten Lebensmitteleinzelhandel und zu den Discountern hält weiter an. Dies und der Preisverfall durch die fortwährenden Preissenkungen in diesen Handelsbereichen lassen die Margen in den traditionellen Absatzbereichen Einzelhandel und Wochenmarkt weiter schrumpfen, was zum Teil zur Aufgabe von Inhaber geführten Fach-Einzelhandelsgeschäften bzw. Wochenmarkthändlern führt.

Die Umstände erfordern noch schärfere Kalkulation auch beim Großhandel. Die marktansässigen Unternehmen brauchen daher nach wie vor dringend Kalkulationssicherheit. Dabei ist es Aufgabe des Landesbetriebes, die Betriebskosten so gering wie möglich zu halten und die Attraktivität des Standortes zu sichern und

auszubauen. Eine drastische Gebührenanhebung würde u. U. zu weiteren Insolvenzen oder zu Firmenabwanderungen führen. Da die allgemeinen Gebühren seit 2002 konstant waren, hat der Landesbetrieb jedoch unter Berücksichtigung der gesamten Rahmenbedingungen eine moderate dreistufige Gebührenerhöhung eingeleitet. Mit Wirkung vom 01.01.2011 wurden die Gebühren um 1,5% angehoben, 2012 und 2013 sollen Erhöhungen um weitere 2,5% folgen.

Eine zusätzliche Belastung für die ansässigen Unternehmen ergibt sich ab 2012 durch den Wegfall der Grundsteuerbefreiung für den Großmarkt sowie die Neuregelung der SIELbenutzungsgebühr. Ebenfalls deutlich gestiegen sind die Beiträge des Großmarktes zur Feuerkasse. Diese Aufwände werden im Umlageverfahren an die Unternehmen weitergereicht und führen dort somit ebenfalls zu finanziellen Mehrbelastungen.

5.2. Weiterentwicklung des Geschäftsmodells Großmarkt / Marketingaktivitäten

Unter Berücksichtigung der geschilderten Veränderungen im Lebensmitteleinzelhandel nimmt die Bedeutung des Großmarktes auch als Logistikstandort weiter zu. Ziel dabei ist, auch solche ansässigen Unternehmen, die mit dem organisierten Lebensmitteleinzelhandel bzw. mit den Discountern zusammenarbeiten, langfristig an den Großmarkt zu binden und ihnen entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sie häufig auch in Handelsbeziehungen zu anderen am Großmarkt ansässigen Unternehmen stehen.

Im Rahmen des Standortmarketings werden Erwachsene und Kinder über entsprechende Aktionen altersgerecht an das Thema „Gesunde Ernährung“ herangeführt bzw. mit aktuellen Informationen versorgt, bspw. im Rahmen der in 2012 vom Großmarkt gestarteten Marketingkampagne „1.000 Frische-Tatorte in Ihrer Nähe“. Darüber hinaus werden weitere Aktionen mit Marketing-Partnern im Facheinzelhandel und auf Wochenmärkten im Rahmen der Zusammenarbeit der Großmärkte in der Gemeinschaft zur Förderung der Interessen der Deutschen Frischemärkte e.V. (GFI) durchgeführt. Als Mitglied in der Retail-Working-Group der Weltunion der Großmärkte (WUWM) arbeitet der Großmarkt Hamburg ebenfalls intensiv an der Stärkung des Facheinzelhandels sowie der Wochenmärkte mit. Durch die aktive Mitarbeit der Geschäftsführung des Großmarktes Hamburg in der WUWM als auch bei GFI ergeben sich Synergien durch den Erfahrungsaustausch mit anderen Märkten, die in der Vergangenheit schon wiederholt zur Optimierung von Arbeitsabläufen sowie auch zu Kosteneinsparungen geführt haben.

Einen sehr guten Marketingeffekt i. S. Ernährungsberatung / Verbraucherinformation haben zunehmend auch die 2008 jeweils von Stiftungen eröffneten Einrichtungen Schülerlabor SCOLAB und Deutsches Zusatzstoffmuseum, die das Großmarktmanagement insbesondere in der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Beide Einrichtungen können vom Endverbraucher besucht werden. Die Nachfrage nimmt stetig zu. Allein das Schülerlabor hatte in 2011 rd. 3.000 Besucher.

Positiv im Rahmen des Standortmarketings sowie zur Ertragssteigerung bzw. zumindest -stabilisierung wirken sich auch die zunehmend auf dem Großmarktgelände durchgeführten Events / Sonderveranstaltungen aus. Die Nachfrage nach Flächennutzungen auf dem Großmarktgelände gegen Nutzungsentgelt nimmt zu. Im Zusammenhang mit der Durchführung entsprechender Veranstaltungen ist der Vorrang des originären Markthandels zu berücksichtigen.

Die in den Jahren 2006 bis 2011 auf der Erzeugerfläche in der Großmarkthalle durchgeführte Veranstaltung „Food Market“ soll auch in den Folgejahren stattfinden. In Zusammenarbeit mit einer renommierten Gourmetzeitschrift ist während der Veranstaltung jeweils an einem Wochenende der Großmarkt in Teilbereichen für Endverbraucher geöffnet. Unter dem Motto „Aus der Region - Für die Region“ kochen bekannte Köche aus Hamburg und dem Umland kleine Gerichte mit frischen Zutaten von Erzeugern. Dazu gibt es ein umfangreiches Rahmenprogramm. An der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung sind die Großmarkt Hamburg Verwaltungsgenossenschaft eG (GHVG), die Erzeugergemeinschaft Obst, Gemüse und Blumen Hamburg eG (EZG) und die Marktgemeinschaft Blumengroßmarkt eG intensiv beteiligt. Die Veranstaltung wurde von bis zu 35.000 Gästen besucht. Basierend auf den positiven Erfahrungen mit dem Food Market wird die Einrichtung eines Endverbrauchermarktes auf einer kleineren Teilfläche der Großmarkthalle mit Öffnung außerhalb der Marktzeiten des Großhandels geprüft. Das Projekt transportiert das Thema „Qualität, Vielfalt und Frische“ in der besonderen Atmosphäre Großmarkt und bietet eine alternative Flächennutzung durch die Zusammenfassung kleinerer unzusammenhängender Leerstände.

Anlage 2.2 Wirtschaftsplan des Großmarktes Obst, Gemüse und Blumen

Über den hohen Stellenwert eines zeitgemäßen Marketings sowie einer zukunftsorientierten Weiterentwicklung des Geschäftsmodells Großmarkt besteht zwischen dem Großmarktmanagement und den ansässigen Betrieben, vertreten durch die GHVG, Einigkeit. Durch gezielte Marketingmaßnahmen konnte bspw. die vorher etwas rückläufige Entwicklung bei den Einkäuferausweisen gestoppt werden. In 2010 und 2011 ist die Anzahl der ausgegebenen Ausweise wieder leicht gestiegen.

5.3. Qualitätsmanagement

Im Rahmen seines auch für die Standortsicherung wesentlichen Qualitätsmanagements wurde der Großmarkt in 2011 nach DIN EN ISO 9001:2000 Re-zertifiziert. Auch das Hygiene-Management-System des Großmarktes nach HACCP (Hazard Analysis and Critical Control Points) als eine ergänzende Anforderung der ab 01.01.2008 geltenden EU-Verordnung 852/2004 nach DIN EN ISO 22000 wurde in 2011 Re-zertifiziert. Insbesondere dem Hygiene-Management-System kam im Rahmen der EHEC-Krise in 2011 eine besondere Bedeutung zu. Der Hygienestandard wurde im Rahmen aller Überprüfungen während der Krise auf dem Großmarktgelände positiv bewertet.

Auch im Rahmen des Umweltmanagements wurde der Großmarkt in 2011 erneut als Hamburger Ökoprofit Betrieb zertifiziert. Ziel von Ökoprofit ist neben der Erhöhung des Umweltschutzes die weitere Reduzierung der Energieverbräuche sowie von Abfall, Abwasser und Betriebsmitteln.

5.4. Betriebliche Entwicklungszahlen

Zu den betrieblichen Entwicklungszahlen des Großmarktes Obst, Gemüse und Blumen wird folgendes bemerkt:

Aufwendungen:

Beim sächlichen Aufwand werden die Reinigungskosten, die Kosten für die Entsorgung des Abfalls sowie ein Großteil der Energiekosten an die Nutzer weitergegeben. Dadurch wird dieser Aufwand teilweise durch entsprechende Erträge kompensiert.

Alle Ausgabenansätze werden ständig nach Einsparungs- und Rationalisierungsmöglichkeiten überprüft.

Erträge:

Veranschlagt sind die Benutzungs- und Verwaltungsgebühren, Einnahmen für die Lieferung von Energien und andere Auslagen (Reinigung), sonstige Nutzungsentgelte sowie sonstige Erträge. Wegen der hohen Sanierungsaufwendungen entfallen Zinserträge künftig fast vollständig.

Für 2012 wird ein operativer Kostendeckungsgrad (ohne Berücksichtigung der Sanierungsaufwendungen) von ca. 108,35% unter Einbeziehung der kalkulatorischen Zinsen und kalkulatorischen Abschreibungen erwartet. Der entsprechende Kostendeckungsgrad für 2013 liegt bei 103,62%; 2014 bei 103,27 %.

6. Entwicklung der Rücklagen und Rückstellungen, Kostendeckungsgrad

6.1. Entwicklung der Rücklagen und Rückstellungen (in Tsd. Euro):

	2010	Vorl. 2011	2012		2013		2014	
	Bestand	Bestand	Zuführung	Entnahme	Zuführung	Entnahme	Zuführung	Entnahme
Rücklage: ²	33.497	n. b.	0	0	0	0	0	0
<u>Rückstellungen:</u>								
Pensionsrückstellungen, ATZ etc.	2.193	2.146	0	50	14	0	14	0
Beihilferückstellungen	426	410	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen für								
• Entschädigungsleistung	0	0	0	0	0	0	0	0
• Instandhaltung	589	n. b.	n. b.		n. b.		n. b.	
sonstige Rückstellungen	716	n. b.	n. b.		n. b.		n. b.	

6.2. Kostendeckungsgrad

Der Kostendeckungsgrad bezieht sich auf das Ergebnis nach Steuern und neutralem Aufwand. Die Abschreibungen berücksichtigen kalkulatorische Abschreibungen auf der Basis von Wiederbeschaffungswerten. Die erste Zeile stellt die Deckungsgradrechnung mit den Sanierungsaufwendungen (Position Aufwendungen 4.2 Nr. 541.4 und 541.5) dar. Die zweite Zeile (Klammerzahlen) stellt die Deckungsgradrechnung ohne Sanierungsaufwand dar, also die Deckungsgradrechnung des rein operativen Geschäftes.

Bis einschließlich des Wirtschaftsplans 2011/2012 wurden die Deckungsgrade jeweils vor Steuer angegeben. Aufgrund der steuerlichen Abgabenlast des Großmarktes (Jahresüberschuss und Grundsteuer) werden die Zahlen nachstehend nach Steuer ausgewiesen.

2010	vorl. 2011	2012	2013	2014
80,80	99,58	77,98	65,00	64,48
(100,34) *	(104,2) *	(108,35) *	(103,62) *	(103,27) *

* ohne Sanierungsaufwand

² Als Gegenposition zum Anlagevermögen (31.12.2010)

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 7401	Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
					1,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 15	1,00			1,00	
A 13	1,00	1,00	3)	0,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat nach BesGr. E 12</i>
A 12	1,00			1,00	
A 11	1,00			1,00	
A 10	1,00			0,00	
A 9	0,00	1,00	1)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 9	2,00			2,00	
A 8	1,00			1,00	
Summe:	8,00			7,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
 A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat (1,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (1,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
 A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (1,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss von Kapitel 7500; Stellentausch RV 12/WG 01 Verlagerung an Kapitel 7500; Stellentausch WG 01/RV 12
A 10				1,00					1,00	
A 9					-1,00				-1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	1,00	-1,00	1,00	0,00	0,00	1,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 13	3) ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat nach BesGr. E 12	

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 7401	Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 12	2,00			3,00	
E 10	1,00			1,00	
E 9	5,00			5,00	
E 8	8,00			8,00	
E 7	2,00			0,00	
E 6	9,00	1,00	2)	5,00	kw: 1,00 EntgGr. E 6
E 5	3,00			8,00	
E 4	4,00			4,00	
E 3	1,00			1,00	
Summe:	35,00			35,00	
Summe (ohne *) insgesamt	43,00			42,00	

Einzelplan LAN
Kapitel 7401

Landesbetriebe
Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 12						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
E 6		1,00							1,00	aus personalwirtschaftlichen Gründen
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	1,00	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	1,00	

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stellen außerhalb der Verwaltung, die Zuwendungen (über 100.000 Euro im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

lfd. Nr.	Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Plan 2012 Tsd. Euro	Plan 2013	Plan 2014
1	<u>Hamburg Marketing GmbH (Titel 7100.682.02)</u>					
	Einnahmen					
	1. Sonstige Drittmittel Handelskammer	240	240	240	240	240
	2. Sonstige Drittmittel Metropolregion	150	150	150	150	150
	3. Erträge aus Konzernverrechnung			1.155	1.150	1.150
	4. Sonstige Erträge	338	188	204	195	195
	5. Zuwendung Hamburg	5.835	4.917	3.930	3.800	3.856
	Summe der Einnahmen	6.563	5.495	5.679	5.535	5.591
	Ausgaben					
	1. Personalausgaben	948	1.032	2.577	2.500	2.500
	2. Sachausgaben	342	676	952	950	950
	3. Projektausgaben	5.273	3.787	2.150	2.085	2.141
	Summe der Ausgaben	6.563	5.495	5.679	5.535	5.591

Zusätzliche Informationen:

Ab 2012 wirken sich die Folgen der strukturellen Reorganisation des Hamburg-Marketings auf die Konzerngesellschaften HMG, HWF und HHT aus. Die HMG nimmt Querschnittsaufgaben im Bereich des kaufmännischen Service für die Tochtergesellschaften wahr. Auf der anderen Seite nimmt die HHT künftig für den Konzern die Aufgaben des operativen Veranstaltungsmanagements wahr. Die hieraus entstehenden Kosten werden im Wege der Konzernverrechnung ausgeglichen.

In der Zuwendung der FHH an die HMG 2011 sind auch die Mittel für das Vorhaben "Internationales Marketing für das Projekt Hamburg European Green Capital" in Höhe von 541 Tsd. Euro in 2010 enthalten.

lfd. Nr.	Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Plan 2012 Tsd. Euro	Plan 2013	Plan 2014
2	<u>Hamburg Tourismus GmbH (Titel 7100.682.02)</u>					
	Erträge					
	1. Eigene Erträge	6.979	8.071	7.784	7.814	7.814
	2. Zuwendung Hamburg	2.648	2.662	2.282	2.252	2.252
	3. Sonderzuwendung (Investition Marktplatz Hamburg)	0	0	0	0	0
	4. Sonderzuwendung (Touristinformation Hauptbahnhof)	235	0	0	0	0
	Summe der Erträge	9.862	10.733	10.066	10.066	10.066
	Aufwendungen					
	1. Personalaufwendungen	4.691	4.400	3.352	3.352	3.352
	2. Sachaufwendungen	2.727	2.707	2.471	2.471	2.471
	2.1. Aufwendungen für Konzernverrechnungen (aufgerundet)	0	0	718	718	718
	3. Marketingaufwendungen	2.444	3.626	3.525	3.525	3.525
	Summe der Aufwendungen	9.862	10.733	10.066	10.066	10.066

Zusätzliche Informationen:

Aufgrund eines stark gestiegenen Umsatzes im Jahr 2011 erhöhte sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr entsprechend. Im Rahmen der in 2012 durchgeführten Umstrukturierung wurde Personal an die HMG abgegeben, so dass sich die Personalkosten der HHT entsprechend verringern. Von der HHT in Anspruch genommene Leistungen der HMG werden ab 2012 per interner Konzernverrechnung abgerechnet. Hierdurch erhöhen sich die Sachaufwendungen entsprechend.

lfd. Nr.	Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Tsd. Euro						
3	<u>HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (Titel 7100.682.02)</u>					
	Erträge					
	1. Erträge aus eigenwirtschaftlichen Aktivitäten	1.468	1.596	2.070	1.350	1.350
	2. Zuwendung Hamburg Institutionelle Förderung	3.037	2.630	2.424	2.692	2.737
	3. Zuwendung Hamburg Projektförderungen	1.447	1.608	1.521	1.967	1.720
	4. Sonstige betriebliche Erträge/z.B. Drittmittel	313	385	142	385	385
	Summe der Erträge	<u>6.265</u>	<u>6.219</u>	<u>6.157</u>	<u>6.394</u>	<u>6.192</u>
	Aufwendungen					
	1. Personalaufwendungen	2.173	2.479	2.039	2.266	2.185
	2. Sach- und Fachaufwendungen	4.042	3.717	3.681	3.691	3.570
	2.1. Aufwendungen für Konzernverrechnungen (aufgerundet)			437	437	437
	Summe der Aufwendungen	<u>6.215</u>	<u>6.196</u>	<u>6.157</u>	<u>6.394</u>	<u>6.192</u>

Zusätzliche Informationen:

Sowohl die Summe der Gesamtausgaben als auch die Teilsummen gelten vorbehaltlich der Vorlagen des jeweiligen Wirtschaftsplans durch die Geschäftsführung der HWF. In der Planung ab 2013 ist die zukünftig von der HWF zu übernehmende Aufgabe der Fachkräftesicherung berücksichtigt.

Die Daten für die Geschäftsjahre 2010 / 2011 sind der aktuellen Jahresabschlussbilanz 2011 entnommen. Der Differenzbetrag zwischen Ertrag und Aufwand ist der aus eigenwirtschaftlichen Aktivitäten erwirtschaftete Überschuss. Die Daten für das Jahr 2012 basieren auf der neuen Struktur der Holding-Berichterstattung. Zu berücksichtigen ist eine sogenannte Konzernverrechnung über Tsd. Euro 437 wegen Mitarbeiterwechsel zwischen HWF und HMG, für die in 2012 bislang keine Zuwendungsanpassung erfolgte.

Die Projektförderung berücksichtigt ein zeitlich befristetes ESF -Projekt mit einer Laufzeit von 2010- 2012 sowie Option auf Verlängerung in 2013.

Für 2013 und 2014 sind die Daten auf Basis 2012 weitestgehend fortgeschrieben. Die Steigerung der Erträge unter 2. sowie die Absenkung unter 3. ergeben sich im wesentlichen durch die Institutionelle Zuwendung für Fachkräftesicherung (Tsd. Euro 250 p.a.) sowie die Finanzierung der Stelle Bereichsleitung Inland / Mittelstandslotse (Tsd. Euro 84). In der Projektförderung entfallen 2013 die Faszinationsreihen Technik für Kinder (Tsd. Euro 233 p.a.) sowie ab 2014 das ESF-Projekt (Tsd. Euro 247).

lfd. Nr.	Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Tsd. Euro						
4	<u>Fraunhofer-Center für Maritime Logistik und Dienstleistungen, CML (Titel 7300.683.08)</u>					
	Einnahmen					
	1. Sonstige Drittmittel	21	153	520	920	1.088
	2. Zuwendungen Hamburg	139	756	1.277	1.180	1.279
	Summe der Einnahmen	<u>160</u>	<u>909</u>	<u>1.797</u>	<u>2.100</u>	<u>2.367</u>
	Ausgaben					
	1. Personalausgaben	82	510	944	1.020	1.260
	2. Sachausgaben	78	399	853	1.080	1.107
	Summe der Ausgaben	<u>160</u>	<u>909</u>	<u>1.797</u>	<u>2.100</u>	<u>2.367</u>

Zusätzliche Informationen:

Der Bewilligungszeitraum für das Projekt CML-Fraunhofer-Center für Maritime Logistik und Dienstleistungen wurde für den Zeitraum 01.05.2010 bis 30.04.2015 festgesetzt. Daher bestehen aus dem Zuwendungsbescheid Zahlungsverpflichtungen bis zum 30.04.2015.

Die Bewirtschaftung erfolgt zum Teil aus Restmitteln.

Anlage 3.2

Liste der Zuwendungsempfänger, die Zuwendungen (bis zu 100.000 Euro im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

Kapitel/Titel	Zuwendungsempfänger	Art der Zuwendung	Höhe der Zuwendung 2012	Höhe der Zuwendung 2013	Höhe der Zuwendung 2014
			Tsd. Euro		
7300.535.01	Deutsches Handwerksinstitut e.V.	Anteilsfinanzierung	15	15	15
7300.685.03	Verein zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs	Anteilsfinanzierung	15	15	15
7400.685.01	Fördergemeinschaft der Obstbau-Versuchsanstalt Jork	Festbetragsfinanzierung	44	44	44
7400.685.01	Stadt-Land-Fluss-e.V.	Anteilsfinanzierung	20		
7400.685.01	Arbeitskreis Betriebswirtschaft im Gartenbau e.V.	Anteilsfinanzierung	7	7	7

Übersicht über die in den Deckungskreisen 01 bis 07 veranschlagten Mittel

Deckungskreis 01 / Sach- und Sachausgaben (Kapitel 7000 bis 7500)

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
7000.525.91	Aus- und Fortbildung	61	21	67	18	68	67	67	67	67	67
7000.531.01	Öffentlichkeitsarbeit	13	64	16	63	68	25	25	25	25	25
7000.532.01	Kraftfahrzeugsteuer	0		6		6	6	6	6	6	6
7000.534.02	Betriebliche Gesundheitsförderung	0		0		1	-	-	-	-	-
7000.685.91	Mitgliedsbeiträge	27	9	34	7	51	50	50	50	50	50
7100.517.01	Betriebsmittel für Veranstaltungen auf dem Heiligengeistfeld	631	1	523	32	290	290	290	290	290	290
7100.519.02	Unterhaltungsmaßnahmen auf dem Heiligengeistfeld	0	543	74	591	150	150	150	150	150	150
7100.526.02	Gemeinsame Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg	203	377	310	370	251	337	337	337	337	337
7100.532.01	Steuerzahlungen im Zusammenhang mit dem BgA Marktveranstaltungen	0		0		307	-	-	-	-	-
7100.533.01	Ausgaben im Zusammenhang mit der Buchführungspflicht des BgA Marktveranstaltungen	0		0		100	100	100	100	100	100
7100.535.01	Allgemeine Aufgaben der Hamburg-Werbung	74	107	75	174	188	188	188	188	188	188
7100.535.02	Finanzierung des Hafengeburtstags	792		703	12	90	340	340	340	340	340
7100.535.57	Betrieb und Weiterentwicklung des Stadtportals www.hamburg.de	425		432		200	200	200	200	200	200
7100.545.01	Fördermaßnahmen innerhalb Norddeutschlands einschließlich überregionaler Partnerschaften mit norddeutschem Bezug	13	224	30	392	259	245	245	245	245	245
7100.545.02	Förderfonds der Metropolregion Hamburg	756	4.038	1.430	4.015	1.500	1.300	1.350	1.350	1.350	1.350
7100.547.01	Ausgaben für die Projektpartnerschaft Nord	0		0	95	-	75	-	-	-	-
7100.682.02	Zuschüsse an die HMG Holding und deren Tochterunternehmen	11.902		9.402	496	8.410	511	8.744	511	8.845	511
7200.519.02	Unterhaltungsaufwand für das Verwaltungsvermögen Schnellbahnbau	0		0		-	-	-	-	-	30
7200.521.01	Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomateneinschließlich Zubehör	573	17	443	99	525	1.575	555	1.575	555	1.575
7200.521.09	Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben für Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke	6.149	1	7.875	2.287	8.200	24.600	8.280	16.400	8.280	8.200
7200.521.14	Aufwendungen für öffentliche Straßen und Wege	6.517	35	5.717	215	2.833	2.883	5.350	4.850	4.550	2.383
7200.521.16	Unterhaltung von Straßenbegleitgrün an Hauptverkehrsstraßen	0		0		-	-	933	933	933	933

Anlage 4

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014		
		Ergebnis	Rest	Tsd. Euro	Rest	Ansatz	VE	Tsd. Euro	Ansatz	VE	Tsd. Euro	Ansatz
7200.521.81	Betriebsausgaben für öffentliche Straßen und Wege, Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke/Rahmenezuweisungen an die Bezirke	8.498		10.331	28	8.522	8.022	8.246	8.246	8.246	8.246	8.246
7200.521.82	Unterhaltung von Straßenbegleitgrün – Rahmenezuweisung an die Bezirke	0		0		-		1.867	1.867	1.867	1.867	1.867
7200.531.01	Einrichtung und Betrieb eines öffentlichen Fahrradleihsystems sowie Maßnahmen zur Förderung des nicht motorisierten Verkehrs	1.888	177	1.270	907	2.000	14.000	2.000	12.000	2.000	2.000	10.000
7200.539.04	Betriebs- und Unterhaltungsmaßnahmen, Honorare und Entgelte des Landesbetriebs Straßen, Brücken u. Gewässer (Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen)	7.886	1	9.229		6.800	21.000	7.050	14.400	7.250	7.250	7.800
7200.546.05	Zahlungen an das Eisenbahnbundesamt	0		0		-		-		-		
7200.546.86	Beseitigung unbefugter abgestellter Kfz sowie Arbeiten für fremde Rechnung, Zweckzuweisung an die Bezirke	4.388	11	5.381		-	2.000	-	2.000	-	-	2.000
7200.546.87	Erstattungen für Leistungen des Landesbetriebes Geoinformation und Vermessung, Zweckzuweisung an die Bezirke	378		388		210		210		210		210
7200.547.04	Finanzierung begleitender Maßnahmen im öffentlichen Raum	0		0		-		70		70		70
7200.547.22	Sächliche Verwaltungsausgaben- Verkehrsdaten, öffentliche Verkehrswirtschaft und Verkehrspolitik -	524	2	565	149	486	486	486	486	486	486	486
7200.671.01	Erstattung von Unterhaltungskosten im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau	0		0		-	10	-		-		-
7200.671.02	Erstattung an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung	0		0		-		23		23		23
7200.671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme desbehörden-internen Telefonverkehrs, -Sondernetz-	2.453		0		-		-		-		-
7200.671.58	Betriebsausgaben für Öffentliche Beleuchtung und Lichtsignalanlagen	23.837		24.203	202	24.803	60.000	24.653	60.000	24.653	60.000	60.000
7200.681.86	Ersatzmaßnahmen sowie Schadenersatzleistungen, Zweckzuweisung an die Bezirke	0		0		12		12		12		12
7200.681.92	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden)	0		0		3		3		3		3
7200.682.12	Tarifauffüllender Zuschuss an die HVV GmbH für die Abgabe vergünstigter Zeitkarten	2.428	1.372	286		-		-		-		-
7200.682.58	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Straßen, Brücken und Gewässer	244	167	1.503		73		163		163		163
7300.521.01	Unterhaltung für die Ausgleichsmaßnahme „Borghorster Elbweiden“	0		0		-		14		14		14
7300.526.01	Externe Beratungsleistungen auf den Gebieten der Logistik, Dienstleistungen und Wirtschaftsinfrastruktur sowie Vorbereitung innovativer Projekte	101	166	176	311	125		224	129	224	224	100

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Tsd. Euro		Tsd. Euro		Tsd. Euro		Tsd. Euro		Tsd. Euro	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
7300.534.01	Flankierende Maßnahmen zur Unterstützung der Strukturpolitik	46	9	28	31	50	50	50	50	50	50
7300.535.01	Maßnahmen zur Förderung von Mittelstand und Handwerk	530	189	469	254	400	100	460	100	460	100
7300.539.01	Kostenerstattung an die FHG i.R. der Beleihung von Beauftragten zur Luftaufsicht	0	0	0	0	-	-	137	137	137	137
7300.631.01	Kostenanteil Hamburgs für den Ausbau der Oststrecke des Mittellandkanals	0	0	1.500	1.521	1.300	400	400	400	1.000	1.000
7300.632.01	Verwaltungskostenerstattung an Niedersachsen für die Tätigkeiten der Bergbehörden	38	82	42	103	64	64	64	64	64	64
7300.682.02	Betriebszuschuss an die Clustermanagement erneuerbare Energien GmbH	330	0	702	132	800	500	600	600	600	600
7300.683.02	Innovations- und Clusterorientierte Wirtschaftspolitik	426	88	515	1.257	1.194	1.690	2.691	1.950	1.570	1.500
7300.683.04	Innovationsregion	1.179	5.037	1.729	6.667	1.100	1.100	1.300	1.154	1.154	1.500
7300.683.05	Cluster Logistik	200	1.410	208	1.405	300	350	470	200	470	200
7300.683.07	Luftfahrtcluster Hamburg	3.170	13.758	3.849	10.937	1.516	1.104	2.215	2.000	2.115	2.000
7300.683.08	Forschungseinrichtung Seefracht-Technologien (CML)	139	3.861	756	4.605	100	200	200	200	200	200
7300.683.09	Maritimes Cluster Hamburg / Schleswig-Holstein	0	7.670	4.150	3.649	100	500	300	300	300	300
7300.683.10	Clusterorientierte Strukturpolitik	1.674	1.134	875	891	550	750	550	550	550	550
7300.683.11	Maßnahmen innovativer Strukturpolitik	0	0	68	536	196	250	250	250	250	250
7300.683.12	Internationale Cluster-Trainingszentren	0	0	0	0	-	-	-	-	-	-
7300.683.14	Weiterentwicklung der Elektromobilität in Hamburg	0	0	0	0	-	-	450	450	850	800
7300.685.02	Cluster Life Sciences Hamburg/Schleswig-Holstein	0	0	0	967	863	863	450	450	450	500
7300.685.03	Zuschuss an den Verein zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs	0	15	15	15	15	15	15	15	15	15
7300.686.02	Technologieorientierte Frühphasenfinanzierung und innovative Existenzgründungen	778	7.088	12.839	300	100	100	-	-	-	-
7300.686.04	Mittelstandsorientierte überbetriebliche Förderung im Handels- und Dienstleistungsbereich	78	48	15	113	80	50	80	50	80	50
7400.519.01	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Horner Rennbahn	60	76	51	10	60	50	60	60	60	60
7400.519.03	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau	475	0	64	188	80	80	80	80	80	80
7400.519.04	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau	73	0	41	20	45	45	45	45	45	45
7400.521.01	Betriebsausgaben für die Waldbewirtschaftung	169	100	198	75	72	25	75	25	75	25
7400.526.01	Kosten für die Evaluierung für das EFRE-Programm	5	0	0	0	-	-	-	-	-	-

Anlage 4

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014			
		Ergebnis	Rest	Tsd. Euro	Rest	Tsd. Euro	Ansatz	VE	Tsd. Euro	Ansatz	VE	Tsd. Euro	Ansatz
7400.526.03	Externe Beratungsleistungen, insbesondere Aufträge an wissenschaftliche Forschungsinstitute, externe Beratungseinrichtungen und Gutachter	90	21	3	80	84	134	5	5	5	5	5	5
7400.535.01	Gebührenerstattung im Kataster-/Vermessungswesen	16	14	16	15	10	20	30	20	30	20	30	20
7400.535.02	Wirtschaftsveranstaltungen, Hamburg-Präsentationen und Hamburg-Netzwerke	37	38	49	34	37		49		49		49	
7400.537.01	Maßnahmen zur Erschließung ausländischer Märkte	134	25	68	47	100	100	100	100	100	100	100	100
7400.547.01	Sach- und Fachausgaben des Pflanzenschutzamtes	294	525	340	420	141	50	131	50	131	50	131	50
7400.547.03	Technische Hilfe für das EFRE-Programm Förderperiode 2007-2013	0		50	111	-		-		-		-	
7400.547.07	Technische Hilfe für das EFRE-Programm Förderperiode 2014-2020	0		0		-		-		-		50	
7400.631.01	Erstattung a. d. Bundesforschungsanstalt Fischerei	98		98		98	100	98	100	98	100	98	100
7400.631.02	Rückzahlung von Mitteln aus Anlastungen der Europäischen Union	61	7	3	4	-		-		-		-	
7400.632.01	Verwaltungskostenerstattung an Schleswig-Holstein für die Abwicklung von EG-Direkthilfen an landwirtschaftliche Betriebe	150		150		150		150		150		150	
7400.671.02	Pflanzenschutzrechtlich erforderliche Kontrolluntersuchungen	11	1	8	6	20	5	20	10	20	10	20	10
7400.671.03	Erstattung von Geäuflerpflegekosten an den HRC	90		90		90	90	90	90	90	90	90	90
7400.671.04	Kostenerstattung an die Ländervereine zur Durchführung von Aufgaben im Interesse der FHH	78	58	33	76	50		50		50		50	
7400.682.04	Zuschuss an den Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen für Grundinstandsetzungen	0		3.500		-		-		-		-	
7400.683.03	Förderung/Schutz der Lebensräume wild lebender Tierarten	0	3	0	3	-		-		-		-	
7400.683.07	Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft (soweit nicht anderweitig veranschlagt)	0		544	1.700	1.277	1.377	1.006	1.006	966	1.006	966	966
7400.685.01	Förderung der Landwirtschaft, insbesondere der regionalen Agrarproduktion	400	376	733	389	220	110	300	150	300	150	300	150
7400.685.02	Überleitung des BIG in die Landwirtschaftskammer	111		0	96	84		86		76		76	
7400.685.03	Kongressförderung	15	245	15	116	10	1.510	1.510		-		-	
7400.686.02	Regionale Kofinanzierung der Gemeinde Hamburg zur Arbeit der Lokalen Aktionsgruppe (LEADER-Regionalmanagement)	14	1	24		11		11		-		-	
7400.686.03	Zuschuss an die Wachstumsinitiative Süderelbe AG	80		80		80		80		80		80	
7500.526.01	Kosten der Planfeststellung	128		132	4.060	900	600	900	600	900	600	900	600
7500.526.02	Gutachten über die wirtschaftliche Lage der Taxenunternehmen in Hamburg und Einführung von Fiskaltaxametern	58	161	41	171	50		50		50		50	

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
7500.685.01	Erstattung von Aufwendungen für den Betrieb der Geschäftsstellen nach dem HmbEAG	1		21	430	280		180		180	
7500.685.04	Zuschuss zum Verlustausgleich an die Eichdirektion Nord AöR	11		11	81	78		78		78	
Summe	Deckungskreis 01	92.008	49.373	114.592	51.978	79.286	147.127	88.202	134.742	85.740	115.852

Deckungskreis 02 / Investitionen (Kapitel 7000 bis 7500)

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Ergebnis	Rest	Tsd. Euro	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz
7000.701.01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau	0	0	0	0	-	-	-	-	-	-
7000.701.56	Baumaßnahmen für Informationstechnik (IT)	0	0	0	0	2	-	-	-	-	-
7100.741.02	Baumaßnahmen auf dem Heiligengeistfeld	0	543	0	0	-	-	-	-	-	-
7100.892.07	Einrichtung eines innovativen Marktplatzes für touristische Leistungen der Destination Hamburg	242	8	0	8	-	-	-	-	-	-
7200.741.02	Förderung des Radverkehrs	2.438	2.037	1.716	3.572	3.250	2.757	2.607	3.758	2.758	3.758
7200.741.04	Förderung des ÖPNV auf der Straße	1.973	2.643	1.484	3.446	2.281	1.315	1.315	1.315	1.322	1.322
7200.741.06	Umsetzung der EU-Richtlinie Umgebungslärmsschutz (Verkehrslärm)	0	500	0	1.000	500	500	500	500	500	500
7200.741.08	Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm der Bundesfernstraßen	0	137	0	268	131	134	134	134	135	135
7200.741.09	Neu- und Umbau, Erweiterung sowie Grundinstandsetzung von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken	1.338	2.540	561	2.053	4.098	15.000	4.258	6.200	5.138	10.858
7200.741.10	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen	3.431	3.502	1.400	7.262	9.014	8.288	4.332	3.156	2.656	4.156
7200.741.14	Grundinstandsetzung von Hauptverkehrsstraßen	5.129	1.519	6.393	1.536	6.486	16.000	5.957	9.992	9.492	6.692
7200.741.20	Umgestaltung Hamburger Plätze	956	2.296	1.367	4.250	-	-	-	-	-	-
7200.741.22	Verbesserung des Verkehrsflusses durch Bau von Kreisverkehren	1.714	1.488	1.434	1.098	500	-	-	-	-	-
7200.741.23	Verbesserung des Verkehrsflusses an Knotenpunkten	613	2.399	496	3.903	2.000	1.000	1.619	-	-	-
7200.741.25	Maßnahmen zur Nutzung des ehemaligen Hafentunnels durch den ÖPNV	0	944	0	944	-	-	-	-	-	-
7200.741.81	Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Straßen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	11.586	610	10.813	-	11.819	20.000	10.319	20.000	10.319	20.000
7200.741.86	Förderung des Radverkehrs (Radwegprogramm),Zweckzuweisungen an die Bezirke	1.075	-	1.106	-	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
7200.750.01	Neugestaltung des Spielbudenplatzes	0	45	73	36	-	-	-	-	-	-
7200.751.02	Bau eines Geh- und Radwegs am Oberhafenentlang des Großmarktgeländes	0	0	0	3.000	697	-	150	-	-	-
7200.761.01	Umbau Bürgerweide/Wallstraße/Steinhauerdamm zur Verbesserung des Verkehrsflusses	2.529	854	539	316	-	-	-	-	-	-
7200.771.01	Sicherung der Verkehrsinfrastruktur - Straßeneinschließlich Radwege -	0	1	0	1.664	2.718	6.000	2.678	6.500	3.117	8.600
7200.771.07	Grundinstandsetzung und Umbau des Horner Kreisels	-24	24	0	-	-	-	-	-	-	-

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Tsd. Euro		Tsd. Euro		Tsd. Euro		Tsd. Euro		Tsd. Euro	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
7200.771.08	Grundinstandsetzung und Umbau der Sengelmannstraße zw. Dorothea-Kasten-Straße und Hebebrandstraße	148	562	2	560	-	-	-	-	-	-
7200.771.10	Grundinstandsetzung der Billhoner Brückenstraße - Ost- und Westfahrbahn einschl. Brücken	2.241	1.459	4.508	1.151	2.921	-	-	-	-	-
7200.771.12	Grundinstandsetzung Glashütter Landstraße	649	3.891	182	3.709	-	-	-	-	-	-
7200.771.13	Grundinstandsetzung der Wentorfer Straße	5	201	6	217	-	-	-	-	-	-
7200.771.14	Grundinstandsetzung Schäferkampallee - Schröderstraße von Schröderstiftweg bis Hohe Weide /Weidenallee	1.810	1.186	264	1.281	-	-	-	-	-	-
7200.771.15	Grundinstandsetzung der Meiendorfer Straße	0	0	0	3.000	3.000	1.764	1.764	-	-	-
7200.771.16	Grundinstandsetzung Johannes-Brahms-Platz /Holstenwall / Gorch-Fock-Wall einschl. Anschlussbereiche	836	814	99	185	-	-	-	-	-	-
7200.771.19	Grundinstandsetzung des Unteren Landwegs	0	0	0	804	3.500	7.046	5.996	1.050	1.050	-
7200.771.20	Grundinstandsetzung und Umbau KnotenbereichBremer Str. / Friedhofstraße / Am Großen Dahlen /Ernst-Bergest-Weg	0	0	0	450	2.100	397	397	1.433	-	-
7200.771.22	Grundinstandsetzung Fuhsbüttler Straße	0	0	0	0	-	-	0	2.700	2.700	-
7200.771.23	Umbau Großer Burstah / Große Johannesstraße (BID Nicolaiquartier)	0	0	0	0	-	-	1.500	1.500	1.500	-
7200.771.24	Grundinstandsetzung Borsigstraße / Grusonstraße	0	0	0	0	-	-	1.365	5.200	3.700	2.200
7200.771.25	Grundinstandsetzung Straßburger Straße	0	0	0	0	-	-	1.400	5.840	3.900	1.940
7200.772.01	Grundinstandsetzung der Wandbereiterbrücke	817	336	0	52	-	-	-	-	-	-
7200.772.03	Grundinstandsetzung der Brücke Deelböge	0	0	1.234	766	4.500	1.748	1.748	-	-	-
7200.772.05	Grundinstandsetzung der Brücke Hannoversche Straße	0	0	0	2.500	5.000	2.046	2.046	-	-	-
7200.772.06	Grundinstandsetzung der Ericusbrücke	0	0	1.516	1.680	500	-	2.710	3.015	3.015	-
7200.773.23	Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm	114	73	-13	86	-	-	-	-	-	-
7200.785.07	Grundinstandsetzung der Wiesendammbrücke	-4	7	0	7	-	-	-	-	-	-
7200.785.08	Grundinstandsetzung der Hohelfuffbrücke	1.959	452	35	417	-	-	-	-	-	-
7200.788.01	Allgemeine Erschließungen	10.604	8.701	14.448	11.175	18.055	40.000	17.351	40.000	16.625	40.000
7200.788.02	Erschließung Hafencity	265	20.487	1.345	16.764	-	-	-	-	-	-
7200.788.03	Erstmalige Herstellung von Anliegerstraßen	0	495	0	2.977	4.218	4.218	-	-	-	-
7200.788.04	Äußere Erschließung HafenCityWestliche Anbindung	1	7.472	3.164	4.309	-	-	4.750	4.000	4.750	2.000

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Tsd. Euro		Tsd. Euro		Tsd. Euro		Tsd. Euro		Tsd. Euro	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
7200.788.05	Erschließung der Fläche B-Plan Jenfeld 23(ehem. Lettow-Vorbeck-Kaserne)	386	6.850	635	6.688	-	-	-	-	-	-
7200.788.06	Äußere Erschließung Hafencity Bei St. Annen / Brandstwierte	2.033	26	-101	127	-	-	-	-	-	-
7200.788.07	Äußere Erschließung Hafencity Brandstwierte/Bergstraße	0	500	2.178	-	-	-	-	-	-	-
7200.789.05	Rückstellung für die Erschließung der Fläche B-Plan Jenfeld 23 (ehem. Lettow-Vorbeck-Kaserne)	0	33.000	0	32.291	0	-	-	-	-	-
7200.799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen,-architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige u.dgl. sowie sächliche Bauaufsichtskosten	3.966	3.826	1.399	4.526	2.000	5.000	2.000	5.000	2.000	5.000
7200.799.02	Planungsmittel für Erschließungsmaßnahmen	-215	502	47	555	-	-	-	-	-	-
7200.799.03	Planungsmittel Erschließung Hafencity	655	1.238	716	1.222	-	-	250	250	250	250
7200.799.04	Honorare, Ingenieur- und sonstige Dienstleistungen für Investitionsprojekte in der Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen	24.468	23.936	27.658	11.157	25.000	115.000	27.000	30.000	30.000	21.298
7200.799.22	Vergütungen für Ingenieurleistungen u. dgl.(nicht aktivierbar im Anlagevermögen)	0	0	926	1.484	5.503	6.000	1.985	4.200	1.733	5.000
7200.799.29	Planung und Systemvorbereitung für die Einführung einer Niederflurstadtbahn	0	2.392	105	2.265	-	-	-	-	-	-
7200.811.04	Beschaffung von Fahrzeugen und Großgeräten für den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer	0	0	0	0	-	-	-	-	-	-
7200.811.86	Investitionsmaßnahmen für Betriebsplätze, Hochbaumaßnahmen sowie Beschaffungen von Fahrzeugen, Zweckzuweisungen an die Bezirke	200	8	136	35	200	200	1.000	1.000	500	200
7200.821.02	Grunderwerb und Entschädigungen bei Maßnahmen des Straßenbaus	750	0	1.881	98	1.500	1.400	2.300	5.000	400	5.000
7200.821.03	Grunderwerb und Entschädigungen bei Erschließungsmaßnahmen	2.312	1.932	414	3.055	3.125	6.250	3.125	6.250	3.125	6.250
7200.821.09	Grunderwerb und Entschädigungen im Zusammenhang mit Schnellbahnmaßnahmen	0	198	43	0	100	200	100	100	100	100
7200.862.01	Darlehen an Dritte zum Ausgleich von Nachteilen bei Erschließungsmaßnahmen	0	420	0	420	0	70	70	70	70	70
7200.881.05	Kostenanteile zum Um-, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen	439	1.902	127	4.069	3.466	3.466	3.466	3.466	3.466	5.000
7200.884.58	Investitionsausgaben für Öffentliche Beleuchtung und Lichtsignalanlagen	9.733	0	13.844	5.366	14.857	16.000	13.136	16.000	11.136	16.000
7200.891.06	Verkehrs- und Mobilitätsmanagement in Hamburg	126	1.675	100	1.827	500	2.000	500	2.000	500	2.000
7200.891.10	Kostenbeiträge zu verschiedenen Baumaßnahmen der	127	2.876	950	3.456	1.523	2.984	563	2.000	421	2.000

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
	Verkehrsunternehmen gem. Eisenbahnkreuzungs-gesetz etc.										
7200.891.21	Kostenanteil Hamburgs am Ausbau der AKN in Eidelstedt	0	2.638	0	2.638	-	-	-	-	-	-
7200.891.25	Zuwendung für die Planung und Systemvorbereitung einer Niederflurstadtbahn	4.193	2.652	1.719	933	-	-	-	-	-	-
7200.891.27	Zuwendungen zum Umbau des ZOB Bergedorf	12.933	17.922	3.747	14.370	-	-	-	-	-	-
7200.893.01	Erstattungen für Maßnahmen zum Schutz gegen Straßenlärm (passiver Lärmschutz bei Neubauprojekten oder wesentlicher Änderung von Straßen)	137	505	31	975	500	2.000	500	500	500	500
7200.893.10	Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Flächenentwicklung Bahnhöfen Altona	0		0		-	-	3.344	6.160	6.160	7.480
7300.831.02	Hamburgische Beteiligung am Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung	1.100		0		-	-	-	-	-	-
7300.881.01	Kostenanteil Hamburgs für den Ausbau Mittellandkanal	1.336	2.121	0		-	-	-	-	-	-
7300.881.02	Kostenanteil Hamburgs für den Bau des Elbe-Seitenkanals	364		0		-	-	-	-	-	-
7300.892.05	Internationale Cluster-Trainingszentren	3.672	1.842	1.807	1.235	-	-	-	-	-	-
7300.892.12	Förderung Luftfahrtforschung/-technologie	-160	162		162	-	-	-	-	-	-
7300.892.17	Modernisierung von Kleingewerbe	107	302	105	222	27	9	-	-	-	-
7300.892.18	Maßnahmen innovativer Strukturpolitik	264	511	89	59	195	250	250	250	250	250
7300.892.27	Modernisierung Schlepptrank der HSVA	670	170	120	50	-	-	-	-	-	-
7300.892.29	Förderprogramm FuE der Hamburger Industrie	301	2.759	0		-	-	-	-	-	-
7400.741.86	Zweckzuweisung an die Bezirke für Aufforstungsmaßnahmen	20		4	7	-	-	-	-	-	-
7400.811.01	Beschaffung von Fahrzeugen, Geräten etc. für Forstbetrieb	20	16	23	11	18	18	18	18	18	18
7400.811.02	Beschaffungen von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für das Pflanzenschutzamt	0	75	66	34	24	20	24	30	24	30
7400.831.03	Hamburgische Beteiligung an der Hamburg Marketing GmbH	0	23	25		-	-	-	-	-	-
7400.892.02	Zuschüsse für innovative Investitionsmaßnahmen zur Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien in der Landwirtschaft	147	92	0	192	90	58	90	58	90	58
7400.892.07	Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen (Kostenerstattung an Dritte)	0		0		-	-	-	-	-	-
7400.892.09	Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft (soweit nicht anderweitig veranschlagt)	1.684	8.395	622	4.305	1.433	1.433	1.107	1.007	1.007	1.007

Anlage 4

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
7400.892.12	Förderprogramm Barkassen	165		75	205	-		-		-	
7500.892.11	Förderung des Einsatzes von Fiskaltaxametern sowie deren Datenauswertung	0	398	235	2.663	2.200		-		-	
Summe	Deckungskreis 02	124.378	190.090	113.908	193.148	151.051	288.605	137.224	199.469	137.360	180.922

Deckungskreis 03 / Bauunterhaltung

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
7000.519.01	Unterhaltung Grundstücke/bauliche Anlagen	111	123	49	132	45		36		38	
7100.519.01	Unterhaltung Grundstücke/bauliche Anlagen	0		0		11		4		5	
7200.519.01	Unterhaltung Grundstücke/bauliche Anlagen	0		0		21		12		13	
7300.519.01	Unterhaltung Grundstücke/bauliche Anlagen	7	84	7	94	17		19		20	
7400.519.02	Unterhaltung Grundstücke/bauliche Anlagen	19	108	14	206	24		17		18	
7500.519.01	Unterhaltung Grundstücke/bauliche Anlagen	0		0		15		10		11	
Summe	Deckungskreis 03	137	315	70	432	133		98		105	

Deckungskreis 04 / temporäre Schwerpunktinvestitionen

Kapitel/Title	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Tsd. Euro Ergebnis	Rest	Tsd. Euro Ergebnis	Rest	Tsd. Euro Ansatz	VE	Tsd. Euro Ansatz	VE	Tsd. Euro Ansatz	VE
7200.741.19	RABT - Sicherheitstechnische Nachrüstung von städtischen Verkehrstunneln	180	2.685	145	6.990	4.450	10.375	4.450	13.725	7.095	6.592
7200.750.23	Umgebung Finkenwerder	10.006	24.393	11.901	12.992	8.500	1.500	1.500	-	-	-
7200.752.15	Ergänzung Deckel A7 in Bahrenfeld/Othmarschen und Schnelsen							1.000	149.000	20.000	129.000
7200.770.01	Busbeschleunigungsprogramm					18.000	35.000	30.000	30.000	30.000	30.000
7200.891.04	Zuwendungen an Verkehrsunternehmen für den behindertengerechten Ausbau von Schnellbahnhaltestellen	670		2.330	3.740			9.600	9.200	9.200	5.300
7200.891.05	Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG gemäß U-Bahn-Verkehrswegevertrag	11.226		10.226		10.226		2.226		226	
7200.891.18	Kostenanteil Hamburgs am Bau der Schnellbahnanbindung Flughafen	4.945	6.392	631	15.347			5.000	930	930	
7200.891.19	Kostenanteil Hamburgs am Bau der U-Bahn Hafencity	52.237	48.103	36.483	36.621	5.200	5.930				
7200.891.20	Kostenanteil Hamburgs an der Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek	5.359	4.046	1.548	5.333	2.115	50.000	2.115	3.000	2.115	1.500
7200.891.26	Kostenanteil Hamburgs an der Verlängerung der U4 bis zu den Elbbrücken							5.000		5.000	
7350.891.62	Investitionen in die allgemeine Hafeninfrastruktur										200.000
7400.742.03	Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen (Bauwerk)	2.589	6.705	1.192	8.287	5.210	14.900	6.812	30.000	6.371	30.000
7400.821.03	Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen (Grunderwerb)	481	1.307	1.245	445	383	256	1.283	256	883	256
7400.861.01	Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen (Darlehen für die Vorfinanzierung von Leitungsverlegungen)		1.196	37	1.359	200	256	200	256	200	256
7400.892.11	GründungsprämieHandwerk! (Meistergründungsprämie)	170	615	43	622	100		100			
Summe	Deckungskreis 04	87.863	95.442	65.781	91.736	54.384	118.217	69.286	236.367	82.020	402.904

Deckungskreis 06 / Gemeinschaftsaufgabe (Art 91a GG) Agrarstruktur und Küstenschutz - Sach- und Fachausgaben

Kapitel/Titlel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
7400.533.30	Technische Hilfe zur Vorbereitung und programmbegleitenden Umsetzung von Entwicklungsmaßnahmen n. d. VO (EG) Nr. 1698/2005 (ELER)	249	31	66	17	121	125	50	125	50	125
7400.662.40	Zuschüsse zur Verbilligung von Zinsen im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP)	154		110	126	93		100		80	
7400.662.41	Zuschüsse zur Verbilligung von Zinsen für einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung	2		1	6	7		1			
7400.683.40	Zuschüsse zur Förderung integrierter Entwicklungskonzepte und des Regionalmanagements	64		65		60	44	65	30	65	30
7400.683.41	Zuschüsse zur Förderung des freiwilligen Landtauschs	0	31	0	66	40	31	-		-	
7400.683.42	Zuschüsse zur Förderung einer markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung (MSL) außerhalb der fakultativen Modulation	406	155	455	61	359	258	350	258	350	258
7400.683.43	Zuschüsse zur Förderung der genetischen Qualität landwirtschaftlicher Nutztiere	12		9	3	12	7	12		12	
7400.683.44	Zuschüsse zur Förderung einer markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung (MSL) im Rahmen der fakultativen Modulation	0		0		-		-		-	
Summe	Deckungskreis 06	887	217	706	279	692	465	578	413	557	413

Deckungskreis 07 / Gemeinschaftsaufgabe (Art 91 a GG) Agrarstruktur und Küstenschutz - Investitionen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Tsd. Euro Ergebnis	Rest	Tsd. Euro Ergebnis	Rest	Tsd. Euro Ansatz	VE	Tsd. Euro Ansatz	VE	Tsd. Euro Ansatz	VE
7400.892.30	Zuschüsse zur Förderung von Investitionen in der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft	0		0	96	-		-		-	
7400.892.40	Zuschüsse zur Förderung der Dorferneuerung und -entwicklung	0		0		5	25	-		-	
7400.892.41	Zuschüsse zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen und Schutzpflanzungen	5		5	189	100	143	160	135	160	135
7400.892.42	Zuschüsse zur Förderung der Neuordnung ländlichen Grundbesitzes	0		0		10	45	-		-	
7400.892.43	Zuschüsse zur Förderung von Kooperationen zur Einkommensdiversifizierung sowie von Maßnahmen zur Gebäudeumnutzung	25		38	2	50	131	100		100	
7400.892.44	Zuschüsse zur Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen incl. Diversifizierung	1.100	410	852	165	210	287	200	150	200	150
7400.892.45	Zuschüsse zur Förderung von Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben	40	144	35	14	70	148	100	120	100	120
7400.892.46	Zuschüsse z. Förderung von Investitionen z. Marktstrukturverbesserung sowie der Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen der Fischwirtschaft	0	1	1	101	44	120	25		-	
Summe	Deckungskreis 07	1.165	555	931	567	489	899	585	405	560	405

Übersicht über Gutachten und Untersuchungen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf.gekürzt)	2012		2013		2014	
		Ansatz Tsd. Euro	VE Tsd. Euro	Ansatz Tsd. Euro	VE Tsd. Euro	Ansatz Tsd. Euro	VE Tsd. Euro
7300.526.01	Externe Beratungsleistungen auf den Gebieten der Logistik, Dienstleistungen und Wirtschaftsinfrastruktur sowie Vorbereitung innovativer Projekte	125		224	129	224	100
7400.526.03	Externe Beratungsleistungen, insbesondere Aufträge an wissenschaftliche Forschungsinstitute, externe Beratungseinrichtungen und Gutachter	84	134	5	5	5	5
7500.526.01	Kosten der Planfeststellung	900	600	900	600	900	600

